

Gutachten für die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der
Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur
und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im
Land Brandenburg“

„Personelle Kontinuität und Elitenwandel in den Parteien
Brandenburgs“

Gutachter: Dr. Ehrhart Neubert

PD Dr. Mario Niemann

Christoph Wunnicke

Die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur im Land Brandenburg beauftragte im Herbst 2010 Dr. Ehrhart Neubert, PD Dr. Mario Niemann und Christoph Wunnicke mit der Erstellung eines Gutachtens zur personellen Kontinuität und zum Elitenwandel in den Parteien Brandenburgs nach der Friedlichen Revolution 1989. Die Gutachter entschieden sich dafür, drei jeweils eigenständige Gutachten zur PDS/Die Linke, CDU/FDP und SPD/Bündnis 90/Die Grünen zu verfassen und durch eine gemeinsame Einleitung sowie ein die Ergebnisse der drei Gutachten zusammenfassendes Bilanzkapitel miteinander zu verbinden.

Diese Herangehensweise erschien vor allem durch die unterschiedliche DDR-Vorgeschichte der fünf behandelten Parteien notwendig. Während die Partei Die Linke aus der die DDR allein beherrschenden SED hervorging, entstammen CDU und FDP aus ihren die Macht der SED stützenden DDR-Blockparteien CDU (Ost), DBD, LDPD und NDPD, während SPD und Bündnis 90/Die Grünen keinen institutionellen Vorgänger in der DDR haben. Vor diesem Hintergrund stellen sich die den Gutachtern aufgegebenen Fragen jeweils anders, was ein unterschiedliches Eingehen auf die jeweilige Vorgeschichte in der DDR sowie den Umgang mit ihr nach 1990 notwendig macht.

Deshalb beginnt das gemeinschaftliche Gutachten mit dem von Mario Niemann zur PDS/Die Linke. Ihre Geschichte führt paradigmatisch in die Problematik des Übergangs von der Diktatur in die Demokratie ein. Als zweites Gutachten folgt das von Christoph Wunnicke, das die Transformation der vier Blockparteien in die CDU und die FDP beschreibt. Darauf folgt Ehrhart Neuberts Studie, welche unter anderem die Parteineugründungen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Gegenstand hat. Ein gemeinsames Bilanzkapitel, das die unterschiedlichen Ergebnisse der drei Studien bündelt, vergleicht und miteinander in Beziehung setzt, schließt das Gutachten ab. Wo sich Ergebnisse nicht vergleichen ließen, sei auf die Bilanzkapitel der einzelnen Gutachten beziehungsweise auf die einschlägigen Gutachtenkapitel verwiesen.

Inhaltsverzeichnis

Niemann, Mario

Personelle Kontinuität und Elitenwandel in den Parteien
Brandenburgs am Beispiel der SED – Die Linke S. 4

Wunnicke, Christoph

Personelle Kontinuität und Elitenwandel in den Parteien
Brandenburgs - Von den Blockparteien zu CDU und FDP S. 66

Neubert, Ehrhart

Personelle Kontinuität und Elitenwandel in den Parteien
Brandenburgs am Beispiel der SPD und Bündnis 90/Die Grünen S. 176

Gesamtzusammenfassung S. 235

**Personelle Kontinuität und Elitenwandel in den
Parteien Brandenburgs am Beispiel der SED – Die
Linke**

**Gutachten für die Enquete-Kommission „Aufarbeitung
der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-
Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen
Rechtsstaat im Land Brandenburg“**

**Vorgelegt von
Priv.-Doz. Dr. phil. habil. Mario Niemann
Historisches Institut
Universität Rostock**

Einleitung	6
1. Die PDS/Linke und das Ministerium für Staatssicherheit: Überprüfungen auf MfS-Verstrickungen	7
2. Anklagen, Prozesse und Rücktritte	22
3. Umgang der PDS/Linken mit der eigenen Geschichte	24
4. DDR-Vergangenheit der Landtagsmitglieder und Landesvorsitzenden der PDS/Linken – Quantitative Untersuchungen	28
4.1. Landtagsmitglieder	28
4.2. Landesvorsitzende und Landesvorstand	37
5. Fluktuation im Landesvorstand und im Landtag	40
6. Zum Einfluß von Angehörigen der DDR-Opposition	44
7. Regionale Herkunft der Politiker	46
8. Politisches Programm und politischer Erfolg	50
8.1. Wahlen und Wahlerfolge	50
8.2. Politische Ziele und politischer Einfluß	51
9. Zusammenfassung	56
Quellen- und Literaturverzeichnis	59

Einleitung

In seiner 12. Sitzung am 24. März 2010 beschloß der Landtag Brandenburg die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Thematik „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ und begründete das so: „Zwei Jahrzehnte nach dem Übergang von der SED-Diktatur zum demokratischen Rechtsstaat ist es notwendig, Rückschau zu halten und zu prüfen, ob der Prozess der demokratischen Umbildung in Brandenburg – auch im Vergleich zu anderen Bundesländern – erfolgreich war und ob es Versäumnisse und Fehlentwicklungen gab und gibt, die zu korrigieren sind.“¹ Zu diesem Zweck wurden mehrere Themenkomplexe formuliert. Der Themenbereich III befaßt sich mit „Personalpolitik – zwischen Kontinuität und Elitenaustausch“. In diesem Kontext wurde das vorliegende Gutachten verfaßt.

Es handelt sich um eine gruppenbiographische Untersuchung der Führungsebene der PDS/Linken im Land Brandenburg seit 1990; der Personenkreis umfaßt im wesentlichen die Landtagsabgeordneten, die Vorsitzenden des Landesvorstandes, die Mitglieder des aktuellen Landesvorstandes und die Landesgeschäftsführer. Die Recherche der biographischen Daten gestaltete sich teils schwierig. Die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR hat auf eine entsprechende Anfrage nicht reagiert. Aus Datenschutzgründen sind Personalakten nicht zugänglich. Wichtige biographische Daten liefern die vom Landtag für die einzelnen Wahlperioden herausgegebenen Handbücher, die Parlamentsdokumentation des Landtages Brandenburg und Internetseiten der Partei und von Politikern der Linken. Einige Lücken konnten mit Hilfe des MdL Peer Jürgens und der Landesgeschäftsführerin der Linken Maria Strauß geschlossen werden. Probleme entstanden auch dadurch, daß das Parteiarchiv ehrenamtlich besetzt ist und die Parteigremien nur „auf Daten ab dem Jahr 1989/1990 zurückgreifen können und keinen Zugriff auf Personalunterlagen vor dieser Zeit haben.“² So bleiben einige weiße Flecken bestehen. Insgesamt war die Materiallage aber ausreichend, um dem Arbeitsauftrag nachgehen zu können. Die benutzten Quellen sind im Anhang aufgelistet.

Die Struktur des Gutachtens folgt dabei dem „Arbeitspapier von Peer Jürgens zu Themenfeld III, Abschnitt Gutachten 1 – 3: Personelle Kontinuität und Elitenwandel in den Parteien Brandenburgs“.³ Die hier formulierten Fragen werden den entsprechenden Abschnitten jeweils vorangestellt.

¹ Landtag Brandenburg, 5. Wahlperiode, Drucksache 5/554-B.

² Schriftliche Mitteilung von Maria Strauß, Landesgeschäftsführerin DIE LINKE Brandenburg, 30.3.2011.

³ Schreiben der Vorsitzenden der Enquete-Kommission 5/1, Frau Susanne Melior, vom 15.10.2010, S. 2.

„Insbesondere ist zu prüfen, welche Konzepte und Vorstellungen es zur Überprüfung auf MfS-Verstrickungen, Belastungen aus Funktionärstätigkeit oder anderer Handlungen gab und wie diese umgesetzt wurden. [...] Welche Maßnahmen zur Überprüfung auf hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR gab es in den Parteien bzw. deren Landesvorständen im Land Brandenburg? Wie lief die bisherige Überprüfung ab, und welches Ergebnis erbrachte sie?“

1. Die PDS/Linke und das Ministerium für Staatssicherheit: Überprüfungen auf MfS-Verstrickungen

Die erste feste Grundlage für das Verhältnis der PDS zum Problemkreis Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bildete der Beschluß der 2. Tagung des 2. Parteitages (21.-23.6.1991) vom 23. Juni 1991.⁴ Ausgelöst durch eine „Krise“⁵ um die inoffizielle Mitarbeit von MandatsträgerInnen der PDS beim ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit“ mußte selbstkritisch festgestellt werden, „dass die PDS sich bis heute völlig unzureichend mit diesem Problemkomplex auseinandergesetzt hat.“ Um nicht „weiter an Glaubwürdigkeit und damit an einer wesentlichen Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit zu verlieren“, sollte mit diesem Beschluß „endlich die kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte in Angriff“ genommen werden.

Der Parteitag beschloß daher folgende Grundsätze und Maßnahmen:

Zunächst wird die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit als „notwendig verbunden mit Verletzungen grundlegender Menschen- und Bürgerrechte, mit der immanenten Missachtung der Souveränität und Integrität des einzelnen Bürgers“ bezeichnet, die „entsetzliches Leid über viele Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR gebracht hat“. Die PDS sehe sich selbst „in einer besonderen Pflicht für die Aufarbeitung dieser Seite der DDR- und SED-Geschichte“ und trete „für eine differenzierende Auseinandersetzung“ ein. Frühere offizielle und inoffizielle Mitarbeiter des MfS sollen nach ihrer „individuellen Verantwortung und Schuld beurteilt“ werden und keiner „pauschalisierenden Vorverurteilung“ und „pauschalen sozialen Ausgrenzung“ unterliegen. „Der Grad der

⁴ Der Beschluß findet sich unter <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte>. Daraus auch die folgenden Zitate.

⁵ Gemeint sind wahrscheinlich die Vorgänge um den Berliner Landesvorsitzenden Dr. Wolfram Adolphi, der am 22. Mai 1991 erklärt hatte, freiwillig inoffiziell für das MfS gearbeitet zu haben. Vgl. Wolfram Adolphi (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000, Berlin 2004, S. 77 f., Fußnote 6.

persönlichen Verstrickung in Unterdrückung und Unrecht muss in jedem Einzelfall ausschlaggebend sein.“

Die angestrebte differenzierende Auseinandersetzung dürfe andererseits nicht zu einer „pauschalen Entschuldigung und ‚Solidarisierung‘“, zu „Wagenburg-Mentalität und Schulterchluss-Gesten“ führen.

Einfache Mitglieder der PDS, die offiziell oder inoffiziell für das MfS gearbeitet haben, seien hiernach keine Mitglieder „zweiter Klasse“, jede „pauschalisierende Einschränkung ihrer Rechte und Pflichten wäre statutenwidrig“. Der Umgang mit ihrer politischen Biographie ist „die Sache einer/s jeden Einzelnen“ – und damit für die Parteiführung nicht relevant.

Bei Genossen, die „sich anschicken, für die Partei in exponierter Stellung öffentlich zu wirken“, also eine sichtbare Funktion bzw. ein Mandat zu übernehmen, ist diese Frage hingegen „keine reine Privatsache mehr.“ Hier gelte „die Pflicht, ihre Tätigkeit für das MfS offenzulegen, um eine Einzelfallprüfung zu ermöglichen. Die nominierenden Gremien entscheiden auf diese Weise selbst bestimmt über eine solche Kandidatur und die WählerInnen werden in die Lage versetzt, eine souveräne Entscheidung zu treffen.“ Mandatsträger, die das nicht tun und sich damit „als unehrlich und unsolidarisch erweisen, werden aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Kommen sie einer solchen Aufforderung nicht nach, wird empfohlen, sie aus der Fraktion auszuschließen.“

Da dieser Beschluß nicht rückwirkend gelten kann, gibt es eine Übergangsregelung, nach der gegenwärtige Mandatsträger für die PDS, die offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter des MfS gewesen sind und dies bisher verschwiegen haben, aufgefordert werden, dies „der PDS-Fraktion des Gremiums, in das sie gewählt worden sind“, nunmehr mitzuteilen. Nach einer Einzelfallprüfung werde dem Betreffenden eine Empfehlung gegeben und gemeinsam „die Art und Weise der Öffentlichmachung der Tatsachen wie der Empfehlung“ geregelt.

Der Punkt 6 des Beschlusses verpflichtet die PDS-Mitglieder der Fraktionen in den parlamentarischen Vertreterversammlungen, ihre Bereitschaft zur individuellen Überprüfung zu erklären und ermächtigt die Fraktionen, „unverzüglich eigenständig bei der ‚Gauck-Behörde‘ einen Antrag auf Überprüfung“ zu stellen. Wer sich einer solchen Überprüfung nicht unterzieht, dem „wird die Niederlegung des Mandats empfohlen.“

Diese Regelungen einschließlich der Übergangsregelung gelten analog auch für Funktionäre. Falls sich Genossen „in dieser Hinsicht als unehrlich gegenüber der Partei erweisen, so entbinden die jeweiligen Vorstände bzw. Gremien sie von ihrer Funktion und legen diesen Tatbestand gegenüber den sie wählenden Delegiertenkonferenzen oder

Mitgliedervollversammlungen offen, so dass diese über eine eventuelle Abwahl des entsprechenden Genossen entscheiden können.“

Abschließend wurden die Gremien der Partei verpflichtet, die weitere Auseinandersetzung mit dieser Problematik in Form der Publikation von Arbeitsergebnissen und Materialien, der individuellen Beratung und Hilfe und öffentlicher Diskussionen zu führen.

Dieser Beschluß, dem konsequente Züge nicht abzusprechen sind, wurde durch die Erklärung des 3. Parteitages (29.-31.1.1993) am 31.1.1993 wieder gelockert.⁶ Der Grund dafür lag darin, daß der Beschluß des 2. Parteitages „von Anfang an in der Partei sehr umstritten“ war und „nur von Teilen der Partei akzeptiert und umgesetzt wurde.“ Prof. Dr. Michael Schumann, einer der geistigen Väter des Beschlusses, sprach in seinem Referat auf der 3. Tagung gar von einem „handfesten Konflikt“.⁷ Die Parteiführung sah sich daher veranlaßt, „zu prüfen und uns erneut zur Problematik zu erklären.“ Sie stellte die Frage, „ob es politisch richtig war, einen separaten Beschluss zur MfS-Problematik“ zu fassen, da eine „herausgehobene und isolierte Thematisierung des MfS-Problems“ dem politischen Zweck diene, eine „Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR zu blockieren.“ Der MfS-Beschluß vom Juni 1991 unterliege der Gefahr, die „selektive Vergegenwärtigung der DDR-Geschichte am Leitfaden wirklicher oder vermeintlicher Exzesse zu befördern“ und sei geeignet, die „Reduktion der DDR-Geschichte auf Repressionsgeschichte zu bestätigen.“

Dies habe zu Irritationen unter den Mitgliedern geführt, denn eine „entscheidende Schwäche“ des Beschlusses war es, die „demagogische ‚Stasi‘-Hetze nicht eingeschätzt und verurteilt“ zu haben. Die PDS, so wird nochmals deutlich betont, sei ausdrücklich „offen auch für ehemalige Angehörige des MfS, es sei denn, sie haben schwerwiegende Straftaten begangen“. Mehr noch: Deren Gewinnung „für das Engagement in einer demokratischen sozialistischen Partei“ liege „im Interesse der Stärkung der demokratischen Substanz einer Gesellschaft.“

Falsch sei es gewesen, im Beschluß von 1991 „die staatsbürgerlichen Rechte und berechtigten sozialen Interessen ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS [...] nicht nachdrücklich genug artikuliert und verteidigt“ zu haben, so daß bei ihnen ein „enorme[r] Vertrauensverlust“ eingetreten sei, der „zu einer Schwächung der Partei und ihrer Politikfähigkeit geführt“ habe.

Bekräftigt wird allerdings die Forderung nach „Offenlegung früherer Tätigkeit für das MfS im Falle der Wahrnehmung von Mandaten, bzw. Funktionen in der Partei, um eine

⁶ <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte>. Darin auch die folgenden Zitate. Vgl. auch das Referat „Souverän mit unserer politischen Biographie umgehen“ von Prof. Dr. Michael Schumann, Mitglied des Bundesvorstandes der PDS, auf dem 3. Parteitag, in: Adolphi, S. 74-89. Eine ausgewogene Diskussion dieses Beschlusses bietet Eva Sturm: „Und der Zukunft zugewandt“? Eine Untersuchung zur „Politikfähigkeit“ der PDS, Opladen 2000, S. 85-87.

⁷ Adolphi, S. 75.

Einzelfallprüfung zu ermöglichen und Wählerinnen und Wähler in die Lage zu versetzen, eine souveräne Entscheidung zu treffen.“ Der Wähler generell habe „ein Recht auf ein unverfälschtes Persönlichkeitsbild des Kandidaten oder der Kandidatin. Daraus ergibt sich die Pflicht, auch über Sachverhalte, die Vergangenheit des Kandidaten oder der Kandidatin betreffen, Auskunft zu geben.“ Außerdem sei es „für das öffentliche Bild der PDS schädlich, wenn im nachhinein Verhaltensweisen von Mandats- und Funktionsträgern oder -trägerinnen bekannt werden, die das Persönlichkeitsbild erheblich korrigieren und deren Kenntnis vielleicht dazu geführt hätte, dass sie nie als Kandidatinnen oder Kandidaten aufgestellt bzw. gewählt worden wären. Ehrlichkeit und Offenheit bleiben daher weiter einzufordern, und jede Fraktion und jedes Leitungsgremium der PDS wird bei Verletzung dieser Gebote aus politischer Verantwortung entsprechend reagieren müssen.“

Die PDS erwarte daher weiterhin von ihren Mitgliedern, „dass sie gegenüber Wahlgremien, Fraktionen bzw. Leitungen der PDS, denen sie angehören, Auskunft über ihre politische Tätigkeit in der Vergangenheit und gegebenenfalls auch über eine MfS-Tätigkeit geben.“ Anschließend sei in eigener Verantwortung zu prüfen, „ob sich daraus Schlussfolgerungen für eine Wahrnehmung des Mandats bzw. der Parteifunktion ergeben. Eine Vertrauensstellung ist generell dann berechtigt in Frage zu stellen, wenn in der Vergangenheit das Vertrauen von Mitbürgerinnen und Mitbürgern in erheblicher Weise und mit erkennbaren negativen Folgen für sie missbraucht wurde.“

Der Beschluß vom Juni 1991 bleibe in Kraft. Kandidaten „für Parteiämter von Kreis- bis Bundesebene oder für Wahlmandate der gleichen Ebenen“ haben ihre politische Biografie generell offenzulegen, eine Beschränkung „nur auf eine ehemalige MfS-Tätigkeit“ wird aufgehoben.

Die wichtigste Änderung besteht darin, daß keine automatische Funktionsentbindung im Falle unehrlichen Verhaltens mehr vorgenommen werden soll. „Wird nachträglich bekannt, dass Genossinnen oder Genossen vor ihrer Wahl oder Kandidatur wesentliche Umstände ihrer politischen Biografie falsch dargestellt oder verschwiegen haben, haben sie vor dem Gremium, das sie bestätigt oder gewählt hat, die Gründe dafür zu benennen und die Vertrauensfrage zu stellen. Das Gremium, dem diese Genossinnen oder Genossen angehören, bleibt damit nicht länger gezwungen, unmittelbar eine Funktionsentbindung vorzunehmen, das muss der Einzelentscheidung des wirklich zuständigen Gremiums vorbehalten sein.“

In seinem Referat forderte Schumann noch einmal nachdrücklich: „Es gibt nur einen Weg: sich offen zur eigenen Vergangenheit und Verantwortung bekennen“.⁸ Allerdings: Von Anträgen auf Überprüfung bei der BStU-Behörde war keine Rede mehr.

Am 12. Juni 2006 befaßte sich der Parteivorstand der Linkspartei.PDS im Zuge des Parteibildungsprozesses von Linkspartei und WASG in einem Beschluß mit dem „weiteren Umgang mit den Beschlüssen zur persönlichen Offenlegung der Biografie und zur Geschichte von 1991 und 1993“. Er stellte einerseits fest, daß der Beschluß von 1993 „nichts von seiner Gültigkeit verloren hat.“ Andererseits wurde bekräftigt, „dass niemand wegen seiner politischen Biografie diskriminiert werden darf“. Klar abzulehnen sei eine Verlängerung der „Regelüberprüfung im Öffentlichen Dienst sowie von Abgeordneten über das Jahresende 2006 hinaus“.⁹

An die Beschlüsse vom Juni 1991, vom Januar 1993 und vom Juni 2006 waren auch die Landesverbände der PDS gebunden. So handelte auch der Landesverband Brandenburg danach.

Bereits im Dezember 1990 hatte der Landtag Brandenburg eine Überprüfung der Abgeordneten auf eine hauptamtliche bzw. informelle Tätigkeit für das MfS/AfNS einstimmig beschlossen.¹⁰ Im November 1991 ging es in einer Aktuellen Stunde des Landtages um eine Überprüfung der Abgeordneten auf eine Tätigkeit für das MfS. Wie die anderen Fraktionen auch, stellte sich die PDS „ausnahmslos und ohne Zögern einer Überprüfung auf hauptamtliche bzw. informelle Mitarbeit für das frühere MfS/AfNS“, weil, wie Michael Schumann ausführte, „wir das grundsätzliche Anliegen teilten und teilen [...], daß kein Abgeordneter des Brandenburger Landtages unter dem Verdacht stehen sollte, durch sein der Öffentlichkeit nicht bekanntes Verhalten in der Vergangenheit das Vertrauen seiner Wähler, der Öffentlichkeit insgesamt und auch seiner Parlamentarierkollegen nicht zu verdienen.“¹¹

Schumann sieht juristische und moralische Gründe, die „eine Empfehlung zur Niederlegung des Mandats rechtfertigen bzw. notwendig machen.“ Hier besitze die Frage einer nachgewiesenen Zusammenarbeit mit dem früheren MfS „einen entscheidenden Stellenwert“. Dabei ist für seine Fraktion nicht die Tatsache einer (formalen) Zusammenarbeit mit dem MfS, sondern vor allem der Umstand ausschlaggebend, daß „die Prüfung dieser Tätigkeit zu einer erheblichen negativen Korrektur des Persönlichkeitsbildes des betreffenden

⁸ Ebenda, S. 83.

⁹ <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte>.

¹⁰ Vgl. Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 7. Sitzung vom 13. Dezember 2009.

¹¹ Rede von Prof. Dr. Michael Schumann in der Aktuellen Stunde des Landtages Brandenburg am 27. November 1991, in: Adolphi, S. 189-193. Die folgenden Zitate siehe ebenda. Vgl. auch Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 30. Sitzung vom 27. November 2009.

Abgeordneten führt.“ Eine lediglich „besondere System- oder Staatsnähe“ könne zu keinem Mandatsverlust beitragen, „weil das auf eine Selektion der Abgeordneten nach dem Kriterium ihrer früheren politischen Einstellung oder Funktion und letztlich auch auf eine Verfälschung des Wählerwillens hinauslaufen würde.“

Bei nachgewiesenem Mißbrauch des Vertrauens sei „prinzipiell die Empfehlung zur Niederlegung des Mandats“ gerechtfertigt. Dies sei gegeben, wenn „jemand Informationen über Personen, die ihm im Vertrauen mitgeteilt wurden, an die Staatssicherheit geliefert hat“, müsse doch „davon ausgegangen werden, daß der Wähler den Betreffenden nicht in eine Vertrauensstellung – und das ist die Stellung als Abgeordneter – berufen hätte, wenn ihm bekannt gewesen wäre, daß der Betreffende in der Vergangenheit in einem relevanten Sinn Vertrauen nachgewiesenermaßen mißbraucht hat.“

Diese Prüfung, diese „moralische Bewertung“ vorzunehmen, war Sache der „Vertrauenspersonen“ Monsignore Dr. Karl-Heinz Ducke und Generalsuperintendent Günter Bransch, die sich auf gemeinsamen Wunsch der Fraktionen zur Verfügung gestellt hatten. Ihnen zur Seite standen die Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien. Sie hatte für die Abgeordneten des Landtages allerdings kaum Folgen. Die beiden Vertrauenspersonen legten „Verständnis“ und „Großzügigkeit“ an den Tag.¹² Monsignore Dr. Ducke nannte es später einen „Akt des Vertrauens“.¹³ In ihrer Abschlusserklärung Ende November 1991 heißt es: „Nach dem von uns gewonnenen Erkenntnisstand wagen wir die Aussage, daß sich in der Landesregierung und im Landesparlament nach menschlichem Ermessen keine Mitglieder befinden, die auf Grund der Beziehungen, die der Staatssicherheitsdienst zu ihnen hatte, des parlamentarischen und öffentlichen Vertrauens unwürdig wären.“¹⁴ Zehn Parlamentarier wurden als „Grenzfälle“ bezeichnet, aber zu keinen Konsequenzen aufgefordert. Aus der PDS-Fraktion betraf das Michael Schumann, Gerlinde Stobrawa und Margot Theben. Zwei Abgeordnete des „Bündnis 90“ traten zurück.¹⁵

Ein Folgeverfahren, immerhin möglich, wurde nicht eingeleitet. Damit war das Thema Staatssicherheit im Brandenburger Landtag für viele Jahre beendet, sieht man von der mehrjährigen Kontroverse um den Ministerpräsidenten Manfred Stolpe ab, die hier unerörtert

¹² Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Die Vergangenheit holt die Zukunft ein. Die Brandenburger Bürgerbewegung und ihre Auseinandersetzung mit dem Erbe der Staatssicherheit, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 377-402, hier S. 391.

¹³ Festveranstaltung des Landtages Brandenburg. Anlässlich des 10. Jahrestages seiner Konstituierung am 20. Oktober 2000, Teltow 2000, S. 14.

¹⁴ Zit. in: Müller-Enbergs, S. 392.

¹⁵ Vgl. ebenda und Dorit Pries: Stasi-Mitarbeiter in deutschen Parlamenten? Die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR, Berlin 2008, S. 185 f.

bleiben kann.¹⁶ In der weiteren Arbeit des Landtages spielte das Thema Staatssicherheit nur eine untergeordnete Rolle. Initiativen zur einschlägigen Überprüfung etwa der Landtagsabgeordneten hat es aus den Reihen der brandenburgischen PDS nicht gegeben. Dies geschah im Konsens mit allen anderen Parteien. Als einziges neues Bundesland verzichtete Brandenburg für lange Zeit auf die Bestellung eines Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR.¹⁷

Erst am 1. Juli 2009 debattierte und beschloß der Landtag ein „Gesetz über den Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und Folgen diktatorischer Herrschaften“. Die Linksfraktion stellte sich unter Verweis auf eine ihres Erachtens mangelhafte Qualität der Vorlage dagegen. Ihr Redner Heinz Vietze versicherte: „Wir würden uns diesem Thema in einer anderen Qualität widmen.“

¹⁸ Brandenburg bekam damit als letztes der ostdeutschen Länder einen Stasi-Beauftragten.

Am 21. Oktober 2009 beschloß der Landtag Brandenburg in seiner konstituierenden Sitzung auf einen Antrag der Fraktionen der SPD und der Linken,¹⁹ daß eine „Überprüfung der Abgeordneten des 5. Brandenburger Landtages auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR stattfinden“ und ein Gesetzentwurf oder entsprechender Beschluss“ bis „Ende 2009 vom Landtag verabschiedet werden“ sollen.²⁰ Die Linksfraktion hatte vorab für sich einstimmig beschlossen, „dass sich die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE freiwillig überprüfen lassen, auch in den Fällen, in denen das bereits mehrfach geschehen ist.“²¹

Am 17. Dezember 2009 hatte der Landtag darüber hinaus über den Antrag der CDU beraten, die Überprüfungsmöglichkeiten nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz zu verlängern. Dieser Antrag wurde einstimmig und damit auch mit den Stimmen der Linksfraktion angenommen.²² Der gefaßte Beschluß lautete: „Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Regelungen über die Überprüfungsmöglichkeiten von Abgeordneten und Mitgliedern von Landesregierungen nach §§ 20 und 21 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes über das Auslaufdatum des 31. Dezember 2011 hinaus verlängert werden.“²³ Damit überwand die

¹⁶ Vgl. dazu Abschlußbericht des Stolpe-Untersuchungsausschusses, lesbar gemacht von Ehrhart Neubert mit einem Vorwort von Viktor Böll, Köln 1994.

¹⁷ Einzig die Fraktion der DVU brachte in den Jahren 2001, 2007 und 2009 entsprechende Anträge ein, die dann jedes mal abgelehnt wurden. Vgl. Landtag Brandenburg. Plenarprotokolle der 39. Sitzung vom 11. Juli 2001, der 58. Sitzung vom 15. November 2007 und der 83. Sitzung vom 1. April 2009.

¹⁸ Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 87. Sitzung vom 1. Juli 2009, S. 6473. Die Fraktion der Linken „votierte mit Ausnahme des Frankfurter Abgeordneten Frank Hammer geschlossen mit Nein.“ Neues Deutschland, 2.7.2009.

¹⁹ Vgl. Landtag Brandenburg, Drucksache 5/17.

²⁰ Landtag Brandenburg, Drucksache 5/17-B.

²¹ Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 1. (konstituierenden) Sitzung vom 21. Oktober 2009, S. 16.

²² Vgl. Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 7. Sitzung vom 17. Dezember 2009, S. 278-284.

²³ Landtag Brandenburg, Drucksache 5/116-B.

Brandenburger Linkspartei die Position ihres Parteivorstandes vom Juni 2006, der wie gezeigt eine Verlängerung der Regelüberprüfung abgelehnt hatte.

Ende Januar 2010 verabschiedete dann der Landtag Brandenburg einstimmig, mit den Stimmen der Linken, die sich „zufrieden“²⁴ zeigte, das „Elfte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“, das die Möglichkeit schuf, die bis zum 12. Januar 1990 volljährig gewordenen Abgeordneten des Landtags „auf eine geheimpolizeiliche, insbesondere auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR im Sinne des Stasi-Unterlagen-Gesetzes“ zu überprüfen.²⁵

Im Januar 2010 stellte Helmut Müller-Enbergs im Hauptausschuß des Landtages als sachkundige Privatperson zutreffend fest, daß ein „Paradigmenwechsel“ stattgefunden habe. „Gab es bisher im politischen Raum des Landes Brandenburg Konsens darüber, bereits zu versöhnen statt aufzuarbeiten, ist seit 2009 erkennbar, dass das Alphabet wieder in der richtigen Reihenfolge buchstabiert wird. Es beginnt nicht mehr mit V, sondern wieder mit A wie ‚Aufarbeitung‘ oder ‚Alles auf den Tisch‘“.²⁶

Dieser Paradigmenwechsel ist insbesondere für die Fraktion der Linken zu konstatieren. Das zeigt sich auch im Umgang mit den Plänen, einen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zu bestellen. Während im Juli 2001 die Vertreterin der PDS, Hannelore Birkholz, es als „absurd“ bezeichnet hatte, „wenn elf Jahre nach der Wende vor dem Hintergrund, dass die Überprüfungen im öffentlichen Dienst im Wesentlichen abgeschlossen sind, ein solcher Schritt nachgeholt werden würde“²⁷, und auch 2009 ein „Nein“ von der Fraktion kam, so hat sich diese Einstellung mittlerweile gewandelt. In einer Pressemitteilung vom 18. Februar 2011 stellte die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser unter dem Eindruck der Anhörung von Opfern der SED-Herrschaft im Rahmen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ kurz und bündig fest: „Es war richtig und überfällig, die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur zu berufen.“²⁸

Gemäß dem „Elften Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“ wurden die Überprüfungen in den folgenden Monaten vorgenommen – die erste Stasi-Überprüfung im Landtag seit 1991, seit über 18 Jahren. Sie erbrachten das Ergebnis, daß sieben Abgeordnete,

²⁴ So der Abgeordnete Christian Görke in seinem Redebeitrag. Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 9. Sitzung vom 21. Januar 2010, S. 433.

²⁵ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg, Teil I – Gesetze, 21. Jahrgang, Nr. 3.

²⁶ Landtag Brandenburg, Hauptausschuß, 2. Sitzung, 13.1.2010, P-HA 5/2-1, S. 17.

²⁷ Ebenda, S. 2555.

²⁸ www.dielinke-fraktion.brandenburg.de. Seit 1.3.2010 ist Ulrike Poppe die erste Brandenburger Landesbeauftragte.

ausnahmslos Mitglieder der Linksfraktion, in unterschiedlicher Qualität mit dem MfS zusammengearbeitet hatten. Es handelt sich um Renate Adolph, Axel Henschke, Gerd-Rüdiger Hoffmann, Kerstin Kaiser, Michael Luthardt, Hans-Jürgen Scharfenberg und Gerlinde Stobrawa. Verschiedene Fakten waren bereits seit Ende 2009 bekannt geworden und trugen dazu bei, daß sich auch die Linke zur Überprüfung ihrer Abgeordneten verpflichtete.

Im einzelnen stellen sich die Fälle folgendermaßen dar:

Renate Adolph hatte als junge Frau mit der für Auslandsspionage zuständigen Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS zusammengearbeitet.²⁹

Axel Henschke leistete von August 1971 bis Mai 1973 seinen Wehrdienst in der Bezirksverwaltung des MfS Frankfurt (Oder), war hier u. a. als Wachsoldat im MfS-Untersuchungsgefängnis eingesetzt und von 1978-1980 als Inoffizieller Mitarbeiter „Ingolf Köhler“ des MfS tätig.³⁰

Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann war zwischen 1970 und 1974 als Inoffizieller Mitarbeiter „Schwalbe“ und zwischen 1981 und 1989 als Inoffizieller Mitarbeiter „Jürgen“ registriert.³¹

Kerstin Kaiser hatte sich während ihres Studiums von 1979 bis 1984 als Inoffizielle Mitarbeiterin „Kathrin“ der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS verpflichtet. Seit Anfang der neunziger Jahre geht sie offen mit diesem Thema um.³²

Michael Luthardt absolvierte von 1977 bis 1980 einen dreijährigen Wehrdienst beim Wachregiment des MfS „Feliks Dzierzynski“ und gehörte hier einer Sondereinheit an, der Arbeitsgruppe des Ministers/Sicherheit. Nach dem Stasi-Unterlagengesetz (StUG) war er damit hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS. Luthardt hatte es abgelehnt, sich als Inoffizieller Mitarbeiter zu verpflichten.³³ Dazu äußerte er sich im Landtag so: „Ich war nicht Mitarbeiter der Staatssicherheit in dem Sinne, dass ich Menschen ausspioniert habe. Ich habe meinen Wehrdienst dort geleistet. Ich wusste erst im Laufe der Zeit, was dort vor sich geht. Daraus habe ich meine Lehren gezogen. Ich habe jeglichen weiteren Dienst dort abgelehnt und auch gesagt: Ich gehe keinen Schritt weiter als diesen.“³⁴

²⁹ Vgl. auch www.dielinke-ffo.de.

³⁰ Vgl. Mario Niemann/Andreas Herbst (Hrsg.): SED-Kader: Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon der Sekretäre der Landes- und Bezirksleitungen, der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der Räte der Bezirke 1946 bis 1989, Paderborn/München/Wien/Zürich 2010, S. 232, Henschkes Angaben auf der Seite www.dielinke-fraktion.brandenburg und Berliner Morgenpost, 28.12.2010.

³¹ Vgl. www.focus.de, 14. und 20.11.2009; Potsdamer Neueste Nachrichten, 20.11.2009; Süddeutsche Zeitung, 23.11.2009; www.focus.de, 8.4.2010 und die persönliche Erklärung Hoffmanns auf seiner Homepage: www.gerd-ruediger-hoffmann.de.

³² Vgl. ihre Homepage www.kerstin-kaiser.eu und Landtag Brandenburg, Plenarprotokoll der 5. (Sonder-)Sitzung, 4.12.2009, S. 164 f. Vgl. auch Sturm, S. 89-91.

³³ Vgl. Die Welt, 2.12.2009, Berliner Morgenpost, 3.12.2009 und 28.10.2010 und www.michael-luthardt.de. Im § 6, Absatz 4 heißt es im StUG: „Hauptamtliche Mitarbeiter sind Personen, die in einem offiziellen Arbeits- oder Dienstverhältnis des Staatssicherheitsdienstes gestanden haben“. Vgl. www.gesetze-im-internet.de.

³⁴ Landtag Brandenburg, Plenarprotokoll der 5. (Sonder-)Sitzung, 4.12.2009, S. 178.

Hans-Jürgen Scharfenberg war von 1978 bis 1985 Inoffizieller Mitarbeiter des MfS. 1985 wurde die Zusammenarbeit auf seinen Wunsch hin beendet. Ende 1995, über ein Jahr nach seiner Wahl in den Landtag, hatte er diesen Sachverhalt öffentlich gemacht, allerdings erst, nachdem entsprechende Akten „schon bei der Arbeitsgruppe im Rathaus eingetroffen“ waren und „nichts mehr zu deckeln“ war. Noch 1992 hatte er sich als Potsdamer Stadtverordneter einer Stasi-Überprüfung verweigert.³⁵

Gerlinde Stobrawa wurde seit 1987 vom MfS als IM „Marisa“ geführt und hatte in ihrer Funktion als Mitglied des Rates des Bezirkes Frankfurt (Oder) dienstliche Kontakte zum MfS.³⁶ Sie gehörte zu den zehn Parlamentariern, die bei der letzten Überprüfung im November 1991 auf der Grundlage des seinerzeit bekannten Kontaktumfangs als „Grenzfälle“ eingestuft worden waren.

Bei einer weiteren Abgeordneten, Bettina Fortunato, fand sich eine Karteikarte in der Birthler-Behörde, die lediglich dokumentiert, daß sie „für die Stasi von Interesse“ war. Diese Karteikarte „gilt nicht als Beweis für eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit.“³⁷

Die Reaktionen der Linksfraktion auf die alten und neuen Stasi-Erkenntnisse fielen differenziert aus. Generell war es weder mit dem Grundgesetz noch mit der Verfassung vereinbar und somit nicht möglich, einem Abgeordneten das Mandat nach seiner Wahl wieder abzuerkennen.³⁸ Diese Möglichkeit der Sanktion entfiel. Aber man konnte die Abgeordneten bewegen, freiwillig das Mandat zurückzugeben.

Axel Henschke, Kerstin Kaiser, Michael Luthardt, Hans-Jürgen Scharfenberg und Gerlinde Stobrawa behielten ihr Landtagsmandat, da sie seit Jahren offen mit ihren Biographien umgegangen waren. Dem Stadtverordneten in Potsdam Hans-Jürgen Scharfenberg hatte schon 1995 eine „mit Vertretern aller Fraktionen besetzte Überprüfungscommission der Stadtverordnetenversammlung“ nach Prüfung aller Unterlagen „keine Niederlegung des Mandats als Stadtverordneter empfohlen.“ Auch seine Fraktion sprach ihm das Vertrauen aus. Dies wiederholte sich 2009. Neben seinem offenen Umgang mit der Problematik mag dazu auch die für das MfS unbefriedigende Qualität seiner IM-Tätigkeit beigetragen haben, wie in den Akten überliefert ist: „Eine direkte Arbeit an Personen konnte mit dem IMS nicht erreicht werden. Hier gab es bei ihm zu viele Vorbehalte, die ursächlich im Charakterbild bei ihm zu

³⁵ Vgl. Berliner Zeitung, 7.12.1995, Der Tagesspiegel, 19.1.2010, Märkische Allgemeine, 19.1.2010 (Zitat), Die Welt, 18.9.2010 und www.scharfenberg-fuer-potsdam.de.

³⁶ Vgl. www.gerlinde-stobrawa.de.

³⁷ Berliner Morgenpost, 28.10.2010.

³⁸ Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 9. Sitzung vom 21. Januar 2010, S. 432.

suchen sind.“ Zudem hatte er erklärt, seine IM-Tätigkeit gemäß dem Beschluß der PDS von 1991 rechtzeitig innerparteilich offengelegt zu haben.³⁹

Wegen Nichteinhaltung des Offenlegungsbeschlusses der PDS von 1991 mußten Gerd-Rüdiger Hoffmann und Renate Adolph ihre Fraktion verlassen. Der Landesvorsitzende der Linken, Thomas Nord, selbst früherer Mitarbeiter des MfS, äußerte sich dazu im Neuen Deutschland so: „Wir sind bei der Aufstellung der Kandidaten davon ausgegangen, dass alle ihre Biografie offenlegten. Wir wussten von Kerstin Kaiser, Hans-Jürgen Scharfenberg, Gerlinde Stobrawa und Axel Henschke. Wir sind damals davon ausgegangen, dass das alle sind, weil wir den Parteibeschluss zur Offenlegung von 1991 in Brandenburg lange praktizieren.“ Ihm sei es „völlig unverständlich, dass Genossen zur Wahl antraten, ohne ihre Biografie vollständig offenzulegen. Die Fälle der Abgeordneten Renate Adolph und Gerd-Rüdiger Hoffmann sind überraschend. Es war deshalb nicht vorhersehbar, dass wir in eine solche Lage geraten. Man kann nur hoffen, dass die Ereignisse der letzten Wochen dazu beigetragen haben, dass nun keiner mehr etwas verschweigt.“ Nord hatte „einen Tag, bevor die Verpflichtungserklärung von Gerd-Rüdiger Hoffmann öffentlich gemacht wurde“, sich „vor ihn gestellt, weil ich seiner Versicherung glaubte, dass er sich niemals als IM verpflichtet habe.“ Auch bei Renate Adolph „gab es keine Anzeichen, dass sie als IM geführt wurde. Natürlich ist ihre Offenlegung viel zu spät erfolgt und hat den bis dahin schon eingetretenen politischen Schaden potenziert.“⁴⁰

In einer „Erklärung der gemeinsamen Beratung des Landesvorstandes, des Landesausschuss, der Landtagsabgeordneten und der Kreisvorsitzenden“ der Linken vom 12. Dezember 2009 wird in diesem Zusammenhang ausgeführt: „Gerd-Rüdiger Hoffmann und Renate Adolph haben ihre frühere Zusammenarbeit mit dem MfS ganz oder teilweise verschwiegen. Sie haben bei ihren Wählerinnen und Wählern um Vertrauen geworben, ohne diese vor der Wahl über ihre Biographien ausreichend zu informieren. Damit haben sie unseren Anspruch aus der Geschichte nicht nur abstrakt zu lernen, sondern wo es nötig ist auch individuelle Schlussfolgerungen deutlich zu machen, konterkariert. Sie haben auch nach der Wahl ihre eigene Partei und Fraktion getäuscht.“⁴¹

Der einstimmigen Empfehlung der Spitzen von Partei und Fraktion, sein Landtagsmandat niederzulegen,⁴² beugte sich Dr. Hoffmann nicht, mußte aber die Linksfraktion Anfang

³⁹ Beide Zitate in: www.scharfenberg-fuer-potsdam.de. Vgl. auch Märkische Allgemeine, 19.1.2010 und Potsdamer Neueste Nachrichten, 27.9.2010.

⁴⁰ Neues Deutschland, 3.12.2009.

⁴¹ Einzusehen unter www.dielinke-oder-spree.de/politik/kreisverband. Vgl. auch die Einschätzung von Kerstin Kaiser auf der Sondersitzung des Landtages am 4.12.2009. Landtag Brandenburg, Plenarprotokoll der 5. (Sonder-)Sitzung, 4.12.2009, S. 164.

⁴² Vgl. Die Tageszeitung, 24.11.2009 und www.dielinke-ffo.de.

Dezember 2009 verlassen. In einer persönlichen Erklärung „Die Staatsicherheit der DDR und ich“ bestreitet er teilweise den Wahrheitsgehalt der Stasi-Akten, beruft sich auf Erinnerungslücken und begründet, warum er trotz großen Drucks von Medien und Parteikreisen sein Mandat als direkt gewählter Abgeordneter behält: um seine Arbeit im Interesse der Wähler und Bürger „mit dem Einfluss und den Möglichkeiten eines Landtagsabgeordneten“ fortzusetzen.⁴³

Die Abgeordnete Renate Adolph legte ihr Mandat nieder. Sie erklärte dazu, sie „bedaure, dass ich bisher nicht die Kraft hatte, meine Partei, die mich für den Landtag nominierte, darüber zu informieren. Mit dem Beschluss zur ‚konsequenten offenen Auseinandersetzung der PDS mit der Staatssicherheit‘ ist die Position meiner Partei öffentlich bekannt. Ich möchte mit meinem Schritt möglichen Schaden von meiner Partei, meiner Fraktion, dem Bündnis von SPD und LINKEN im Landtag sowie von meiner Familie und meiner Person abwenden.“⁴⁴

Die Landtagsvizepräsidentin Gerlinde Stobrawa trat von ihrem Amt als Vizepräsidentin des Landtages zurück, blieb aber im Landtag. Sie sagte dazu: „Nach reiflicher Überlegung und in Abstimmung mit meiner Fraktion bin ich zu diesem Entschluss gekommen. Ich will das Amt der Vizepräsidentin nicht beschädigen. Meine Unterstützung gilt dieser Koalition, der ich von Herzen Erfolg wünsche.“⁴⁵ Der Landesvorsitzende der Linken Thomas Nord äußerte sich in einer Erklärung am 27.11.2009 ausführlich zu diesem Fall:

„Gerlinde Stobrawa hat im Rahmen dieser Überprüfung von 1991 weder diese dienstlichen Kontakte bestritten, noch hat sie bestritten, dass ein Offizier des MfS [...] im März 1988 mit ihr ein Gespräch geführt hat, um sie als IM ‚Marisa‘ zu verpflichten. Ob sie in diesem Zusammenhang eine Erklärung unterschrieben hat, kann Gerlinde Stobrawa nicht mit Verlässlichkeit sagen. Sie schließt es aber nicht aus. [...] Gerlinde Stobrawa hat weiterhin erklärt, dass sie diese Zusammenarbeit mit dem MfS als IM nicht wollte, sie sich daher ihrem damaligen Dienstvorgesetzten offenbarte und damit die Konspiration mit dem MfS gebrochen hat. Gerlinde Stobrawa ist der festen Überzeugung, dass sie wissentlich zu keiner Zeit die Tätigkeit als IM ausgeübt hat. [...] Die jetzt von der BStU veröffentlichten und am 23. September 2009 erstellten Unterlagen, zeigen zunächst, dass die Darstellung von Gerlinde Stobrawa in wesentlichen Punkten dem Erkenntnisstand von 1991 entspricht. Zugleich gibt es Dokumente, die offensichtlich vom MfS-Offizier mit entsprechender Technik aufgenommen und in schriftlichen Berichten festgehalten wurden. Diese Dokumente lassen Zweifel an der bisherigen Darstellung von Gerlinde Stobrawa aufkommen. Sie ist nicht in der Lage diese

⁴³ www.gerd-ruediger-hoffmann.de.

⁴⁴ www.dielinke-ffo.de.

⁴⁵ www.gerlinde-stobrawa.de und www.dielinke-ffo.de.

Zweifel nachhaltig auszuräumen, bleibt aber bei ihrer Darstellung des Vorgangs. [...] Obwohl Gerlinde Stobrawa dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit dem MfS als IM weiterhin widerspricht, muss sie zur Kenntnis nehmen, dass sie Zweifel an dieser Aussage nicht mit letzter Konsequenz ausräumen kann. Daraus folgt, dass das Amt der Vizepräsidentin des Landtages Schaden zu nehmen droht. Daher wird Frau Stobrawa diese Funktion mit sofortiger Wirkung ruhen lassen.“⁴⁶

Im Hinblick auf Kontakte zum MfS sind zu diesen sieben Landtagsabgeordneten auch die 1991er „Grenzfälle“ Michael Schumann und Margot Theben zu zählen, des weiteren die früheren Abgeordneten Lothar Bisky, Frank Hammer und Heinz Vietze, sowie, außerhalb des Parlaments, Rolf Kutzmutz und Thomas Nord.

Die Unterlagen, die Michael Schumann und Margot Theben zu „Grenzfällen“ machten, sind nicht veröffentlicht. Eine neue Überprüfung ist 2009 unterblieben, da beide nicht mehr im Parlament vertreten waren.

Lothar Bisky wurde vom MfS unter dem Decknamen „Bienert“ als Inoffizieller Mitarbeiter geführt, aber die meisten Akten sind vernichtet. Er selbst bestreitet energisch eine IM-Tätigkeit.⁴⁷

Frank Hammer „war nicht nur Zuträger des Ministeriums für Staatssicherheit, sondern auch Beobachteter.“⁴⁸

Heinz Vietze, beim MfS als „Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit“ registriert, hatte in seiner hauptamtlichen Parteifunktion als 1. Sekretär der KL Oranienburg bzw. Potsdam ohnehin dienstliche Kontakte zur Staatssicherheit.⁴⁹

Rolf Kutzmutz, seit 1990 Mitglied der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, 1990-2003 Vorsitzender des PDS-Kreisverbandes Potsdam, 2003-2005 Bundesgeschäftsführer der PDS und 1994 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, war von 1971 bis 1973 unter dem Decknamen „Rudolf“ als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS tätig. Als dies 1993 bekannt wurde, machte Kutzmutz seine Akten öffentlich. Er behielt nicht nur seine politischen Ämter, sondern wurde 1994 sogar in den Bundestag gewählt.⁵⁰

⁴⁶ www.dielinke-ffo.de. Laut der Berliner Morgenpost vom 28.10.2010 war die „eigentliche IM-Akte [...] vernichtet worden, doch wurden schriftliche Berichte Stobrawas in Opferakten gefunden.“ Vgl. auch www.gerlinde-stobrawa.de.

⁴⁷ Vgl. Hubertus Knabe: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur, Berlin 2007, S. 63 f.; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.11.2005; Lothar Bisky: So viele Träume. Mein Leben, Berlin 2005, S. 224-226.

⁴⁸ Neues Deutschland, 10.2.2010.

⁴⁹ Vgl. Knabe, S. 46 und Der Spiegel, 23.8.2005, S. 30.

⁵⁰ Vgl. Pries, S. 271 f.; Lothar Bisky: Der „Brandenburger Weg“. Ansprüche, Realitäten, Sackgassen und Einbahnstraßen, Potsdam 1999, S. 29; Sturm, S. 87-89.

Thomas Nord schließlich, der Vorsitzende des Landesverbandes Brandenburg der Linken, ließ sich, wie er auf seiner Homepage schreibt, „1983 als IM des MfS verpflichten. Der demokratische Umbruch in der DDR 1989, öffnete mir den Weg vom Parteikommunisten zum demokratischen Sozialisten. Der offene Umgang mit meiner Biographie und das anhaltende Hinterfragen auch persönlichen Versagens gehört seit zwanzig Jahren dazu.“⁵¹

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Ergebnis:

In allen Legislaturperioden saßen Abgeordnete der PDS/Linkspartei im Brandenburger Landtag, die vor 1989 Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit unterhalten haben. Gleiches ist für weitere maßgebliche Politiker der Partei (etwa Kutzmutz, Nord) festzustellen. Unbedingt zu beachten ist die unterschiedliche Qualität dieser Kontakte, die auch von den Sachverständigen angesprochen wird. So verweist Dr. Müller-Enbergs darauf, „dass es unter den IM und den hauptamtlichen Mitarbeitern unglaublich große Unterschiede gibt. Das erfordert eine sehr differenzierte Bewertung.“⁵²

Der Umgang mit diesen MfS-Kontakten gestaltete sich unterschiedlich. Einige Politiker gehen seit Anfang der 1990er Jahre offen damit um, andere haben sie anhaltend verschwiegen. Die Entdeckung von MfS-Kontakten führte nur in wenigen Fällen dazu, daß die zuständigen Parteigremien das Vertrauen entzogen und Funktionen und Mandate abgegeben werden mußten. Eva Sturm zieht das Fazit, daß im Hinblick auf den Umgang mit Stasi-belasteten Genossen „in der PDS keinesfalls nach einheitlichen Maßstäben geurteilt wird.“⁵³

Gemessen an den 57 Landtagsabgeordneten, die seit 1990 die PDS/Linkspartei vertraten, ergibt sich mit 11 Personen (Adolph, Bisky, Hammer, Henschke, Hoffmann, Kaiser, Luthardt, Scharfenberg, Stobrawa, Theben, Vietze) als Minimalwert, daß 19 Prozent und damit knapp jeder fünfte Abgeordnete Kontakte zum MfS aufzuweisen hat. Es ist möglich, daß der Anteil insgesamt noch höher liegt, da Abgeordnete, die nur in der 2. bis 4. Wahlperiode im Parlament saßen, nicht einschlägig überprüft wurden.

Im 1. Landtag betraf das fünf (Bisky, Schumann, Stobrawa, Theben, Vietze) von 13 Abgeordneten (38 Prozent), also mehr als jeden dritten, im 5. Landtag betrifft das sieben (Adolph, Henschke, Hoffmann, Kaiser, Luthardt, Scharfenberg, Stobrawa) von 26 Abgeordneten (27 Prozent) und damit gut jeden vierten. Der geringere Anteil ist auch darauf zurückzuführen, daß 2009 im Gegensatz zu 1990 Politiker in den Landtag gewählt werden konnten, denen ein MfS-Kontakt schon biographisch nicht möglich gewesen ist (Büchel, Jürgens, Krause, Meier, Steinmetzer-Mann). Der „Fortschritt“, den Dr. Helmut Müller-

⁵¹ www.thomas-nord.de/persoendlich/biografisches und www.bundestag.de.

⁵² Landtag Brandenburg, Hauptausschuß, 2. Sitzung, 13.1.2010, P-HA 5/2-1, S. 19.

⁵³ Sturm, S. 92.

Enbergs dem Parlament in dieser Hinsicht attestiert, gilt daher, wenngleich in weit geringerem Ausmaß, auch für die Linkspartei. „Tatsächlich hat sich in Brandenburg eine Menge getan. Bedenken Sie bitte, dass im Landtag der ersten Wahlperiode beinahe, etwas überzogen formuliert, jeder fünfte Abgeordnete zu DDR-Zeiten eine Beziehung zum Ministerium für Staatssicherheit unterhalten hatte, wohingegen es gegenwärtig bestenfalls, weit übertrieben, nur jeder zehnte ist. [...] Insofern gibt es, rein mathematisch gesehen, schon einen Fortschritt, was diesen Aspekt betrifft.“⁵⁴

Ob wirklich in „keinem Parlament [...] heute noch so viele ehemalige Stasi-Zuträger wie in Potsdam“ sitzen, wie der „Spiegel“ 2010 zu wissen meinte⁵⁵, ist hier nicht zu entscheiden. Die hämische Behauptung, daß es für die brandenburgische Linke „zum guten Ton gehörte, ‚Stasi-belastet‘ zu sein“⁵⁶, ignoriert den mittlerweile erreichten Umgang der Linkspartei mit der Vergangenheit, den Kerstin Kaiser im Landtag Ende 2009 in folgende Worte kleidete: „Diese Auseinandersetzung mit individueller Schuld, politischer Verantwortung und den Machtstrukturen in der DDR ist die entscheidende Voraussetzung dafür, in der heutigen demokratischen Gesellschaft glaubwürdig für unsere politischen Ziele eintreten zu können. [...] Eine linke, eine demokratisch-sozialistische Partei kann und wird also undemokratische, diktatorische, ja totalitäre Herrschaft niemals akzeptieren, verherrlichen oder verharmlosen.“⁵⁷

⁵⁴ Landtag Brandenburg, Hauptausschuß, 2. Sitzung, 13.1.2010, P-HA 5/2-1, S. 17 f.

⁵⁵ Der Spiegel, 25.1.2010, S. 36.

⁵⁶ www.spiegel.de, 17.10.2009.

⁵⁷ Landtag Brandenburg, Plenarprotokoll der 5. (Sonder-)Sitzung, 4.12.2009, S. 165.

„Gab es gegen Politiker nach 1989 Anklagen, Prozesse und Rücktritte wegen ihrer politischen Tätigkeit in der DDR, während der Herbstrevolution oder des Aufbaus des Landes?“

2. Anklagen, Prozesse und Rücktritte

Diese Frage hat der PDS-Abgeordnete Prof. Dr. Michael Schumann bereits im Mai 1997 der Landesregierung vorgelegt. „Im Zusammenhang mit den Versuchen einer rechtlichen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit im Land Brandenburg“ wollte er wissen, wie viele Anklagen es jeweils wegen „Gewalttaten an der Grenze“, „Wirtschaftsdelikten“, „Straftaten des MfS“, „Vermögensstraftaten im Zusammenhang mit der Ausreise“ und „Wahlfälschungen“ gegeben hat.⁵⁸ Die Landesregierung antwortete im Juli 1997, daß wegen „Gewalttaten an der Grenze“ 16 Anklagen gegen 39 Beschuldigte, wegen „Wirtschaftsdelikten“ fünf Anklagen, wegen „Straftaten des MfS“ keine Anklage, wegen „Vermögensstraftaten im Zusammenhang mit der Ausreise“ eine Anklage und wegen „Wahlfälschungen“ sieben Anklagen erhoben wurden.⁵⁹

Soweit sichtbar, betrafen nur die Anklagen wegen Wahlfälschungen frühere führende Funktionäre der SED.⁶⁰ Im Juni 1990 wurden der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg, Klaus Alfons Mühe, „wegen eines Vergehens der Wahlfälschung“ durch das Kreisgericht Brandenburg zu einer Geldstrafe von 5.000 Mark und sein 1. Stellvertreter, Herbert Heinz L., „wegen eines Vergehens der Beihilfe zur Wahlfälschung“ zu einer Geldstrafe von 2.500 Mark verurteilt.

Im September 1991 verurteilte das Kreisgericht Potsdam-Stadt „wegen gemeinschaftlicher Wahlfälschung“ den früheren Oberbürgermeister von Potsdam Wilfried Seidel zu acht Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung, dessen 1. Stellvertreterin Marlies N. zu einer Geldstrafe von 3.600 DM, den Stadtrat beim Rat der Stadt Potsdam Lothar H. zu einer Geldstrafe von 2.400 DM und die Stadträtin beim Rat der Stadt Potsdam Karin B. zu einer Geldstrafe von 3.600 DM.

Harri S., 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Potsdam, wurde vom Kreisgericht Potsdam-Stadt im Oktober 1992 „wegen Wahlfälschung“ zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten auf Bewährung verurteilt.

⁵⁸ Landtag Brandenburg. 2. Wahlperiode, Drucksache 2/4111.

⁵⁹ Ebenda, Drucksache 2/4249.

⁶⁰ Vgl. zu den Prozessen wegen „Gewalttaten an der deutsch-deutschen Grenze“, „Amtsmissbrauch und Korruption“ und „Spionage“ Klaus Marxen/Gerhard Werle (Hrsg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Bände 2-4, Berlin/New York 2002 und 2004.

Das Amtsgericht Potsdam verurteilte im Oktober 1994 den früheren 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, Ulrich Schlaak, „wegen Anstiftung zur Wahlfälschung“ zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung.⁶¹ In jedem dieser Prozesse ging es um die Kommunalwahlen in der DDR am 7. Mai 1989, die nur durch massive Wahlfälschungen ein Ergebnis von fast 99 Prozent Zustimmung zu den Wahlvorschlägen der Nationalen Front erbracht hatten.

Sämtliche der in den genannten Prozessen angeklagten und verurteilten Personen spielten auf der politischen Bühne Brandenburgs nach 1990 keinerlei Rolle mehr. Anders gewendet: Keiner der seit 1990 maßgeblichen Politiker der PDS/Linkspartei im Land Brandenburg wurde wegen seiner politischen Tätigkeit in der DDR angeklagt.

Rücktritte erfolgten nur im Zusammenhang mit Kontakten zum Ministerium für Staatssicherheit; darauf wird an anderer Stelle eingegangen.

Die SED-PDS im Bezirk Potsdam ließ Ende 1989/Anfang 1990 „Untersuchungen zu Korruption und Amtsmissbrauch durch ehemals leitende Funktionäre der Partei- und Staatsorgane sowie der Wirtschaft“ durchführen. Ein am 11. Februar 1990 an die 1. Bezirkskonferenz der PDS Potsdam erstatteter Bericht kam zu dem Ergebnis, „dass ein großer Teil der Vorwürfe ungerechtfertigt ist“. Gegen einige Funktionäre wurden Parteistrafen bis hin zum Parteiausschluß verhängt.⁶²

Im Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit seit 1990 ist nur ein Prozeß mit anschließender Verurteilung und nachfolgendem Rücktritt zu verzeichnen. Er betrifft den Landtagsabgeordneten Otto Theel, der seit 1994 als Bürgermeister von Neuruppin und seit 2004 im Landesparlament politisch tätig war. Im Mai 2008 ist Theel „vom Neuruppiner Landgericht wegen Vorteilsnahme im Amt zu einer Haftstrafe von neun Monaten, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt worden. Der damalige Bürgermeister, gegen den ein weiteres Strafverfahren läuft, hatte einen Investor um ein 70.000-Euro-Darlehen für seinen Sohn gebeten.“ Otto Theel legte sein Landtagsmandat nieder. „Es ist die erste Mandatsniederlegung infolge eines Strafprozesses im Brandenburger Parlament seit 1990.“⁶³

⁶¹ Vgl. Klaus Marxen/Gerhard Werle (Hrsg.): Strafrecht und DDR-Unrecht. Dokumentation. Band 1: Wahlfälschung, Berlin/New York 2000, S. 21-25 (Mühe/L.), S. 25 (Harri S.), S. 107-120 (Seidel/N., H., B.) und S. 125-128.

⁶² Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg, Heft 1/2: Von der SED zur PDS (Januar bis März 1990). Dokumente und Zeitzeugenberichte, Potsdam 2005, S. 30-33. Die Zitate befinden sich auf den Seiten 30 und 32.

⁶³ Der Tagesspiegel, 21.5.2008.

„Wie gehen die Parteien des Landes Brandenburg seit 1989 und bis heute, sofern sie Vorgänger in der DDR hatten, mit ihrer DDR-Vergangenheit um? Welche personelle Fluktuation oder Kontinuität weisen insbesondere Landesvorstände der heute im brandenburgischen Landtag vertretenen Parteien seit 1989 auf? Gibt es spezifische Phasen stärkerer oder schwächerer Fluktuation? Sind Zusammenhänge zwischen personeller Entwicklung und programmatischer Ausrichtung bzw. hinsichtlich des Politikstiles (z. B. im Landtag) und der Anwendung rechtsstaatlich-demokratischer Verfahren erkennbar und belegbar?“

3. Umgang der PDS/Linken mit der eigenen Geschichte

Die PDS/Linke ging und geht offen mit ihrer DDR-Vergangenheit um. Der Ausgangspunkt dafür ist die Rede von Prof. Dr. Michael Schumann auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 16. Dezember 1989 in Berlin, die unter dem Motto stand: „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!“⁶⁴ Darin forderte Schumann die Partei auf, „eine gründliche Analyse zu erarbeiten, welche Ursachen zu stalinistischem Denken und Handeln nach der Befreiung vom Faschismus in unserem Land geführt haben und wie diese eine Deformation gesellschaftlicher Verhältnisse herbeiführten.“ Die Abkehr vom Sozialismus bisheriger Prägung sollte „in einem neuen, kritischen Umgang mit unserer eigenen Geschichte, der frei ist von Apologetik, Schönfärberei, einem Umgang, der nichts aus dieser Geschichte ausspart“, ihren Niederschlag finden.

Und in der Tat widmete sich die PDS in verstärktem Maße ihrer eigenen Geschichte. Im Juni 1990 wurde eine „Historische Kommission der PDS“ gegründet, die sich in ihrer Arbeit auch mit der DDR befaßte. Das gilt auch für die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung und parteinahe Bildungsvereine.⁶⁵ Im Oktober 1991 wurde vom Bundesvorstand der PDS und der Abgeordnetengruppe der PDS-Linke Liste im Deutschen Bundestag eine Konferenz zum Thema „Die Sicherheitspolitik der DDR, zur politischen Verantwortung der SED und zur Rolle der Staatssicherheit“ durchgeführt, deren Ergebnisse im Folgejahr publiziert worden sind. Im Vorwort dieser Publikation heißt es unmißverständlich: „Das Gespräch über die Vergangenheit im aufrichtigen Bemühen, eigene Verantwortung und Schuld anzunehmen, ist

⁶⁴ Vgl. Adolphi, S. 33-56. Die folgenden beiden Zitate befinden sich auf den S. 45 und 55 f. Vgl. auch Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS Partei des Demokratischen Sozialismus 8./9. und 16./17. Dezember 1989, Berlin 1990, S. 41-56.

⁶⁵ Vgl. dazu den Abschnitt III: Zur Geschichtsdiskussion 1990 bis 1995, in: Lothar Bisky/Jochen Czerny/Herbert Mayer/Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin 1996, S. 284-396.

unerlässlich für den politischen Neubeginn.“⁶⁶ Der langjährige Parteivorsitzende Lothar Bisky bezeichnete die „Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der SED, aber auch mit der eigenen Biographie und der individuellen Schuld am Scheitern des sozialistischen Versuchs in der DDR“ als den „nervenaufreibendste[n] und schmerzlichste[n] Prozess.“ Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Im Jahre 2005 resümierte Bisky: „Über zwanzig Bücher, zahlreiche Biographien, Protokolle von Versammlungen, Parteitage, Konferenzen und Kolloquien geben Zeugnis von diesen umfangreichen und intensiven Aktivitäten, vor allem die 1996 publizierten Reden zur Geschichtskonferenz und der 1997 erschienene Programmkommentar.“⁶⁷

An dieser Aufarbeitung der DDR beteiligte sich auch der brandenburgische Landesverband der PDS. Richtschnur war dabei der von mehreren Fraktionen – für die PDS von Michael Schumann, der „persönlich viel zu einem kritischen Umgang mit der DDR und der SED beigetragen“⁶⁸ hat – im Juni 1994 verabschiedete Entschließungsantrag „Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten“. Darin heißt es: „Die Geschichte des ehemals geteilten Deutschland kann nur gemeinsam ‚aufgearbeitet‘ werden und verlangt das wechselseitige Bemühen um Verständnis für die in Ost und West sehr unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, in denen die Menschen jeweils lebten.“⁶⁹

Bereits im Mai 1991 konstituierte sich in Brandenburg die AG Programm/Geschichte/innerparteiliche Bildung, die bis März 1996 Bestand hatte. Aus ihr ging im Oktober 1996 die AG Geschichte hervor, die sich stärker als bisher Problemen der Geschichte der SED und der DDR widmete.⁷⁰ Ihr Anliegen ist die „kritische[...] Auseinandersetzung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, des antifaschistischen Widerstandes und der DDR“.⁷¹ Eine Reihe von Publikationen sind seit 1995 entstanden, so 13 Hefte der Reihe „Auf dem Weg der Erneuerung. Dialog in der PDS“, in denen es unter anderem um den 8. Mai 1945, die Bodenreform, die Vereinigung von KPD und SPD, die Stalinisierung der SED und den 17. Juni 1953 geht. „Dabei ergab sich häufig ein Spannungsfeld zwischen de[n] in den Dialogheften dargelegten wissenschaftlichen Erkenntnissen zur inhaltlichen Unterstützung der Geschichtsarbeit des Landesvorstand[s] und der Akzeptanz des Inhalts der Veröffentlichungen in den Basisorganisationen in den

⁶⁶ Gregor Gysi/Uwe-Jens Heuer/Michael Schumann (Hrsg.): Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Hamburg 1992, S. 7.

⁶⁷ Bisky, So viele Träume, S. 203.

⁶⁸ Ebenda, S. 228.

⁶⁹ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Drucksache 1/3098.

⁷⁰ Vgl. dazu Gerlinde Grahn: Entstehung und Tätigkeit der AG Geschichte, in: Zur Geschichte der Linkspartei.PDS im Land Brandenburg, Heft 2/1: Arbeits- und Interessengemeinschaften, o. O. 2007, S. 25-36.

⁷¹ http://www.dielinke-brandenburg.de/partei/strukturen/lag_und_ig_plattformen/ag_geschichte.

Kreisverbänden.“⁷² Die hier angesprochenen Probleme, die die Beschäftigung mit der Vergangenheit für viele frühere SED-Mitglieder und -Funktionäre mit sich brachte, hatte Michael Schumann bereits im Oktober 1991 prophezeit: „Denjenigen, die einen Großteil ihres bewußten Lebens für die DDR gelebt haben, bedeutet jede neue Information über Machenschaften, über Verbrechen gar, die im Zeichen von Schild und Schwert – übrigens auch von Hammer und Sichel – und unter Verantwortung der Sozialistischen Einheitspartei geschahen, auch die wiederholte Infragestellung ihres eigenen Lebenssinns.“⁷³

Mit der eigenen Geschichte befassen sich u. a. vier Hefte der Reihe „Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg“ wie ein Heft „Zur Geschichte der Linkspartei. PDS im Land Brandenburg“. Sie verstehen sich als Vorarbeiten zu einem größeren Sammelband zur Geschichte der PDS in Brandenburg.⁷⁴ Hervorzuheben ist schließlich auch die 272 Seiten umfassende Chronik der brandenburgischen PDS.⁷⁵

Schließlich macht der am 5. November 2009 unterzeichnete Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der Linken für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages „Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle“ unmißverständlich deutlich: „Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben. Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht in Missachtung von Freiheit und Demokratie. Wir werden die Lehren der Geschichte umfassend beherzigen und weitergeben.“⁷⁶

Der 1994 formulierten Einschätzung: „Die PDS kann kein Interesse daran haben, ihre Vergangenheit offenzulegen.“⁷⁷, muß vor diesem Hintergrund widersprochen werden. Ebenso wenig ist zu erkennen, daß die „Partei ihre diktatorische Vergangenheit mehr und mehr verschleiern“ konnte.⁷⁸ Daß die Ergebnisse der geschichtswissenschaftlichen Bemühungen die politischen Gegner der PDS/Linkspartei häufig nicht überzeugen – es ist hier von „plumpen Geschichtsklitterungen“⁷⁹ die Rede –, steht auf einem anderen Blatt.

⁷² Grahn, S. 32.

⁷³ Michael Schumann: Über den Umgang mit unserer Geschichte und die spezifischen ideologischen Grundlagen der Repression, in: Gysi/Heuer/Schumann, S. 16-34, hier S.16.

⁷⁴ Vgl. dazu den Überblick von Gerlinde Grahn: Forschungen zur Geschichte der Linkspartei.PDS in Brandenburg, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2007, S. 158-164.

⁷⁵ Gerlinde Grahn (Hrsg.): Für einen demokratischen Sozialismus. Eine Chronik der PDS im Land Brandenburg 1989 bis 2007, Schkeuditz 2009.

⁷⁶ Vgl. www.brandenburg.de/de/landesregierung. Das Zitat befindet sich auf S. 5 des Koalitionsvertrages.

⁷⁷ Patrick Moreau/Viola Neu: Die PDS zwischen Linksextremismus und Linkspopulismus, Sankt Augustin 1994, S. 57.

⁷⁸ Manfred Wilke/Udo Baron: „Die Linke“. Entstehung – Entwicklung – Geschichte, Sankt/Augustin/Berlin 2008. Es handelt sich hierbei um eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

⁷⁹ Rudolf van Hüllen: „Die Linke“ stellen. Handreichungen zur politischen Auseinandersetzung, Sankt/Augustin/Berlin 2009. Es handelt sich ebenfalls um eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Die einzelnen Funktionsträger der PDS/Linkspartei gingen und gehen unterschiedlich mit der eigenen Vergangenheit um. Offensiv war das Vorgehen der Partei, als 1993 die IM-Tätigkeit von Rolf Kutzmutz, dem PDS-Kandidaten für die Wahl des Potsdamer Oberbürgermeisters, bekannt wurde. „Wir reagierten, indem wir seine komplette Akte kopierten und an unseren Informationsständen verteilten. Das PDS-Plakat mit dem Satz ‚Ich bin nicht erst ’89 geboren‘ leitete einen aktiven Umgang mit Vor-Wende-Biographien ein: offen und öffentlich mit der eigenen politischen Vergangenheit umgehen, sie nicht verhüllen oder verstecken.“⁸⁰ Daß dieser aktive Umgang nicht alle Genossen erreichte, wird im Hinblick auf Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit an anderer Stelle gezeigt.

Auf den privaten Homepages der Funktionäre der Linken im Internet wird mitunter sehr knapp, teilweise aber auch sehr ausführlich über die Vergangenheit in der DDR berichtet. Das kann an zwei Beispielen gezeigt werden. Auf der Homepage von Andreas Bernig fehlen Angaben zur Person. Um sich hier zu informieren, muß der Nutzer auf die Seite der Linksfraktion wechseln. Dort findet er knapp gehaltene Daten, aber keine Angaben zur SED-Mitgliedschaft und zur konkreten Tätigkeit als „Angehöriger DVP/BdVP Potsdam“.⁸¹ Die Homepage etwa von Kerstin Kaiser ist dagegen sehr ausführlich geraten – vor allem im Hinblick auf ihre Tätigkeit als IM des MfS.⁸²

⁸⁰ Bisky, So viele Träume, S. 202. Vgl. dazu auch Gero Neugebauer/Richard Stöss: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 202, wo der Wahlkampfslogan so wiedergegeben wird: „Meine Biographie beginnt nicht erst 1989“.

⁸¹ Vgl. www.andreas-bernig.de und www.dielinke-fraktion.brandenburg.de.

⁸² Vgl. www.kerstin-kaiser.eu.

4. DDR-Vergangenheit der Landtagsmitglieder und Landesvorsitzenden der PDS/Linken – Quantitative Untersuchungen

4.1. Landtagsmitglieder

Zunächst sollen die Abgeordneten des Landtages⁸³ darauf überprüft werden, inwieweit sie vor 1989 Mitglied in der SED waren und herausgehobene Nomenklaturfunktionen bekleidet haben.⁸⁴

Überblickt man die politischen Biographien der 57 Landtagsabgeordneten der PDS/Linken, so ist festzustellen, daß sieben von ihnen (12 Prozent) höhere Nomenklaturfunktionen der SED auf Bezirks- und Kreisebene innehatten. Die zentrale Ebene (Politbüro, Sekretariat des ZK, Apparat des ZK) fehlt völlig.

Die herausgehobenste Funktion übte Heinz Vietze aus, der hier deshalb an erster Stelle zu nennen ist. Vietze hatte eine typische, geradlinige Apparatlaufbahn absolviert. Nach dem Studium an der FDJ-Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ folgte zunächst eine Laufbahn in der FDJ: 1968-1970 als Instrukteur der FDJ-BL Potsdam, 1970-1973 als 2. Sekretär und 1973/74 als 1. Sekretär der FDJ-KL Potsdam. Anschließend studierte Vietze an der Parteihochschule „Karl Marx“, die er als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler verließ. 1977 kurzzeitig 2. Sekretär, war Vietze von 1978 bis 1984 1. Sekretär der FDJ-BL Potsdam und saß damit im Sekretariat der SED-Bezirksleitung Potsdam, dem eigentlichen Machtzentrum dieser Region. Anschließend ging Vietze, laut einer Beurteilung des 1. Sekretärs der BL Günther Jahn „[l]angfristig und zielgerichtet [...] für die Funktion des 1. Sekretärs einer Kreisleitung vorbereitet“, als 1. Sekretär in die KL Oranienburg. Zu diesem Zeitpunkt war er einer der jüngsten 1. Kreissekretäre der SED. Anfang 1989 wurde er 1. Sekretär der KL Potsdam-Stadt, was wiederum einen Sitz im Sekretariat der Bezirksleitung bedeutete. Am 15.11.1989 wählte ihn die BL Potsdam zum neuen 1. Sekretär. Vietze selbst sagt von sich: „Die Politik der SED habe ich mit voller Überzeugung vertreten.“⁸⁵ Er war Mitglied des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages der SED und Leiter der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des Stalinismus-Referates. 1990/91 war Vietze Landesvorsitzender der PDS in

⁸³ Zum Landtag Brandenburg vgl. Suzanne S. Schüttemeyer/Michael Kolkmann/Malte Lübker u. a.: Die Abgeordneten des Brandenburgischen Landtages: Alltag für die Bürger, Potsdam 1999 und Malte Lübker/Suzanne S. Schüttemeyer: Der Brandenburgische Landtag, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hrsg.): Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte – Struktur – Funktionen, Wiesbaden 2004, S. 137-168.

⁸⁴ Zum Nomenklatursystem der SED vgl. Matthias Wagner: Ab morgen bist du Direktor. Das System der Nomenklaturkader in der DDR, Berlin 1998.

⁸⁵ Heinz Vietze: Flucht nach vorn, in: Andrea von Gersdorff/Astrid Lorenz (Hrsg.): Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010, S. 69-75, hier S. 69.

Brandenburg und von 1990 bis 2009 Mitglied des Landtages Brandenburg, stellvertretender Vorsitzender und parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion.⁸⁶

Eine ähnliche Laufbahn hatte Axel Henschke aufzuweisen. Wie Vietze Student an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ beim Zentralrat der FDJ in Bogensee, arbeitete er anschließend als FDJ-Sekretär im VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder) und als Sekretär der FDJ-KL Frankfurt (Oder). Es folgten ein Studium an der Parteihochschule mit dem Abschluß als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler und die Verwendung in der BL der FDJ Frankfurt (Oder): 1981-1984 als Sekretär für Arbeiterjugend, 1984-1985 als 2. Sekretär und 1985-1989 als 1. Sekretär. Damit verbunden war die Mitgliedschaft im FDJ-Zentralrat und im Sekretariat der BL Frankfurt (Oder). Am 15.11.1989 wurde Henschke zum 2. Sekretär der SED-BL Frankfurt (Oder) gewählt. In dieser Funktion blieb er bis zum 8.12.1989. Henschke war von 2003 bis 2005 stellvertretender Landesvorsitzender der PDS und sitzt seit 2009 im Landtag.⁸⁷

Bis in den Apparat der SED-Bezirksleitung schaffte es drittens auch Wolfgang Thiel. 1981-1985 Parteisekretär an der Ingenieurschule Senftenberg, studierte er an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau, die er als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler verließ. Es folgten Funktionen im Apparat der SED-BL Cottbus: 1987/88 als Leiter des Sektors Wissenschaft und Gesundheitswesen, 1988/89 als Leiter der Abteilung Wissenschaft, Volksbildung und Gesundheitswesen. Am 13. November 1989 wählte ihn die BL Cottbus zu ihrem neuen 1. Sekretär. 1990/91 war er stellvertretender Vorsitzender, 1995-1999 Vorsitzender des PDS-Landesvorstandes Brandenburg. 1999-2004 und 2006-2009 vertrat er die PDS/Linke im Landtag Brandenburg, 2005/2006 war er Geschäftsführer der Fraktion.⁸⁸

Ebenfalls als Nomenklaturkader der SED sind Heinz Dobberstein, Wolfgang Heinze, Christian Otto und Otto Theel zu bezeichnen, die jeweils herausgehobene Funktionen auf der Kreisebene ausgeübt haben.⁸⁹

Heinz Dobberstein war in den Jahren von 1953 bis 1960 Abteilungsleiter und Sekretär für Wirtschaft der SED-Kreisleitung Eberswalde/Bernau, bevor er dann in der Volkswirtschaft als kaufmännischer und ökonomischer Direktor tätig wurde. Als Abgeordneter des Landtages 1999-2004 war er zugleich dessen Alterspräsident.

Wolfgang Heinze, studierter Landwirt, arbeitete von 1975 bis 1978 als Abteilungsleiter für Landwirtschaft beim Rat des Kreises Seelow, wechselte dann von der staatlichen auf die Parteiebene und besetzte von 1978 bis 1990 die Position des Sekretärs für Landwirtschaft der

⁸⁶ Vgl. Niemann/Herbst, S. 495 f.

⁸⁷ Vgl. ebenda, S. 232.

⁸⁸ Ebenda, S. 482 f.

⁸⁹ Zu den biographischen Daten vgl. die Parlamentsdokumentation Brandenburg im Internet: www.parldok.brandenburg.de.

SED-Kreisleitung Seelow. Durch einen Besuch der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau erwarb er das Diplom als Gesellschaftswissenschaftler. Seit 1993 ist Heinze Abgeordneter und Vorsitzender des Kreistages Märkisch-Oderland, von 2004 bis 2009 saß er im Landtag.

Christian Otto hatte zunächst als Lehrer an der Bezirksparteischule gearbeitet und war dann in den Apparat der SED-Kreisleitung in Forst gewechselt, anfangs als Mitarbeiter, dann als Sekretär für Wirtschaft. 2004-2006 vertrat er die PDS im Landtag.

Otto Theel wechselte 1978 als Ingenieur in den Apparat der SED-Kreisleitung Brandenburg, zunächst als Mitarbeiter für Wirtschaft, dann als Abteilungsleiter Wirtschaft und von 1985 bis 1989 als Sekretär für Wirtschaft. 1989/1990 war er Vorsitzender des Rates des Kreises Neuruppin und 1994 bis 2004 Bürgermeister der Stadt Neuruppin. Im Landtag saß er von 2004 bis 2008.

Die nächste Gruppe bilden sieben Abgeordnete, die hauptamtliche, aber nachgeordnete Funktionen in der SED, der FDJ oder im Staatsapparat ausgeübt haben.

Renate Adolph hatte als Redakteurin beim ADN und bei der Berliner Zeitung gearbeitet und war von 1983 bis 1986 als Mitarbeiterin beim FDJ-Zentralrat angestellt. Danach wechselte sie als Redakteurin in den FDJ-eigenen Verlag Junge Welt.

Christel Fiebiger hatte eine einschlägige Ausbildung in der Landwirtschaft aufzuweisen und über ein Jahrzehnt als LPG-Vorsitzende gearbeitet, bevor sie 1982 bis 1989 in den lokalen Staatsapparat wechselte und Stellvertreter des Vorsitzenden für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft beim Rat des Kreises Perleberg wurde.

Margitta Mächtig, Pionierleiterin und Unterstufenlehrerin, absolvierte 1983 einen einjährigen Lehrgang an der Bezirksparteischule der SED in Frankfurt (Oder) und übernahm von 1984 bis 1987 hauptamtliche Leitungsfunktionen in der FDJ-Kreisleitung Bernau: Zunächst Mitarbeiterin, war sie bis 1987 Kreisvorsitzende der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ im Kreis Bernau. Danach folgte ein Studium der Gesellschaftswissenschaften an der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ in Bernau, das sie mit dem Grad eines Diplom-Gesellschaftswissenschaftlers beendete. Seit 2004 ist sie Mitglied des Landtages, seit 2008 Mitglied der Landesschiedskommission der Linken in Brandenburg.⁹⁰

Kerstin Osten hatte nach einem Studium der Betriebswirtschaftslehre von 1979 bis 1984 als Sekretär der FDJ-Kreisleitung Strausberg und anschließend ein Jahr hauptamtlich bei der SED-Kreisleitung Strausberg gearbeitet. Anschließend studierte sie an der Parteihochschule „Karl-Marx“ in Berlin und erwarb den Grad eines Diplom-Gesellschaftswissenschaftlers.

⁹⁰ Vgl. auch www.margitta-maechtig.de.

1990/91 war sie stellvertretende Landesvorsitzende der brandenburgischen PDS und während der 3. Wahlperiode stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Landtag.

Gerlinde Stobrawa war von 1974 bis 1984 zunächst Mitarbeiterin, dann Bezirksvorsitzende der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und arbeitete von 1984 bis 1990 beim Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder), zuletzt als Leiter der Abteilung für Jugendfragen, Körperkultur und Sport. Eine Beurteilung des MfS vom April 1989 bescheinigt ihr: „In ihrer gesamten Tätigkeit lässt sich die St. stets von den Beschlüssen der Partei und Regierung leiten.“⁹¹ 1986/87 studierte sie an der Parteihochschule „Karl-Marx“ und schloß das Studium als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler ab. Von Dezember 1989 bis 1990 war sie 1. Stellvertreterin des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Frankfurt (Oder). Sie ist der parlamentarische Dauerbrenner der PDS/Linken, die sie seit Oktober 1990 durchgehend im Landtag vertritt. 2005 bis 2009 war sie Vizepräsidentin des Landtages.

Anita Tack hatte Bauwesen, Städteplanung, Regionalplanung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar studiert und von 1973 bis 1987 als Diplom-Ingenieur im Büro für Territorialplanung des Bezirkes Potsdam gearbeitet, dessen Direktorin sie 1983 wurde. 1987 bis 1990 war sie stellvertretende Vorsitzende der Bezirksplankommission Potsdam. Die Bezirksplankommission, das für die regionale Planung zuständige Fachorgan des Rates des Bezirkes, unterstand zugleich der Staatlichen Plankommission und bildete durch ihre plankoordinierende Tätigkeit eine wichtige Behörde im Staats- und Wirtschaftsapparat.⁹² 1991 bis 1994 war Anita Tack stellvertretende Leiterin der Fraktionsgeschäftsstelle der PDS im Landtag und 1999 bis 2001 Vorsitzende des Landesverbandes der PDS Brandenburg. Seit 1994 Landtagsabgeordnete, saß sie 1999-2004 in dessen Präsidium. Seit November 2009 ist sie Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in Brandenburg.

Kornelia Wehlan, die letzte dieser Gruppe, hatte 1986/87 die Bezirksparteischule Potsdam besucht und danach bis 1989 hauptamtlich in der SED-Kreisleitung Luckenwalde gearbeitet.⁹³ Die nächste Gruppe bilden sechs Abgeordnete, die im Bereich der Gesellschaftswissenschaften als Hochschullehrer und wissenschaftlich tätig waren.

Prof. Dr. Lothar Bisky hatte von 1967 bis 1980 am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig gearbeitet, dort über „Massenkommunikation und Jugend“ promoviert und sich habilitiert. 1980 bis 1986 war er Dozent an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Diese „gehörte zu den Einrichtungen, mit deren Hilfe das ZK der SED

⁹¹ Die Akte ist auf der Internetseite www.gerlinde-stobrawa.de zu finden.

⁹² Vgl. dazu Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Band 1, Reinbek 1994, S. 102-104.

⁹³ Vgl. auch www.konni-wehlan.de.

sich die Kontrolle über die Gesellschaftswissenschaften sichern und Leitlinien für diese vorgeben wollte.“⁹⁴ Von 1986 bis 1990 fungierte Bisky als Rektor an der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg. 1991-1993 Landesvorsitzender in Brandenburg, wechselte er als Bundesvorsitzender der PDS an die Parteispitze. Im Landtag saß er von 1990 bis 2005, 2004/2005 als Vizepräsident; bis 2004 übte er durchgehend den Fraktionsvorsitz aus.

Der Diplom-Gesellschaftswissenschaftler Ralf Christoffers studierte von 1983 bis 1986 an der Parteihochschule der SED und arbeitete von 1986 bis 1990 als Lehrer und stellvertretender Leiter des Lehrstuhls Philosophie an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“. 2001 bis 2005 führte er als Vorsitzender den Landesverband Brandenburg der PDS. Mitglied des Landtages seit 1994, bekleidete er von 2007 bis 2009 den stellvertretenden Vorsitz der Fraktion Die Linke. Seit November 2010 ist er Minister für Wirtschaft und Europa-Angelegenheiten.⁹⁵

Dagmar Enkelmann hatte ein Studium der Gesellschaftswissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig mit dem Diplom beendet und von 1979 bis 1985 als Lehrerin für Geschichte an der FDJ-Jugendhochschule in Bogensee unterrichtet. 1985 bis 1989 erfolgte eine Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK, die sie 1989 mit einer Promotion zum Thema „Analyse und Kritik des Konzepts bürgerlicher Ideologen der BRD ‚Identitätskrise der Jugend der DDR‘“ abschloß. 1990-1998 Abgeordnete der Volkskammer der DDR bzw. des Bundestages, war sie von 2003 bis 2006 stellvertretende Bundesvorsitzende der PDS. 1999-2005 Landtagsabgeordnete in Brandenburg, ist sie seit 2005 im Bundestag vertreten und dort Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Die Linke.⁹⁶

Prof. Dr. Bernhard Gonnermann war im Forschungskreis Militärpolitik an der Sektion Marxismus-Leninismus der Humboldt-Universität als Hochschullehrer tätig. Einen seiner Arbeitsschwerpunkte bildete die Friedensforschung. Wie stark er die militärpolitischen Grundsätze der SED propagierte, wird an einem unter seiner Gesamtreaktion 1987 im Militärverlag in Buchform erschienenen Leitfaden deutlich. Das Werk beginnt mit einer Passage aus dem Programm der SED und endet mit Zitaten des Generalsekretärs Erich Honecker.⁹⁷

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte von 1974 bis 1978 Innenpolitik/Staatswissenschaft an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (ASR) in Potsdam-Babelsberg

⁹⁴ Bisky, So viele Träume, S. 114.

⁹⁵ Vgl. auch www.ralf-christoffers.de.

⁹⁶ Vgl. auch www.dagmar-enkelmann.de.

⁹⁷ Vgl. Sozialistische Militärpolitik und Wehrbereitschaft. Militärpolitisches Grundwissen für die sozialistische Wehrerziehung. Leitfaden, Berlin 1987.

studiert. Als Diplom-Staatswissenschaftler blieb er dort zunächst als wissenschaftlicher Assistent. 1982 promovierte er zum Dr. rer. pol. mit einer Arbeit zum Thema „Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung als wichtiger Bestandteil der ideologischen Manipulierung der BRD-Bürger“. 1982 bis 1986 war Scharfenberg wissenschaftlicher Oberassistent am Lehrstuhl Staatsrecht kapitalistischer Staaten, danach von 1986 bis 1989 hauptamtlich stellvertretender Parteisekretär an der ASR. 1991 bis 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg, insbesondere mit der Zuständigkeit für den Bereich Innen- und Rechtspolitik, schaffte er 2004 den Sprung in den Landtag.⁹⁸

An der ASR war auch Prof. Dr. Michael Schumann tätig. Nach einem Studium der Philosophie in Leipzig wurde er wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl Philosophie der Abteilung Marxismus-Leninismus an der ASR. Es folgte eine steile wissenschaftliche Karriere: 1979 Promotion, 1983 Habilitation, 1984 Dozent, 1986 ordentlicher Professor an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft. Die ASR war als Institution des Ministerrates der DDR sehr renommiert; ihre Aufgabe bestand in erster Linie darin, „auf dem Gebiet der Lehre die Aus- und Weiterbildung von Staatsfunktionären und die Qualifizierung leitender Kader der Staatsorgane zu sichern.“⁹⁹ 1990 Mitglied der Volkskammer und des Bundestages, gehörte Schumann von 1990 bis 2000 dem Brandenburger Landtag an. Von 1989 bis Oktober 2000 war er Mitglied des PDS-Bundesvorstandes. Michael Schumann bewegte „sich bewusst in einem linientreuen Umfeld. Er hatte eine tiefe Grundübereinstimmung mit der DDR und der Partei“.¹⁰⁰

Die vierte Gruppe bilden sieben Abgeordnete, die keine herausgehobene Funktion in der SED, im Staatsapparat oder in Massenorganisationen bekleidet haben, gleichwohl in ihrer beruflichen Laufbahn eine „besondere Loyalität gegenüber dem DDR-Staat bzw. eine, wie man heute zu sagen pflegt, besondere System- oder Staatsnähe“¹⁰¹ unter Beweis zu stellen hatten.

Dr. Andreas Bernig war 1980 bis 1984 Student, anschließend bis 1988 wissenschaftlicher Assistent an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam. Das Thema seiner Dissertation lautete „Das Zusammenwirken der örtlichen Organe der Staatsmacht mit den Leitungen der Gewerkschaften in der Großstadt bei der Ausarbeitung und Durchführung der Aufgaben zur gesellschaftlichen Entwicklung im Territorium“. Ab Juli

⁹⁸ Vgl. auch www.scharfenberg-fuer-potsdam.de.

⁹⁹ Herbst/Ranke/Winkler, Band 1, S. 46.

¹⁰⁰ Marco Schumann über seinen Vater Michael: Konstruktiver Kritiker, in: Gersdorff/Lorenz, S. 165-171, hier S. 165.

¹⁰¹ So Michael Schumann in der Aktuellen Stunde des Landtages Brandenburg am 27. November 1991, in: Adolphi, S. 191.

1988 war er im Range eines Hauptmanns Oberinstrukteur für Agitation und Propaganda, also Politoffizier bei der Bezirksbehörde Potsdam der Deutschen Volkspolizei.

Gerrit Große hatte als Lehrerin für Musik und Deutsch gearbeitet und ist von 1988 bis 1991 als Schulleiterin tätig gewesen. 1987 bis 1988 besuchte sie die Frauensonderklasse der Bezirksparteischule der SED – möglicherweise als Voraussetzung, um den Posten als Schulleiterin zu übernehmen. Seit 2001 Mitglied des Landtages als Nachrücker für Michael Schumann, vertritt sie ihre Partei seit 2005 in dessen Präsidium. 2005 bis 2009 war sie stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, seit Dezember 2009 ist sie Vizepräsidentin des Landtages Brandenburg.¹⁰²

Kerstin Kaiser hatte ein Studium der Russischen Sprache und Literatur an der Leningrader Staatlichen Universität mit dem Grad Diplomslawistin abgeschlossen. Seit 1980 Mitglied der SED, arbeitete sie von 1984 bis 1989 als Lehrerin in der Sprachintensivausbildung der Parteischule beim ZK der SED „Karl Liebknecht“ in Kleinmachnow. 1991 bis 1995 war Kerstin Kaiser stellvertretende Bundesvorsitzende, 1995 bis 1997 stellvertretende Landesvorsitzende der PDS Brandenburg. Mitglied des Landtages ist sie seit September 1999, seit 2004 zudem Mitglied dessen Präsidiums. Seit 2005 bekleidet sie den Vorsitz der Linksfraktion.¹⁰³

Jürgen Maresch hatte von 1985 bis 1989 an der Offizierhochschule der Grenztruppen in Suhl studiert und ab September 1989 eine dienstliche Tätigkeit bei den Grenztruppen der DDR aufgenommen.¹⁰⁴

Irene Wolff-Molorciuc war Diplomlehrerin für Russisch und Geschichte und von 1982 bis 1989 Direktorin einer Schule. Nach 1989 wurde sie Mitarbeiterin der SED-Kreisleitung Angermünde.

Die Lehrerin Birgit Wöllert hatte als Angestellte der FDJ von 1979 bis 1982 das „Haus der Pioniere“ in Spremberg geleitet und anschließend ein einjähriges Direktstudium an der Bezirksparteischule Cottbus absolviert. Wieder im Beruf als Lehrerin, absolvierte sie ein externes Studium der Staatsbürgerkunde. 1988 bis 1990 war sie Schulleiterin einer Spremberger POS.¹⁰⁵

Zu dieser Gruppe mit besonderer „System- und Staatsnähe“ ist schließlich auch Kerstin Bednarsky zu zählen, die als Uhrmacherin und Absolventin der Kreisparteischule der SED von 1981 bis Februar 1989 den Demokratischen Frauenbund, anschließend bis Oktober 1990

¹⁰² Vgl. auch www.gerrit-grosse.de.

¹⁰³ Vgl. auch www.kerstin-kaiser.eu.

¹⁰⁴ Vgl. auch www.juergen-maresch.de.

¹⁰⁵ Vgl. auch www.birgitwoellert.de.

die PDS in der Volkskammer der DDR vertrat. 1987/88 hatte sie die Bezirksparteischule absolviert.¹⁰⁶

Damit ergibt sich der Befund, daß 27 von 57 Landtagsabgeordneten (47 Prozent) anhand ihres Lebenslaufes eine besondere Nähe zur DDR und zur Politik der SED – alle bisher genannten waren Mitglied der Partei – zu bescheinigen ist. Sie waren Nomenklaturkader, Partei- und Staatsfunktionäre oder „systemtreue Intellektuelle“.¹⁰⁷ Qualitative Aussagen können jedoch nicht gemacht werden, ein möglicher Veränderungsprozeß in den politischen Auffassungen bis 1989 läßt sich anhand der vorliegenden Quellen kaum nachzeichnen. Immerhin soll in diesem Zusammenhang angemerkt werden, daß etwa der Abgeordnete Bernig für seine Zeit als Politoffizier der VP 1988/89 für sich in Anspruch nimmt, „ein[en] Zahn kritischer“ gewesen zu sein.¹⁰⁸ Auch Bisky beschreibt sich als im Sommer 1989 „längst auf Gorbatschow-Kurs“ segelnd. Als Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen hatte er den Satz geprägt: „Die Schere ist an dieser Hochschule nicht länger Dozent.“¹⁰⁹ Beide Beispiele zeigen, daß eine systematische Prüfung der politischen Einstellungen und Handlungen der genannten Politiker vor und nach 1989 unternommen werden müßte, um zu auch qualitativ abgesicherten Ergebnissen zu gelangen. Dies kann jedoch in diesem Rahmen nicht geleistet werden.

Eine weitere Gruppe von 19 Abgeordneten, damit genau ein Drittel, ist in der DDR politisch nicht sonderlich hervorgetreten. Es handelt sich um die Abgeordneten Birkholz¹¹⁰ (Kinderärztin), Bönisch (Mitarbeiterin im Bezirkskabinett für außerunterrichtliche Tätigkeit), Faderl (Leiterin Krippenvereinigung Brandenburg), Fortunato (LPG-Abteilungsleiter), Gehlsen (Heimleiter in der Diakonie), Görke (Lehrer), Groß (Rechtsanwalt), Hammer (diverse Berufe), Hoffmann (wissenschaftlicher Assistent), John (Abteilungsleiter Prozeßautomatisierung), Kolodzeike (Wirtschaftsleiterin einer Berufsschule), Luthardt (wissenschaftlicher Mitarbeiter), Markov (Abteilungsleiter Forschung/Entwicklung elektrotechnischer Anlagen), Petzold (Forschungsstudent), Theben (Mitglied im Rat des

¹⁰⁶ Vgl. auch Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 8. Wahlperiode, Berlin 1982, S. 173 (hier noch unverheiratet als Kerstin Behnisch); Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 9. Wahlperiode, Berlin 1987, S. 187 und Rita Pawlowski (Hrsg.): „Unsere Frauen stehen ihren Mann“. Frauen in der Volkskammer der DDR 1950 bis 1989. Ein biographisches Handbuch, Berlin 2008, S. 29. Vgl. ferner ihre Äußerungen in einem Interview vom 19.11.2002, in: Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg, Heft 1/1: Das Jahr 1989. Dokumente und Zeitzeugenberichte, Potsdam 2005, S. 27-30 (Teil 1); Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg, Heft 1/2: Von der SED zur PDS (Januar bis März 1990). Dokumente und Zeitzeugenberichte, Potsdam 2005, S. 21 f. (Teil 2); Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg, Heft 1/3: Herausbildung des Landesverbandes Brandenburg (April bis Dezember 1990). Dokumente und Zeitzeugenberichte, Potsdam 2005, S. 14 f. (Teil 3).

¹⁰⁷ Astrid Lorenz: Aufstieg, Ausstieg, Umstieg. Elitenwechsel in Brandenburg, in: Gersdorff/Lorenz, S. 174-195, hier S. 175. Zu ihnen zählt Lorenz etwa Michael Schumann und Lothar Bisky. Vgl. ebenda.

¹⁰⁸ Disput, September 2004 („Warum ein Landtagskandidat im Wahlkampf sein Plakat abnimmt“).

¹⁰⁹ Bisky, So viele Träume, S. 134 f. („Schere“) und S. 150 („Gorbatschow“).

¹¹⁰ Vgl. Hannelore Birkholz: Kinderärztin mit neuen Aufgaben, in: Gersdorff/Lorenz, S. 108-114.

Bezirk), Thrans (Walzwerker und Wirtschaftskauffrau), Trunschke (Forschungsstudent und Rektorats-Mitarbeiter), Warnick (Rundfunkmechaniker) und Weber (Lehrerin).

Neun Abgeordnete (16 Prozent) der Jahrgänge 1967-1983 waren zu jung, um sich in der DDR politisch-gesellschaftlich exponieren zu können: Büchel, Domres, Jürgens, Krause, Ludwig, Meier, Sarrach, Schröder, Steinmetzer-Mann.

Die Abgeordneten Wolfgang Gehrcke und Roswitha Schlesinger haben nie in der DDR gelebt.

Wenn schließlich nur die Abgeordneten, denen eine besondere Staats- und Parteinähe biographisch möglich war, gezählt werden, ergibt sich ein Anteil von 59 Prozent, für die eine solche zutrifft.

Schließlich ist auch interessant, daß 13 Abgeordnete (23 Prozent) ein Diplom führen, das als besonders staatsnah gelten muß: Es sind ein Diplom-Kulturwissenschaftler (Bisky), zwei Diplom-Staatswissenschaftler (Bernig, Scharfenberg) und zehn Diplom-Gesellschaftswissenschaftler (Christoffers, Enkelmann, Heinze, Henschke, Mächtig, Osten, Otto, Stobrawa, Thiel, Vietze) zu zählen.

Wenn man nun die Abgeordneten der 1. Wahlperiode (1990-1994) mit denen der jetzigen Wahlperiode (seit 2009) vergleicht, so haben von den 13 Mandatsträgern sieben (54 Prozent) eine Apparatkariere durchlaufen bzw. sich politisch stark engagiert (Bednarsky, Bisky, Fiebiger, Gonnermann, Schumann, Stobrawa, Vietze). Bis auf die Abgeordneten Stefan Ludwig und Beate Thrans waren alle bis 1989 Mitglied der SED. Für die 27 Abgeordneten der 5. Wahlperiode trifft das Kriterium der besonderen Partei- und Staatsnähe 14 mal (52 Prozent) zu (Adolph, Bernig, Christoffers, Große, Henschke, Kaiser, Mächtig, Maresch, Scharfenberg, Stobrawa, Tack, Wehlan, Wolff-Molorciuc, Wöllert). Mit Axel Henschke ist ein früherer Funktionär der ZK-Nomenklatur vertreten. Unter den Abgeordneten finden sich zwei Diplom-Staatswissenschaftler und vier Diplom-Gesellschaftswissenschaftler.

An den Prozentzahlen hat sich also nicht viel geändert. Daß zwei Jahrzehnte ins Land Brandenburg gegangen sind, ist auch daran zu sehen, daß allein fünf Abgeordnete (Büchel, Jürgens, Krause, Meier, Steinmetzer-Mann) und damit fast jeder fünfte erst in der Bundesrepublik volljährig geworden ist.

Nach der Durchsicht leider nicht kompletter biographischer Daten¹¹¹ ist in Bezug auf eine frühere Mitgliedschaft in der SED festzuhalten, daß von insgesamt 57 Abgeordneten 43 (75 Prozent) in der SED organisiert waren. Zwölf Abgeordnete waren dies nicht, bei zweien steht

¹¹¹ Herangezogen wurden vor allem die Parlamentsdokumentation Brandenburg und Internetseiten der Linkspartei Brandenburgs sowie private Homepages.

ein Fragezeichen.¹¹² Da die oben genannten fünf Abgeordneten im Zeitraum 1975-1983 geboren wurden und somit ebenso wie Wolfgang Gehrcke und Roswitha Schlesinger nicht die Möglichkeit hatten, Kandidat bzw. Mitglied der SED zu werden, ergibt sich ein Anteil von mindestens 86 Prozent SED-Mitgliedern unter den Abgeordneten, denen ein Parteieintritt möglich war. Durch das Nachrücken jüngerer Genossen haben sich die Prozentzahlen mittlerweile etwas verringert. Waren im 1. Landtag noch 11 von 13 Abgeordneten und damit 85 Prozent Mitglied der SED¹¹³, so beträgt der Anteil für den aktuellen Landtag nur noch 78 Prozent.¹¹⁴

4.2 Landesvorsitzende und Landesvorstand

Überblickt man die Landesvorsitzenden der PDS/Linken in Brandenburg seit 1990 (in chronologischer Reihenfolge: Vietze, Bisky, Markov, Thiel, Tack, Christoffers, Nord)¹¹⁵, so ergibt sich ein ähnliches Bild. Hinsichtlich der Tätigkeiten in der DDR ist festzustellen, daß alle bis auf Markov einen beruflichen Weg genommen haben, der auf eine besondere Nähe zur DDR und zur SED schließen läßt. Thomas Nord, seit 2005 im Amt, beschreibt sich selbst als damaligen Parteikommunisten: „Politisch überzeugt war ich in hauptamtlichen Funktionen in der FDJ, dann in der SED tätig“.¹¹⁶ Die anderen Landesvorsitzenden waren im Landtag vertreten und wurden oben bereits erwähnt. Allesamt sind sie bis 1989 langjährige Mitglieder der SED gewesen – die Landesvorsitzenden Vietze, Bisky, Thiel und Tack seit den sechziger Jahren.

Für die kompletten Landesvorstände können nur eingeschränkte Aussagen getroffen werden, da die meisten biographischen Daten der Mitglieder nicht zugänglich sind. Auffällig ist, daß von den auf dem 1. Landesparteitag der PDS am 17. Juni 1990 in Potsdam gewählten 53 Mitgliedern des Landesvorstandes immerhin fünf frühere Nomenklaturkader der SED-Bezirksebene vertreten waren. Neben den bereits erwähnten Wolfgang Thiel und Heinz Vietze handelt es sich um Dr. Ingeborg Herold, Bernd Jaskowiak und Peter Siegesmund.

Dr. Ingeborg Herold hatte am Institut für marxistisch-leninistische Kultur- und Kunstwissenschaften der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK promoviert und

¹¹² Es handelt sich um Klaus John und Ingeborg Kolodzeike.

¹¹³ Vgl. auch Jörg Mielentz: Der Weg nach oben: Karriere im Landtag, in: Schüttemeyer/Kolkmann/Lübker u. a., S. 141-154, hier S. 142.

¹¹⁴ Gezählt wurden einschließlich der Nachrückerin Irene Wolff-Molorciuc 27 Personen. Davon waren sechs nicht Mitglied der SED.

¹¹⁵ Vgl. Grahn, Chronik der PDS, S. 247 f.

¹¹⁶ www.thomas-nord.de/persoendlich/biographisches.

anschließend als politischer Mitarbeiter beim Rat des Bezirkes bzw. bei der BL Potsdam gearbeitet. Im April 1988 wurde sie als Sekretär für Kulturpolitik der BL Potsdam eingesetzt und blieb in dieser Funktion bis Ende 1989/Anfang 1990 tätig.¹¹⁷

Bernd Jaskowiak hatte nach einem Studium an der Bezirksparteischule Cottbus von 1980 bis 1986 die Funktion des Sekretärs der Betriebsparteiorganisation im VEB Braunkohlenbohrungen und Schachtbau Welzow übernommen und anschließend an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU in Moskau studiert. 1988/89 politischer Mitarbeiter der Abteilung Parteiorgane der BL Cottbus, wurde er am 13.11.1989 zum neuen 2. Sekretär der BL Cottbus gewählt.¹¹⁸

Peter Siegesmund arbeitete nach dem Studium an der PHS „Karl Marx“ als 1. Sekretär der KL Senftenberg bzw. Cottbus-Stadt. Von Juni 1989 bis Juni 1990 war er Vorsitzender des Rates des Bezirkes Cottbus. Im Mai 1990 trat er aus der PDS aus, im September 1990 wieder ein.¹¹⁹

Solche Biographien fehlen im aktuellen Landesvorstand, der aus 18 Politikern besteht.¹²⁰ Allein sieben von ihnen (Dahme, Förster, Johlige, Kindervater, Osterburg, Schummel, Strauß) und damit über ein Drittel sind erst nach 1989 volljährig geworden. Weitere fünf haben keine hauptamtlichen SED-Funktionen innegehabt (Domres, Fortunato, Ludwig, Markov, Tackmann). Dies ist einzig vom Landesvorsitzenden Thomas Nord bekannt. Dr. Andreas Bernig und Dr. Steffen Hultsch waren an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR beschäftigt, allerdings nicht in Parteifunktionen. Bernig war zudem Politoffizier bei der VP. Die Daten für Ute Miething, Dagmar Püschel und Karin Kühl fehlen. Auch ohne diese kann festgehalten werden, daß die große Mehrheit des aktuellen Landesvorstandes eine neue Politiker-Generation ohne SED-Vergangenheit darstellt.

Ohnehin ist noch einmal festzustellen, daß nur anhand biographischer Eckdaten die – sich auch ändernden – politischen Einstellungen, die für DDR- und SED-Kontinuität oder eben für Erneuerung stehen, nur unvollkommen abgebildet werden können. Qualitative Angaben sind nur in wenigen Fällen möglich. Aus diesem Grund läßt sich auch die Frage nach Zusammenhängen zwischen personeller Entwicklung und programmatischer Ausrichtung bzw. dem Politikstil kaum quellengestützt beantworten. Anhand der Funktionen ist anzunehmen, daß die Politiker Bisky, Schumann und Vietze in der PDS-Fraktion ein bedeutendes Gewicht besaßen.

¹¹⁷ Vgl. Niemann/Herbst, S. 234.

¹¹⁸ Vgl. ebenda, S. 257 f.

¹¹⁹ Vgl. ebenda, S. 459 f.

¹²⁰ Vgl. www.dielinke-brandenburg.de/partei/strukturen/landesvorstand/mitglieder.

Bisky war nicht nur von 1990 bis 2005 Mitglied des Landtages und bis zur Landtagswahl 2004 Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion und 1991-1993 Landesvorsitzender der PDS, sondern brachte von 1993 bis 2000 und von 2003 bis 2007 als Parteivorsitzender der PDS auch bundespolitisches Gewicht ein. Heinz Vietze saß von 1990-2009 im Landtag, war 1990/91 der erste Landesvorsitzende, 1990-1994 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und 1994-2007 parlamentarischer Geschäftsführer. Er galt „als einer der Strippenzieher der PDS-Bundespartei“¹²¹ und war „über anderthalb Jahrzehnte unser Landeswahlkampfleiter“.¹²² Michael Schumann war „als einflussreicher Stratege und Programmatiker“¹²³ von 1989 bis 2000 Mitglied im PDS-Bundesvorstand und 1990-2000 Mitglied des Landtages. Diese drei Politiker formten „ein Dreieck, das nicht nur für die PDS-Politik in Brandenburg bestimmend war, sondern auch entscheidend darüber hinaus wirkte: im Land Brandenburg für die Entwicklung des ‚Brandenburger Weges‘ und in der PDS insgesamt für die Entwicklung entscheidender Grundlinien der Partei.“¹²⁴ Nach Bisky wurde die „Troika“ aus ihm, Schumann und Vietze „zum Markenzeichen der Potsdamer PDS.“¹²⁵ Sie traf „viele Richtungsentscheidungen, die sich auch auf die Partei auswirkten.“¹²⁶

Es scheint, daß die brandenburgische Linke nach dem Ausscheiden dieser drei Politiker an bundespolitischem Gewicht verloren hat. Maßgebliche brandenburgische Politiker sind im Parteivorstand nicht vertreten. Schließlich sind Politiker mit einem von DDR und SED kaum oder nicht berührten Lebenslauf nachgerückt. Inwieweit das Änderungen im Politikstil mit sich gebracht hat, ist von außen nicht zu beantworten.

Für die Abgeordneten des Landtages Brandenburg ebenso wie für die Landesvorsitzenden der PDS/Linken gilt nach wie vor, was Patrick Moreau 1998 pauschal für die Gesamtpartei festhielt: „Die PDS ist die Partei der mittleren und unteren SED-Nomenklatura. [...] Sie bietet zahlreichen ehemaligen SED-Kadern und Beamten [...] eine ökonomische Basis und ein gewisses Maß an sozialem Prestige an. Der gesamte hauptamtliche Apparat (mit Ausnahme der ‚Westler‘), die meisten Bundes-, Landtags- und Gemeindeabgeordneten stammen aus dieser Gruppe.“¹²⁷

¹²¹ Der Spiegel, 23.8.2004, S. 30.

¹²² So der Landesvorsitzende Thomas Nord auf der ersten Tagung des 10. Landesparteitages am 3.2.2007. Vgl. www.dielinke-brandenburg.de/partei/parteitage. Nord verbindet die Erfolge der Partei „untrennbar“ mit den Namen Bisky und Vietze.

¹²³ Wolfram Adolphi: Vorwort, in: Adolphi, S. 11-32, hier S. 28.

¹²⁴ Ebenda, S. 27 f.

¹²⁵ Bisky, S. 227.

¹²⁶ Marco Schumann über seinen Vater Michael: Konstruktiver Kritiker, in: Gersdorff/Lorenz, S. 165-171, hier S. 170.

¹²⁷ Patrick Moreau: Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei, München 1998, S. 287.

5. Fluktuation im Landesvorstand und im Landtag

Sieben Landesvorsitzende seit 1990 ergeben eine durchschnittliche Amtszeit von genau drei Jahren – gemessen an SED-Verhältnissen ein erstaunliches Maß an Fluktuation. Der erste Landesvorsitzende Heinz Vietze zog sich bereits nach sieben Monaten im Januar 1991 auf eigenen Wunsch zurück, weil er befürchtete, daß sein Verbleiben im Amt „den Erneuerungsprozess der Partei aufhalten konnte.“¹²⁸ Der Sitz im Landtag schien ihm in diesem Zusammenhang offenbar nicht problematisch. Von 1990 bis 2005 betrug die durchschnittliche Amtszeit nur zweieinhalb Jahre. Erst Thomas Nord, seit Februar 2005 Landesvorsitzender, brachte hier längerfristige Kontinuität. Noch ausgeprägter ist dieser Befund bei den Landesgeschäftsführern. Von Februar 1990 bis Februar 2005 hatten acht Personen dieses Amt inne, was eine durchschnittliche Amtszeit von weniger als zwei Jahren ergibt. Seit – auch hier – Februar 2005 ist mit Maria Strauß Kontinuität eingeleitet.

Die Mitglieder des Landesvorstandes wechselten ebenfalls sehr häufig.¹²⁹ Von den 53 im Juni 1990 auf dem 1. Landesparteitag¹³⁰ gewählten Mitgliedern wurden 38 (72 Prozent) auf dem 2. Landesparteitag 1991 nicht wiedergewählt. Bis 2001 blieben immer mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landesvorstandes durchgängig nur für eine Wahlperiode im Amt. Diese hohe Fluktuation ist zu einem Großteil auf die zwischen 1990 und 1997 stetige personelle Verringerung des Landesvorstandes, aber auch auf die Einführung von Mindestquotierungen in Bezug auf weibliche und ehemalige WASG-Mitglieder zurückzuführen. Seit 1999 pendelt die personelle Stärke des Landesvorstandes zwischen 16 und 20 Genossen.

Der aktuelle, 2010 gewählte Landesvorstand umfaßt 18 Mitglieder. Elf von ihnen sind wiedergewählt worden, darunter befinden sich acht, die seit mindestens 2005 durchgehend in diesem Gremium vertreten sind. Sieben Personen sind neu in den Landesvorstand gewählt worden. Der aktuelle Landesvorstand zeigt also eine ausgewogene Mischung von personeller Kontinuität und Erneuerung.

Tabelle: Die Mitglieder des Landesvorstandes 1990-2011

	Mitglieder	Im Amt nur bis	Im Amt länger	Jeweils in
--	------------	----------------	---------------	------------

¹²⁸ Bisky, So viele Träume, S. 199.

¹²⁹ Das folgende nach schriftlichen Mitteilungen der Landesgeschäftsstelle der Linkspartei und Informationen der Internetseite www.dielinke-brandenburg.de.

¹³⁰ Die Landesparteitage von 1990 bis September 2007 sind aufgelistet in: Grahn, Chronik der PDS, S. 245-247. Nachzutragen sind der 1. ordentliche Landesparteitag der Linken am 26. und 27. Januar 2008 in Blossin und die 1. Tagung des 2. Landesparteitages am 13. und 14. März 2010 in Potsdam. Vgl. www.dielinke-brandenburg.de.

		zum nächsten Landesparteitag	als bis zum nächsten Landesparteitag	Prozent
Landesvorstand 1990	53	38	15	72 / 28
Landesvorstand 1991	34	20	14	59 / 41
Landesvorstand 1993	24	19	5	79 / 21
Landesvorstand 1995	20	15	5	75 / 25
Landesvorstand 1997	10	6	4	60 / 40
Landesvorstand 1999	17	11	6	65 / 35
Landesvorstand 2001	16	9	7	56 / 44
Landesvorstand 2003	18	8	10	44 / 56
Landesvorstand 2005	18	4	14	22 / 78
Landesvorstand Februar 2007	16	0	16	0 / 100
Landesvorstand September 2007	20	5	15	25 / 75
Landesvorstand 2008	20	9	11	45 / 55
Landesvorstand 2010	18	---	---	---

Die Linksfraktion im Landtag zeichnet sich demgegenüber durch ein wesentlich höheres Maß an personeller Kontinuität aus. Von den 13 Mandatsträgern der 1. Wahlperiode (1990-1994) zogen zwölf auch in den 2. Landtag ein; lediglich Beate Thrans war dies nicht beschieden. Aufgrund der Stimmenzuwächse bei den Wahlen hatte sich die Zahl der Abgeordneten um fünf erhöht, so daß insgesamt sechs neue Politiker – ein Drittel der Fraktion – auf der PDS-Bank Platz nahmen. Durch drei Nachrücker (John, Meier, Schlesiger) verringerte sich die Zahl derjenigen, die seit 1990 im Landtag saßen, auf neun. In den 3. Landtag zogen einschließlich der drei Nachrücker (Faderl, Görke, Größe) 24 Abgeordnete der PDS ein, von denen 13 neu waren. Im 4. Landtag waren von 35 Abgeordneten einschließlich der sechs Nachrücker (Bednarsky, Bernig, Kolodzeike, Meier, Thiel, Trunschke) 16 neu. Im derzeitigen Landtag sind es nur sechs Mitglieder der Linksfraktion, die vor 2009 kein Landtagsmandat besessen haben (Büchel, Fortunato, Groß, Henschke, Luthardt, Maresch).

Tabelle: Die Landtagsabgeordneten der PDS/Linken 1990-2011

	Mandate der PDS/Linken	Abgeordnete der PDS/Linken (einschließlich Nachrücker)	Davon neu im Landtag	Anteil der Abgeordneten des vorherigen Landtages, die wieder in den Landtag gewählt wurden (einschl. Nachrücker)
1. Wahlperiode (1990-1994)	13	13	13 (100 %)	---
2. Wahlperiode (1994-1999)	18	21	9 (43 %)	92 %
3. Wahlperiode (1999-2004)	21	24	13 (54 %)	52 %
4. Wahlperiode (2004-2009)	29	35	16 (46 %)	81 %
5. Wahlperiode (seit 2009)	26	27	6 (22 %)	77 %

Für 1994 wird eine starke Fluktuation im gesamten Landtag festgestellt: „Die starken Zugewinne für SPD und PDS und die Verluste für die anderen Parteien führten 1994 noch einmal zu einem bedeutenden Elitenwandel im Landtag und in der Regierung. Nur 45 der 88 Abgeordneten zogen wieder in das Landesparlament ein. Beinahe jeder Zweite kam also neu hinzu, zumeist als Abgeordneter von SPD und PDS.“¹³¹ Für die PDS ist dieser Befund dergestalt zu differenzieren, daß sich die Zusammensetzung der Fraktion durch neue Abgeordnete vor allem änderte, weil die Wahlergebnisse eine höhere Anzahl an Mandaten erbracht hatten und nicht wegen einer Auswechslung der bisherigen Mandatsträger. Die Abgeordneten des 1. Landtages blieben bis auf Frau Thrams alle mindestens über zwei Legislaturperioden vertreten (Christel Fiebiger und Dr. Helmuth Markov schieden kurz vor Ende der Legislatur aus). Im Laufe der nächsten Legislatur schieden vier Personen aus. Lothar Bisky blieb bis 2005 und Heinz Vietze bis 2009 im Landtag. Gerlinde Stobrawa ist die einzige Abgeordnete der Linken, die durchgängig seit 1990 ihr Mandat wahrnimmt.

Einen tieferen Einschnitt brachte das Jahr 1999, in dem bei nur geringfügig gestiegener Mandatszähl immerhin gut die Hälfte aller bisherigen Abgeordneten nicht wieder in den Landtag einzog.¹³² Die 4. Wahlperiode brachte durch erhebliche Stimmengewinne viele neue

¹³¹ Lorenz, S. 194.

¹³² Dieser Einschnitt gilt nicht nur für die PDS, sondern für den gesamten Landtag. Die Austauschrate betrug 39 Prozent, jeder zweite CDU-Abgeordnete zog 1999 neu in den Landtag ein. Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer/Malte

Gesichter; gleichwohl verblieben 80 Prozent der Abgeordneten der vorhergehenden Legislatur im Landtag. Die 5. Wahlperiode steht mit nur sechs neuen Mandatsträgern ganz im Zeichen der Kontinuität. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich die Landtagsfraktion der Linken durch ein recht ausgewogenes Verhältnis von Kontinuität und Wandel, von „frischem Wind“ und „alten Hasen“ auszeichnet.

Lübker: Der Brandenburgische Landtag nach zehn Jahren – ein Parlament wie jedes andere?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Opladen 2000, S. 585-598, hier S. 587.

„In welchem Maße konnten Angehörige der DDR-Opposition im (späteren) Land Brandenburg ab 1989 politische Entscheidungen in hohen parteipolitischen (exekutiven und/oder parlamentarischen) Positionen treffen oder mitgestalten? [...] Welchen Beitrag haben die Bürgerrechtler bei der Erneuerung der politischen Landschaft gehabt?“

6. Zum Einfluß von Angehörigen der DDR-Opposition

Im Gegensatz zu anderen im Landtag vertretenen Parteien fällt auf, daß es der PDS/Linken bis heute nicht gelungen ist, frühere DDR-Oppositionelle und Bürgerrechtler für eine Mitarbeit in der oder für die Partei zu gewinnen. Im Gegenteil: Solche Personen gehörten nicht nur vor, sondern auch nach 1990 oft zu erbitterten Gegnern der PDS. So erinnert sich etwa Günter Nooke, 1989 einer der Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“ in der DDR, er habe „immer dagegen gehalten, wenn Heinz Vietze oder Michael Schumann mit ihren alten sozialistischen Vorstellungen ankamen.“¹³³ Alwin Ziel, als „Republikflüchtling“ einige Zeit interniert und ab 1990 brandenburgischer Innenminister, äußerte sich so: „Neben ehemaligen SED-Mitgliedern im Landtag zu sitzen, war für mich nicht leicht.“¹³⁴ Viele Menschen, die vor 1989 die SED abgelehnt hatten, übertrugen dies nach 1990 auf die PDS. So ist nur ein Abgeordneter der PDS zu nennen, der im weiteren Sinne zur DDR-Opposition zu zählen ist – Christian Gehlsen.

Christian Gehlsen hatte von 1961 bis 1966 an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg ein Studium der Theologie absolviert und die Universität als Diplom-Theologe verlassen. Anschließend arbeitete er als Pastor und Krankenpfleger und von 1975 bis 1990 als Heimleiter in der Diakonie Wichernheim in Frankfurt (Oder). Bis 1987 gehörte er der CDU an. 1990 bis 1994 war er Beigeordneter für Soziales der Stadtverwaltung Frankfurt (Oder). Von 1994 bis 1998 saß er als Parteiloser für die PDS im Landtag. Was ihn von seinen Fraktionskollegen vor allem abhebt, ist sein Engagement im Herbst 1989 als Mitbegründer des Neuen Forums in Frankfurt (Oder).¹³⁵

Gehlsen war mit anderen am 5. Dezember 1989 führend an der Verhinderung von Aktenvernichtungen in der Bezirksverwaltung des MfS Frankfurt (Oder) beteiligt. Als ihn Berichte erreichen, daß aus der Stasi-Zentrale Akten weggebracht würden, blockierte er mit

¹³³ Günter Nooke: Ein Mann der offenen Worte, in: Gersdorff/Lorenz, S. 17-23, hier S. 22.

¹³⁴ Alwin Ziel: Rücksichtsvoller Idealist, in: Ebenda, S. 31-37, hier S. 36.

¹³⁵ Vgl. Berliner Zeitung, 21.3.1994 und Märkische Oderzeitung, 8.11.2009.

einem Fahrzeug das Haupttor und begab sich auf das Gelände der MfS-Zentrale. Als sich nachmittags mehrere hundert Menschen vor dem Tor versammelten, blieb Gehlsen bei ihnen, um die aufgebrachte Menge zu beruhigen. Er stimmte Lieder an. So trug er mit zur friedlichen Besetzung der Stasi-Hochburg seines Bezirkes bei.¹³⁶ Als Sprecher einer Bürgergruppe setzte Christian Gehlsen sich für die Rehabilitierung von SED-Opfern ein.¹³⁷ In Frankfurt (Oder) ist er „eine Galionsfigur der Herbstrevolution“.¹³⁸ Sein politisches Ziel nach 1990 ist ein Dritter Weg, der „nichts mit dem Kapitalismus, wie wir ihn jetzt erleben, oder dem Kommunismus, wie wir ihn erlebt haben“, zu tun hat.¹³⁹ Wenn Rudolf Nitsche richtig informiert ist, bedauerte Christian Gehlsen später, „daß er sich einst selbst dafür einsetzte, die ‚Stasi‘-Akten nicht zu vernichten“.¹⁴⁰

Neben Christian Gehlsen ist unter dem Gesichtspunkt der Kontakte zur DDR-Opposition allenfalls noch Klaus-Jürgen Warnick zu nennen. Von Beruf Rundfunkmechaniker und christlich erzogen, getauft und konfirmiert, stand er der DDR nicht sehr nahe. In den Wendetagen 1989 schloß sich Warnick dem Neuen Forum an und saß mit Bürgerrechtlern zusammen am Runden Tisch.¹⁴¹ Von 1999 bis 2004 vertrat er die PDS im Landtag.

Für die PDS-Fraktionen aller Legislaturperioden gilt mithin in besonderem Maße, was für den 1. Brandenburger Landtag zusamt festgestellt wurde: „Die offenen DDR-Dissidenten, die politischen ‚Abweichler‘ also, waren eher schwach vertreten.“¹⁴²

¹³⁶ Vgl. Christoph Links/Sybille Nitsche/Antje Taffelt: Das wunderbare Jahr der Anarchie. Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90, Berlin 2009, S. 109-114.

¹³⁷ Vgl. Der Spiegel, 5.2.1990, S. 78.

¹³⁸ So die Einschätzung von Alexander Osang in einer Reportage vom Juli 1993. Alexander Osang: Die stumpfe Ecke. Alltag in Deutschland. 25 Porträts, Berlin 2002, S. 168.

¹³⁹ Zit. in: Märkische Oderzeitung, 8.11.2009.

¹⁴⁰ Rudolf Nitsche: Das verflixte siebte Jahr. Eine andere Betrachtung des Einigungsprozesses, Schkeuditz 1998, S. 32.

¹⁴¹ Vgl. Märkische Allgemeine, 15.10.2008.

¹⁴² Lorenz, S. 182.

„Wie hoch ist der Anteil von Personen, die aus den alten Ländern nach Brandenburg kamen und in hohen politischen (parlamentarischen und exekutiven) Positionen des Landes Brandenburg tätig wurden? Waren diese Personen durch ihre Herkunft aus den alten Ländern mit den Prozessen und Regeln der parlamentarischen Demokratie besonders vertraut? Falls ja, woran zeigte sich das? Wie beeinflussten diese Personen den Charakter des neu entstehenden politisch-parlamentarischen Systems des Landes Brandenburg?“

7. Regionale Herkunft der Politiker

Die Frage nach Personen aus den alten Bundesländern¹⁴³ kann für die PDS/Linke mit einem klaren Nein beantwortet werden – mit zwei sehr kurzzeitigen Einschränkungen: Roswitha Schlesinger und Wolfgang Gehrcke.

Roswitha Schlesinger, geboren 1951 in Halle und Unternehmerin im Bereich der Touristik, war nur ein Vierteljahr, vom 5. Juli bis 29. September 1999, als Nachrückerin für Dr. Helmuth Markov Abgeordnete des Brandenburger Landtages. Sie ist nach 1989 aus Bayern nach Brandenburg gezogen und war zuvor Mitglied der Christlich-Sozialen Union (CSU).¹⁴⁴

Wolfgang Gehrcke, geboren 1943 in Reichau in Bayern, hatte in der BRD als Verwaltungsangestellter bei der Bundesanstalt für Arbeit, im Verlagswesen, als Journalist und in politischen Funktionen gearbeitet. 1961 trat er in die KPD ein, 1968 war er Mitbegründer der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und bis 1974 deren stellvertretender Vorsitzender, anschließend bis 1979 deren Bundesvorsitzender. Gehrcke profilierte sich als Mitinitiator von sozialen Bewegungen wie der Ostermarsch- und der Friedensbewegung. 1968 war er Gründungsmitglied der DKP und von 1973 bis 1989 Mitglied ihres Parteivorstandes. Von 1981 bis 1989 führte er den Bezirksverband Hamburg der DKP. 1990 trat aus der DKP aus und in die PDS ein. Von 1991 bis 1993 fungierte er als Bundesgeschäftsführer, anschließend bis 1998 als stellvertretender Bundesvorsitzender der PDS. Von 1998 bis 2002 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, anschließend bis 2004 als Mitglied des Parteivorstandes Sprecher für Außenpolitik und internationale Zusammenarbeit. 2004 gewann er das Direktmandat im Wahlkreis 2 (Prignitz II/Ostprignitz-Ruppin II) und zog in den

¹⁴³ Zum „Import von Exekutivpolitikern auf Landesebene vgl. Hans-Ulrich Derlien: Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration. Abgang, Rekrutierung und Zusammensetzung ostdeutscher Funktionseliten 1989-1994, in: Helmut Wollmann/Hans-Ulrich Derlien/Klaus König/Wolfgang Rensch/Wolfgang Seibel (Hrsg.): Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1997, S. 329-415, hier S. 374 f.

¹⁴⁴ Vgl. Schriftliche Mitteilung von Herrn Peer Jürgens, Potsdam, vom 3.4.2011.

Brandenburger Landtag ein. Hier blieb er jedoch nur ein Jahr – von Oktober 2004 bis Oktober 2005. Mit Ablauf des 20. Oktober 2005 schied er aus dem Landtag aus; für ihn rückte Ingeborg Kolodzeike nach. Der Grund für sein Ausscheiden aus dem Landtag liegt darin, daß Wolfgang Gehrcke erneut in den Bundestag gewählt wurde.¹⁴⁵

Es ist davon auszugehen, daß Wolfgang Gehrcke aufgrund seiner vielen politischen Funktionen vor 1989 „mit den Prozessen und Regeln der parlamentarischen Demokratie“ in besonderer Weise vertraut war, wenngleich er als DKP-Funktionär nicht zu deren Unterstützern zu zählen ist. Daß er „den Charakter des neu entstehenden politisch-parlamentarischen Systems des Landes Brandenburg“ sonderlich beeinflußt hat, ist dagegen nicht anzunehmen. Zum Zeitpunkt seines Wechsels nach Brandenburg war dieses System längst installiert, zudem blieb Gehrcke nur ein Jahr in Brandenburg und hatte als einfaches Fraktionsmitglied keine einflußreichen Ämter inne.

Auch Roswitha Schlesinger wird als früheres CSU-Mitglied mit dem politischen Betrieb in der BRD vertraut gewesen sein. Ihr Einfluß in der PDS-Fraktion dürfte noch geringer gewesen sein als der Gehrckes, da sie nur drei Monate im Landtag saß.

Mit Roswitha Schlesinger und Wolfgang Gehrcke sind also nur zwei von bislang 57 Landtagsabgeordneten der PDS/Linken bis 1989 westdeutsch aufgewachsen und sozialisiert. Der Anteil beträgt damit 3,5 Prozent. Neben ihnen sind nur drei Abgeordnete zu zählen, die zumindest einige Jahre in der BRD gelebt haben. Gehrckes Nachfolgerin Ingeborg Kolodzeike wurde 1952 in Erlangen geboren, lebt aber seit spätestens 1972 in Brandenburg.¹⁴⁶ Gebürtige Westdeutsche ist auch Birgit Wöllert (geb. 1950 in Bendorf/Rhein), die 1957 als Kind mit ihren Eltern in die DDR übersiedelte und seit 1979 beruflich in Brandenburg tätig ist.¹⁴⁷ Lothar Bisky, 1941 in Zollbrück/Kreis Rummelsburg in Pommern geboren, ist in Brekendorf in Schleswig-Holstein aufgewachsen. 1959 ging er als 18-Jähriger alleine in die DDR, um dort das Abitur ablegen zu können. Er blieb in der DDR und machte als Wissenschaftler Karriere.

Damit ergibt sich der Befund, daß 52 von 57 Landtagsabgeordneten (91 Prozent) in der DDR geboren und aufgewachsen sind.¹⁴⁸

Auch alle sieben seit 1990 eingesetzten Landesvorsitzenden der PDS/Linken sind in der DDR aufgewachsen – im Falle von Lothar Bisky mit der genannten Einschränkung. Dies trifft auch

¹⁴⁵ Vgl. Landtag Brandenburg. Namen – Daten – Fakten. 4. Wahlperiode 2004-2009, Potsdam 2007, S. 41; www.bundestag.de und www.waehlt-gehrcke.de.

¹⁴⁶ Vgl. Landtag Brandenburg. Namen – Daten – Fakten. 4. Wahlperiode 2004-2009, S. 64.

¹⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 111 und www.birgitwoellert.de.

¹⁴⁸ Hier wird auch Otto Theel mitgezählt, der 1940 in Stettin geboren wurde, in der DDR aufgewachsen ist und hier sozialisiert wurde.

auf alle neun seit 1990 amtierenden Landesgeschäftsführer zu (in chronologischer Reihenfolge: Dietmar Schilling, Uwe Hobler, Lothar Nicht, Bernd Schulze, Olaf Balzer, Stefan Ludwig, Dr. Horst Maiwald, Thomas Nord, Maria Strauß).¹⁴⁹

Die Potsdamer Landtagsabgeordneten der PDS/Linken sind dabei nicht nur in besonderer Weise ostdeutsch, sondern auch brandenburgisch geprägt. 35 Abgeordnete und damit fast zwei Drittel sind gebürtige Brandenburger, mindestens 50 Abgeordnete und damit fast neunzig Prozent haben vor der Wahl in den Landtag längere Zeit in Brandenburg gelebt, waren hier beruflich tätig oder sind hier aufgewachsen.¹⁵⁰ Dies trifft nur auf vier Mandatsträger nicht zu, bei dreien müssen Fragezeichen bleiben.¹⁵¹

Die starke „Heimatverbundenheit“ betrifft die große Mehrheit des gesamten Landtages und wird mit der Notwendigkeit einer „Verankerung in lokalen oder regionalen Parteigliederungen“ als „wichtige Voraussetzung“ für eine Landtagskandidatur erklärt. Daneben „mag ein gewisses Maß an Identifikation mit Menschen und Land für viele Parteimitglieder überhaupt erst eines der Motive für eine Kandidatur gewesen sein.“¹⁵² Eine weitere Begründung für die starke Verankerung im Land liefert Lothar Bisky: „Zu jener Zeit [gemeint ist 1990/91 – M. N.] fürchteten die Parteien im Osten, dass Wessis ihnen die attraktiven Mandate wegschnappen könnten, und man entdeckte als Gegenmittel die demonstrative Kandidatur der Brandenburger für Brandenburg. Ich hielt das schon immer für eine provinzielle Haltung, aber sie erfasste auch die PDS. Als bei der Anhörung der Kandidaten für den Vorsitz jemand süffisant fragte, ob es wahr sei, dass ich in Berlin wohne, war die Absicht völlig klar: Man wollte meine Kandidatur verhindern, denn ich hatte keinen Stallgeruch.“¹⁵³

Die brandenburgische PDS/Linke war nicht nur im Hinblick auf die Abgeordneten und Funktionsträger, sondern auch in bezug auf parlamentarische Mitarbeiter ostdeutsch dominiert. Die Abgeordnete Hannelore Birkholz äußerte sich dazu kurz und bündig: „Unsere Fraktion hatte keine Berater aus Westdeutschland“.¹⁵⁴ Auch die Fusion der PDS mit der

¹⁴⁹ Vgl. Gerlinde Grahn: Chronik der PDS, S. 248 f. Von Lothar Nicht, Stefan Ludwig, Thomas Nord und Maria Strauß ist die ostdeutsche Herkunft bekannt. Die in der Chronik neben den Namen angegebenen Berufe Diplombesellschaftswissenschaftler (Dietmar Schilling), Diplom-Agraringenieurökonom (Uwe Hobler) und Zerspanungsfacharbeiter (Bernd Schulze) verweisen eindeutig auf eine DDR-Herkunft. Olaf Balzer und Dr. Horst Maiwald sind nach einer schriftlichen Mitteilung der Landesgeschäftsführerin der Linken Maria Strauß vom 30.3.2011 ebenfalls ostdeutscher Herkunft.

¹⁵⁰ Hier wurde das heutige Land Brandenburg zur Grundlage genommen.

¹⁵¹ Renate Adolph, Wolfgang Gehrcke, Stefan Ludwig (gilt nur für die erste Wahlperiode) und Dr. Esther Schröder. Mit Fragezeichen: Klaus John, Dr. Helmuth Markov, Roswitha Schlesinger (da nicht bekannt ist, wann sie von Bayern nach Brandenburg zog).

¹⁵² Stefan Grundel: Der lange Weg in den Landtag, in: Schüttemeyer/Kolkmann/Lübker u. a., S. 73-90, hier S. 87 und S. 87 f.

¹⁵³ Bisky, So viele Träume, S. 199 f.

¹⁵⁴ Birkholz, S. 113.

westdeutschen WASG im Jahre 2007 änderte hieran nichts. Die vor über zehn Jahren von Lothar Bisky geäußerte Einschätzung, nach der Brandenburg das „ostdeutscheste“ aller neuen Länder sei¹⁵⁵, ist damit für die Linke nach wie vor gültig.

¹⁵⁵ Bisky, Der „Brandenburger Weg“, S. 86.

„Welche Ideen hatten die Parteien zu Beginn der 90er Jahre zur Gestaltung der politischen Landschaft und welche sind davon umgesetzt worden?“

8. Politisches Programm und politischer Erfolg

Die Frage zielt auf den Erfolg der Parteien. Das Ziel jeder Partei und damit auch der PDS/Linken ist es, sich einerseits dauerhaft und stabil im politischen Systems zu verankern sowie Wahlerfolge zu erringen und möglichst auszuweiten, andererseits politische Verantwortung in der Landesregierung zu übernehmen, die politische Landschaft mitzugestalten und sie nach den eigenen Vorstellungen zu verändern. An beiden Kriterien muß sich der politische Erfolg der Linken in Brandenburg messen lassen.

8.1. Wahlen und Wahlerfolge

Die PDS/Linke ist neben der SPD und der CDU die einzige Partei im Land Brandenburg, die in allen Legislaturperioden durchgängig im Landtag vertreten war und ist. Sie hat sich, entgegen mancher Voraussagen und Erwartungen¹⁵⁶, nicht nur fest in der politischen Landschaft Brandenburgs etabliert, sondern ihre Wahlerfolge, gemessen an den Zweitstimmen, kontinuierlich ausweiten können.

Tabelle: Ergebnisse der Landtagswahlen¹⁵⁷

Wahltag	14.10.1990	11.9.1994	5.9.1999	19.9.2004	27.9.2009
Zweitstimmen	170.804	200.628	257.309	326.801	377.112
In Prozent	13,4	18,7	23,3	28,0	27,2
Mandate	13	18	21	29	26

¹⁵⁶ Für vieles steht der letzte Satz eines Fazits, das Patrick Moreau 1992 zog: „Die Partei scheint uns dem Untergang geweiht.“ Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn/Berlin 1992, S. 459. Auch Kuppe/Ammer rechneten fälschlich mit einer „Marginalisierung der PDS“. Johannes Kuppe/Thomas Ammer: Von der SED zur PDS, Bonn 1991, S. 53.

¹⁵⁷ Vgl. Landtag Brandenburg. Namen – Daten – Fakten, 1.-5. Wahlperiode; Lübker/Schüttemeyer, S. 143; Richard Stöss: Das Parteiensystem Brandenburgs, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 167-191, hier S. 179.

Der Landesvorsitzende Thomas Nord stellte auf dem 10. Landesparteitag der Linkspartei.PDS im Februar 2007 zutreffend fest: „Keine andere Partei in Brandenburg kann eine solche positive Dynamik bei Landtagswahlen für sich in Anspruch nehmen.“¹⁵⁸ In diesem Zusammenhang untermauerte er die Erfolgsbilanz mit folgenden Worten: „Die PDS ist in allen Kommunalparlamenten des Landes vertreten. Wir stellen 10 hauptamtliche und 11 ehrenamtliche Bürgermeister.“ Die Partei hat im Land „knapp 10.000 Mitglieder und ist damit nach wie vor die mitgliederstärkste Partei im Land. Sie verfügt „über ein gut ausgebautes System von Geschäftsstellen und modernen Kommunikationssystemen. Unsere Friedenskassen sind nach den letzten Wahlerfolgen gut gefüllt.“¹⁵⁹

Die Fusion mit der WASG zur Linken beflügelte die Partei auch in Brandenburg. Auf dem Gründungsparteitag der Linken am 8. September 2007 konnte sich Thomas Nord nicht nur über „194 Mitglieder der neuen LINKEN die bis zum 16. Juni Mitglieder der WASG waren“, sondern auch über „gut 100 Menschen, die seit der Gründung in unsere neue Partei eingetreten sind“, freuen. „Gut 10 Prozent unserer heutigen Mitgliedschaft sind Neueintritte seit 2003“.¹⁶⁰ Bis zur 1. Tagung des 2. Landesparteitages im März 2010 waren über 650 neue Mitglieder seit Gründung der Brandenburger LINKEN zu verzeichnen.¹⁶¹

Den Gipfel des politischen Erfolges erreichte die Partei nach den Wahlen vom September 2009, als sie nach fast zwei Jahrzehnten in der Opposition endlich Regierungsverantwortung übernehmen konnte und mit der SPD eine Koalition bildete.¹⁶² Die Linke stellt seither vier Minister und mit Dr. Helmuth Markov den stellvertretenden Ministerpräsidenten.

8.2. Politische Ziele und politischer Einfluß

Die Ideen der PDS zur Gestaltung der politischen Landschaft zu Beginn der 1990er Jahre sind dem am 18. August 1990 beschlossenen Wahlprogramm der Partei für die Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 zu entnehmen. Einen besonderen Schwerpunkt für die Entwicklung der politischen Landschaft nimmt dabei die Landesverfassung ein. Die PDS formulierte dazu:

¹⁵⁸ www.dielinke-brandenburg/partei/parteitage.

¹⁵⁹ Ebenda.

¹⁶⁰ Ebenda.

161

Ebenda, Beschluß „opponieren, regieren, konsolidieren, verjüngen. DIE LINKE Brandenburg und ihre Aufgaben in den kommenden Jahren“.

¹⁶² Damit wurde auch in Brandenburg die Vermutung von Welzel, der PDS sei es in den östlichen Bundesländern „vermutlich auch künftig nicht möglich“, sich „an der Bildung der entsprechenden Länderregierungen zu beteiligen“, widerlegt. Christian Welzel: Von der SED zur PDS. Eine doktringebundene Staatspartei auf dem Weg zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? Mai 1989 bis April 1990, Frankfurt am Main 1992, S. 119.

„Die Verfassung des Landes Brandenburg wird mit ihren demokratischen und rechtsstaatlichen Regelungen das Niveau des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die Reife der Demokratie und die Qualität der politischen Kultur entscheidend bestimmen. Aus diesem Grund sind für den Landesverband Brandenburg der PDS Forderungen zu Verfassungsinhalten wesentliche Wahlaussagen.“¹⁶³

Daher soll hier geprüft werden, inwieweit die PDS Einfluß auf die Verfassung nahm und inwieweit die Verfassung politische Ziele der Partei widerspiegelt.

Die PDS setzte sich für eine Verfassung ein, „die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt“ und politische, zivile, soziale und kulturelle Rechte der Bürger als „einklagbare individuelle Rechtsansprüche“ verankert. Elemente der unmittelbaren Demokratie sollten ebenso Eingang finden wie der „Schutz der auf der Grundlage der Bodenreform herausgebildeten Eigentumsverhältnisse“. Im einzelnen forderte die PDS „die Verankerung der Rechte der politischen Mitgestaltung, der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Teilnahme von Ausländern an den Wahlen im Land, der Kinder und Jugendlichen, der Frauen auf selbstbestimmte Schwangerschaft, auf angemessenen Wohnraum, auf eine gesunde Umwelt als Menschenrechte, der Rechte der Sorben, der Sicherung der Eigentumsrechte der DDR-Bürge(r), des Aussperrungsverbot im Arbeitskampf, der Chancengleichheit der Opposition in den Parlamenten, der Anerkennung der Oder-Neiße als Grenze zu Polen, der Grundsätze von Umlandbeziehungen zu Berlin.“ Zudem forderte die PDS, dem „Grundsatz der unmittelbaren Demokratie verpflichtet“, ein „Bürgerreferendum zur Abstimmung über die Verfassung.“ Schließlich sollte das „Recht auf Arbeit und Arbeitsförderung“ als „einklagbares Recht“ in der Landesverfassung festgeschrieben werden.¹⁶⁴

Zu den weiteren Forderungen gehörten etwa die nach der Schaffung eines „Amtes für Abrüstung und Konversion im Land Brandenburg“ und der Wunsch, daß „im Land ein Ministerium und in den nachfolgenden Verwaltungen Referate für Gleichstellungsfragen geschaffen bzw. Gleichstellungsbeauftragte eingesetzt werden“.¹⁶⁵ Im Hinblick auf die „Mitbestimmung von Künstlern und Kulturschaffenden auch auf außerparlamentarischen Ebenen“ sprach sich die PDS „für die Fortführung der Tradition des Runden Tisches Kultur auf Landesebene bzw. für die Bildung eines entsprechenden Landeskuratoriums aus.“¹⁶⁶

Bei der Ausgestaltung des Wahlrechtes setzte sich die PDS zusammen mit dem Bündnis 90 dafür ein, „die aus dem Mai-Entwurf von 1991 gestrichene Obergrenze von 3 Prozent für

¹⁶³ Landtagswahlen '90. Wahlprogramm der PDS, Potsdam 1990, S. 7.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 7 und S. 8.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 14 und S. 15.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 19.

Sperrklauseln wieder aufzunehmen bzw. ein generelles Verbot von Sperrklauseln festzuschreiben.“¹⁶⁷

Von diesem Maximalprogramm konnte nur ein Teil verwirklicht werden. Um mit dem zuletzt genannten zu beginnen: In der Sitzung des Landtages vom 19. Dezember 1991 fragte Heinz Vietze, warum, „obwohl die Bürger für einen Verzicht der Sperrklausel bzw. maximal 3 % votierten, die im ersten Entwurf enthaltene Mehrheitsmeinung jetzt nur noch als Minderheitenvotum des BÜNDNIS 90 und der PDS-LL zu finden ist.“¹⁶⁸ Da keine Einigung zu erzielen war und die Annahme der Verfassung nicht gefährdet werden sollte, wurden Aussagen über Sperrklauseln nicht mit aufgenommen. Am 14. April 1992 bedauerte Lothar Bisky für die PDS noch einmal, „daß sich der Verfassungsausschuß nicht entschließen konnte, die Aufnahme von Sperrklauseln in das Wahlgesetz ausdrücklich zu verbieten.“¹⁶⁹ Im Wahlgesetz für den Landtag Brandenburg vom Januar 2004 findet sich denn auch im § 3, Absatz 1 eine Bestimmung über eine Sperrklausel von 5 Prozent.¹⁷⁰

Auch die Verfassung konnte nicht alle Wünsche der PDS berücksichtigen. Lothar Bisky führte dazu im Landtag aus: „So schmerzhaft es ist, daß wir auf manche Formulierung, für die wir uns aus guten Gründen eingesetzt haben, verzichten mußten, so gewiß ist es, daß ohne unsere Mitwirkung der Text dieses Gesetzes noch weniger unseren Vorstellungen entsprochen hätte, als dies jetzt der Fall ist.“¹⁷¹ Da die PDS sich zudem mit dem „Handlungsrahmen zu begnügen“ hatte, „den das Grundgesetz einem Bundesland überläßt“¹⁷², mußten Abstriche am Forderungskatalog gemacht werden.

Dazu zählte Bisky „die Fortgeltung des Schwangerschaftsabbruchrechtes der DDR“, das „weitgehende[...] Verbot der Aussperrung und eine Verbesserung der Mitbestimmung in den Betrieben – einschließlich der Mitbestimmung in der Kirche“ und die „Gleichberechtigung aller Eigentumsformen“. Er bedauerte, daß „die Mehrheit dieses Hauses ihre verbindliche Normierung im Verfassungstext verhindert hat“ und es der PDS nicht gelungen ist, „eine Verschiebung des Normengehaltes zur Gewährleistung sozialer Sicherheit, gewerkschaftlicher Rechte, der Rechte gesellschaftlich diskriminierter Minderheiten und der Sicherheit des Bürgers vor dem Zugriff staatlicher Gewalt nicht in allen Punkten verhinder[t]“ zu haben.¹⁷³

¹⁶⁷ Lübker/Schüttemeyer, S. 140 f.

¹⁶⁸ Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, 34. Sitzung vom 19.12.1991, S. 2511..

¹⁶⁹ Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, 45. Sitzung vom 14.4.1992, S. 3223.

¹⁷⁰ Vgl. www.bravors.brandenburg.de.

¹⁷¹ Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, 45. Sitzung vom 14.4.1992, S. 3222.

¹⁷² Ebenda.

¹⁷³ Ebenda, S. 3223.

Ebenfalls keinen Eingang in die Landesverfassung haben der von der PDS geforderte Schutz der Ergebnisse der Bodenreform und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gefunden. Ein „Amt für Abrüstung und Konversion“ hat es im Land Brandenburg ebenso wenig gegeben wie ein „Ministerium für Gleichstellungsfragen“. Wohl aber befaßt sich im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie das Referat 10A mit Frauen- und Gleichstellungspolitik und gibt es eine Gleichstellungsbeauftragte.¹⁷⁴ Ob das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur den früheren Vorstellungen der PDS im Hinblick auf eine „Fortführung der Tradition des Runden Tisches Kultur auf Landesebene“¹⁷⁵ entspricht, muß offen bleiben, erscheint aber zweifelhaft.

Die Partei konnte jedoch auch Erfolge verbuchen. Dazu zählte Bisky den durchgesetzten „Grundsatz der Volksbeteiligung an der Gesetzgebung des Landes“, die Übertragung der „Diskriminierungsverbote auch auf die sexuelle Identität der Menschen“, das „Schikaneverbot in bezug auf festgehaltene Personen“, das „umfassende[...] Recht auf Bildung“ und das „Recht auf soziale Sicherheit, auf angemessenen Wohnraum, auf den Schutz vor sozialwidrigen Zwangsräumungen sowie auf Arbeit und Arbeitsförderung teils als verbindlicher politischer Handlungsauftrag, teils als einklagbares Individualrecht“, die Eingang in die Landesverfassung gefunden haben.¹⁷⁶

Das ist nicht alles. Die „Rechte der Sorben“ gewährleistet der Artikel 25, den „Schutz der Natur, der Umwelt und der gewachsenen Kulturlandschaft“ Artikel 39 der Landesverfassung.¹⁷⁷ Die „Teilnahme von Ausländern an den Wahlen im Land“ ist im § 5 des Wahlrechts dann sichergestellt, wenn die Betroffenen „seit mindestens einem Monat im Land ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben“.¹⁷⁸

Indes: Aus dem von der PDS intendierten einklagbaren Recht auf Arbeit ist im Absatz 1 des Artikels 48 der Landesverfassung nur eine Verpflichtung des Landes geworden, „im Rahmen seiner Kräfte durch eine Politik der Vollbeschäftigung und Arbeitsförderung für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit zu sorgen“.¹⁷⁹

Gleichwohl unterstützte die PDS hier, anders als in anderen Bundesländern, die Landesverfassung. Sie „war im gesamten Prozess der Verfassungsgebung aktiv beteiligt: Das betraf nicht nur die Erarbeitung des Verfassungstextes; die Partei diskutierte, wie andere Parteien auch, über Monate in einer breiten Volkssprache mit Bürgern über den ersten

¹⁷⁴ Vgl. die Internetpräsenz auf www.masf.brandenburg.de.

¹⁷⁵ Landtagswahlen '90. Wahlprogramm der PDS, S. 19.

¹⁷⁶ Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, 45. Sitzung vom 14.4.1992, S. 3223, S. 3223 f., S. 3224. Vgl. Verfassung des Landes Brandenburg, herausgegeben vom Landtag Brandenburg, Potsdam 2011.

¹⁷⁷ Vgl. Verfassung des Landes Brandenburg, S. 20 f. und S. 26 f.

¹⁷⁸ Vgl. www.bravors.brandenburg.de.

¹⁷⁹ Vgl. Verfassung des Landes Brandenburg, S. 30.

Verfassungsentwurf, sie gehörte im Landtag zu den die Verfassung tragenden Kräften“.¹⁸⁰ Lothar Bisky, in jeder Zeit Landesvorsitzender, „hatte im Landesverband durchsetzen können, die Erarbeitung der Brandenburger Verfassung auch als Aufgabe der PDS zu begreifen.“ Die Partei „engagierte sich im ganzen Land für die Zustimmung zu dieser modernen Verfassung und trug zu deren Annahme bei.“¹⁸¹ In der Plenarsitzung am 14. April 1992 brachte er es kurz und bündig auf den Punkt: „Ich stimme für diese Verfassung, weil ich glaube, sie ist gut.“¹⁸² Mit ihm tat das die gesamte PDS-Fraktion. „Erstmals in der Bundesrepublik hat sich damals ein Landesverband der PDS auf den Weg gemacht und gemeinsam mit SPD, F.D.P., Bündnis 90 und Teilen der CDU einen politischen Kompromiss solchen Kalibers erarbeitet und dann getragen.“¹⁸³

Das „Bürgerreferendum zur Abstimmung über die Verfassung“ konnte die PDS, anders als etwa in Sachsen oder Sachsen-Anhalt, in Brandenburg mit durchsetzen. Der Volksentscheid fand am 14. Juni 1992 statt und brachte eine überwältigende Zustimmung von 94 Prozent – ein Erfolg nicht nur für Brandenburg, sondern auch für die PDS.

¹⁸⁰ Bisky, Der „Brandenburger Weg“, S. 19.

¹⁸¹ Bisky, So viele Träume, S. 233.

¹⁸² Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, 45. Sitzung vom 14.4.1992, S. 3225.

¹⁸³ Bisky, Der „Brandenburger Weg“, S. 21.

9. Zusammenfassung

Die Ergebnisse des Gutachtens lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der Umgang der PDS/Linken in Brandenburg mit einer früheren hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit von Funktionären beim Ministerium für Staatssicherheit basiert auf Parteitagsbeschlüssen, die eine Offenlegung und Einzelfallprüfung vorsehen. Eine automatische Funktionsentbindung lehnt die Partei ab. An diese Beschlüsse haben sich nicht alle Funktionsträger gehalten. Die Geschichte der PDS/Linken in Brandenburg in der Zeit seit 1989 ist daher in mehreren Fällen mit erst im nachhinein aufgedeckten MfS-Verstrickungen und in diesem Zusammenhang vollzogenen Rücktritten von Politikern verbunden. Im Oktober 2009 stimmten erstmals auch die Linken für eine Überprüfung der Landtagsabgeordneten auf eine Tätigkeit für das MfS. Dies kennzeichnet einen Paradigmenwechsel, der auch in der Zustimmung, einen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zu bestellen, zum Ausdruck kommt.

In allen Legislaturperioden saßen Abgeordnete der PDS/Linken im Brandenburger Landtag, die vor 1989 Kontakte unterschiedlicher Qualität zum Ministerium für Staatssicherheit unterhalten haben. Gleiches ist für weitere maßgebliche Politiker der Partei festzustellen. Der Umgang mit diesen MfS-Kontakten gestaltete sich unterschiedlich. Einige Politiker gehen offen damit um, andere haben sie anhaltend verschwiegen. Die Entdeckung von MfS-Kontakten führte nur in wenigen Fällen dazu, daß die zuständigen Parteigremien das Vertrauen entzogen und Funktionen und Mandate abgegeben werden mußten.

Es hat nach 1989 in Brandenburg mehrere Anklagen, Prozesse und Verurteilungen gegen Funktionäre wegen ihrer politischen Tätigkeit in der DDR gegeben. Diese Personen spielten auf der politischen Bühne Brandenburgs nach 1990 keinerlei Rolle mehr. Von den seit 1990 maßgeblichen Politikern der PDS/Linken im Land war niemand betroffen. Im Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit seit 1990 ist nur ein Prozeß mit anschließender Verurteilung und nachfolgendem Rücktritt zu verzeichnen. Er betrifft den Landtagsabgeordneten Otto Theel, der im Mai 2008 wegen Vorteilsnahme im Amt verurteilt wurde und anschließend sein Landtagsmandat niederlegte.

Die PDS/Linke ging und geht offen mit ihrer DDR-Vergangenheit um. Im brandenburgischen Landesverband konstituierte sich eine AG Geschichte, die sich auch Problemen der Geschichte der SED und der DDR widmete. Mehrere Publikationen sind entstanden, so im Rahmen der Reihe „Auf dem Weg der Erneuerung. Dialog in der PDS“ Beiträge zur Vereinigung von KPD und SPD, zur Stalinisierung der SED und zum 17. Juni 1953. Mit der

eigenen Geschichte befaßt sich die Reihe „Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg“. Veröffentlicht wurde auch eine umfangreiche Chronik der brandenburgischen PDS. Der 2009 unterzeichnete Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der Linken hebt deutlich hervor, eine unkritische Verklärung der DDR nicht zuzulassen, und ist damit Richtschnur für die Aufarbeitung der jüngeren Geschichte.

Etwa der Hälfte der seit 1990 im Landtag vertretenen Abgeordneten der PDS/Linken ist anhand ihres Lebenslaufes eine besondere Nähe zur DDR und zur Politik der SED zu bescheinigen. Viele waren bis 1989 Nomenklaturkader oder Partei- und Staatsfunktionäre. Ein Drittel der Abgeordneten ist in der DDR politisch nicht sonderlich hervorgetreten. 75 Prozent der Abgeordneten und alle Landesvorsitzenden waren in der SED organisiert. Diese Frage verliert zunehmend an Bedeutung, da mittlerweile mehrere Parlamentarier im Landtag sitzen, die zu jung waren, um sich in der DDR politisch-gesellschaftlich exponieren zu können. Damit verliert zugleich das Thema MfS-Kontakte an Relevanz.

Die Mitglieder des Landesvorstandes und die Landesvorsitzenden wechselten sehr häufig. Seit 2005 ist ein größeres Maß an Kontinuität eingeleitet, meßbar u. a. an dem Landesvorsitzenden, Landesgeschäftsführer und Landesschatzmeister, die seit dieser Zeit im Amt sind. Der aktuelle Landesvorstand zeigt eine ausgewogene Mischung von personeller Kontinuität und Erneuerung. Dies trifft ebenfalls für die Landtagsfraktion der Linken zu.

Der PDS/Linken ist es bis heute nicht gelungen, frühere DDR-Oppositionelle und Bürgerrechtler für eine Mitarbeit in der Partei zu gewinnen. Viele Menschen, die vor 1989 die SED abgelehnt hatten, übertrugen dies nach 1990 auf die PDS. Mit Christian Gehlsen ist nur ein Abgeordneter der PDS zu nennen, der im weiteren Sinne zur DDR-Opposition zählte.

Auch Politiker aus den alten Bundesländern sind hier so gut wie nicht zu finden. Nur zwei Landtagsabgeordnete stammen aus der Bundesrepublik und sind erst nach 1990 nach Brandenburg gegangen: Roswitha Schlesinger und Wolfgang Gehrcke. Die Prozesse und Regeln der parlamentarischen Demokratie mußten die Politiker der PDS in Brandenburg also ohne bundesdeutsche Schützenhilfe erlernen. Die Potsdamer Landtagsabgeordneten der PDS/Linken sind nicht nur in besonderer Weise ostdeutsch, sondern auch brandenburgisch geprägt. Fast zwei Drittel sind gebürtige Brandenburger, fast neunzig Prozent haben vor der Wahl in den Landtag längere Zeit in Brandenburg gelebt, waren hier beruflich tätig oder sind hier aufgewachsen.

Der PDS/Linken ist es gelungen, sich dauerhaft und stabil im politischen System Brandenburgs zu verankern. Neben der SPD und der CDU war und ist sie als einzige Partei in allen Legislaturperioden durchgängig im Landtag vertreten. Dabei konnte sie ihre

Wahlerfolge, gemessen an den Zweitstimmen, kontinuierlich ausweiten. Die Fusion mit der WASG zur Linken bewirkte einen Zuwachs an Parteieintritten.

Ihre politischen Ziele konnte die Partei in der Opposition nur teilweise und mit Abstrichen verwirklichen. Ein Erfolg war die Verabschiedung der von ihr unterstützten Verfassung des Landes Brandenburg 1992. Den Gipfel des politischen Erfolges erreichte die Partei nach den Landtagswahlen vom September 2009. Nach fast zwei Jahrzehnten in der Opposition übernahm die Linke nun in einer Koalition mit der SPD Regierungsverantwortung und stellt seither vier Minister und den stellvertretenden Ministerpräsidenten. Die Linke hat damit die Möglichkeit, die politische, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung Brandenburgs entscheidend mitzugestalten.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

a) ungedruckte Quellen

Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 39. Sitzung vom 11. Juli 2001.

Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 58. Sitzung vom 15. November 2007.

Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 83. Sitzung vom 1. April 2009.

Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 1. (konstituierenden) Sitzung vom 21. Oktober 2009.

Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 30. Sitzung vom 27. November 2009.

Landtag Brandenburg, Plenarprotokoll der 5. (Sonder-)Sitzung, 4.12.2009.

Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 7. Sitzung vom 13. Dezember 2009.

Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 7. Sitzung vom 17. Dezember 2009.

Landtag Brandenburg. Plenarprotokoll der 9. Sitzung vom 21. Januar 2010.

Landtag Brandenburg, Drucksache 5/116-B.

Landtag Brandenburg, Drucksache 5/17.

Landtag Brandenburg, Drucksache 5/17-B.

Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Drucksache 1/3098.

Landtag Brandenburg, 2. Wahlperiode, Drucksache 2/4111.

Landtag Brandenburg, 2. Wahlperiode, Drucksache 2/4249.

Landtag Brandenburg, Hauptausschuß, 2. Sitzung, 13.1.2010, P-HA 5/2-1, S. 17.

b) gedruckte Quellen

Abschlußbericht des Stolpe-Untersuchungsausschusses, lesbar gemacht von Ehrhart Neubert mit einem Vorwort von Viktor Böll, Köln 1994.

Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS Partei des Demokratischen Sozialismus 8./9. und 16./17. Dezember 1989, Berlin 1990.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 8. Wahlperiode, Berlin 1982.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 9. Wahlperiode, Berlin 1987.

Disput, September 2004 („Warum ein Landtagskandidat im Wahlkampf sein Plakat abnimmt“).

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg, Teil I – Gesetze, 21. Jahrgang, Nr. 3.

Landtag Brandenburg. Namen – Daten – Fakten. 1.-5. Wahlperiode, Potsdam 1991 ff.

Landtagswahlen '90. Wahlprogramm der PDS, Potsdam 1990.

Klaus Marxen/Gerhard Werle (Hrsg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Band 1: Wahlfälschung, Berlin/New York 2000.

Klaus Marxen/Gerhard Werle (Hrsg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Bände 2-4, Berlin / New York 2002 und 2004.

Verfassung des Landes Brandenburg, herausgegeben vom Landtag Brandenburg, Potsdam 2011.

Zur Geschichte der Linkspartei.PDS im Land Brandenburg, Heft 2/1: Arbeits- und Interessengemeinschaften, o. O. 2007.

Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg, Heft 1/1: Das Jahr 1989. Dokumente und Zeitzeugenberichte, Potsdam 2005.

Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg, Heft 1/2: Von der SED zur PDS (Januar bis März 1990). Dokumente und Zeitzeugenberichte, Potsdam 2005.

Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg, Heft 1/3: Herausbildung des Landesverbandes Brandenburg (April bis Dezember 1990). Dokumente und Zeitzeugenberichte, Potsdam 2005.

Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg, Heft 1/4: Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung „15 Jahre PDS in Brandenburg“ 18. Juni 2005, Potsdam 2006.

c) Zeitungen

Berliner Morgenpost, 7.12.1995, 3.12.2009, 28.10.2010, 28.12.2010.

Berliner Zeitung, 21.3.1994.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.11.2005.

Märkische Allgemeine, 15.10.2008, 19.1.2010.

Märkische Oderzeitung, 8.11.2009.

Neues Deutschland, 3.12.2009, 10.2.2010.

Potsdamer Neueste Nachrichten, 20.11.2009, 27.9.2010.

Der Spiegel, 5.2.1990, 23.8.2004, 23.8.2005, 25.1.2010.

Süddeutsche Zeitung, 23.11.2009.

Der Tagesspiegel, 21.5.2008, 19.1.2010.

Die Tageszeitung, 24.11.2009.

Die Welt, 2.12.2009, 18.9.2010.

d) Internetquellen

www.andreas-bernig.de

<http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte>

www.birgitwoellert.de

www.brandenburg.de/de/landesregierung

www.bravors.brandenburg.de

www.bundestag.de

www.dagmar-enkelmann.de

www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

www.dielinke-oder-spree.de/politik/kreisverband

www.dielinke-brandenburg/partei/parteitage

www.dielinke-brandenburg.de/partei/strukturen/lag_und_ig_plattformen/ag_geschichte

www.dielinke-brandenburg.de/partei/strukturen/landesvorstand/mitglieder

www.dielinke-ffo.de

www.focus.de

www.gerd-ruediger-hoffmann.de

www.gerlinde-stobrawa.de

www.gerrit-grosse.de

www.gesetze-im-internet.de

www.juergen-maresch.de

www.kerstin-kaiser.eu

www.konni-wehlan.de

www.margitta-maechtig.de

www.masf.brandenburg.de

www.michael-luthardt.de

www.parldok.brandenburg.de

www.ralf-christoffers.de

www.scharfenberg-fuer-potsdam.de

www.thomas-nord.de/persoendlich/biografisches

www.waehlt-gehrcke.de

Literatur

Wolfram Adolphi (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000, Berlin 2004.

Hannelore Birkholz: Kinderärztin mit neuen Aufgaben, in: Andrea von Gersdorff/Astrid Lorenz (Hrsg.): Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010, S. 108-114.

Lothar Bisky: Der „Brandenburger Weg“. Ansprüche, Realitäten, Sackgassen und Einbahnstraßen, Potsdam 1999.

Lothar Bisky: So viele Träume. Mein Leben, Berlin 2005.

Lothar Bisky/Jochen Czerny/Herbert Mayer/Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin 1996.

Hans-Ulrich Derlien: Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration. Abgang, Rekrutierung und Zusammensetzung ostdeutscher Funktionseliten 1989-1994, in: Helmut Wollmann u. a. (Hrsg.): Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1997, S. 329-415.

Festveranstaltung des Landtages Brandenburg. Anlässlich des 10. Jahrestages seiner Konstituierung am 20. Oktober 2000, Teltow 2000.

Andrea von Gersdorff/ Astrid Lorenz (Hrsg.): Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010.

Gerlinde Grahn (Hrsg.): Für einen demokratischen Sozialismus. Eine Chronik der PDS im Land Brandenburg 1989 bis 2007, Schkeuditz 2009.

Gerlinde Grahn: Entstehung und Tätigkeit der AG Geschichte, in: Zur Geschichte der Linkspartei.PDS im Land Brandenburg, Heft 2/1: Arbeits- und Interessengemeinschaften, o. O. 2007, S. 25-36.

Gerlinde Grahn: Forschungen zur Geschichte der Linkspartei.PDS in Brandenburg, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2007, S. 158-164.

Stefan Grundei: Der lange Weg in den Landtag, in: Suzanne S. Schüttemeyer/Michael Kolkmann/Malte Lübker u. a.: Die Abgeordneten des Brandenburgischen Landtages: Alltag für die Bürger, Potsdam 1999, S. 73-90.

Gregor Gysi/Uwe-Jens Heuer/Michael Schumann (Hrsg.): Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Hamburg 1992.

Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Band 1, Reinbek 1994.

Rudolf van Hüllen: „Die Linke“ stellen. Handreichungen zur politischen Auseinandersetzung, Sankt/Augustin/Berlin 2009.

Hubertus Knabe: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur, Berlin 2007.

Johannes Kuppe/Thomas Ammer: Von der SED zur PDS, Bonn 1991.

Christoph Links/Sybille Nitsche/Antje Taffelt: Das wunderbare Jahr der Anarchie. Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90, Berlin 2009.

Astrid Lorenz: Aufstieg, Ausstieg, Umstieg. Elitenwechsel in Brandenburg, in: Andrea von Gersdorff/Astrid Lorenz (Hrsg.): Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010, S. 174-195.

Malte Lübker/Suzanne S. Schüttemeyer: Der Brandenburgische Landtag, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hrsg.): Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte – Struktur – Funktionen, Wiesbaden 2004, S. 137-168.

Jörg Mielentz: Der Weg nach oben: Karriere im Landtag, in: Suzanne S. Schüttemeyer/Michael Kolkmann/Malte Lübker u. a.: Die Abgeordneten des Brandenburgischen Landtages: Alltag für die Bürger, Potsdam 1999, S. 141-154.

Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hrsg.): Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte – Struktur – Funktionen, Wiesbaden 2004.

Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn/Berlin 1992.

Patrick Moreau: Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei, München 1998.

Patrick Moreau/Viola Neu: Die PDS zwischen Linksextremismus und Linkspopulismus, Sankt Augustin 1994.

Helmut Müller-Enbergs: Die Vergangenheit holt die Zukunft ein. Die Brandenburger Bürgerbewegung und ihre Auseinandersetzung mit dem Erbe der Statssicherheit, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 377-402.

Gero Neugebauer/Richard Stöss: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996.

Mario Niemann/Andreas Herbst (Hrsg.): SED-Kader: Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon der Sekretäre der Landes- und Bezirksleitungen, der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der Räte der Bezirke 1946 bis 1989, Paderborn u. a. 2010.

Rudolf Nitsche: Das verflixte siebte Jahr. Eine andere Betrachtung des Einigungsprozesses, Schkeuditz 1998.

Günter Nooke: Ein Mann der offenen Worte, in: Andrea von Gersdorff/Astrid Lorenz (Hrsg.): Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010, S. 17-23.

Alexander Osang: Die stumpfe Ecke. Alltag in Deutschland. 25 Porträts, Berlin 2002.

Rita Pawlowski (Hrsg.): „Unsere Frauen stehen ihren Mann“. Frauen in der Volkskammer der DDR 1950 bis 1989. Ein biographisches Handbuch, Berlin 2008.

Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995.

Dorit Pries: Stasi-Mitarbeiter in deutschen Parlamenten? Die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR, Berlin 2008.

Marco Schumann: Konstruktiver Kritiker, in: Andrea von Gersdorff/Astrid Lorenz (Hrsg.): Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010, S. 165-171.

Michael Schumann: Über den Umgang mit unserer Geschichte und die spezifischen ideologischen Grundlagen der Repression, in: Gregor Gysi/Uwe-Jens Heuer/Michael Schumann (Hrsg.): Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Hamburg 1992, S. 16-34.

Suzanne S. Schüttemeyer/Michael Kolkmann/Malte Lübker u. a.: Die Abgeordneten des Brandenburgischen Landtages: Alltag für die Bürger, Potsdam 1999.

Suzanne S. Schüttemeyer/Malte Lübker: Der Brandenburgische Landtag nach zehn Jahren – ein Parlament wie jedes andere?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Opladen 2000, S. 585-598.

Sozialistische Militärpolitik und Wehrbereitschaft. Militärpolitisches Grundwissen für die sozialistische Wehrerziehung. Leitfaden, Berlin 1987.

Richard Stöss: Das Parteiensystem Brandenburgs, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 167-191.

Eva Sturm: „Und der Zukunft zugewandt“? Eine Untersuchung zur „Politikfähigkeit“ der PDS, Opladen 2000.

Heinz Vietze: Flucht nach vorn, in: Andrea von Gersdorff/Astrid Lorenz (Hrsg.): Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010, S. 69-75.

Matthias Wagner: Ab morgen bist du Direktor. Das System der Nomenklaturkader in der DDR, Berlin 1998.

Christian Welzel: Von der SED zur PDS. Eine doktrinegebundene Staatspartei auf dem Weg zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? Mai 1989 bis April 1990, Frankfurt am Main 1992.

Manfred Wilke/Udo Baron: „Die Linke“. Entstehung – Entwicklung – Geschichte, Sankt Augustin/Berlin 2008.

Helmut Wollmann u. a. (Hrsg.): Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1997.

Alwin Ziel: Rücksichtsvoller Idealist, in: Andrea von Gersdorff/Astrid Lorenz (Hrsg.): Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010, S. 31-37.

Gutachten für die Enquetekommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“

Personelle Kontinuität und Elitenwandel in den Parteien Brandenburgs.

Von den Blockparteien zu CDU und FDP

Christoph Wunnicke

Mai 2011

1. Einleitung.....	69
1.1.Gegenstand.....	69
1.2.Forschungsstand und Quellenlage.....	69
1.3.Fragestellung und Vorgehensweise.....	71
2. Die CDU in Brandenburg bis 1989.....	73
Exkurs: Abweichen vom Weg – CDU-Opposition in Neuenhagen.....	75
3. Die DBD bis 1989.....	77
4. Brandenburgs CDU zwischen Ende 1989 und Ende 1994.....	78
4.1.Einleitung.....	78
4.2.Der Beitritt von DBD und Demokratischer Aufbruch zur CDU.....	81
4.3.Mitglieder- und Parteistruktur.....	83
4.4.Die Bezirks- und Parteivorsitzenden.....	86
4.4.1.Herbert Schirmer.....	86
4.4.2.Christian Seidel.....	87
4.4.3.Karl-Heinz Kretschmer.....	88
4.4.4.Lothar de Maiziere.....	90
4.4.5.Ulf Fink.....	90
4.4.6.Carola Hartfelder.....	91
4.5.Die Landesgeschäftsführer und Generalsekretäre.....	96
4.5.1.Dieter Willholz.....	97
4.5.2.Kersten Radzimanowski.....	98
4.5.3.Thomas Klein.....	100
4.6.Der Landesvorstand.....	101
4.7.Die erste Landtagsfraktion.....	103
Exkurs: Ehemalige DBD-Mitglieder in der CDU-Landtagsfraktion.....	105
4.8.Die Bundestagsabgeordneten.....	109
5. Der Umgang mit der Geschichte	112
5.1.Reformer gegen Funktionäre der Blockparteien.....	114
5.3.Der Umgang mit Stasibelastungen.....	117
5.4.Der Umgang mit der PDS und ehemaligen SED-Mitgliedern.....	122
5.5.Ehemalige Bürgerrechtler der DDR in der Union.....	125
5.6.Westdeutsche Parteifreunde.....	127
5.7. Die Arbeit der CDU an der neuen Landesverfassung.....	131
6. Die CDU Brandenburgs zwischen 2005 und 2010.....	132
6.1.Der Umgang mit der Parteigeschichte.....	132
6.2.Der Umgang mit der Blockpartei Vergangenheit.....	138
6.3.Die Senioren-Union in Brandenburg.....	141
6.4.Der Umgang mit ehemaligen SED-Mitgliedern und der Partei Die Linke.....	143
6.5. Der Umgang mit der Stasiproblematik.....	146
6.6.Westdeutsche Parteifreunde und der Parteivorstand.....	146
7. Personelle Kontinuitäten, Bündnisse und Erklärungen in Cottbus.....	148
8. Die LDPD bis 1990.....	154
9. Die NDPD bis 1990.....	155
10. Die FDP in Brandenburg zwischen 1990 und 1994.....	156
10.1.Die Parteistruktur.....	156
10.2.Die Parteivorsitzenden.....	157
10.3.Die Landtagsfraktion.....	159

10.4. Der Umgang mit der Geschichte.....	165
10.5. Der Umgang mit Stasiverstrickungen.....	168
10.6. Ehemalige Bürgerrechtler in der FDP.....	171
10.7. Westdeutsche Parteifreunde.....	172
10.8. Die Bildungspolitik der Liberalen.....	174
11. Die FDP seit 2009.....	175
11.1. Der Umgang mit der SED- und Blockpartei- vergangenheit.....	175
11.2. Der Umgang mit den alten Stasiverstrickungen.....	177
11.3. Westdeutsche Parteifreunde und der aktuelle Landesvorstand.....	178
12. Zusammenfassung der Ergebnisse.....	179
13. Empfehlungen an die Enquetekommission.....	181
Literaturverzeichnis.....	182

1. Einleitung

1.1. Gegenstand

Hauptgegenstand der vorliegenden Studie sind personelle Kontinuität und Elitenwandel. Die Untersuchung personeller Kontinuität bezieht sich auf die Kontinuität zwischen den ehemaligen Blockparteien der DDR, der Christlich Demokratischen Union (CDU), Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD), Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) sowie National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und den Parteien CDU/West und Freie Demokratische Partei (FDP), denen benannte Blockparteien, nach gemeinsamen Fusionen und Kooperationen, im Jahr 1990 beitraten. Der zu untersuchende Elitenwandel setzte in den benannten Blockparteien im Jahre 1989 ein und ist in ihren Nachfolgeparteien CDU und FDP, vor allem an der Parteibasis, nicht abgeschlossen. Konkreter Untersuchungszeitraum sind die Jahre zwischen 1989 und 2011. Untersuchungsraum ist das Gebiet des heutigen Landes Brandenburg.

Zweiter Untersuchungsgegenstand ist die Form des Umgangs der brandenburgischen Parteien CDU und FDP mit den benannten personellen Kontinuitäten in ihren Mitgliedsreihen und der Geschichte ihrer jeweiligen Vorgängerparteien in den DDR-Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus.

Dritter Untersuchungsgegenstand ist die ab 1990 geglückte oder misslungene Integration von ehemaligen Oppositionellen der DDR und westdeutschen Parteifreunden in die jeweiligen Landesverbände beider Parteien und die Frage, welchen Einfluss ihr Wirken auf die Politik der Landesverbände von CDU und FDP hatte.

1.2. Forschungsstand und Quellenlage

Der Handlungsrahmen der Blockparteien wurde von der SED bestimmt. Ihr Wirken innerhalb dieser Beschränkung war jedoch differenziert. Untersuchungen der Bundestagsenquetekommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ergaben beispielsweise, dass sich ihre Arbeit vor allem auf der Ebene der Basisverbände voneinander unterschied. Grundsätzlich muss zwischen der CDU und LDPD sowie den beiden später gegründeten Parteien NDPD und DBD unterschieden werden. Die beiden 1945 gegründeten Parteien CDU

und LDPD nahmen anfangs bürgerliche Traditionslinien auf, an denen viele ihrer Mitglieder auch nach der Gleichschaltung von Partei und Wirtschaft festhielten. Einige dieser Traditionslinien überdauerten, getragen von einzelnen Parteimitgliedern, die vier Jahrzehnte ihrer Existenz. Die meisten Traditionslinien überformten oder beendeten jedoch neue Partieliten.

Die NDPD und DBD wurden später von der SED gegründet um CDU und LDPD sowie bürgerliche, christliche und liberale DDR-Bürger in ihrer politischen Wirksamkeit einzuschränken und zu beschneiden.¹⁸⁴ Ihnen fehlte jede bürgerliche Tradition und damit während der Friedlichen Revolution eine historische Berufungsgrundlage für ihre mögliche Fortexistenz. Auch deshalb fusionierten sie im Jahr 1990 jeweils mit der CDU oder einem liberalen Wahlbündnis.

Diese Vorgänge sind für das heutige Land Brandenburg und seine Vorgängerbezirke bei „Detlef Kotsch, Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Neubegründung. Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990)“ ausführlich dokumentiert. Vor allem auf diese und weitere Arbeiten Kotschs beziehen sich die jeweiligen Einleitungskapitel zu den einzelnen Parteien.

Die personelle Kontinuität zwischen den ehemaligen Blockparteien der DDR und den Parteien CDU und FDP, denen sie im Jahr 1990 beitraten, muss allgemein als Forschungsdesiderat betrachtet werden. Regionalstudien zu brandenburgischen Landesverbänden oder Landtagsfraktionen von CDU und FDP wie die von Ute Schmidt „Von der Blockpartei zur Volkspartei. Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994“ und Sebastian Putz „Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner. Rolle und Einfluss der FDP als kleine Regierungspartei in vier ostdeutschen Landesregierungen“ sind beispielsweise die in Hinsicht auf Brandenburg einzigen und damit weitestgehenden Forschungsbemühungen, obwohl personelle Kontinuität und Elitenwandel nicht ihr primärer Untersuchungsgegenstand sind. Weite Teile vorliegender Studie sind eine Paraphrasierung der Ergebnisse der Vorarbeiten von Schmidt und Putz.

Um personelle Kontinuitäten nicht nur festzustellen sondern sie in ihren ideologischen Brüchen und Kontinuitäten, in Fortführung der Arbeiten von Schmidt und Putz, qualifiziert darzustellen, wurde das Schriftgut der vier Blockparteien, vor allem das jeweilige Mitarbeitermagazin ausgewertet.

¹⁸⁴ Vgl. Hilsberg, Stephan: Rolle und Funktion der Blockparteien und Massenorganisationen in der DDR, in: Faulenbach, Bernd/Meckel, Markus/Weber, Hermann (Hrsg.): Die Partei hatte immer recht - Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur, Essen 1994, S. 78-91, hier S. 79.

Zu den übrigen Untersuchungsgegenständen, dem Umgang von FDP und CDU mit der Geschichte ihrer jeweiligen Vorgängerparteien in den DDR-Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus geben die benannten Werke von Schmidt und Putz für die erste Hälfte der neunziger Jahre ebenfalls hinreichend Auskunft. Darüber hinaus konnten diverse Erinnerungen ehemaliger brandenburgischer Landespolitiker zu diesem Fragenkomplex ausgewertet werden. Für das Ende des Untersuchungszeitraums liegen hingegen keine Forschungen vor. Hier dienten nahezu ausschließlich Zeitungsartikel als Quellengrundlage.

Zum dritten Untersuchungsgegenstand, der Integration von ehemaligen Oppositionellen der DDR und westdeutschen Parteifreunden in die jeweiligen Landesverbände beider Parteien geben für die Jahre 1990 bis 1994 wiederum die Werke von Schmidt und Putz schlüssige Basisinformationen. Analog zum zweiten Untersuchungsgegenstand wurden zusätzlich Erinnerungen von Akteuren dieser Zeit ausgewertet. Für das Ende des Untersuchungszeitraums wurden wieder nahezu ausschließlich Zeitungsartikel verwendet.

1.3.Fragestellung und Vorgehensweise

Vorliegendes Gutachten trennt sich in einen längeren ersten, der CDU gewidmeten Teil und einen zweiten. Dieser ist wegen völlig unzureichender Quellenlage und jahrelanger landespolitischer Unauffälligkeit der FDP kürzer. Beide Teile weisen eine vergleichbare Binnenstruktur auf. Einleitend wird jeweils nach der Vorgeschichte der jeweiligen Landesverbände der Parteien in den Bezirken Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder gefragt und anschließend der Einfluss der Friedlichen Revolution auf die Partei und ihre Transformation dargestellt. Darauf folgend wird die Frage nach personeller Kontinuität wie auch Elitenwandel anhand der Parteivorsitzenden, Generalsekretäre, Landtagsfraktionen und Bundestagsabgeordneten der Jahre zwischen 1990 und 1994 beantwortet. Dabei wurden, um hier nicht interessierende inaktive Blockparteimitglieder von aktiven Parteimitgliedern zu unterscheiden, ausschließlich solche in der DDR politisch aktiven Personen namentlich genannt, die von den drei Vorgaben: hohes gesellschaftliches, wirtschaftliches oder Partei-

Amt, freiwillige ideologisch-staatstreue Einlassung in einem offiziell zugelassenen Medium der DDR oder staatliche beziehungsweise Parteiauszeichnung mindestens zwei oder eines mehrfach erfüllen.

Im Anschluss daran wird der Umgang der jeweiligen Partei

- mit der eigenen Geschichte in der DDR,
- den ehemaligen Mitgliedern von Blockparteien in den eigenen Reihen,
- der Partei PDS/Linkspartei,
- den Stasi-Verstrickungen von Parteimitgliedern,
- Bürgerrechtlern der ehemaligen DDR in den eigenen Reihen und hinzugekommenen westdeutschen Parteifreunden hinterfragt. Die folgenden elf beziehungsweise 15 Jahre überspringend wird die bis hierhin genannte Fragestellung auf die jeweiligen Parteien zwischen den Jahren 2005 und 2011 (CDU) und 2009 und 2011 (FDP) erneut angewandt. Eine Schlussbetrachtung sowie Empfehlungen an die Enquetekommission des Landtages schließen das Gutachten ab.

Vor dem Hintergrund des Forschungsauftrags weist vorliegendes Gutachten Defizite auf. Nicht nur wegen der bereits erwähnten ungenügenden Forschungslage, sondern auch aufgrund dreißigjähriger Sperrfristen für die nach 1990 erzeugten Dokumente in den Parteiarchiven von CDU und FDP in Sankt Augustin und Gummersbach (die Dokumente der FDP Brandenburgs liegen noch überwiegend bei ihr selbst), konnten nicht alle für die Beantwortung der Forschungsfragen notwendigen Dokumente eingesehen werden. Trotzdem wurden vom Autor alle im Forschungsauftrag genannten Fragen an die einsehbaren Quellen gestellt. Ihre Beantwortung blieb aber gerade dort oberflächlich, wo beispielsweise personelle Zuordnungen nicht aus dem Gehalt der Sekundärliteratur, den Überlieferungen der CDU der DDR oder Zeitungsartikeln vorgenommen werden konnten.¹⁸⁵

Deshalb bat der Autor die jeweiligen Landesverbände von CDU und FDP im Februar 2011 per E-Mail und im April 2011 per Einschreibebrief um die Beantwortung spezieller Fragen. Da Antworten ausblieben, konnten vor allem die im Forschungsauftrag genannten Fragen „Wie und wie oft überprüfte eine Partei ihre Leitungs-Mitglieder nach 1989 auf offizielle oder

¹⁸⁵ Durch die ausgebliebene Zuarbeit der CDU beispielsweise konnte vom Autor bereits am Anfang seiner Forschungen nicht mit verfügbaren Quellen geklärt werden, ob das im Jahr 1991 gewählte CDU-Vorstandsmitglied Hans-Joachim Winter der ehemalige BlockpartEIFunktionär aus dem Bezirk Frankfurt/Oder oder der ideologisch gänzlich anders geprägte spätere Kyritzer Bürgermeister H.-J. Winter war. Eine Identität beider Personen konnte ebenfalls nicht ausgeschlossen werden. Außerdem konnte vom Autor bereits am Beginn seiner Untersuchung mit den veröffentlichten Quellen nicht überprüft werden, ob der bei Ute Schmidt als CDU-Reformer benannte Alfred Limberg mit dem ehemaligen Sekretär für Agitation und Propaganda beim Bezirksvorstand der CDU Cottbus und Träger der Verdienstmedaille der DDR gleichen Namens identisch ist. Daraufhin stellte der Autor bis zum Eintreffen von erwarteten Zuarbeiten durch die CDU die Arbeit in dieser Detailtiefe ein.

inoffizielle Mitarbeit für die Staatssicherheit der DDR?“ oder „Gab es nach 1989 Anklagen, Prozesse oder Rücktritte von Mitgliedern (vor allem der Führungsgremien) einer Partei aufgrund ihrer politischen Tätigkeit in der DDR?“ nicht oder nicht hinreichend beantwortet werden. Der Autor erklärt sich bereit im Fall zukünftig erfolgreicher Zuarbeiten durch die Parteien seine Studie in den offen gebliebenen oder nur oberflächlich beantworteten Fragen zu vertiefen.

2. Die CDU in Brandenburg bis 1989

Die Parteien Christlich Demokratische Union Deutschlands und Liberal-Demokratische Partei Deutschlands wurden im Sommer 1945¹⁸⁶ gegründet und stellten aufgrund ihrer Wahlergebnisse in den unmittelbaren Nachkriegsjahren eine ernst zu nehmende innenpolitische Konkurrenz zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) dar.¹⁸⁷ Dies zu ändern bewirkte die SED im Jahr 1948 die Gründung der NDPD und der DBD. Mit ihnen wollte sie den Einfluss von CDU und LDPD in den Blockausschüssen einschränken, die im Jahr 1950 Teil der Nationalen Front der DDR wurden. Die Nationale Front war aus der Volkskongressbewegung hervorgegangen und vereinte bis 1989 sämtliche Parteien sowie die großen Massenorganisationen der DDR.

Wesentliche Träger der Gleichschaltung der CDU waren ihr Vorsitzender Otto Nuschke und Generalsekretär Gerald Götting. Im Oktober 1951 bekannte sich die CDU-Führung in den „Meißener Thesen“ zur sozialistischen Gesellschaftsordnung. Ein Jahr später, im Oktober 1952, gab sich die CDU der DDR auf ihrem sechsten Parteitag ein neues Programm, mit dem sie sich endgültig als eigenständige politische Kraft in der DDR verabschiedete und die führende Rolle der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus vorbehaltlos anerkannte. Günter Buchstab beschreibt die darauf folgende politische Rolle der CDU in der DDR mit den Worten: *„In der fast vierzig Jahre dauernden Phase von 1952 bis 1989 erwiesen sich die Führungsgremien der Ost-CDU als reine Erfüllungsgehilfen der SED. Ihre Funktion war es, christlich orientierte Bürger an die Politik der SED heranzuführen und zu binden.“*¹⁸⁸

¹⁸⁶ Die CDU am 26. Juni 1945 als gesamtdeutsche Partei, die LDPD (bis 1951 LDP) am 5. Juli 1945 für das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone.

¹⁸⁷ Vgl. Kotsch, Detlef: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung. Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), Berlin 2001, S. 39.

¹⁸⁸ Buchstab, Günter: Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), in: Eppelmann, Rainer/Möller, Horst/Nooke, Günter/Wilms, Dorothee (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus: Das Staats- und

Der Landesverband Brandenburg der CDU hatte Ende Juli 1952 17.567 Mitglieder und war durch deren soziale Zusammensetzung eine Partei von Angestellten (4.886), Bauern (4.032), und Arbeitern (2.689). Der Frauenanteil lag zu diesem Zeitpunkt bei 6.057 Mitgliedern. Die CDU hatte überdurchschnittlich viele Mitglieder im Nordwesten und Südosten Brandenburgs und eher weniger im Westen, Nordosten und Osten.¹⁸⁹

Kurz darauf erfolgte die Umwandlung von Landesverbänden der CDU in Bezirksverbände der neu gegründeten Bezirke. Der Landesverband Brandenburg teilte sich in die Bezirksverbände Potsdam (7.198 Mitglieder), Frankfurt/Oder (3.160 Mitglieder) und Cottbus (6.243 Mitglieder). Die Organisationsdichte im Bezirk Cottbus lag demnach bei 96 Mitgliedern pro 10.000 Einwohner, im Bezirk Potsdam bei 64 und im Bezirk Frankfurt/Oder bei 48 Mitgliedern pro 10.000 Einwohner.¹⁹⁰

Die Bezirksvorstände passten sich spätestens ab 1958 dem Vorbild der SED-Bezirkssekretariate an, während sich die Parteibasis vor allem in Kreisverbände und Ortsgruppen gliederte. Während bis dahin viele Gründer der CDU in den Westen geflohen, aus ihren Ämtern gedrängt oder in Zuchthäuser gesteckt und umgebracht wurden, rückten mit der Bildung der Bezirksverbände viele neue Funktionäre in Schlüsselstellungen.¹⁹¹ Diese wurden zwar von den regionalen CDU-Vorständen ausgewählt, mussten aber vor Amtsübernahme von der SED „genehmigt“ werden. Somit sorgte bis zum Ende der DDR die SED aktiv dafür, dass ihr von Seiten der Blockparteien keine innenpolitische Opposition erwuchs.

Auch dieser Umstand führte dazu, dass die CDU in den fünfziger und frühen sechziger Jahren nicht über ausreichend qualifizierte Funktionäre verfügte, welche von der SED zugewiesene Parteiämter, Parlamentsmandate oder Funktionen im Staatsapparat übernehmen konnten. Deshalb wurden mit ausgewählten Funktionären Förderverträge abgeschlossen und parallel das Prinzip der Nomenklaturkader eingeführt.¹⁹² Ein sukzessiver Austausch der Parteieliten war die Folge. Nur der Potsdamer CDU-Bezirksvorsitzende Friedrich Kind übernahm im Jahr 1952 mit 23 Jahren das Amt des Bezirksvorsitzenden, dass er bis Ende 1989 behielt.

Unterhalb der Führungsebene entwickelte sich in den Bezirksverbänden ein drastischer Mitgliederschwund, der seinen Tiefpunkt im Bezirk Potsdam im Jahr 1956 (4.233 Mitglieder), Cottbus 1959 (4.587) und Frankfurt/Oder 1960 (2.210) erreichte.¹⁹³ Ab den 70er Jahren stieg die Mitgliederzahl wieder. Nun konnte ein CDU-Parteibuch zu einer

Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1997, Bd. 1, S. 193.

¹⁸⁹ Vgl. Kotsch, Land, S. 168.

¹⁹⁰ Vgl. Kotsch, Land, S. 168.

¹⁹¹ Vgl. Kotsch, Land, S. 172.

¹⁹² Vgl. Kotsch, Land, S. 174.

¹⁹³ Vgl. Kotsch, Land, S. 178.

bescheidenen Karriere in einem Teilbereich des Staatsapparates der DDR, einer Massenorganisation oder einer Kammer beitragen.¹⁹⁴

Trotzdem behielt die CDU ihre primäre Rolle die Kirchen in der DDR im Rahmen ihrer Möglichkeiten derart zu beeinflussen, dass sie der SED-Herrschaft weder mit ihren hauptamtlichen Angestellten noch ihren einfachen Mitgliedern im Wege stand. Zu diesem Zweck hatte sich eine intensive Kooperation zwischen den Bezirks- und Kreissekretären der CDU sowie den Bezirks- und Kreisleitungen der SED entwickelt.¹⁹⁵ Der Einfluss der CDU auf die Kirchen blieb aber vor allem wegen deren ablehnender Haltung gegenüber der pseudoreligiösen Partei gering.¹⁹⁶

Exkurs: Abweichen vom Weg – CDU-Opposition in Neuenhagen

Zumindest ein Teil der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen/Kreis Strausberg entwickelte sich nach Michael Gorbatschows Machtantritt in der Sowjetunion im Jahr 1985 politisch anders. Unter der Leitung ihrer in diesem Jahr der CDU beigetretenen Vorsitzenden, der Ärztin Else Ackermann, diskutierten bis zu 15 Parteimitglieder die Gorbatschowsche Politik von Perestroika und Glasnost und wurden auch dadurch zu einer von vier CDU Ortsgruppen DDR-weit, die das Ministerium für Staatssicherheit in dieser Zeit operativ beobachtete.¹⁹⁷ Im Juni 1988 verfassten verschiedene Mitglieder der CDU-Ortsgruppe einen Brief an den CDU-Parteivorsitzenden Gerald Götting, in dem es unter anderem hieß:

„Die Umgestaltung der Gesellschaft mit Neuem Denken muß zunächst auf der höchsten Parteiebene und sichtbar für uns alle stattfinden, damit die Basis nicht das Präsidium überholt. Gerade wegen der bisher fehlenden Demokratie und der festgefahrenen Parteihierarchie schaut die Basis wie gebannt nach oben, um das befreiende Signal zu empfangen. Kritische Bürger und Unionsfreunde wollen

¹⁹⁴ Vgl. Kotsch, Land, S. 179.

¹⁹⁵ Brandenburgische SPD-Politiker erinnern sich an die CDU der DDR folgendermaßen. Steffen Reiche: „Eine kurze Zeit überlegte ich gar der CDU beizutreten, um mit Hilfe dieser Partei Veränderungen zu organisieren. Mein Patenonkel bewahrte mich davor, indem er mir zeigte, wie viele damit gescheitert waren.“ Reiche, Steffen: mit Entschlossenheit am Werk, in: Gersdorf, Andrea von/Lorenz, Astrid: Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010, S. 54. Wolfgang BIRTHLER: „Ich hatte von der Block CDU die Nase voll, da ich als engagierter Christ besonders negative Erfahrungen mit deren Funktionären gemacht habe. Um meine Bewerbung als Bausoldat haben sich nicht die NVA-Offiziere gekümmert, sondern Abgesandte der CDU haben mir erklärt, weshalb man diesen ‚sozialistischen Friedenstaat‘ mit der Waffe in der Hand verteidigen müsse.“ BIRTHLER, Wolfgang: Pragmatiker als Fraktionschef, in: Gersdorf/Lorenz, S. 140.

¹⁹⁶ Vgl. Kotsch, Land, S. 448.

¹⁹⁷ Vgl. Schmidt, Ute: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994, Opladen 1997, S. 45 f.

ermuntert werden, damit sie nicht mit ihrem Veränderungswunsch im Parteigestrüpp hängenbleiben. Es fehlt einfach der Mut, Initiative unaufgefordert zu entfalten, die in jahrzehntelanger Entmündigung erstickt worden ist. Die immer gleich bleibende Minorität der CDU und anderer Parteien im Vergleich zur SED in nahezu allen gesellschaftlichen Gremien und auch in den Leitungen der Massenorganisationen trägt nicht dazu bei, die Bereitschaft der CDU-Mitglieder zu aktiver gesellschaftlicher Arbeit anzuregen. [...] Mit der üblichen journalistischen Phraseologie, die die Gemüter einlullt und die Probleme vertuscht, wird man die Unionsfreunde nicht aus ihrer Lethargie wecken können. Es fehlt in allen Bereichen das Vertrauen zur Führung.”¹⁹⁸

Ute Schmidt fasst die Forderungen des gesamten Briefes wie folgt zusammen:

- „• demokratischer Rechtsstaat statt rückständiger obrigkeitsstaatlicher Willkürpraxis;*
- demokratische Erneuerung des Führungspersonals (im Staatsapparat wie in den Parteien) statt Machtkonzentration und damit einhergehendem Autoritätsverlust der politischen Führung;*
- politische Handlungsfähigkeit und -bereitschaft einer funktionierenden, demokratisch legitimierten und verantwortungsbewußten Volksvertretung statt einer durch bloßes Administrieren verhehlten Stagnation;*
- Trennung des Verhältnisses von Kirche und Staat, d.h. kein Abschieben von politischen Problemen, bei deren Lösung die politischen Parteien versagt haben, an die Kirchen.“¹⁹⁹*

Die CDU-Führung reagierte erwartungsgemäß ablehnend auf den Brief. Auf Geheiß der SED wurden die kursierenden Durchschläge des Briefes eingesammelt und vom Frankfurter CDU-Bezirksvorsitzenden Werner Zachow und der unter Druck gesetzten Else Ackermann selbst vernichtet.

Im Herbst 1989 ergriff Else Ackermann erneut die Initiative und drang am 10. Oktober 1989 in das Büro des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden vor um ihn nach

¹⁹⁸ Brief aus Neuenhagen, auszugsweise abgedruckt bei: Schmidt, Umbruch, S. 47.

¹⁹⁹ Schmidt, Umbruch, S. 47.

den Veranlassungsumständen der Vernichtung des Briefes zu fragen. Am selben Tag trafen sich Neuenhagener CDU-Mitglieder und verfassten einen „Aufruf zum Sonderparteitag“, der in Form einer Unterschriftensammlung an sämtliche CDU-Bezirksverbände und andere Organe verteilt wurde. Der Sonderparteitag wählte Mitte Dezember 1989 den späteren brandenburgischen Parteivorsitzenden Lothar de Maiziere zum Vorsitzenden der CDU der DDR.

3. Die DBD bis 1989

Das Programm der am 17. Juni 1948 gegründeten Demokratischen Bauernpartei Deutschlands richtete sich an die „aufbauwilligen“ Bauern, welche die Mittelbauern und Großbauern in Ostdeutschland zurückdrängen sollten. Parallel sollten von ihr der Einfluss der Kirche auf den ländlichen Raum geschwächt und der politische Einfluss der drei Jahre zuvor gegründeten bürgerlichen Parteien CDU und LDPD auf dem Lande und in der Volkskongressbewegung eingeschränkt werden.²⁰⁰

Der Landesverband Brandenburg der DBD wurde drei Wochen vor dem DDR-weiten Dachverband am 25. Mai 1948 gegründet. Trotz gegenteiliger Programmatik versammelten sich in der DBD später häufig Gegner der LPG-Bildung. In den Kreisen Fürstenberg, Guben, Beeskow, Herzberg und Jüterbog arbeiteten sogar viele Bauern mit größeren Besitzungen in der DBD. Keine Partei der ehemaligen DDR gewann wie die DBD derartig ausgeprägte Züge einer berufsständischen Vertretung.

Die drei Bezirksverbände Frankfurt (3.700 Mitglieder) Cottbus (4.100 Mitglieder) und Potsdam (4.800 Mitglieder) gehörten zu dieser Zeit und auch in den folgenden Jahrzehnten zu den mittelgroßen Bezirksverbänden.²⁰¹

Mitgliederentwicklung der DDR-Blockparteien

	1970	1977	1985	Sept. 1989	März 1990
CDU	95.000	115.000	131.000	141.000	134.000
DBD	84.000	91.000	110.000	125.000	99.000
LDPD	68.000	75.000	92.000	113.000	110.000
NDPD	81.000	85.000	98.000	112.000	ca. 50.000
Summe	328.000	366.000	431.000	491.000	ca. 393.000

²⁰⁰ Vgl. Kühne, Konrad: Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), in: Eppelmann/Möller/Nooke/Wilms, S. 203.

²⁰¹ Vgl. Kotsch, Land, S. 202.

Quelle: Eckhard Jesse: Die Parteien in der SBZ/DDR 1945-1989-90. In: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermeyer/Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn, 1997, S. 98.

4. Brandenburgs CDU zwischen Ende 1989 und Ende 1994

4.1. Einleitung

Der Rücktritt von Staats- und Parteichef Erich Honecker am 18. Oktober 1989 führte in der SED zu tief greifenden programmatischen und personellen Reformen, die auch den Reformprozess der Blockparteien beschleunigten. Spätestens mit dem Rücktritt des Parteichefs Gerald Götting am 2. November 1989 sowie der Abwahl der Hälfte der Präsidiums- und Sekretariatsmitglieder des Hauptvorstandes am 10. November 1989 begann der eigentliche Reformprozess in der CDU. Der neue Parteivorsitzende und spätere brandenburgische Landeschef Lothar de Maiziere schien (nach längeren Personalerwägungen in denen auch Manfred Stolpe als neuer CDU-Vorsitzender erwogen wurde)²⁰² dem Vorstand der CDU geeignet, als Mitglied der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU und als Vizepräsident der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR die CDU der DDR in demokratische Verhältnisse und wieder näher an die Kirchen zu führen.²⁰³ Diese waren aufgrund der Erfahrung der vergangenen vier Jahrzehnte gegenüber der CDU

²⁰² Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 68.

²⁰³ Lothar de Maiziere erinnert sich an die Anfrage bezüglich seiner möglichen Kandidatur anhand von drei CDU-Politikern, die teilweise später in Brandenburg eine mehr oder weniger große Rolle spielen sollten: „Zuvor war ich, und zwar noch vor dem Rücktritt Göttings, angesprochen worden, ob ich bereit sei, für das Amt des Parteivorsitzenden zu kandidieren. Gefragt wurde ich von drei Personen: von Gerd Wilkening, einem Mitarbeiter der Abteilung Kirchen im Hauptvorstand der CDU, von Thilo Steinbach, der mir aus der Treptower Ortsgruppe der CDU bekannt war, und von Kersten Radzimanowski, ebenfalls hauptamtlicher Mitarbeiter im Hauptvorstand der CDU. Ich muss davon ausgehen, dass sie dies nicht von sich aus taten, sondern im Auftrag oder mit Billigung von Wolfgang Heyl. Ich war überrascht, dass da jemand auf mich gekommen war, und fragte nach den Gründen. Gerd Wilkening antwortete, so ist mir heute noch lebhaft in Erinnerung, es gäbe dafür fünf Gründe: 1. Solle der Kandidat hinlänglich intelligent sein. 2. Solle der Kandidat erkennbar den Kirchen nahestehen. 3. Solle er über ein gewisses organisatorisches Geschick verfügen. 4. Solle er für die Politik, die die CDU bisher betrieben habe, nicht haftbar gemacht werden können. 5. Zum Letzten erwarte man, dass er in der Lage sei, auf große Menschengruppen zuzugehen. Ich erwiderte, dass die letzte Eigenschaft, nämlich die Fähigkeit auf große Menschengruppen zuzugehen, mir nicht zu eigen sei.“ de Maiziere, Lothar: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit, Freiburg 2010, S. 53. Ende Dezember 2009 berichteten verschiedene brandenburgische Medien anklagend über eine (ihn laut SPD-Politiker Richard Schröder eher entlastende) MfS-Täterakte Thilo Steinbachs und seine Freundschaft zu den SPD-Politikern Rainer Speer und Günter Baaske. Unter anderem der benannte SPD-Politiker Richard Schröder wandte sich öffentlich gegen diese Anschuldigungen gegenüber einem CDU-Mitglied. (Vgl. MAZ 14.12.2009)

skeptisch, akzeptierten deren Reformprozess aber als tatsächliche Anstrengung in Richtung einer Partnerschaft.

Gleichzeitig begann der Distanzierungsprozess der CDU von der SED. In den Bezirkstagen bildeten die Parteien nun in Abwendung von der Nationalen Front Fraktionen. Die ehemals nach Quotenregelungen in die Behörden entsandten Vertreter der CDU wurden aber dort belassen.

Auf ihrem Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 1989 in Ostberlin verabschiedete sich die CDU offiziell vom Leitbild des Sozialismus und beschloss die Bildung von Landesverbänden. Spätestens die Streichung des Sozialismusbegriffs aus dem Parteiprogramm spaltete die Partei in eine Gruppe, welche die DDR und die Partei sozialistisch erneuern wollte und eine andere, welche eine Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland anstrebte. Einige der zukünftigen innerparteilichen Bruchlinien zwischen sogenannten Reformern und dem Sozialismus verhafteten ehemaligen Blockparteimitgliedern war in der Frage der deutschen Einheit angelegt. Der noch für die Kreise Templin und Prenzlau zuständige Vorsitzende des CDU-Bezirksvorstandes Neubrandenburg, Wolfgang Mäder, beispielsweise bekannte sich in einem Brief an CDU-Chef Lothar de Maiziere zum Sozialismus und trat von seinem Amt zurück.²⁰⁴ Der Cottbuser Bezirksvorsitzende Karl-Heinz Kretschmer hingegen leitete seinen CDU-Bezirksverband bis zu dessen Auflösung, während die Bezirksverbände Frankfurt/Oder und Potsdam neue Vorsitzende wählten, die zuvor in den Kreisvorständen Beeskow und Potsdam aktiv waren.²⁰⁵ Den Umwandlungsprozess, den die brandenburgische CDU vom November 1989 bis zum Oktober 1990 durchlief, nennt Kotsch „*widersprüchlich und in seinen Folgen ambivalent*.“²⁰⁶ Beispielsweise tagte einerseits der Runde Tisch des Bezirkes Potsdam erstmalig am 20. Dezember 1989 auf Initiative der CDU, während andererseits Profiteure des Blockparteiensystems versuchten sie begünstigende Strukturen zu erhalten. Neben programmatischen Unklarheiten war die Partei mit dem gespannten Verhältnis zwischen Altfunktionären sowie Reformern aus der alten Parteibasis und aus dem Lager der CDU-Neumitglieder befasst. In dieser Situation musste bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 ein funktionierender Landesverband gegründet werden, was am 3. März 1990 auch geschah.

Durch die Bildung der „Allianz für Deutschland“, dem Volkskammer-Wahlbündnis zwischen der CDU und den Parteinuengründungen Demokratischer Aufbruch (DA) und Deutsche

²⁰⁴ Vgl. Schwießelmann, Christian: Die politische "Wende" 1989/90 und die Christdemokraten im Norden der DDR, in: Zeitgeschichte regional - Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern, 2/2008, S. 95.

²⁰⁵ Vgl. Kotsch, Land, S. 180, Fußnote 140.

²⁰⁶ Kotsch, Land, S. 181.

Soziale Union (DSU) war eine Vorentscheidung für eine Vereinigung der Ost-CDU mit der West-CDU gefallen. Die CDU/West unter Parteichef Helmut Kohl und Generalsekretär Volker Rühle hatte zuvor klargestellt, dass Unterstützung für das Wahlbündnis nur bei strukturellen und personellen Reformen innerhalb der CDU gewährleistet würde.

Gerade Volker Rühle, der aus seiner Ablehnung der ehemaligen Blockpartei CDU und ihrer in den Sozialismus verstrickten Mitglieder öffentlich keinen Hehl machte, wurde dadurch für viele ehemalige Mitglieder der Ost-CDU zu einer Unperson,²⁰⁷ für viele neu hinzugekommene Parteimitglieder und „Reformer“ aus dem Lager der Altparteimitglieder hingegen zur Hoffnungsfigur.²⁰⁸

Ute Schmidt schreibt unter Bezugnahme auf die als besonders konsequent geltende Gruppe der sächsischen CDU-Reformpolitiker um Arnold Vaatz und Heinz Eggert, die später auch auf die innerparteiliche Reform der brandenburgischen CDU Einfluss zu nehmen versuchte: *„Generalsekretär Volker Rühle, der seine Aversionen gegen die Blockpartei nur aus parteitaktischen Gründen zurückgestellt hatte, begann sich nun für die kleine sächsische Truppe zu interessieren. Allerdings agierte er trotz seiner offenen Sympathien für die Gruppe um Vaatz zunächst sehr vorsichtig, ja geradezu konspirativ. Sein Dilemma war, daß er hier eine potentielle neue Führungsgruppe vorfand, mit der die West-CDU gerne kooperieren wollte; andererseits durfte aber - mit Blick auf die bevorstehende Parteifusion im Oktober 1990 und die für die strukturelle Mehrheit der CDU entscheidenden ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen – die bisherige Konstruktion, die auf der Adoption der Blockpartei und der Nutzung ihrer Parteistrukturen basierte, nicht gefährdet werden.“*²⁰⁹ Dieses Dilemma

²⁰⁷ Der spätere brandenburgische CDU Landesvorsitzende Lothar de Maiziere erinnert sich an seine erste Begegnung mit Volker Rühle: *„Das Bonner Adenauerhaus wollte von den ‚Blockflöten‘ aus dem Osten partout nichts wissen. Bundeskanzler Helmut Kohl, aber auch sein Generalsekretär Volker Rühle, pflegten Kontakte zum ‚Demokratischen Aufbruch‘, einer Neugründung des Herbstes 1989. Es gab Fernsehbilder, die Helmut Kohl in trautem Gespräch mit Wolfgang Schnur und Rainer Eppelmann zeigten. In meinem Kalender ist unter dem 24. November 1989, 10 Uhr ein Besprechungstermin zwischen Volker Rühle und mir vereinbart, an dem auch Eberhard Diepgen und mein Vetter Thomas teilnahmen. Volker Rühle erschien und betrat das Haus so, als ob er feindliches, vermintes Gelände beträte. Das Treffen war vorbereitet worden in der Bibliothek. Er nahm Platz und fing an, mich zu examinieren. Er wollte von mir wissen, welches Verhältnis ich zur parlamentarischen Demokratie hätte, wie ich zum Begriff Sozialismus stünde, warum ich Mitglied der Modrow-Regierung sei. Nach seiner Auffassung sei es dringend notwendig, sofort dieses Regierungsbündnis mit der SED zu verlassen. Dies sei unmöglich, erwiderte ich, weil bei Ausscheiden der CDU aus der Regierung die LDPD dem folgen würde, möglicherweise auch die NDPD, und dies das Land endgültig destabilisieren würde und es ins Chaos geriete. Meine Argumente interessierten ihn nicht die Spur. Er halte die Ost-CDU und mich persönlich für politische Greenhorns, sagte er uns. Und so sei er, Rühle, strikt gegen den Aufbau von ständigen Kontakten zwischen der Ost-CDU und der West-CDU.“* de Maiziere, S. 75.

²⁰⁸ Die in der Politikwissenschaft streng definierten Begrifflichkeiten wie Reformer, Altfunktionär, dazwischen stehenden Transformationseliten etc., wie beispielsweise Ute Schmidt sie gebraucht, können vor dem Hintergrund der dem Autor zur Verfügung stehenden unzureichenden Daten nicht trennscharf auf das politische Personal Brandenburgs nach der Friedlichen Revolution angewandt werden. Er verwendet die Begriffe trotzdem, wenn auch nicht in einem definitorischen sondern eher markierenden Sinn.

²⁰⁹ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 175 f.

bestimmte die Kooperation zwischen CDU/Ost und CDU/West von Anfang an und besteht für viele Parteimitglieder und Beobachter der CDU bis heute, vor allem in personalpolitischen Fragen fort.

Durch die strukturelle Anpassung der CDU/Ost an die CDU/West wurde die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei auf ein Zehntel der ursprünglich Beschäftigten reduziert.²¹⁰ Außerdem wurden viele Kreisgeschäftsstellen geschlossen, was Unmut an der Parteibasis erzeugte.²¹¹

Die folgenden Wahlen sollten der brandenburgischen CDU zeigen, dass die CDU dort stark war, wo sie bereits vor 1952 überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielte. Dies waren die Prignitz, die Uckermark und die Lausitz. Im Bezirk Cottbus stellte die CDU nach der Auflösung des Rates des Bezirkes in der Person Karl-Heinz Kretschmers den Regierungsbevollmächtigten und konnte in der Kommunalwahl den Oberbürgermeisterposten der Noch-Bezirksstadt für sich gewinnen.²¹²

Am Ende des Superwahljahres 1990 war die CDU der DDR mit der CDU der Bundesrepublik vereint. Die drei Bezirksverbände der CDU Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder hatten sich im Landesverband Brandenburg der CDU zusammengeschlossen und anschließend einige Wahlen gewonnen und andere verloren. Alt-Mitglieder verließen in Scharen die Partei, während wenig neue Beitritte registriert werden konnten. Erste Auseinandersetzungen zwischen ehemaligen Blockparteimitgliedern und Reformern um Spitzenposten in der Partei oder Parlamentsmandate hatten mit unterschiedlichen Ausgängen stattgefunden.

4.2. Der Beitritt von DBD und Demokratischer Aufbruch zur CDU

Die DBD nahm wenig Einfluss auf die revolutionären Vorgänge des Herbstes 1989. Sie hielt lange am Prinzip der Nationalen Front fest und sprach sich dafür aus mit politischen Gruppen zusammenarbeiten, welche dieselben Ziele anstreben würden.²¹³ Hohe Parteiämter konnten jedoch oft nicht mehr besetzt werden. Auch dieses Signal führte zum außerordentlichen Parteitag der DBD am 27. und 28. Januar 1990. Hier sprach sich eine Mehrheit der Delegierten für einen demokratischen und humanistischen Staat auf der Basis einer

²¹⁰ Ende Mai 1990 beschäftigte die CDU der DDR noch 1.117 hauptamtliche Mitarbeiter die durch die Hauptgeschäftsstelle besoldet worden. Auf 180 Parteimitglieder kam damit ein hauptamtlicher Mitarbeiter. Das Verhältnis in der CDU West war 1:681. Vgl. Kotsch, Land, S. 180, Fußnote 144.

²¹¹ Vgl. Kotsch, Land, S. 180.

²¹² Vgl. Kotsch, Land, S. 180 f.

²¹³ Vgl. Kotsch, Land, S. 207.

ökologieorientierten und gerechten Marktwirtschaft aus. Sie votierten für einen Pluralismus an Eigentumsformen und wollten die Errungenschaften der Bodenreform schützen.²¹⁴

Auch weil dies in den Bezirksvorständen überwiegend auf Ablehnung stieß, gründete sich ein unabhängiger Genossenschaftsverband, dessen Vizepräsident Heinz-Dieter Nieschke, Vorsitzender der LPG in Radensdorf/Kreis Lübben und späterer CDU- Landtagsabgeordneter wurde.

Der Einfluss der DBD-Bezirksverbände ließ weiter nach und am 20. April 1990 gründete sich der Landesverband Brandenburg der DBD in Ludwigsfelde. Die Altkader blieben in der Minderheit, während die Machtpositionen sukzessiv an Führungskräfte aus Agrarbetrieben und wissenschaftlichen Einrichtungen gingen. Landesvorsitzender wurde der Leiter des Tantower VEG Pflanzenproduktion, der spätere CDU-Landtagsabgeordnete Jürgen Meißner. Nachdem der DBD-Vorstand am 25. Juni 1990 den späteren brandenburgischen CDU-Chef Ulrich Junghanns zu seinem Vorsitzenden gewählt und den Beitritt zur CDU der DDR vereinbart hatte, beschloss am 25. August 1990 eine Delegiertenversammlung des DBD-Landesverbandes Brandenburg in Werder den Zusammenschluss mit dem brandenburgischen Landesverband der CDU. Der zweite Landesparteitag der CDU Brandenburgs, der ebenfalls in Werder tagte, billigte diesen noch am selben Tag.²¹⁵ Der Landesverband der CDU trat somit die Rechtsnachfolge des Landesverbandes der DBD an.

Gegen diese Eingliederung der Bauernpartei gab es massive Vorbehalte, vor allem der reformorientierten Kräfte innerhalb der CDU. Problematisch war auch, dass eine Mehrheit der zu diesem Zeitpunkt 117.000 DBD-Mitglieder den Angliederungsbeschluss des DBD-Parteivorstandes nicht mittrugen und die Partei verließen. Wer nicht ausdrücklich seinen Austritt aus der DBD erklärte wurde als Mitglied der CDU übernommen.²¹⁶ Nur etwa 6.000 DBD-Mitglieder traten letztendlich der CDU der DDR bei. Viele der übergetretenen ehemaligen Mitglieder der Bauernpartei sollten zukünftig für die CDU Brandenburgs eine prägende Rolle spielen.

Das relativ schlechte Wahlergebnis für den „Demokratischen Aufbruch“ bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 ließ die ehemaligen Oppositionellen über eine Fusion mit der CDU nachdenken. Auf einem Sonderparteitag des „Demokratischen Aufbruch“ stimmten die Delegierten am 4. August einem Beitritt zur westdeutschen CDU über den Umweg einer vorhergehenden Fusion mit der Ost-CDU zu. Somit waren auch die ehemaligen

²¹⁴ Vgl. Kotsch, Land, S. 208.

²¹⁵ Vgl. Kotsch, Land, S. 208.

²¹⁶ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 103, Fußnote 100.

Mitglieder des „Demokratischen Aufbruch“ in Brandenburg auf dem zweiten Parteitag der CDU am 25. August 1990 in Werder stimmberechtigt.²¹⁷

4.3.Mitglieder- und Parteistruktur

Am 3. März 1990 wurde in Potsdam der Landesverband Brandenburg der CDU gegründet, in dem die bisherigen CDU Bezirksverbände Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus aufgingen. Am 30. April 1990 stellte der Landesverband Brandenburg nur 13,3 % der Gesamt-Mitgliedschaft der CDU in der DDR. Aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte lag damit das Verhältnis von CDU-Mitgliedern gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten bei 0,7 % und somit nur knapp unter dem DDR-Durchschnitt von 0,8 %. Die Berlin nahen früheren DDR-Bezirke Frankfurt/Oder (0,5 %) und Potsdam (0,6 %) waren in dieser Hinsicht die schwächsten DDR-Bezirke. Einzelne Kreisverbände im Bezirk Frankfurt/Oder erreichten sogar nur 0,3 %. Die Regionen Frankfurt/Oder, Potsdam-Stadt und Cottbus-Stadt wiesen neben Brandenburg an der Havel auch im Jahr 1995 die verhältnismäßig niedrigsten Mitgliedsanteile auf. Dies spiegelte sich auch in den niedrigen Kommunalwahlergebnissen der CDU in diesen Städten wieder.²¹⁸

Die CDU-Mitgliedschaft setzte sich zur Hälfte aus Arbeitern, Angestellten in der Volkswirtschaft oder den Verwaltungen und Parteiorganisationen und zur anderen Hälfte aus überdurchschnittlich vielen LPG-Mitgliedern und Angestellten in der Forst- und Nahrungsmittelwirtschaft (19,3 Prozent), sowie Vertretern akademischer Berufe zusammen.²¹⁹ Die brandenburgische CDU hatte im Jahr 1990 ein vergleichsweise hohes Organisationsdefizit. In über 40 % der brandenburgischen Kommunen gab es in diesem Jahr keine CDU-Ortsgruppe. Dieses Organisationsgefälle schlug sich bereits bei den Volkskammerwahlen im März 1990 nieder.²²⁰ Ende des Jahres 1990 hatte der Landesverband wegen des Verzichts auf den Großteil des Parteivermögens und sinkender Einnahmen keine eigenen Mittel mehr. Daraufhin wurden unter Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Peter Wagner die Strukturen der Partei so umgebaut, dass es zukünftig

²¹⁷ Die Hintergründe von Kooperation und Fusion zwischen CDU und „Demokratischen Aufbruch“ bei: Jäger, Wolfgang/Walter, Michael: Die „Allianz für Deutschland“. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90, Köln 1998, S. 26.

²¹⁸ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 150.

²¹⁹ Vgl. Ebenda.

²²⁰ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 154.

Geschäftsstellen nur noch in jedem der 12 Bundestagswahlkreise geben und diese mit jeweils nur einer hauptamtlichen Kraft besetzt werden sollten.²²¹

Mitgliederentwicklung in der brandenburgischen CDU, Oktober 1989 – September 1990

<i>Mitglieder im Oktober 1989</i>		<i>18555</i>
<i>danach Zugänge durch: Neuaufnahmen</i>	<i>2055</i>	
<i>individuelle Übertritte von der DBD</i>	<i>548</i>	
<i>Strukturveränderungen (Veränderung der Landesgrenze)</i>	<i>1355</i>	
<i>Zuzug</i>	<i>89</i>	
<i>danach Abgänge durch Austritt</i>	<i>2535</i>	
<i>Ausschluss</i>	<i>9</i>	
<i>Streichung</i>	<i>814</i>	
<i>Tod</i>	<i>225</i>	
<i>Strukturveränderungen</i>	<i>1351</i>	
<i>Wegzug</i>	<i>76</i>	
<i>Mitglieder im September 1990</i>		<i>17592</i>

Quelle: Kotsch, Land, S. 181.

Regionale Mitgliederentwicklung der CDU in Brandenburg

²²¹ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 206.

<i>Landesverband</i>	<i>Mitglieder</i>		
	<i>31.12.1990</i>	<i>31.12.1991</i>	<i>30.09.1992</i>
<i>Brandenburg</i>	<i>17068</i>	<i>13713</i>	<i>11813</i>

Quelle: Schmidt, Ute: Transformation einer Volkspartei - Die CDU im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994, S. 66.

4.4. Die Bezirks- und Parteivorsitzenden

4.4.1. Herbert Schirmer

Vorsitzender des am 3. März 1990 gegründeten Landesverbandes Brandenburg der CDU wurde der Kulturpolitiker Herbert Schirmer. Er galt als Kompromisskandidat, weil ehemalige Blockpartei-funktionäre nicht mehr kandidieren wollten oder sich andere Betätigungsfelder suchten.²²² Unmittelbar nach seiner Wahl am 3. März wurde Schirmer in Folge der Volkskammerwahl am 18. März vom DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere zum Kulturminister ernannt und war dadurch kaum noch als Landesvorsitzender der brandenburgischen CDU präsent.

Schirmer war seit 1986 Mitglied im CDU-Kreisverband Beeskow und setzte sich früh für die Öffnungspolitik Gorbatschows ein. Hauptberufliche Parteiämter hatte er nicht, wurde aber in Leitungsgremien der Partei gewählt. So war er im Kreisvorstand Beeskow Vorsitzender des Kreiskulturaktivs sowie Mitglied des Bezirksvorstandes der CDU Frankfurt/Oder. Der Kreisverband Beeskow des Neuen Forums wurde in seinem Haus gegründet und er war dessen Mitglied, als er am 1. Dezember 1989 überraschend zum Bezirksvorsitzenden der CDU im Bezirk Frankfurt/Oder gewählt wurde.²²³ Die Zustände in der Berliner Parteizentrale

²²² Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 197 f.

²²³ Christian von Ditfurt schreibt über diese Sitzung: „CDU-Bezirksvorsitzender Werner Zachow will die Zusammenarbeit der Blockparteien fortsetzen. Seine letzte Äußerung in dieser Funktion, denn er tritt von dieser zurück. Als seinen Nachfolger hat er Heiner Lassowsky, CDU-Kreissekretär in Beeskow mit guten Kontakten zur Abteilung Inneres, ausersehen. Der fährt auch hin zur Sitzung und nimmt Herbert Schirmer mit. Auf der Sitzung wird aber überraschend Schirmer zu Zachows Nachfolger gewählt. Jetzt erscheint es den Blockfunktionären sinnvoll, ein Mitglied des Neuen Forums als Galionsfigur vorzuzeigen, nachdem sie zuvor gebeten hatten, keinen Kontakt zu den Bürgerbewegungen aufzunehmen.“ Ditfurth, Christian von: Blockflöten – Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991, S. 176. Der ehemalige hauptamtliche Funktionär der Ost-CDU Hans-Joachim Winter erinnert sich an diese Sitzung: „Aber es mußte ja irgendwie eine Spitze des Bezirksvorstandes geben, und so wurde nach anfänglichem Zögern - niemand war darauf eigentlich vorbereitet - eine Neuwahl wenigstens des Bezirksvorsitzenden vorgenommen. Jedoch fand sich für die Aufgabe des Bezirksvorsitzenden kein Bewerber. Auch mehrere gute Zusprüche Werner Zachows, der die Sitzung noch immer leitete, halfen nichts. Da verständigte ich mich flüsternd mit dem neben mir sitzenden Reinhard Wenzel auf einen Vorschlag, den er (als gewähltes Bezirksvorstandsmitglied, was ich ja nicht war) dann unterbreitete: Herbert Schirmer: Schirmer, der vor der Sitzung gesprächsweise über Aktivitäten des ‚Neuen Forums‘ in Lieberose und im Kreis Beeskow unter seiner Mitwirkung berichtet hatte, und der auch als Gemeindegemeinderatsmitglied eine greifbare Beziehung zur Kirche besaß, war in der Tat ein ernsthafter Kandidat. Zudem war mir bekannt, daß Schirmer kein festes Arbeitsverhältnis hatte; es war mir schon länger rätselhaft gewesen, wovon er eigentlich lebte, denn von seinen wenigen Pressebeiträgen hatte er wohl kaum seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Und hier ging es gerade darum, die hauptamtliche, recht gut bezahlte Funktion des Bezirksvorsitzenden zu besetzen. Schirmer, offiziell nach seiner Bereitschaft befragt, sagte zu. Man einigte sich auf eine offene Wahl, und Herbert Schirmer wurde einstimmig zum CDU-Bezirksvorsitzenden gewählt.“ Winter, Hans-Joachim: Und der Zukunft zugewandt, Jacobsdorf 2005, S. 365.

sah er zu diesem Zeitpunkt als Mischung aus „wahnsinniger Verunsicherung“ und kaum gebrochener Kontinuität.²²⁴ Als Schirmer sich nach seiner Wahl zum Bezirksvorsitzenden dort in der Runde der Bezirksvorsitzenden vorstellte, nahm er wahr, dass lediglich in den Bezirksverbänden Potsdam und Frankfurt/Oder ein Personalwechsel an der Parteispitze stattgefunden hatte.²²⁵

In seiner dreimonatigen Amtszeit als Bezirksvorsitzender wechselte er unter anderem die Geschäftsführer aus, während im Bezirksverband Cottbus, so Schirmers Einschätzung, alles beim Alten blieb.²²⁶

Unter anderem weil er von der CDU nicht auf einen aussichtsreichen Platz der Landesliste der CDU zur Landtagswahl 1990 gewählt wurde, legte Schirmer sein Amt als Parteichef der brandenburgischen CDU nieder. Wegen der ausbleibenden Erneuerung der Partei, dem Übergewicht der ehemaligen Blockparteimitglieder sowie der Stasi-Vergangenheit einiger CDU-Landtagsabgeordneter verließ Schirmer die CDU im Februar 1991.²²⁷ Ihm folgte Wolfgang Haupt als kommissarischer Vorsitzender des CDU-Landesverbandes.

4.4.2. Christian Seidel

Als „Kopf der Reformer“ der CDU in Brandenburg galt der Anfang Dezember 1989 gewählte neue Potsdamer Bezirksvorsitzende Christian Seidel.²²⁸ Er zog sich jedoch nach der Landesverbandsbildung sukzessiv aus der CDU zurück und ist heute Mitglied der SPD.²²⁹

²²⁴ Schirmer erinnert sich an seinen Besuch in der Parteizentrale: „Dort saßen ja die Alten, die das auch früher waren, die Kaderleiter, und dann noch andere, führende Köpfe, die ich zu dem Zeitpunkt noch nie gesehen hatte, und die stellten uns nun ein. Und die waren so verunsichert, weil, das war noch nie passiert, daß in so einer spontanen Aktion jemand zum Vorsitzenden gemacht wurde; und sie haben auch keine Courage gehabt, es rückgängig zu machen....Und dann saß ich plötzlich in so einem Raum, und alle kuckten auf mich wie auf so ein 'enfant terrible' - wo kommt denn der überhaupt her! Ich hatte keinen Namen in dieser Partei, ich war also völlig unbekannt, und da komme ich in diesen Raum und bin der neue Bezirksvorsitzende, jetzt brauche ich einen Arbeitsvertrag [...]. Das hat natürlich Staub aufgewirbelt, und der Personalchef, der damalige Kaderleiter, war sehr verunsichert.“ Interview Schirmer, in: Schmidt, Umbruch, S. 198-199.

²²⁵ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 198.

²²⁶ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 197, Fußnote 5.

²²⁷ Vgl. Ebenda.

²²⁸ Vgl. Märkische Union, 5.12.1989. Ein Porträt von ihm publizierte dieselbe Zeitung am 7. 12. 1989.

²²⁹ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 198, Fußnote 7. Christian von Ditzfurth schreibt über eine Veranstaltung Anfang November 1989 in Potsdam, auf der Friedrich Kind, CDU-Bezirkschef seit 1952 sprach: „Der CDU-Stadtverordnete Christian Seidel spricht ebenfalls auf der Veranstaltung. Er wird bald Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Potsdam sein, aber aus der CDU austreten weil es CDU Generalsekretär Volker Rühle klargemacht hatte, welche Rolle er den wenigen Erneuerern in der Ost-CDU bei deren Gleichschaltung zugeordnet hat: die von Statisten und Platzhaltern für die Politprofis aus dem Westen.“ Ditzfurth, S. 166.

4.4.3. Karl-Heinz Kretschmer

Das Mitglied des Hauptvorstandes der CDU der DDR, der seit 1986 dem Cottbuser Bezirksverband seiner Partei vorstehende Karl-Heinz Kretschmer blieb bis zur Auflösung des Bezirksverbandes im Jahr 1990 dessen Vorsitzender.²³⁰ Anschließend übernahm er andere hochrangige politische Aufgaben.

Bereits am 16. Februar 1990 hatten sich die drei Räte der Bezirke in einem Koordinierungsausschuss zusammengeschlossen um mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen die Bildung des Landes Brandenburg vorzunehmen. Mit dem Sieg der „Allianz für Deutschland“ bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 war die Perspektive für eine schnelle Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten eröffnet. Bedingung dafür war die Reföderalisierung der DDR. Am 17. Mai 1990 beschloss die Volkskammer das Ende der Legislaturperiode der Bezirkstage. Weil damit auch das Ende der Bezirksräte besiegelt war, fungierten übergangsweise die Volkskammerabgeordneten der Bezirke als mindestens

²³⁰ In einem, nach dem Parteitag der CDU in Dresden im Jahr 1987, im März-Heft der CDU-Mitgliederzeitschrift „Union teilt mit“ (Utm) abgedruckten Interview mit Karl-Heinz Kretschmer führt dieser unter anderem aus: *„Unsere Partei hat in den vergangenen Oktobertagen in Dresden ihr klares Bekenntnis zu Frieden, Demokratie und Sozialismus nachgewiesen. Es wurde sichtbar gemacht, daß die Mitglieder, vom Hauptvorstand bis an die Basis, willens und imstande sind, unsere Gesellschaft bewusst mitzugestalten. [...] Der Hauptpunkt bleibt weiter die politisch-ideologische Arbeit zu der Einsicht, dass die Erhaltung des Friedens unmittelbar verbunden ist mit der weiteren Stärkung des Sozialismus. Diese Einsicht muss sich der persönlichen Haltung, ganz besonders in der täglichen Arbeitsleistung widerspiegeln. [...] Mit unserem Wirken wollen wir unterstreichen, was im ‚Rahmenplan für die Arbeit der CDU im Jahre 1988‘ an der Spitze steht: Im Bündnis aller gesellschaftlichen Kräfte verwirklichen wir engagiert die auf das Wohl des Volkes gerichtete Politik unseres sozialistischen Staates. Parteiarbeit ist Dienst am Nächsten und am Frieden!“* Jedes Mitglied am Programm 1988 beteiligen. Interview mit Karl-Heinz Kretschmer, Vorsitzender des Bezirksverbandes Cottbus, Utm 3/1988, S. 9. Im Juni 1989 teilte die Mitarbeiterzeitschrift mit, dass Kretschmer die Verdienstmedaille der DDR erhalten hätte, Vgl. Utm 6/1989, S. 29. In der Septemberausgabe 1989 der Mitarbeiterzeitschrift „Union teilt mit“ führte Kretschmer in einem weiteren Interview folgendes aus: *„Unser Bezirkssekretariat konnte auch feststellen, daß - getragen vom Bekenntnis zum Sozialismus als gerechteste aller bisherigen Gesellschaftsordnungen - eine hohe Leistungsbereitschaft und ein ausgeprägter Leistungswille zur besseren Ausgestaltung und Nutzung all seiner Möglichkeiten bei unseren Unionsfreunden vorhanden ist. Sie wollen Eigenes und Unverwechselbares aus einer Motivation des christlichen Glaubens für die weitere Entwicklung unserer Republik einbringen. Das bestätigen Bereitschaftserklärungen von 96,8 Prozent der Mitglieder unseres Bezirksverbandes, ihren speziellen Beitrag zur Erfüllung der anspruchsvollen Ortsgruppenprogramme zu leisten. [...] Auch bei der regen Diskussion um internationale Ereignisse wurde von vielen Mitgliedern tiefgründiger erkannt, daß eine politisch und ökonomisch starke DDR einen großen Anteil zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Stärkung des Sozialismus leisten kann. [...] Was die direkte kaderpolitische Vorbereitung der Partiewahlen betrifft, hat unser Bezirksvorstand darauf orientiert bis zum 30. Oktober die Gespräche mit Unionsfreunden abzuschließen, die für die Übernahme von Leitungsverantwortung in den Kreis- bzw. Ortsgruppenvorständen, speziell als Ortsgruppenvorsitzender, befähigt sind. Wir meinen, daß eine, langfristige Vorbereitung gerade in qualitativer Hinsicht die Gewähr bietet, die geeignetsten Kandidaten zu gewinnen. Schon bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen waren wir sehr langfristig an die Vorsondierung von Unionsfreunden für die Übernahme einer Tätigkeit als Volksvertreter herangegangen. Das hat sich ausgezahlt. Es sind jetzt mehr christliche Demokraten als zur Wahl 1984 in unserem Bezirk als Abgeordnete tätig. Gemeinsam mit den Bezirkstagsabgeordneten verfügt jedes sechste Mitglied über ein solches Mandat unserer Partei. Auch je drei Bürgermeister und stellvertretende Bürgermeister bzw. Stadträte mehr tragen dazu bei, unserer Mitverantwortung gerecht zu werden. Wir bereichern den Gabentisch der Republik.“* Interview mit Karl-Heinz Kretschmer, Vorsitzender des Bezirksverbandes Cottbus, Utm 9/1989 S. 7. Auf dem Reformparteitag der CDU der DDR vom 15. bis 16. Dezember 1989 wurde Kretschmer in den Vorstand der CDU gewählt.

einmal monatlich tagendes parlamentarisches Kontrollorgan. Parallel ernannte Ministerpräsident de Maiziere auf Vorschlag der bei der Volkskammerwahl am 18. März im jeweiligen Bezirk erfolgreichsten Partei einen Bezirks-Regierungsbevollmächtigten. Aufgrund des guten Wahlergebnisses der CDU erhielt der ehemalige Bezirksvorsitzende der CDU in Cottbus, Karl-Heinz Kretschmer, das Amt des Regierungsbevollmächtigten im Bezirk Cottbus. Seine beiden brandenburgischen Partner waren Jochen Wolf (SPD, Potsdam) und Britta Schellin (SPD, Frankfurt).²³¹

Die Regierungsbevollmächtigten stützten sich auf die vorhandenen Institutionen. Die Räte der Bezirke hießen nun Bezirksverwaltungsbehörden. Die Mehrzahl der ehemaligen Mitarbeiter behielt aber ihre Anstellung.²³² Leitungspositionen hingegen wurden nach dem Muster der parteipolitischen Zusammensetzung der in Ost-Berlin regierenden Regierungskoalition neu besetzt. Kretschmer berief zehn neue Behördenleiter in seiner Bezirksverwaltungsbehörde. Dies waren:

„Personal- und Verwaltungsaufgaben (Leiter: Knut Rossek, CDU);

Inneres (Leiter: Klaus Häßler, CDU);

Finanzen (Leiter: Horst Zollweger, SPD);

Justiz (Leiter: Barbara Rammel, Bündnis 90);

Bildung, Wissenschaft und Kultur (Leiter: Dr. Bernd Lippmann);

Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (Leiter: Gottfried Schierack, CDU);

Arbeit, Gesundheit und Soziales (Leiter: Jürgen Müller, SPD);

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Leiter: Johannes Kapelle);

Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (Leiter: Dr. Helmut Rautschek, BFB);

*Natur, Umwelt, Raumordnung und Raumplanung (Leiter: N.N., SPD)“.*²³³

Am 8. August 1990 wählten die drei Regierungsbevollmächtigten des zu bildenden Landes Brandenburg Jochen Wolf aus Potsdam als gemeinsamen Sprecher. Kretschmer hielt Kontakt zum Ministerium für regionale und kommunale Angelegenheiten in Ostberlin. Noch im Juli war er bemüht Vertreter des künftigen Landes Brandenburg bei den Beratungen zum Einigungsprozess zwischen DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu werden. Dies verhinderten die beiden anderen Regierungsbevollmächtigten. Statt seiner erhielt der

²³¹ Kotsch, Detlef: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), in: Materna, Ingo/Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 793.

²³² Zur Personalkontinuität in diesen Behörden vergleiche: Stark, Britta (Schellin): Beseelt von der Freiheit, in: Gersdorf/Lorenz, S. 65.

²³³ Vgl. Kotsch, Land, S. 619.

mittlerweile in die SPD eingetretene Manfred Stolpe dieses Amt, womit er eine Schlüsselstellung im Prozess der Länderneubildung einnahm.²³⁴ Kretschmer wurde nach den ersten Landtagswahlen im Herbst 1990 Mitglied der CDU-Landtagsfraktion.

4.4.4. Lothar de Maiziere

Als einziger ostdeutscher Landesverband war der CDU-Landesverband Brandenburg nach der Landtagswahl am 14. Oktober 1990 nicht an der Bildung der Landesregierung beteiligt. Der Landesvorstand trat einen Monat später zurück. Neuer Landesvorsitzender der CDU wurde am 18. November 1990 der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Lothar de Maiziere. Kurz darauf wurde ihm vorgeworfen, er sei für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR tätig gewesen. Bis zur Klärung dieser Vorwürfe legte er am 17. Dezember 1990 seine Ämter als stellvertretender CDU-Chef Deutschlands und Landesvorsitzender der CDU in Brandenburg nieder. Im März 1991, nach der Bescheinigung des Bundesinnenministeriums nicht in unehrenhafter Weise für das Ministerium für Staatssicherheit tätig gewesen zu sein, nahm de Maiziere zumindest die Geschäfte des Landesvorsitzenden in Brandenburg wieder auf.

Anfang September 1991 legte Lothar de Maiziere wegen andauernder Verdächtigungen gegen seine Person, Kritik seiner brandenburgischen Parteigenossen und den Vorhaltungen von CDU-Generalsekretär Rühle gegenüber den ostdeutschen Landesverbänden alle Parteiämter nieder.²³⁵

4.4.5. Ulf Fink

Unmittelbar nach Lothar de Maizieres Rücktritt brachte CDU-Fraktionschef Peter-Michael Diestel den Gedanken auf, einen westdeutschen Parteifreund an die Spitze des brandenburgischen CDU-Landesverbandes zu wählen. Ende Oktober 1991 gab der Chef der CDU-Sozialausschüsse und stellvertretende DGB-Chef Ulf Fink seine Bereitschaft zur Kandidatur unter der Bedingung bekannt, dass seine Vorstellung eines Parteiführungsteams

²³⁴ Vgl. Kotsch, Land, S. 621.

²³⁵ Vgl. dpa-Hintergrund: Die Situation der Parteien in Ostdeutschland, Teil II: Nicht nur CDU-Probleme, 1992, S. 3.

von den Delegierten des für den 23. November 1991 anberaumten Parteitages mitgetragen würde.

Da Bundeskanzler Helmut Kohl keinen Politiker aus dem „Dunstkreis“ des einstigen CDU Generalsekretärs Heiner Geißler an der Spitze des brandenburgischen Landesverbandes wünschte, überredete er Bundesfrauenministerin Angela Merkel, die bereits de Maizieres Amt in der Bundes-CDU übernommen hatte, ihm auch im Amt des brandenburgischen CDU-Landeschefs zu folgen. Zwei Wochen vor dem Parteitag erklärte Angela Merkel ihre Kandidatur. Daraufhin zog ihr ehemaliger Parteifreund vom „Demokratischen Aufbruch“, der brandenburgische CDU-Bundestagsabgeordnete Rainer Eppelmann, seine Kandidatur zu ihren Gunsten zurück, während der amtierende Parteivorsitzende Peter Wagner Angela Merkel darüber informierte, dass ihre Aussichten auf einen Wahlsieg „*nicht gut*“ seien.²³⁶

Ulf Fink wurde am 23. November 1991 mit 121 von 195 abgegebenen Stimmen zum CDU-Vorsitzenden Brandenburgs gewählt. Angela Merkel erhielt 67 Stimmen und Werner Ablaß sieben. Merkel wie auch Ablaß waren ehemalige DA-Mitglieder. Damit hatte sich ein westdeutsches Parteimitglied, welches im Gegensatz zur Ostdeutschen Angela Merkel nicht von der Bonner Parteizentrale „abkommandiert“ war, in einem ostdeutschen Landesverband der CDU durchgesetzt.²³⁷

Als Parteichef verfocht Ulf Fink eine klare Oppositionsstrategie, der sich vor allem die CDU-Fraktion im Landtag unter ihrem Fraktionsvorsitzenden Peter-Michael Diestel entgegenstellte. Dieser und viele andere Konflikte führten dazu, dass Fink am 17. September 1993 das Amt des Parteivorsitzenden niederlegte.

4.4.6. Carola Hartfelder

Auf Ulf Fink folgte die bis dahin relativ unbekannte Lehrerin für Sport und Geschichte, die Vorsitzende der CDU-Fraktion im Kreistag Luckau Carola Hartfelder. Sie wurde am 2. Oktober 1993 gegen Beate Blechinger, Dieter Dombrowski und Oswald Wutzke von den Delegierten des Landesparteitages in Jeserig zur vierten Landesvorsitzenden nach 1990 gewählt.

²³⁶ Vgl. dpa-Hintergrund: Die Situation der Parteien in Ostdeutschland, Teil II: Nicht nur CDU-Probleme, 1992, S. 4.

²³⁷ Vgl. dpa-Hintergrund: Die Situation der Parteien in Ostdeutschland, Teil II: Nicht nur CDU-Probleme, 1992, S. 5.

Zusammenfassung

Bilanzierend ist festzustellen, dass in der Zeit der Friedlichen Revolution nur in den Bezirken Frankfurt/Oder und Potsdam die jeweiligen Bezirksvorsitzenden der CDU ausgetauscht bzw. abgewählt wurden. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Cottbus, Karl-Heinz Kretschmer hingegen behielt sein Amt und machte nach der Friedlichen Revolution mithilfe seiner Partei im Landtag eine politische Karriere. Der erste, ohne Vorgaben der SED bestimmte Vorsitzende des CDU-Bezirksverbandes Potsdam, Christian Seidel führte diesen Bezirksverband nur bis zu seiner Auflösung im Jahr 1990 und verließ später die Partei. Der erste ohne SED-Direktive bestimmte CDU-Vorsitzende des Bezirks Frankfurt/Oder, Herbert Schirmer, wurde erster Vorsitzender des im März 1990 neu gegründeten Landesverbandes der CDU in Brandenburg. Beide sind trotz langjähriger Mitgliedschaft in der Ost-CDU als innerparteiliche Reformer anzusehen, verließen später die CDU und traten der SPD bei.

Die beiden ersten Parteivorsitzenden des Landesverbandes Brandenburg, Herbert Schirmer und Lothar de Maiziere, wurden bereits in der DDR Mitglieder der CDU, hatten aber bis zur Friedlichen Revolution keine hauptamtlichen Funktionen in der Partei. Während Herbert Schirmer nach 1989 durchgehend als innerparteilicher Reformer wahrgenommen wurde, ist dies für Lothar de Maiziere nur bedingt festzustellen. Besonders ein heftiger Konflikt mit CDU-Generalsekretär Volker Rühle wie auch seine ungeklärte Stasibelastung unterscheiden ihn in zwei wesentlichen Punkten vom Reformertager.

Die beiden folgenden Vorsitzenden der brandenburgischen CDU, Ulf Fink und Carola Hartfelder, weisen beim erstgenannten eine westdeutsche Sozialisation und bei seiner ostdeutschen Nachfolgerin keine DDR-Blockparteiervergangenheit auf. Bemerkenswert ist, dass auch die drei Gegenkandidaten Hartfelders bei der Wahl zur Landesvorsitzenden keine Blockparteiervergangenheit hatten oder aus der Bundesrepublik kamen.

Spätestens mit der Wahl Ulf Finks setzte an der Parteispitze ein klar erkennbarer Elitenwandel ein. Als sich im Oktober 1993 ausschließlich Kandidaten ohne Blockparteiervergangenheit um seine Nachfolge bewarben, wurde diesem Elitenwandel Nachhaltigkeit verliehen.

4.5. Die Landesgeschäftsführer und Generalsekretäre

4.5.1. Dieter Willholz

Das langjährige Mitglied des Bezirksverbandes Potsdam der CDU,²³⁸ Dieter Willholz aus Jeserig, wurde auf dem dritten Parteitag der CDU Brandenburgs am 17. November 1990 zum Landesgeschäftsführer gewählt. Seine nur wenige Monate währende Amtszeit ist kaum dokumentiert.

²³⁸ Dieter Willholz schrieb in der Mitarbeiterzeitschrift der CDU „Union teilt mit“ im Januar 1973: *„In einem Pausengespräch während des 13. Parteitages riet Gerald Götting einer Reihe von Delegierten aus dem Bezirksverband Potsdam: ‚Wuchern wir also mit den vielen guten Gedanken in unserer politischen Arbeit.‘ Ich fand das treffend, weil es ja wirklich darauf ankommt, eine umfassende und breite Auswertung der Erfurter Beratungen in allen Ortsgruppen durchzuführen. Es ist verständlich, daß wir dabei auch die Vorbereitungen auf den 50. Jahrestag der Bildung der UdSSR beachteten. Uns, d. h. dem Kreisvorstand Brandenburg, kam im Zusammenhang mit der Aufgabe, weitere Mitglieder für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu gewinnen, die Idee, die agitatorischen und kommunikativen Möglichkeiten der Freundschaftsgesellschaft für unsere politisch-ideologische Arbeit besser als bisher zu nutzen. Deshalb unterzeichneten wir mit dem Kreissekretariat der GDSF einen Freundschaftsvertrag. Bis zum 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR konnten wir die Vereinbarung, mit Hilfe von Unionsfreunden in neugegründeten volkseigenen Betrieben Grundeinheiten der Freundschaftsgesellschaft zu bilden, erfüllen. Auch die Bereitstellung von Bild- und Filmmaterial für die Gestaltung von Mitgliederversammlungen durch das GDSF-Kreissekretariat funktioniert gut. Wir wollen diese Möglichkeit noch stärker als bisher nutzen. Ein solcher Vertrag trägt, wenn er mit Leben erfüllt wird, zur Wahrnehmung unserer gesellschaftlichen Verantwortung bei. Deshalb sollten auch andere Kreisverbände diesem Beispiel folgen und ähnliche Vereinbarungen abschließen.“* Utm, Januar 1973, S. 2. Aus Anlass der 28. Wiederkehr des Gründungstages der CDU wurde Dieter Willholz im Sommer 1973 das Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Bronze verliehen. Vgl. Utm, August 1973, S. 7. Im November desselben Jahres begann ein von Willholz in derselben Zeitschrift als Abgeordneter des Kreistages Brandenburg und unter der Überschrift „Gesetz zum Leitungsinstrument gestalten“ verfasster Beitrag mit folgenden Sätzen: *„Die Mündigkeit des Menschen, die Freiheit seiner Persönlichkeit, die Anerkennung seiner Würde, seiner Rechte, sowie die Förderung seiner Fähigkeiten und seiner eigenen Meinung sind Wesensmerkmale sozialistischer Demokratie. Auf dem VIII. Parteitag der SED wurde das objektive Wachsen der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei sowie das Wachstum der Rolle des Staates begründet. Von dieser Feststellung ausgehend ging und geht es darum, die Verantwortung, aber auch die Qualität der staatlichen Leitungstätigkeit ständig zu erhöhen. Mit dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der DDR sind vielfältige Möglichkeiten gegeben, um diesen Forderungen gerecht zu werden. Nachdem es im Juli dieses Jahres Gesetzeskraft durch die Volkskammer erhalten hat, gilt es überall danach zu arbeiten. Wenn ich aus meiner Sicht als Abgeordneter des Kreistages Brandenburg und als Vorsitzender der Ständigen Kommission ‚Sozialistische Rechtspflege‘ erste Erfahrungen schildern will, so sind das folgende: Die Mehrzahl aller staatlichen Leitungen in unserem Kreis bemüht sich ernsthaft, dieses Gesetz zum Leitungsinstrument zu machen und durch eine breite Einbeziehung einer Vielzahl von Bürgern sozialistische Demokratie zu praktizieren.“* Utm, 11/1973, S. 14. Im Juliheft 1980 von Utm wird Dieter Willholz unter anderem mit folgenden Worten porträtiert. Er sei engagiert als *„Vorsitzender der Ständigen Kommission Straßenwesen, Energie und Nachrichtenwesen des Kreistages, als stellvertretender Vorsitzender des Ortsausschusses Jeserig, als BGL-Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes und als Leiter eines Jagdgebietes. Unsere Gesellschaft würdigte dieses engagierte Tun mit Auszeichnungen wie dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze, dem Otto-Nuschke-Ehrenzeichen, der Ehrennadel der Nationalen Front in Gold sowie den Ehrennadeln der DSF und der Jagdgesellschaft.“* Utm 7/1980, S. 28. Später wurde Willholz aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der CDU im Sommer 1985 mit dem Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Silber (Vgl. Utm, Juli 1985, S. 13) und anlässlich des Nationalfeiertages der DDR im Jahre 1987 für Verdienste um die weitere Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und die Stärkung unserer Republik mit dem Ehrentitel „Verdienter Aktivist“ ausgezeichnet.“ (Vgl. Utm, 12/1987, S. 47)

4.5.2. Kersten Radzimanowski

Kersten Radzimanowski wurde im März 1991 auf Vorschlag Lothar de Maizieres Landesgeschäftsführer der CDU Brandenburgs. Zuvor war er im Apparat der Ost-CDU aktiv, zuletzt als Abteilungsleiter für internationale Beziehungen beim Sekretariat des CDU-Hauptvorstandes.²³⁹ Das Ministerium für Staatssicherheit registrierte, dass Radzimanowski als einer der wenigen hauptamtlichen Mitarbeiter der Parteizentrale im September 1989 den, ähnlich dem über ein Jahr älteren „Brief aus Neuenhagen“, eine Demokratisierung der CDU einfordernden „Brief aus Weimar“²⁴⁰ unterstützte.²⁴¹ Im November 1989 war er als Mitarbeiter des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Wolfgang Heyl aktiv am Sturz Gerald Göttings und der anschließenden Verantwortungsübernahme Lothar de Maizieres beteiligt. Bereits Anfang

²³⁹ In den ausgewerteten Schriften der Ost-CDU taucht Kersten Radzimanowski erstmals in der Mai-Ausgabe 1977 der Mitarbeiterzeitschrift „Union teilt mit“ in folgendem Zusammenhang auf: „MIT DEM HUMBOLDT-PREIS, der höchsten Ehrung der Humboldt-Universität zu Berlin für hervorragende Leistungen, wurde u. a. unser Mitarbeiter Unionsfreund Kersten Radzimanowski für seine an der Sektion Geschichte erstellte Diplomarbeit ‚Die Stellung der Christen für den Sozialismus (CfS) im Befreiungskampf der lateinamerikanischen Völker und ihre Wirkung auf Christen in entwickelten kapitalistischen Ländern unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse des 1. Kongresses der CfS 1972 in Santiago de Chile‘ ausgezeichnet.“ Utm, Mai 1977, S. 28. Im April-Heft derselben Zeitschrift des Jahres 1981 war über ihn folgendes zu lesen: „Als sichtbare Bestätigung erfolgreichen Einsatzes für das gesellschaftliche Ganze überreichte der Vorsitzende des Kreisverbandes Berlin-Pankow, Karl-Heinz Puff [...], der Ortsgruppe Nordend während der Jahreshauptversammlung den Ehrenwimpel des Hauptvorstandes. Er ist den Unionsfreunden, wie der Ortsgruppenvorsitzende Kersten Radzimanowski bei der Übergabe des Programms an den Vorsitzenden des WBA, Schmidt, bekundete, Ansporn zu neuen Verpflichtungen. Und so enthält dieses Dokument den eigenständigen Beitrag, den die christlichen Demokraten dieses Wohngebietes in die große Volksbewegung zum X. Parteitag der SED einbringen. Sie wollen Reserven im Territorium erschließen und mit ihrem Tun gleichzeitig verstärkt auf parteilose Christen ausstrahlen. ‚Zu unserer Erkenntnis‘, so betonte der Ortsgruppenvorsitzende, ‚daß der Sozialismus Bedingungen schafft, unter denen der Mensch des Menschen Bruder sein kann, kommt unser Wissen, daß Sozialismus und Frieden einander bedingen. Für den Frieden einzustehen ist unser oberstes Gebot.“ Haase, Wolfgang: Ehrenwimpel ist Ansporn“, in: Utm, 4/1981, S. 2. Für seine „Verdienste um die weitere Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und die allseitige Stärkung unserer Republik“ wurde Kersten Radzimanowski am 1. Mai 1985 mit dem Orden „Banner der Arbeit – Stufe III“ ausgezeichnet. Vgl. Utm, Juni 1985, S. 29. Als stellvertretender Leiter und späterer Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU nahm Radzimanowski an mehreren Delegationskreisen der CDU ins östliche und westliche Ausland teil. Anlässlich des 44. Jahrestages der Gründung der CDU wurde Radzimanowski im Sommer 1989 mit dem Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Bronze ausgezeichnet. Vgl. Utm, Juli 1989, S. 9. In der letzten Ausgabe der Mitarbeiterzeitschrift „Union teilt mit“ vom März 1990 schrieb Radzimanowski, nun Abteilungsleiter in der Geschäftsstelle des Parteivorstandes, unter der Überschrift „Auf dem Weg zum deutschen Nationalstaat“ seine Gedanken über einen Jahre dauernden Prozess des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten nieder. Er empfahl der Bundesrepublik bezüglich der NATO unter anderem „über den Fortbestand der Mitgliedschaft im Bündnis neu nachzudenken.“ Utm, März 1990, S. 8. Ausführlich zu Radzimanowskis eher oppositionellen Selbstverständnis vergleiche: Schmidt, Umbruch, S. 210, Fußnote 44.

²⁴⁰ Vgl. dazu: Agethen, Manfred: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“. In: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich Demokratische Politik. 1. Jg. Köln/Weimar/Wien 1994 S. 89-114. / vgl. auch: de Maiziere, S. 50.

²⁴¹ Vgl. Besier, Gerhard: Die Ost-CDU, ihre Religionspolitik und das MfS, in: HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN. Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, 3. Jahrgang 1996, Köln, S. 133.

November hatten Lothar de Maiziere und Radzimanowski als Begleiter des Ostberliner CDU-Vorsitzenden Siegfried Berghaus am ersten Gespräch zwischen einem Ost- und West-Berliner CDU-Vorsitzenden seit den 50er Jahren teilgenommen. Die Westberliner Seite bestand aus Eberhard Diepgen, seinem Pressesprecher Thomas de Maiziere und Elmar Pieroth.²⁴² Nach der Friedlichen Revolution war Radzimanowski der letzte Staatssekretär im Außenministerium der von Lothar de Maiziere geführten Regierung.

Radzimanowskis Einstellung als Landesgeschäftsführer war auch wegen seiner hauptamtlichen Tätigkeit für die Ost-CDU innerhalb des brandenburgischen Landesverbandes umstritten. Als sich Stimmen häuften, er würde die Partei in altstalinistischer Manier führen und Erneuerungen ausbremsen, verfasste die Landtagsfraktion im August 1991 ein Misstrauensvotum gegen den Landesgeschäftsführer. Wenig später war er nicht mehr im Amt. Ute Schmidt sieht weitere Gründe für Radzimanowskis Machtverlust im Kampf des CDU Generalsekretärs Volker Rühle gegen „Altlasten“ in ostdeutschen Landesverbänden und Fraktionschef Diestels Kampf um sein politisches Überleben.²⁴³

4.5.3. Thomas Klein

Nachdem Lothar de Maiziere und Kersten Radzimanowski ihre Ämter verloren beziehungsweise niedergelegt hatten, übernahm der Arzt Peter Wagner bis zu den nächsten Vorstandswahlen das Amt des Parteivorsitzenden. Hierbei wurde er von zwei westdeutschen Parteifreunden unterstützt. Einer von ihnen war der Interims-Landesgeschäftsführer und spätere Generalsekretär der brandenburgischen CDU Thomas Klein. Der im Jahr 1959 geborene Klein hatte Geschichte studiert, war seit 1988 CDU-Mitglied und in Westberlin zuvor Geschäftsführer der CDU-Wirtschaftsvereinigung Berlin-Brandenburg. Auf dem Kyritzer Parteitag der CDU im November 1991 wurde er zum ersten Generalsekretär der brandenburgischen CDU gewählt.

Ein Generalsekretär verfügt über mehr politische Kompetenzen als ein Landesgeschäftsführer. Die Einführung dieses Amtes hatte Markus Vette vorgeschlagen, der selbst auf diesen Posten spekuliert hatte.²⁴⁴ Klein machte sich erfolgreich daran ein an Marketing- und Unternehmungsberatungsmethoden orientiertes Aufbaukonzept für den Landesverband zu

²⁴² Vgl. Jäger/Walter, S. 26. Vgl. auch: de Maiziere, S. 75.

²⁴³ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 211.

²⁴⁴ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 225, Fußnote 80.

entwickeln. Nach dem Ausscheiden des Parteivorsitzenden Ulf Fink im Herbst 1993, der ihn zum Generalsekretär gemacht hatte, blieb Thomas Klein CDU-Generalsekretär.²⁴⁵

Von den bis 1994 amtierenden Geschäftsführern oder Generalsekretären der CDU-Brandenburgs kamen zwei aus der DDR und einer aus der Bundesrepublik. Die beiden ersten Amtsinhaber, Dieter Willholz und Kersten Radzimanowski hatten langjährige CDU-Mitgliedschaften in der DDR hinter sich. Radzimanowski verlor sein Amt außerdem wegen bekannt gewordener Stasibelastungen. Sein westdeutscher Nachfolger Thomas Klein hingegen strukturierte mit seinen Managementenerfahrungen den Landesverband erfolgreich um.

Auch für die Funktion der Generalsekretäre beziehungsweise Landesgeschäftsführer ist demnach festzustellen, dass mit dem Jahr 1991 ein westdeutsch sozialisierter Parteifreund das Amt übernahm und nicht zuletzt durch sein vergleichsweise langes Verweilen auf diesem Posten damit einen nachhaltigen Elitewandel auch in diesem parteipolitischen Funktionsbereich markiert.

4.6. Der Landesvorstand

Durch die Entsendung von 15 DBD- und 5 DA-Vertretern (infolge der am 25. August 1990 vollzogenen Fusion der DBD mit der CDU Brandenburgs) in den Vorstand der brandenburgischen CDU war dieser auf 70 Mitglieder angewachsen. Auf dem dritten Parteitag am 17. November 1990 in Potsdam wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Ihm stand Lothar de Maiziere vor, während als sein erster Stellvertreter Peter Wagner²⁴⁶ fungierte. Mit Rainer Eppelmann, Alfred Limberg und Burkhard Schöps kamen drei weitere Stellvertreter aus dem „Reformerlager“ des DA. Landesschatzmeister wurde Dieter Dombrowski und Landesgeschäftsführer Dieter Willholz. Weitere 30 Beisitzer wurden unter Verzicht auf eingehende Vorstellungen der Kandidaten gewählt.²⁴⁷ Man verzichtete außerdem

²⁴⁵ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 225.

²⁴⁶ Zu Wagner siehe auch „Märkische Union“ 26.10.1989 und 1.12.1989.

²⁴⁷ Ute Schmidt schreibt: „Die Berufsangaben sind unvollständig und viel zu ungenau, um eine Aufgliederung nach sozialstrukturellen Merkmalen vornehmen zu können. Unter den 30 gewählten Beisitzern finden sich immerhin fünf MdL, ein (späterer) MdB, Personal aus CDU-Geschäftsstellen- bzw. dem Parteiapparat und den Vereinigungen, mehrere Angestellte (in staatlichen Behörden, Verwaltungen und Wirtschaft), Kommunalpolitiker, eine Lehrerin, ein Hochschullehrer ein LPG-Vorsitzender sowie ein adliger Wiedereinrichter aus dem Westen. Altersmäßig dominiert die Gruppe der in den 40er Jahren Geborenen, also der nunmehr etwa 40-50jährigen; geringer (etwa halb so groß) ist der Anteil der jüngeren, aber auch der in den dreißiger und endzwanziger Jahren Geborenen.“ Schmidt, Umbruch, S. 204, Fußnote 24.

darauf, dass wie in Sachsen den Delegierten Daten über die politische Herkunft und Sozialisation der Kandidaten vorlagen. Der alte Vorstand stellte mit 71 Delegierten zudem ein knappes Drittel der 228 Parteitagsdelegierten. Etwa 20 Delegierte hatten ihre politische Heimat vormals im „Demokratischen Aufbruch“.²⁴⁸

Als Lothar de Maiziere am 7. September 1991 zurücktrat, wünschten er und Teile der Basis, dass mit ihm der erste Stellvertreter und der gesamte Vorstand zurücktreten sollten. Auf dem nächsten Parteitag müssten damit sämtliche Gremien neu gewählt werden, was einen Neuanfang ermöglichen könnte. Auch Rainer Eppelmann und Peter-Michael Diestel verweigerten de Maiziere hierbei allerdings die Unterstützung. Entweder aus Angst vor Führungslosigkeit oder Verlust des eigenen Postens.²⁴⁹

Durch eine Satzungsänderung wurde im Vorfeld des vierten Parteitags am 23. November 1991 in Kyritz die Zahl der Vorstandsmitglieder begrenzt. Der neue Vorstand bestand weiterhin aus Mitgliedern der ehemaligen Blockparteien der DDR und neu hinzugekommenen Parteimitgliedern, auch solchen mit westdeutscher Sozialisation. Der ehemalige DA-Vorsitzende Rainer Eppelmann hingegen, im Jahr zuvor vom Parteitag zum Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt, fiel bei der Wahl zum Landesvorstand durch. Viele Delegierte waren darüber verbittert, dass er vor dem Parteitag über die Medien Funktionäre der ehemaligen CDU der DDR aufgefordert hatte sich einige Jahre Pause zu gönnen und in dieser Zeit nicht Spitzenämter in der Partei anzustreben.²⁵⁰

Mitglieder mit Blockparteiervgangenheit im neuen Landesvorstand der CDU waren unter anderem die Europa-Abgeordnete Anne-Karin Glase, Michael Wonneberger, Peter Wagner, Else Ackermann, Manfred Koslowski, Klaus Häßler und Ulrich Junghanns. Zumindest Else Ackermann ist hierbei deutlich dem Reformertlager zuzurechnen. Mitglieder mit westdeutscher Sozialisation waren der Landesvorsitzende Ulf Fink, sein Generalsekretär Thomas Klein, der Schatzmeister Klaus Krone, Etta Schiller, Alard von Arnim, Wolfgang Hackel sowie (wenn auch ursprünglich in der DDR geboren und aufgewachsen) Dieter Dombrowski. Ostdeutsche Mitglieder ohne Blockparteiervgangenheit waren unter anderem Peter-Michael Diestel, Beate Blechinger, Carola Hartfelder, Martin Habermann und Michael Stübgen.

Von den 27 Vorstandsmitgliedern des Jahres 1991 kamen damit mindestens sieben aus einer ehemaligen Blockpartei, mindestens sieben aus der früheren Bundesrepublik und weitere

²⁴⁸ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 203 f.

²⁴⁹ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 209, Fußnote 40.

²⁵⁰ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 214.

sieben waren Ostdeutsche ohne Blockpartei Vergangenheit. Die Herkunft der übrigen sechs Vorstandsmitglieder konnte nur ungenau bestimmt werden. Im Vergleich zum zuvor amtierenden Parteivorstand, vor allem aber zur Landtagsfraktion weist diese Mischung von Parteimitgliedern verschiedenster regionaler und politischer Herkunft auf einen breit einsetzenden Elitenwandel hin.

4.7. Die erste Landtagsfraktion

Auf dem zweiten Landesparteitag der brandenburgischen CDU am 25. August 1990 in Werder wurde die Landesliste für die anstehenden Landtagswahlen gewählt. Die vom Parteivorstand mit den Gremien abgestimmte und den Delegierten vorgestellte Vorschlagsliste wurde dabei unterhalb der nicht mit einer Blockpartei Vergangenheit belasteten Spitzenkandidaten Peter-Michael Diestel auf Platz eins und seiner Vertrauten Beate Blechinger auf Platz zwei nicht bis kaum berücksichtigt. Der als Reformler geltende bisherige Landesvorsitzende Herbert Schirmer bekam beispielsweise nicht den vorgeschlagenen dritten Listenplatz. Stattdessen rückten ausschließlich Mitglieder und Funktionäre der ehemaligen Blockparteien von hinteren Plätzen der Vorschlagsliste auf vordere Plätze der Landesliste. Unter den ersten 40 Namen der Vorschlagsliste waren allein 17 ehemalige DBD-Mitglieder, die erst Stunden zuvor der CDU beigetreten waren und, so Ute Schmidt, von den ehemaligen DBD-Mitgliedern unter den Wahlberechtigten *„in Werder mit ihrem Delegierten-Stimmenblock auch durchgewählt“*²⁵¹ wurden. Die ehemaligen Mitglieder des *„Demokratischen Aufbruch“* hingegen waren auf der gewählten Landesliste nicht auf aussichtsreichen Plätzen vertreten.

In der am 14. Oktober gewählten 27-köpfigen CDU-Landtagsfraktion waren damit neben Peter-Michael Diestel, Beate Blechinger und Martin Habermann (der auf dem aussichtslosen Platz 48 der Landesliste kandidierte aber ein Direktmandat gewann) ausschließlich Abgeordnete mit einer langjährigen Blockpartei Vergangenheit (vor allem CDU und DBD. Gerhard Reinfeld war zuvor Mitglied in der NDPD) vertreten. Der spätere CDU-Landeschef Peter Wagner bezeichnete diese Fragmentierung mit einhergehender Politikunfähigkeit als ein Ergebnis der Wende, mit dem man leben müsse.²⁵²

²⁵¹ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 202.

²⁵² Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 201.

Zeitabstand zwischen erstmaligem Parteibeitritt und Landtagsmandat

Fraktion	Zeitabstand in Jahren				N
	Mittelwert	Standardabweichung	Min.	Max.	
CDU	14,1	11,5	-0,3	45,2	187
DSU	11,7	14,8	-1,6	30,0	4
FDP	17,8	13,4	0,4	44,2	26
LL/PDS	17,6	10,5	0,1	34,3	36
SPD	2,2	5,7	0,2	41,3	106
B90/Grüne	5,9	8,4	0,6	28,3	18
Gesamt	11,2	11,9	-1,6	45,2	377*

*Für 120 der 497 ostdeutschen MdL liegen keine verwertbaren Zeitangaben vor.

Quelle: Putz, S. 84. Daten aus: Hans-Ulrich Derlien / Stefan Lock, Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 25 (1994), S. 72.

Exkurs: Ehemalige DBD-Mitglieder in der CDU-Landtagsfraktion

Die überproportional hohe Präsenz ehemaliger Mitglieder der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands in der CDU-Fraktion des brandenburgischen Landtags wurde weiter oben mit der Geschlossenheit der Delegierten mit DBD-Vergangenheit bei der Aufstellung der Landesliste der CDU für die Landtagswahl 1990 begründet. Abgeordnete mit ehemaliger DBD-Mitgliedschaft waren Peter Busch, Dieter Helm, Detlef Kirchhoff, Jürgen Lüth, Jürgen Meißner, Heinz-Dieter Nieschke, Martina Schlanke und Karl Schmutzler.

Viele von ihnen waren nicht nur einfache Mitglieder der DBD. Jürgen Meißner beispielsweise war langjähriger Volkskammerabgeordneter seiner Partei, Jürgen Lüth Mitglied des Bezirksvorstandes der DBD und DBD-Sekretär in Lübben, Heinz-Dieter Nieschke DBD-Kreisvorsitzender in Lübben sowie Abgeordneter der DBD im Bezirkstag von Cottbus. In seiner Studie für die Aufarbeitungs-Enquete-Kommission des Bundestages „Seilschaften vor und nach der Wende – Fallstudien aus den ländlichen Regionen Brandenburgs“ zitiert der Autor Christian Booß zu Jürgen Lüth unter anderem aus DBD-Akten folgendes: *„Im Referat des Kollegen L ... wurde deutlich, daß die Anforderungen an Qualität und Effektivität unserer Parteiarbeit weiter steigen. Es wirkt die gegenwärtige Zuspitzung der internationalen*

Klassenauseinandersetzung zwischen den aggressivsten Kräften des Imperialismus und dem sozialistischen Lager. ... Kollege L. hat nachgewiesen, daß es nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, dieses Konfrontationskonzept des Imperialismus zu durchkreuzen. (Kreisvorstandssitzung 1983 [...])“ Vier Jahre später notierte Lüth: „Spürbar hat sich das Vertrauen unserer Parteimitglieder in die Politik der führenden Kraft unserer sozialistischen Gesellschaft, der SED, vertieft. In den meisten Ortsgruppen haben sich die anwesenden Parteisekretäre der GO (Grundorganisationen – Anm. d.A.) der SED sehr lobend über die gute Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden der Ortsgruppen (der DBD – Anm. d.A.) ausgesprochen. (Arbeitspapier L. vom 7.1.1987 [...])“²⁵³

Booß fasst die letzten Jahre der DBD im Kreis Lübben mit den Worten zusammen: *„Gelegentlich wird behauptet mit dem Rostocker Parteitag 1987 hätte die DBD, ihre ‚Perestroika‘ eingeleitet und sich in Folge zunehmend von der SED abgesetzt. In Lübben ist das jedenfalls an Hand vorhandener Akten kaum nachweisbar. Bei der Kreisaktivtagung in Lübben waren noch SED-Sekretäre zugegen, was nicht mehr überall üblich schien. Die Wahlen wurden in enger Abstimmung mit der SED vorbereitet. Wie traditionell bei Wahlen, war es auch bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 die Pflicht des 1. Sekretärs der DBD das Parteivolk zu ermahnen, ‚Falten‘ zu gehen. Es war in der DBD im Bezirk Cottbus auch 1989 noch üblich, Nichtwähler unter den Mitgliedern mit Parteiverfahren zu überziehen. Der Bezirksparteivorstand erwähnte anerkennend, daß in Lübben das Ziel einer 100%igen Wahlbeteiligung durch solche Vorfeldgespräche erreicht worden sei. (1.6.1989, [...]) Im November 1989 beschloß die Bezirksleitung Cottbus der DBD in Anwesenheit des Lübbener Sekretärs sowohl auf Bezirks-, als auch auf Kreisebene weiterhin in der Nationalen Front und im demokratischen Block mitzuarbeiten.“²⁵⁴*

Aus den DBD-Akten heraus zitiert Booß den späteren CDU Landtagsabgeordneten Heinz-Dieter Nieschke mit den Worten:²⁵⁵ *„Weggegangen sind unsere Klassenfeinde,*

²⁵³ Booß, Christian: Seilschaften vor und nach der Wende – Fallstudien aus den ländlichen Regionen Brandenburgs, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages); acht Bände in 14 Teilbänden/ Bd. III,3 Baden-Baden 1999, S. 2373.

²⁵⁴ Booß, S. 2374.

²⁵⁵ In einem Referat des Leiters des Schulungsaktivs des Kreisvorstandes Lübben der DBD heißt es im Jahr 1985 über Nieschke: *„Wie unsere Erfahrungen besagen, bleibt ein solches positives Ergebnis unserer Einflussnahme nicht ohne günstige Ausstrahlung auch auf ihr Wirken und die Arbeit im Betrieb und gesellschaftlichen Leben im Territorium. Unsere Seminarleiter, die in ihrer Mehrzahl in leitenden Funktionen tätig bzw. Leiter von Kollektiven sind, bestätigen sich somit in ihren Funktionen zugleich als politischer Leiter, was wiederum auf eine erfolgreiche Tätigkeit als Seminarleiter zurückwirkt. Solche anerkannten Leiter sind [...] Heinz-Dieter Nieschke, Vorsitzender der LPG (P) Radensdorf. So ist es auch kein Zufall, daß, in ihren Ortsgruppen ein reges*

*die alle Vorzüge des Sozialismus für ihre persönliche und berufliche Entwicklung genutzt haben. So wie ich denke, denken viele Mitglieder unserer Genossenschaft. Es wurde doch mit allen darüber gesprochen, was sie wirklich in der BRD erwartet.“*²⁵⁶ (Bericht des DBD-BV Cottbus vom 11.3.1985) Zum Bauernkongress im Jahr 1987 liest man über Nieschke bei Booß: *„In ersten Meinungsäußerungen zu den Ereignissen des XIII. Bauernkongresses der DDR bringen unsere Mitglieder Heinz N. und ... zum Ausdruck, dass sie von der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED [...] Genossen Erich Honecker tief beeindruckt sind.“* (25.5.87 Information des BV an den PV)²⁵⁷

So eindeutig derartige Einlassungen auch klingen, in der Selbstwahrnehmung der mit übergroßer Mehrheit den Blockparteien entstammenden Landtagsabgeordneten verlief die Abgrenzung zwischen „Reformer“ oder „ehemaliges Blockparteimitglied“ nicht nur entlang ehemaliger Parteizugehörigkeiten. Dies zeigen die Erinnerungen der beiden CDU-Fraktionsmitglieder Martin Habermann und Frank Dietrich. Habermann, der in der DDR keiner Partei angehörte, schreibt: *„Ich war dennoch kein Gegner des Regimes und wäre auch nicht auf die Straße gegangen, weil ich meine Familie nicht gefährden wollte. Ich hatte für mich eine Grenze gezogen, die ich auch nicht überschritten habe. Diese Grenze betraf drei Punkte: Parteieintritt, Beitritt zur bewaffneten Betriebskampfgruppe und Wehrdienst über den NVA-Grundwehrdienst von 18 Monaten hinaus. Meine Mitgliedschaften in Organisationen beschränkten sich auf FDJ, FDGB und Deutsch-Sowjetische Freundschaft. [...] Schon bald nach der Wende gab es auch in Lübbenau einen Runden Tisch. Nach 14 Tagen kam mein Gemeindepfarrer, der den Runden Tisch moderierte, zu mir und berichtete, von der Block-CDU säßen ganz junge Leute ohne Lebenserfahrung und mit wenig Urteilsvermögen in den Verhandlungen. Er bat mich mitzumachen, was ich auch tat. Im Februar 1990 bin ich schließlich in die CDU eingetreten. [...] Er ließ sich sicher von dem Gedanken leiten, dass ich auf Grund meines inzwischen erworbenen Bekanntheitsgrads, der Nicht-Zugehörigkeit zur ‚Block-CDU‘ und der Verwurzelung in Energiewirtschaft und Spreewaldregion ein guter Direktkandidat sein könnte. Von der Landes-CDU bekam ich zwar nur den Platz 48 auf der Liste der Kandidaten für den brandenburgischen Landtag, aber ich gewann das Direktmandat in meinem Wahlkreis und zog so in den Landtag ein. [...]. Dass die*

innerparteiliches Leben zu verzeichnen ist.“ Chucholowski, Richard: Niveauevolle Kreiseminare befähigen, lebendige und interessante Zirkelabende zu gestalten, Der Pflüger. Funktionärorgan der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, 1/1985, S. 39.

²⁵⁶ Booß, S. 2371.

²⁵⁷ Booß, S. 2372.

alten Mitglieder der Block-CDU über uns standen und wir Neumitglieder die Nobodys waren, störte mich nicht. Ich merkte schon bald, dass sie auch nur mit Wasser kochten.“²⁵⁸

Der hingegen seit 1984 der CDU angehörende Frank Dietrich urteilt über Fraktionskollegen, die wie er bereits in der DDR der CDU beitraten, dort aber im Gegensatz zu ihm Karrieren machten: *„Ich habe mich sehr darüber geärgert, dass alte SED-Genossen wie auch Mitglieder der Ost-CDU, die durch ihre Mitgliedschaft Karriere gemacht hatten, in den Landtag gewählt worden sind. Geärgert hat mich auch, dass andere ihre Arbeit behalten haben, die sie nur wegen ihrer Parteimitgliedschaft erhalten hatten.*“²⁵⁹

Trotz dieser scheinbaren Nivellierung der Fraktion durch die Blockparteizugehörigkeit des übergroßen Anteils ihrer Mitglieder wich der durchschnittliche CDU-Abgeordnete im brandenburgischen Landtag in der ersten Legislaturperiode in neun von 100 namentlichen Abstimmungen von der vorgegebenen Parteilinie ab. Dies lag auch an den innerparteilichen Konflikten zwischen Neumitgliedern und Blockparteimitgliedern.²⁶⁰

Die Landtagswahl-niederlage der CDU im Jahr 1990 ist aber nicht allein der Blockpartei-Vergangenheit der meisten Kandidaten zuzurechnen. Der SPD-Kandidat Manfred Stolpe hatte gegenüber dem ebenfalls ohne Blockpartei-Vergangenheit angetretenen CDU-Kandidaten Peter-Michael Diestel die eindeutig besseren Beurteilungswerte innerhalb der Wählerschaft. Wurde Diestel von der Mehrheit der brandenburgischen Wähler eher abgelehnt, konnte Stolpe über die Parteigrenzen hinweg Zuspruch erwarten. Diestels beste Bewertungen kamen überraschenderweise aus den Reihen der PDS-Wähler, während selbst 30 Prozent der potentiellen CDU-Wähler Manfred Stolpe bevorzugten.²⁶¹

Am 8. Mai 1992 legte Diestel in Folge einer großen Zahl von innerparteilichen Konflikten das Amt des Fraktionsvorsitzenden nieder. Nach ihm wurde Dieter Helm neuer Fraktionsvorsitzender, dem im Jahr 1994 Peter Wagner folgte.

Auch durch den hohen Anteil ehemaliger DBD-Funktionäre dominierten in der ersten CDU-Landtagsfraktion Brandenburgs ehemalige Blockpartei-Mitglieder. Ihre relative Politikunfähigkeit, die unter anderem zu einer Überschuldung der Landtagsfraktion führte, hatte vor allem unter der Führung des ehemaligen Fraktionschefs Diestel zu heftigen

²⁵⁸ Habermann, Martin: Vom Partei-Neuling zum Landtagsvizepräsidenten, in: Gersdorf/Lorenz, S. 94.

²⁵⁹ Dietrich, Frank: Politik als Intermezzo, in: Gersdorf/Lorenz, S. 83.

²⁶⁰ Lorenz, Astrid: Aufstieg, Ausstieg, Umstieg. Elitenwechsel in Brandenburg, in: Gersdorf/Lorenz, S. 191.

²⁶¹ Vgl. Roth, Dieter/Emmert, Thomas: Wählerentscheidungen und Wählereinstellungen in Ostdeutschland vor und nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, in: Niedermayer/Stöss, S. 247.

Auseinandersetzungen zwischen Reformern und ehemaligen Blockparteimitgliedern über die Landesgrenzen hinaus gesorgt.

Im Rahmen der Parteientwicklungsstrategie, für die vor allem Generalsekretär Klein stand, sollte die im Jahr 1994 gewählte neue Fraktion durch eine sorgsame Aufstellung der Landesliste leistungsfähiger und effektiver werden. Da die Landespartei für einen Überbrückungskredit zu Gunsten der Landtagsfraktion bürgte, gelang es der Parteiführung um den stellvertretenden Parteivorsitzenden und späteren Fraktionsvorsitzenden Peter Wagner und Generalsekretär Klein die BlockpartEIFunktionäre in der zweiten Fraktion zurückzudrängen, das Gewicht der ehemaligen DBD-Funktionäre um die Hälfte zu reduzieren und Peter Michael Distel, der keinen Listenplatz erhalten hatte und dem der Wiedereinzug in den Landtag über ein Direktmandat nicht gelang, von der Fraktion fernzuhalten.²⁶² Der Elitenwandel in der Landtagsfraktion setzte demnach, auch gemäß dem Wahlrecht, erst im Jahr 1994 ein.

4.8. Die Bundestagsabgeordneten

Unter den neun brandenburgischen CDU-Bundestagsabgeordneten zwischen 1990 und 1994 (die CDU Brandenburgs hatte nur acht Sitze gewonnen, Else Ackermann rückte aber am 22. Oktober 1992 für den ausscheidenden Lothar de Maiziere nach) war wie in der Landtagsfraktion auch kein westdeutsch sozialisiertes Parteimitglied. Mindestens fünf Bundestagsabgeordnete hatten eine Blockpartei Vergangenheit, zwei (Else Ackermann und Rainer Eppelmann) sind als ehemalige Oppositionelle in der DDR einzustufen, mindestens einer (Stübgen) war ohne diese Eigenschaft im Frühjahr 1990 zur CDU gestoßen.

Altfunktionär Karl-Heinz Kretschmer beschreibt die Nominierungskriterien für die Bundestagskandidaturen im Jahr 1990 aus seiner Sicht mit den Worten: *„Ich wäre auch an der Bundespolitik interessiert gewesen, aber ich war bereits sehr im Land eingebunden, als die Bundestagskandidaten bestimmt wurden. Mir wurde zudem von Parteifreunden unmissverständlich klar gemacht, dass die westdeutschen Kollegen aus der CDU mich nicht unbedingt in führenden Positionen innerhalb der Bundespartei sehen wollten. Ich hätte keine Angst gehabt, dort meine Meinung zu sagen, aber als Kandidaten für die Bundestagswahl*

²⁶² Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 228-229.

wurden angepasste CDU-Mitglieder aus dem Osten bevorzugt genommen. Im Landesverband hatte ich hingegen keine Probleme.“²⁶³

Drei der von Kretschmer „*angepasste CDU-Mitglieder aus dem Osten*“ genannten späteren Bundestagsabgeordneten waren Immo Lieberoth, Michael Wonneberger und Ulrich Junghanns. Sie hatten wie Kretschmer bereits in der DDR in Blockparteien Karriere gemacht und sich wie er schnell dem neuen System angepasst.

Senior unter diesen Altfunktionären war der Agrarwissenschaftler Immo Lieberoth. Er war im Jahr 1948 der CDU beigetreten, Bezirksvorsitzender Frankfurt/Oder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) und noch in weiteren Massenorganisationen aktiv. Bereits im Jahr 1977 trug er Auszeichnungen wie „*Vaterländischer Verdienstorden in Bronze, Verdienstmedaille der DDR, Aktivist der sozialistischen Arbeit (zweimal), Mitglied eines Kollektivs der sozialistischen Arbeit, Mitglied eines Kollektivs der DSF, Ehrennadel der DSF in Gold und Silber, Ehrennadel der Nationalen Front in Gold und Silber.*“²⁶⁴

Regelmäßig publizierte er zu agrarpolitischen Fragen und der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Auf einer Tagung des Hauptvorstandes der CDU im März 1976 in Berlin führte er beispielsweise aus: „*Die Auswertung des XXV. Parteitages der KPdSU ist nicht nur eine Frage der allgemeinen Aussprache darüber. Aus meiner Sicht als Mitglied des Hauptvorstandes und als Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft im Bezirk Frankfurt (Oder) heißt für mich Auswertung des XXV. Parteitages der KPdSU nichts anderes, als alle Möglichkeiten zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit schöpferisch zu nutzen, die allgemeingültigen Erfahrungen auf unsere Bedingungen umzusetzen und zum Vorteil unserer sozialistischen Entwicklung anzuwenden. Daran kann und muß auch jedes unserer Mitglieder aus der sozialistischen Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft aktiv mitwirken, sowohl durch seine Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des IX. Parteitags der SED . . .*“²⁶⁵

Lieberoths Argumentation wurde nach dem Machtantritt Gorbatschows differenzierter. Christian von Ditfurth zitiert Lieberoth einerseits mit den Worten dass es „*klassenwachsen*

²⁶³ Kretschmer, Karl-Heinz: Der Anfang vom Ende in der alten Partei, in: Gersdorf/Lorenz, S. 154 f.

²⁶⁴ Vgl. Mitglieder des Hauptvorstandes der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gewählt durch den 14. Parteitag (12.-14. Oktober 1977 in Dresden), Berlin 1977, S. 36.

²⁶⁵ Lieberoth, Immo: Auf der Grundlage übereinstimmender Ziele entwickelt und festigt sich die Zusammenarbeit mit der UdSSR auf dem Gebiet der Landwirtschaft, in: In bündnispolitischer Mitverantwortung zu neuen Taten in der Volksinitiative, Berlin 1976, S. 38.

machen muß, was der Gegner zur Perestrojka sagt“ sowie andererseits einen Beitrag Lieberoths in der Zeitung „Neuer Tag“: „Immer mehr breite sich das Bewußtsein aus, mit seiner eigenen Leistung am Arbeitsplatz viel zur Sicherung dieses Friedenskurses (der Sowjetunion; C. D.) beizutragen. Das sei um so nötiger, da Gegner des Abrüstungsprozesses in der NATO ihr antikommunistisches und antisowjetisches Treiben verstärken und versuchen, den Umgestaltungsprozess in der Sowjetunion, der auch im Oderbezirk mit großem Interesse verfolgt würde, für ihre aggressiven Ziele zu mißbrauchen.“²⁶⁶

Noch anlässlich des 40. Jahrestags der DDR, so Ditfurth, lud Lieberoth am 21. September 1989 zu einer Bezirksvorstandssitzung der DSF unter dem Motto *„Alles für unsere sozialistische Deutsche Demokratische Republik – in unverbrüchlicher Freundschaft und festem Bündnis mit der Sowjetunion - Vorwärts zum XII. Parteitag der SED“*²⁶⁷ nach Frankfurt/Oder ein.

Bereits seit Mitte der 70er Jahre war Lieberoth Mitglied im Hauptvorstand der CDU. Vor der CDU-Hauptvorstandstagung am 23. November 1978, in der Hochphase der Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat um die Einführung des Schulfaches Wehrunterricht, hielt Lieberoths späterer brandenburgischer CDU-Bundestagsfraktionskollege Michael Wonneberger in NVA-Reservistenuniform unter dem Thema *„Ich bin Leiter eines Reservistenkollektivs“* eine Rede. In Vorbereitung des 30. Jahrestages der DDR verpflichtete er sich an *„Ausgestaltung und Durchführung von wehrsportlichen Maßnahmen“* mitzuwirken. Seinen Beitrag zur *„Sicherung des militärischen Kadernachwuchses“* sah er im Bemühen *„Jugendliche als Berufsoffiziersbewerber und Unteroffiziersbewerber zu gewinnen“*. Als *„Agitator der Musterungskommission des Wehrkreiskommandos Cottbus-Land“* gelang es ihm bis dahin *„während der Frühjahrmusterung 1978 25 Unteroffiziere auf Zeit und 8 Berufsoffiziersbewerber neu zu gewinnen“*. Bei dieser *„politischen Überzeugungsarbeit“* waren ihm die *„Argumentationsmaterialien“* seiner Partei eine *„willkommene Hilfe und in Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand seiner Partei bereitete er Jugendliche politisch-ideologisch“* auf ihren *„Ehrendienst“* vor. Für seine Reservistenarbeit erhielt Wonneberger Geldprämien.

Nicht zufrieden war Wonneberger mit der *„Entwicklung/Einwirkung auf die christlichen Bürger außerhalb unserer Partei.“* Hier wollte er zukünftig *„gezielter arbeiten“*. Abschließend betrachtete er es als seine *„gesellschaftliche Pflicht mitzuhelfen, unseren Jugendlichen das Wehrmotiv sowie militärische Grundkenntnisse“* zu vermitteln, damit sie

²⁶⁶ Ditfurth, S. 209.

²⁶⁷ Ditfurth, S. 210.

sich „mit ihrer ganzen Persönlichkeit für den zuverlässigen militärischen Schutz der sozialistischen Errungenschaften“ einsetzen.²⁶⁸

In den 80er Jahren war Michael Wonneberger bis zur Friedlichen Revolution im Bezirksvorstand der CDU in Cottbus unter Karl-Heinz Kretschmer Abteilungsleiter für Wirtschaft.

Neben Oppositionellen wie Rainer Eppelmann und Else Ackermann sowie Neumitgliedern wie Michael Stübgen waren zumindest drei der acht (bzw. neun) im Jahr 1990 gewählten brandenburgischen CDU-Bundestagsabgeordneten langjährige und hauptamtliche Mitarbeiter von Blockparteien und Massenorganisationen.

Mit Ulf Fink wurde im Jahr 1994 der erste westdeutsche CDU-Abgeordnete für Brandenburg in den Bundestag gewählt. Die Reformerin Else Ackermann hingegen schied, weil ihr die Partei keinen aussichtsreichen Listenplatz zugestand, aus. Immo Lieberoth verließ im Gegensatz zu Junghanns und Wonneberger den Bundestag. Mit dem seit 1991 amtierenden Sekretär der brandenburgischen CDU-Landesgruppe im Bundestag, Manfred Koslowski, wurde aber ein neuer Abgeordneter mit Blockparteivergangenheit hineingewählt.

Dieser Personalaustausch bei gleichzeitiger Schrumpfung auf sechs Abgeordnete kann verglichen mit dem der Landtagsfraktion im Jahr 1994 nur bedingt Elitenwandel genannt werden. Allerdings waren die im Jahr 1990 gewählten Bundestagsabgeordneten im Vergleich zur Landtagsfraktion nicht in ähnlichem Maße von ehemaligen Blockparteimitgliedern dominiert.

Erst mit der Bundestagswahl 1998 war mit dem Ausscheiden der letzten Blockparteimitglieder Wonneberger und Junghanns und dem Einzug von CDU-Neumitglied Katherina Reiche und der westdeutsch sozialisierten Astrid Voßhoff auch für die nun fünfköpfige brandenburgische Landesgruppe der CDU im Bundestag der Elitenwandel abgeschlossen.

²⁶⁸ Vgl. Wonneberger, Michael: Ich bin Leiter eines Reservistenkollektivs, in: Schutz des Friedens und des Sozialismus - Sache aller Bürger. Bericht über die Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit Führungskadern am 23. November 1978 in Burgscheidungen, Berlin 1978, S. 35-37.

5. Der Umgang mit der Geschichte

Ute Schmidt schreibt, dass die im Volkskammerwahlkampf des Jahres 1990 wahltaktisch eingeführte Abgrenzung zur SPD sich zur Legitimationsideologie der CDU verfestigt hätte. Im auf den Wahlkampf folgenden und fürs politische Überleben notwendigen Annäherungsprozess an Strukturen und Ideologie der West-CDU nahm innerhalb der CDU der DDR die Bereitschaft zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte rapide ab. Stattdessen streifte sie ihre Blockpartei-geschichte mit dem Hinweis auf ihren frühen Auszug aus der Nationalen Front ab.²⁶⁹

Stattdessen wurde im Volkskammerwahlkampf die im brandenburgischen Schwante neu gegründete SDP/SPD grundlos als Auffangbecken für ehemalige SED-Mitglieder bezeichnet. Sogar der CDU-Volkskammer-Spitzenkandidat und spätere brandenburgische CDU-Chef Lothar de Maiziere behauptete (zusammengefasst von Ute Schmidt): *„Zwischen der Sozialdemokratie und der SED gebe es nicht nur gemeinsame ideengeschichtliche Wurzeln, der personell schwachen SDP/SPD im Osten mangle es auch an Fachkräften und Funktionseliten, weshalb sie mit früheren SED-Leuten kooperieren müsse. Nur die CDU garantiere mit ihrem Personal und ihrem Wirtschaftskonzept den vollständigen Bruch mit der SED.“*²⁷⁰

Teile des ostdeutschen Personals der CDU unternahmen ständig neue Versuche der Selbstlegitimation. Ehemalige Mitglieder der CDU der DDR variierten nach 1989 beispielsweise eine Form der Zwei-Weltenthese. Vor allem Helmut Lück, Theologe, Abteilungsleiter Außenpolitik im Verlag der Neuen Zeit und ab Januar 1990 Pressesprecher Lothar de Maizieres war der Ansicht, dass die CDU im Vergleich der Blockparteien günstigere Chancen für eine Erneuerung hätte. Die Mitglieder der CDU verfügten nämlich neben dem politischen Raum noch über einen anderen Erfahrungs- und Kommunikationsraum, den in den christlichen Kirchen und Gemeinden. Hier könnten sie soziale Gerechtigkeit, Frieden und ökologische Umgestaltung vorfeldartig praktizieren. Derartig inspirierte (ehemalige) DDR-Bürger gingen aber eher zur SPD oder zu Bündnis 90.

²⁷¹

Der Historiker Michael Richter hingegen sieht, dass nicht nur die CDU-Funktionäre sondern auch viele einfache CDU-Mitglieder bis zuletzt im Sinne der SED gewirkt hätten und daher für christlich soziale Anwendungen verloren seien.²⁷² Manfred Agethen wiederum versucht

²⁶⁹ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 101 f.

²⁷⁰ de Maizere, Lothar: Gedanken zum Vortrag vor dem Parteivorstand am 10.2.1990, auszugsweise zusammengefasst in: Schmidt, Umbruch, S. 102, Fußnote 98.

²⁷¹ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 60 f.

²⁷² Vgl. Ebenda.

zu beweisen, dass zumindest die CDU-Basis nicht gleichgeschaltet und Hort von Unzufriedenheit und Widerstandspotenzial war. Gerade im „Brief aus Neuenhagen“ sieht er ein Beispiel dafür, dass die Kluft zwischen Parteiführung und Parteibasis immer offensichtlicher wurde.²⁷³

Ute Schmidt führt gegen die damit auch von Manfred Agethen vertretene Zwei-Welten-These an, dass sie nicht der Ansicht sei, dass mit dem Sturz der alten Parteiführung und der Beseitigung belasteter Parteifunktionäre der Erneuerungsprozess der CDU bis zum Sonderparteitag Mitte Dezember 1990 durch die Parteibasis geleistet wurde. Die anschließenden Konflikte zwischen Reformern und ehemaligen Mitgliedern der Blockparteien stellen in ihrer Auffassung den eigentlichen Transformationsprozess dar.

Außerdem ist Ute Schmidt nicht der Ansicht, dass der Sturz der alten Parteiführung eine Folge des Reformdrucks der „gesunden Basis“ gegenüber der „korrupten Führung“ gewesen sei. Sie sieht im personellen Neuanfang an der Spitze der Partei die Folge komplexer Vorgänge, die unter anderem auch durch Akteure innerhalb der engeren Parteiführung, siehe Radzimanowski, mitinitiiert wurden.²⁷⁴

Somit ist die Bewertung der Transformationsphase der CDU abhängig von der politischen Schwerpunktsetzung und der jeweiligen eigenen Perspektive. Dies trifft auch für die Beurteilung der Geschichtsschreibung über die DDR an sich bei ehemaligen brandenburgischen CDU-Politikern zu. Zwei Mitglieder der ersten Landtagsfraktion der CDU in Brandenburg ließen sich in ihren Erinnerungen zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR im Allgemeinen mit folgenden Sätzen ein. Der nicht der Block-CDU angehörende Habermann schrieb: *„Ich hatte bei meiner Arbeit im Landtag immer die Aufarbeitung der Vergangenheit wie auch den Neuanfang im Blick. Wer die Vergangenheit nicht aufarbeitet, erzeugt die Probleme von morgen, weil die Unzufriedenheit der Leute konserviert wird. Den Neuanfang hielt ich dennoch für wichtiger, um den Menschen eine Perspektive zu geben.“* Altfunktionär Kretschmer wiederum formulierte: *„Leider ist die politische Aufarbeitung zu oberflächlich gelaufen. Das lag sicherlich auch an der 180-Grad-Wendung für die DDR-Bürger, die sich in vieler Hinsicht völlig neuen Lebensumständen gegenüber sahen, von denen sie teilweise überfordert waren. Später wurde das Thema Aufarbeitung von Westdeutschen dominiert. Damit habe ich bis heute meine Probleme. Es wurden immer nur die Opfer befragt, aber niemals diejenigen, die Teil des Überwachungsapparats waren.“*²⁷⁵

²⁷³ Vgl. dazu: Agethen, Manfred: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“. In: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich Demokratische Politik. 1. Jg. Köln/Weimar/Wien 1994.

²⁷⁴ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 60 f.

²⁷⁵ Vgl. Kretschmer, S. 155.

Die von Habermann formulierte Präferenz für den Neuanfang gegenüber dem Blick zurück prägte die erste Landtagsfraktion der CDU genauso wie die Sicht von Kretschmer, der die Aufarbeitung von Westdeutschen dominiert sah und es für falsch hält „*immer nur die Opfer zu befragen*“. Die notwendige Auseinandersetzung über die Rolle von Verstrickungen, gerade die der CDU-Ost in der DDR, wurde Anfang der 90er Jahre in der brandenburgischen CDU aber vor allem von Fraktionschef Peter-Michael Diestel mit einer Ost-West-Debatte verdrängt und überformt.

5.1.Reformer gegen Funktionäre der Blockparteien

Rainer Linnemann schrieb im Jahr 1994, dass, obwohl Zahlen der CDU nicht vorlägen, davon auszugehen sei, dass ihre Mitglieder in den neuen Landesverbänden zum ganz überwiegenden Teil aus den beiden früheren Blockparteien CDU und DBD stammen würden. Diese Feststellung würde auch dadurch erhärtet, dass die neuen Landesverbände unter starken Mitgliederverlusten litten und Neuaufnahmen hingegen selten seien.²⁷⁶ Die „Neuaufnahmen“ müssen jedoch zum überwiegenden Teil als Reformer angesehen werden.

Nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl verschärften sich die Konflikte zwischen den ehemaligen Mitgliedern der Blockparteien und Reformern. Der ausschließlich mit den Reformern sympathisierende CDU-Generalsekretär Volker Rühle forcierte diese innerparteilichen Auseinandersetzungen zusätzlich. Dadurch fühlten sich ehemalige Mitglieder der Blockpartei, die den Transformationsprozess ab 1989 gefördert und sich anschließend für die Partei engagiert hatten, an die Seite gedrängt und diskriminiert.²⁷⁷

Mitte Dezember 1991 trat der CDU-Bundesparteitag in Dresden zusammen. CDU-Parteichef und Bundeskanzler Helmut Kohl rief in seinem Rechenschaftsbericht dazu auf frühere Mitglieder der Ost-CDU nicht pauschal zu verdächtigen oder zu diffamieren. Die CDU in der DDR sei Teil der Geschichte der CDU Gesamtdeutschlands.

Viele neu hinzugekommene Mitglieder der Partei, wie der sächsische Umweltminister Arnold Vaatz, forderten trotzdem ein stärkeres Vorgehen gegen ehemalige Funktionsträger der DDR-

²⁷⁶ Vgl. Linnemann, Rainer: Die Parteien in den neuen Bundesländern. Konstituierung, Mitgliederentwicklung, Organisationsstrukturen, Münster 1994, S. 125.

²⁷⁷ Vgl. Schmidt, Ute: Transformation einer Volkspartei - Die CDU im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: Niedermayer/Stöss, Richard, S. 59.

CDU innerhalb der Partei. Ehemalige Mitglieder der Ost-CDU hingegen forderten ein „*Recht auf Irrtum*“ und die Einsicht, dass die „*CDU nicht gleich SED*“ gewesen sei.²⁷⁸

Ehemalige Mitglieder des „Demokratischen Aufbruchs“ um den Leiter der Reformkommission der thüringischen CDU, Klaus Zeh, legten auf dem Dresdner Parteitag einen Kriterienkatalog vor, mit dem Bewerber um Parteiämter und Mandate mithilfe von acht Fragen, die auf ihr persönliches Verhalten in der Umbruchphase des Jahres 1989/90 zielten, ihr Gewissen prüfen und nötigenfalls Konsequenzen ziehen konnten.²⁷⁹

Der Dresdner Parteitag nahm diese Idee auf, verabschiedete aber statt des Kriterienkatalogs das in der Sache harmlosere „Dresdner Manifest“ in dem es hieß: „*Wir bitten alle, die in Gesellschaft und Politik ein Amt bekleiden, ihr Verhalten in der Vergangenheit selbstkritisch zu überprüfen. Auch wer keinen Anlaß sieht, sich persönlich etwas vorzuwerfen, muß sich doch die Frage stellen, ob seine frühere Tätigkeit in Beruf, Gesellschaft und Politik es seinen Mitbürgern und Parteifreunden heute schwer macht, neues Vertrauen zu gewinnen.*“²⁸⁰

Kurze Zeit nach dem Parteitag sagte Generalsekretär Rühle dem Magazin „Der Spiegel“: „*1990 ist in den fünf neuen Bundesländern die West-CDU und Helmut Kohl gewählt worden. Aber 1994 muß es dort eine authentische CDU geben, in der die Reformkräfte den Ton angeben. Anders sind die Wahlen nicht zu gewinnen.*“²⁸¹

Einige Monate zuvor hatten sich sächsische Reformpolitiker wie Landtagspräsident Erich Iltgen, Arnold Vaatz oder Heinz Eggert mit einem Sieben-Punkte-Papier auf diese strikte Linie des CDU-Generalsekretärs begeben und den brandenburgischen Parteichef Lothar de Maiziere in Punkt sechs mit den Worten angegriffen: „*Wir verwahren uns gegen die Aussagen des brandenburgischen Landesvorsitzenden, es gäbe kaum Unterschiede in den Biographien der Menschen im Osten. Dies ist eine unannehmbare Beleidigung all jener, die persönliche Vorteile nicht mittels eines Unrechtsregimes erlangen wollten, und daher für befristete Zeit Verzicht geübt haben.*“²⁸²

Der die CDU Brandenburgs im Bundestag vertretende Rainer Eppelmann sprach sich wenig später mit den Worten „*Wer aus unserer Partei in der früheren DDR auf einem Paradeferd durchs Ziel geritten ist, muß heute auf einen Esel umsteigen*“ dafür aus, dass ehemalige Funktionäre der CDU der DDR zurücktreten oder keine neuen herausgehobenen Ämter anstreben sollten und wurde dafür auf dem folgenden Landes-Parteitag nicht mehr in den

²⁷⁸ dpa-Hintergrund: Die Situation der Parteien in Ostdeutschland. Teil I: Alte Lasten, 1992, S.13.

²⁷⁹ Vgl. Schmidt, Transformation. S. 59 f.

²⁸⁰ Auszug aus dem Dresdner Manifest, auszugsweise abgedruckt in: Die Situation der Parteien in Ostdeutschland. Teil I: Alte Lasten, S.14.

²⁸¹ Interview Volker Rühle, abgedruckt in: Die Situation der Parteien in Ostdeutschland. Teil I: Alte Lasten, S.14.

²⁸² Vgl. Lapp, Joachim: Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, Berlin 1998, S. 168.

Landesvorstand der brandenburgischen CDU gewählt.²⁸³ Fraktionschef Peter-Michael Diestel hingegen warnte vor diesem Hintergrund vor einem „Parteikrieg“ gegen „85 oder 90 Prozent“ der CDU Mitglieder. Anstelle einer vernichtenden Diskussion in der Öffentlichkeit sollte es stattdessen selbstkritische Auseinandersetzungen in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden geben.²⁸⁴

Die vernichtende öffentliche Diskussion blieb aus. Selbstkritische Auseinandersetzungen in den verschiedenen Verbänden der CDU sind aber genauso wenig dokumentiert wie deren mögliche Folgen. Wegen des dadurch konservierten Übergewichts der Altfunktionäre in der Partei wie auch der Stasi-Vergangenheit von CDU-Landtagsabgeordneten verließen viele „Reformer“, wie bspw. Herbert Schirmer im Juni 1991, die CDU.²⁸⁵

Trotzdem brachte die Junge Union Brandenburgs am 8. Mai 1993 auf dem Parteitag in Schönermark einen Antrag ein, der zur Auseinandersetzung mit der Blockparteivergangenheit anhielt. Da er in der Ursprungsform auf Widerstände stieß, wurde er von einer Arbeitsgruppe überarbeitet, zur Abstimmung gestellt und überraschend angenommen. Erst nach der Beschlussfassung regte sich Widerspruch. Empörte Parteimitglieder zogen vor das Parteigericht, wo sie aber abgewiesen wurden.

Infolge des Antrags lud der Parteivorstand gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden am 2. Juli 1993 zu einem Symposium nach Hennigsdorf. Dort referierten unter anderem der sächsische Reformer Arnold Vaatz und der Westberliner Politologe Manfred Wilke. Ergebnis des Symposiums war, dass der Landesvorstand eine Arbeitsgruppe einsetzte, welche den Beschluss von Schönermark umsetzen sollte. Am 18. Juni 1993 fasste der Landesvorstand einen Beschluss, demzufolge eine pauschale Verurteilung von Parteimitgliedern ohne Betrachtung der Begleitumstände ihres Handelns während der DDR-Zeit nicht stattfinden dürfe.

Als belastet sollten zukünftig diejenigen angesehen werden, die beispielsweise als Mitarbeiter der Staatssicherheit gegen die Grundsätze der Menschlichkeit verstoßen hatten, an der Aufrechterhaltung der Gewaltherrschaft beteiligt waren oder ihre Stellung in schwerwiegendem Maße zum eigenen Vorteil nutzten. Würde jemand vor dem Hintergrund dieser Kriterien objektiv als belastet eingestuft werden, solle er zukünftig von sich aus auf eine Kandidatur für Parteiämter oder Mandate für immer oder temporär verzichten. Die Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit der CDU in der DDR sollten zukünftig grundsätzlich in den Orts- und Kreisverbänden erfolgen. Der Beschluss stellte rechtlich

²⁸³ Vgl. Lapp, S. 169.

²⁸⁴ Vgl. Lapp, S. 169 f.

²⁸⁵ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 197, Fußnote 5.

jedoch kein Verbot dar, belastete Parteimitglieder in ein Parteiamt oder Parlament zu wählen.

286

In der Landessatzung des CDU-Landesverbandes Brandenburg heißt es analog zu dieser Auffassung in Paragraph 12: *„Als parteischädigendes Verhalten ist anzusehen, wenn ein Mitglied vor oder während seiner Mitgliedschaft in der Partei Mitbürger als Gegner eines totalitären Systems denunziert oder seine politische oder gesellschaftliche Stellung dazu mißbraucht hat, andere zu verfolgen.“*²⁸⁷

Funktionäre in Blockparteien oder Massenorganisationen werden durch diesen Paragraphen nicht erfasst. Verantwortung für das Fortbestehen der Diktatur wurde nicht als Ausschlussgrund benannt, nur die Denunziation und Verfolgung von Mitbürgern. Wie mit diesem Paragraphen umgegangen wurde, zeigt für zumindest einen Fall das folgende Kapitel.

5.3. Der Umgang mit Stasibelastungen

Gegen die implizit oder explizit auch von Vertretern der brandenburgischen CDU geäußerte Auffassung, dass das Unrechtsregime der DDR primär auf der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit und seiner Mitarbeiter beruhte, wendet sich Günter Nooke, indem er feststellt, dass er im Januar 1990 den „Demokratischen Aufbruch“ verlassen hätte, weil er nicht gemeinsam mit der Ost-CDU in der „Allianz für Deutschland“ Wahlkampf für die erste freie Volkskammerwahl machen wollte. *„Denn auch die Block-CDU war zu DDR-Zeiten an Unterdrückung und Bespitzelung beteiligt gewesen, und auch uns haben ihre Mitglieder zum Teil ausgehorcht. Da blieben nur noch das Neue Forum, Demokratie Jetzt und Initiative Frieden und Menschenrechte als harter Kern der DDR-Opposition, die sich für die Wahl zur Listenverbindung Bündnis 90 zusammenschlossen. Ich wurde für den Bezirk Cottbus gewählt und so Mitglied der Fraktion von Bündnis 90 und Grünen in der Volkskammer.“*²⁸⁸

Diese von Nooke angesprochenen aktenkundigen Kooperationen von CDU-Funktionären mit der SED, dem MfS und anderen Sicherheitsorgane bilden bisher ein Forschungsdesiderat,²⁸⁹ sind aber beispielsweise auch für den von Nooke angesprochenen Raum Cottbus belegbar.

²⁸⁶ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 215, Fußnote 59.

²⁸⁷ Linnemann, S. 162.

²⁸⁸ Nooke, Günter: Ein Mann der offenen Worte, in: Gersdorf/Lorenz, S. 20.

²⁸⁹ Vgl. Die Spitzelarbeit einer CDU-Arbeitsgruppe u.a. gegen Gegner der Einführung des Schulfachs Wehrunterricht ist dokumentiert bei: Wunnicke, Christoph: „Auf der Suche nach Leben.“ Das MfS, die Westmedien, die CDU und auch ein wenig Friedensbewegung. Der Kirchentag in Stralsund vom 16. bis 18. Juni 1978, in: Zeitgeschichte regional, Bd. 8 (2004), 1.

Nach den ersten Landtagswahlen setzte der Landtag im Jahr 1991 eine Ehrenkommission zur Überprüfung der Abgeordneten auf Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit ein. Vertreter aller Parteien wandten sich daraufhin gegen Vorverurteilungen aufgrund bloßer Aktenfunde und wiesen darauf hin, dass Kontakte zur Staatssicherheit oft unvermeidbar gewesen wären. Nicht nur ehemalige SED- oder Blockparteimitglieder wandten sich differenzierten Betrachtungsweisen zu. Auch Neu-CDU-Mitglied Beate Blechinger resümiert: *„Im Jahr 1990 hatte ich aufgrund meiner Haltung zur DDR eine ziemlich rigorose Einstellung nach dem Motto: Alle Stasileute raus. Und möglichst alle Sekretäre der Partei raus. Aber ich habe in der Wendezeit in meiner politischen Arbeit viele Gespräche geführt und auch mit Leuten gesprochen, die mich für meine Haltung beschimpft haben. Da wurde mir klar, ich kann meine Biografie nicht verallgemeinern.“*²⁹⁰

Der unveröffentlichte Abschlussbericht der Ehrenkommission bezeichnete fünf Landtagsabgeordnete als belastet und stufte 12 weitere als Grenzfälle ein. Zwei Mitglieder der Fraktion von Bündnis 90 legten daraufhin ihr Amt nieder. Insgesamt traten in Brandenburg weniger Abgeordnete aufgrund von Stasibelastungen von ihrem Amt zurück als in den übrigen vier neuen Bundesländern.²⁹¹

Der Umgang mit stasibelasteten Parteifreunden in der CDU-Fraktion war nicht nur wegen der Vergangenheit der Mehrheit der Abgeordneten sondern auch wegen der Person des Fraktionsvorsitzenden Peter-Michael Diestel „milde“. Als Innenminister in der Regierung von Lothar de Maiziere wurde er wiederholt von Vertretern der Bürgerkomitees und der beiden Volkskammerausschüsse zur Überprüfung der Volkskammerabgeordneten beziehungsweise der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit aber auch von konservativen Politikern für seine Verschleppung und Behinderung ihrer Arbeit heftig kritisiert. Am 13. September 1990 scheiterte ein Antrag von Abgeordneten fast aller Volkskammerfraktionen, den Innenminister wegen Verschleppung der Stasi-Aufarbeitung von seinem Posten abuberufen mit 107 gegen 184 Stimmen. Lothar de Maiziere hatte sich bereits zuvor schützend vor Diestel gestellt, am folgenden Tag jedoch die Auflösung des MfS aus der

²⁹⁰ Blechinger, Beate: Werte leben und konsequent sein, in: Gersdorf/Lorenz, S. 13.

²⁹¹ Lorenz, S. 189.

Verantwortung Diestels in die des Innenstaatssekretärs Eberhard Stief²⁹² von der FDP übertragen.²⁹³

Als drei Abgeordnete der CDU-Fraktion von der Ehrenkommission Verbindungen zur Staatssicherheit attestiert wurden, stellte sich Diestel mit den Worten, dass man in Brandenburg in der Behandlung dieser Frage einen eher „*untypischen Weg*“²⁹⁴ gehe vor sie. Von der Ehrenkommission als Grenzfälle eingestuft wurden die Abgeordneten Johannes Winter (Cottbus), Marga Beck (Lübben) und Klaus Häbler (Cottbus). Häbler war stellvertretender Fraktionsvorsitzender, innenpolitischer Sprecher und erhielt im Jahr 1994 ein weiteres Landtagsmandat. Marga Beck wurde im Jahr 1994 nicht mehr für den Landtag nominiert und Joachim Winter legte, nachdem eine Klage gegen ihn eingereicht wurde, sein Mandat nieder. Alle drei stritten in eidesstattlichen Erklärungen ihre Verbindungen zur Staatssicherheit ab, woraufhin sich die Fraktion hinter sie stellte. Winter gestand später seine Arbeit für den Staatssicherheitsdienst.²⁹⁵

Im März 1992 forderte der sächsische Landesverband der CDU die brandenburgische CDU-Führung auf Fraktionschef Peter-Michael Diestel aus der Partei auszuschließen. Wesentlicher Grund war ein Zeitungsinterview Diestels, in dem er feststellte, dass mancher informelle Mitarbeiter des MfS ein Garant für den inneren Frieden der DDR gewesen wäre. Zu diesem Zeitpunkt, wenige Monate vor seinem Rücktritt vom Amt des Fraktionsvorsitzenden konnte er noch eine Mehrheit der Fraktion hinter sich bringen. Die CDU-Führung Brandenburgs hingegen distanzierte sich von Diestel und solidarisierte sich in einer Erklärung mit den Opfern des Staatssicherheitsdienstes.²⁹⁶

In Bezug auf Winter und Häbler korrigierte die CDU-Fraktion später ihre Entscheidungen. Johannes Winter wurde am 29. Januar 1992 aus der Fraktion ausgeschlossen. Das Parteiausschlussverfahren gegen den stellvertretenden Fraktions- und Landesvorsitzenden Klaus Häbler im Jahr 1997 könne, so Dorit Pries, als Eingeständnis irrtümlicher Fehlentscheidungen aber auch als „*Ausdruck eines sich mit der Zeit in der Brandenburger CDU verändernden Blickwinkels*“²⁹⁷ erklärt werden.

²⁹² Auf die politische Karriere des NDPD-Bezirksvorsitzenden von Potsdam der Jahre 1985 bis 1989, Eberhard Stief, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht vertiefend eingegangen werden. An ihm wird aber deutlich, welche politischen Biografien die Exekutive der Regierung der DDR prägen. So verfasste Stief in den achtziger Jahren für das NDPD-Funktionärsorgan „Der nationale Demokrat“ Artikel wie: Unsere Freundschaft zur Sowjetunion – Erlebnis und Bekenntnis, Der nationale Demokrat 11/1984, S. 9./Junge Parteifreunde im Blauhemd – beteiligt an einer Politik für das Wohl des Menschen, Der nationale Demokrat 2/1989, S. 28.

²⁹³ Dölling, Birger: Strafvollzug zwischen Wende und Wiedervereinigung. Kriminalpolitik und Gefangenenschutz im letzten Jahr der DDR, Berlin 2009, S. 282.

²⁹⁴ Schmidt, Umbruch, S. 217.

²⁹⁵ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 217, Fußnote 60.

²⁹⁶ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 219, Fußnote 66.

Die CDU-Fraktion war bereits zuvor mit einem hausgemachten Stasi-Problem beschäftigt. Der zu dieser Zeit ranghöchste Politiker der CDU Brandenburgs, der Vizepräsident des Landtags Karl-Heinz Kretschmer, trat nach nur einem Jahr wegen des Vorwurfs der Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst und Vetternwirtschaft vom Amt des Vizepräsidenten zurück. Kretschmer selbst erinnert sich daran so: *„Unser ehemaliger CDU-Landesvorsitzender Herbert Schirmer hatte 1991 in einem Zeitungsinterview behauptet, ich wäre Mitarbeiter der Stasi gewesen. Dagegen habe ich mich zwar erfolgreich in einem Prozess gewehrt - in meiner Stasi-Akte gibt es keinen Nachweis -, aber meine politische Karriere hatte einen Knacks bekommen. Wenn ich nicht vom Amt des Vizepräsidenten zurückgetreten wäre, hätte diese Sache die ganze Legislaturperiode über meinen politischen und privaten Alltag bestimmt. Da zog ich lieber eine klare Trennlinie und blieb nur noch wirtschaftspolitischer Sprecher meiner Fraktion.“*²⁹⁸

In sich gespalten waren Landes-Parteiführung und Fraktion im Blick auf die Stasi-Verstrickungen Manfred Stolpes. Der Landtag hatte im Jahr 1992 einen Untersuchungsausschuss eingerichtet, der die Kontakte des Ministerpräsidenten zum Staatssicherheitsdienst erforschen und bewerten sollte. Vertreter aller Parteien äußerten eingangs Verständnis für Stasikontakte eines hochrangigen Kirchenfunktionärs in der DDR. Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses wurde von den Regierungsfractionen SPD und FDP sowie von der PDS getragen und stellte fest, dass Stolpe eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit nicht nachzuweisen sei.²⁹⁹

Auch Fraktionschef Peter-Michael Diestel sah keinen Grund für eine Rücktrittsforderung gegenüber Manfred Stolpe. Diese Auffassung teilte der westdeutsche Parteichef Ulf Fink keineswegs, was zu dieser Zeit einmal mehr die Spaltung der brandenburgischen CDU in einen parlamentarischen Flügel um den Fraktionschef und einen außerparlamentarischen um den Parteivorsitzenden markierte. Die politische Vertraute Diestels, die Abgeordnete Beate Blechinger, notiert: *„Fink hat sich zu sehr auf die Stasi-Debatte konzentriert. Als Westdeutscher durfte er den Ministerpräsidenten Stolpe einfach nicht zum Rücktritt auffordern. Mit jeder Rücktrittsforderung von ihm ging Herr Stolpe in der Beliebtheitsskala nach oben, so dass ich dachte, das darf nicht wahr sein. Ich war der Meinung, er schadete der Partei. Die Brandenburger CDU hat damals den Fehler gemacht, Angela Merkel nicht zu wählen, die bei uns als Parteivorsitzende kandidierte.“*³⁰⁰

²⁹⁷ Pries, Dorit: Stasi-Mitarbeiter in deutschen Parlamenten? Die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR, Münster 2008, S. 198.

²⁹⁸ Kretschmer, S. 155.

²⁹⁹ Vgl. Lorenz, S. 190.

³⁰⁰ Blechinger, S. 15.

Der Mitarbeiter der CDU-Fraktion im Stolpe-Untersuchungsausschusses, Oberstaatsanwalt Wolfgang Rahmer, legte andererseits vorzeitig frustriert sein Amt nieder und bekannte gegenüber der Bild-Zeitung, dass Stolpe selbstverständlich wissentlich für die Stasi gearbeitet hätte.³⁰¹

Somit gab es keine klare Haltung von Partei- oder Landtagsfraktion der brandenburgischen CDU zu den Stasi-Verstrickungen des Ministerpräsidenten Manfred Stolpe und der eigenen Parteifreunde in der Fraktion. Überwiegend politische Sozialisation oder die unterschiedlich prägende Herkunft aus der Bundesrepublik oder DDR entschieden hier über das individuelle Urteil. Dieses diffuse Erscheinungsbild der brandenburgischen CDU in einer für die ostdeutschen Landesverbände wichtigen Frage führte zu Kritik vor allem von Reformpolitikern aus anderen ostdeutschen Landesverbänden. Spätestens mit dem Parteiausschlussverfahren gegen Klaus Häbler im Jahr 1997 legte sich die Gesamtpartei sukzessiv auf einen klaren „Anti-Stasikurs“ fest, an dem sie bis heute weitgehend festhält.

Ein ebenfalls kontrovers diskutiertes Stasi-Thema waren die Verstrickungen des brandenburgischen CDU-Parteichefs Lothar de Maiziere. Eine ähnlich uneindeutige Aktenlage wie im Fall Stolpe führte zu seinem vorübergehenden Verzicht auf politische Ämter, in die er im Frühjahr 1991 wieder zurückkehrte. Zumindest die Fraktion von Bündnis 90 verstand damals nicht, warum die CDU Lothar de Maiziere wieder in die Landesämter eingesetzt hatte, obwohl keine Klärung der Stasivorwürfe gegen ihn stattfand.³⁰² Ein paar Monate später wiederum trat de Maiziere auch wegen des Stasivorwurfs endgültig von seinen Ämtern zurück. Dabei verwies er auf Intrigen der Bundes-Parteispitze gegen ihn.

Dass diese zumindest ein taktisches Verhältnis zu Lothar de Maizieres Stasi-Verstrickungen hatte, belegt die von der Zeitung „Die Welt“ gewonnene Erkenntnis, dass die Bonner Regierung schon vor der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 über den Stasi-Verdacht gegen den Spitzenkandidaten Lothar de Maiziere unterrichtet war und dieses Wissen für sich behielt.³⁰³ Vor diesem Hintergrund erscheint das schützende Verhalten von Teilen der brandenburgischen CDU gegenüber ihrem ehemaligen Parteivorsitzenden aus regionalpatriotischen Gründen verständlich. Warum sie aber an die ihn diskreditierenden Stasiakten nicht dieselben Kriterien wie an die Manfred Stolpes anlegt, bleibt ungeklärt.

³⁰¹ Bluhm, Kathrin/ Schüler, Peter: Fraktion BÜNDNIS 90/BÜNDNIS. Ein Tagebuch aus Brandenburg, Münster 1996, S. 103.

³⁰² Vgl. Bluhm/Schüler, S. 50.

³⁰³ Vgl. Müller, Uwe: Die Familie de Maiziere, eine deutsche Dynastie. Die de Maizieres dienten Hitler, der DDR und der Bundesrepublik. Sie alle prägten deutsche Politik. Ohne Makel ging dies nicht, Welt am Sonntag 6.3.2011.

5.4. Der Umgang mit der PDS und ehemaligen SED-Mitgliedern

Das bisher beschriebene verständnisvolle Miteinander für die unterschiedlichen Lebensgeschichten in der DDR über Parteigrenzen hinweg nannten viele brandenburgische Parteipolitiker „Brandenburger Weg“ oder auch „Verlängerung des Blockparteiensystems DDR“, welches die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Kontrolle der Regierung behindere. Befürworter dieses Umgangs hingegen lobten die Konsensorientierung und den wertschätzenden Umgang unter den Politikern verschiedener politischer Lager.³⁰⁴

Bedingt durch die relative Schwäche der brandenburgischen CDU und die fehlenden Distanzierungsversuche des CDU-Fraktionschefs gegenüber der PDS trug der übergroße Teil der CDU-Landtagsfraktion wie auch der Landespartei den „Brandenburger Weg“ hier und dort mit. Peter-Michael Diestel initiierte im Jahr 1992 außerdem gemeinsam mit der PDS so genannte „Komitees für Gerechtigkeit“, welche Systemträgern der DDR bei der Vertretung ihrer Rechte behilflich sein sollten.³⁰⁵

Heinz Vietze, damals stellvertretender Fraktionsvorsitzender der PDS, erinnert sich an diese Zeit deshalb mit folgenden Worten: *„Trotz solcher Umwege hatten wir nie das Gefühl der Ausgrenzung seitens der anderen Parteien. Damals spielten Bürgerrechtler wie Matthias Platzeck und Marianne Birthler, Leute wie Peter-Michael Diestel und Karl-Heinz Kretschmer von der CDU wie auch Wolfgang Birthler von der SPD eine ausgleichende Rolle. Ich wäre ja als Erster, sozusagen als Aushängeschild, zu bekämpfen gewesen. Aber ich bin von Anfang an in dieser Runde akzeptiert worden. [...] Leider wurde die Aufgeschlossenheit uns Linken gegenüber, die sich die CDU am Anfang leisten konnte, Ende der 90er-Jahre nicht mehr geduldet. Auch der sachgemäße Umgang der SPD mit uns, der am Anfang normal war, wurde dann von der SPD-Führung unter Rudolf Scharping nicht mehr geduldet.“*³⁰⁶

Günter Nooke, damals Fraktionsvorsitzender der Bündnis 90-Fraktion, heute CDU-Politiker, bewertet diesen innerparteilichen Umgang heute mit den Worten: *„Die Stimmung in den Landtagssitzungen fand ich von der allgemeinen Situation her sehr offen. Das war aus meiner Sicht Parlamentarismus, wie er eigentlich ursprünglich mal gedacht war. Nicht nur wir, auch die CDU-Fraktion um Peter-Michael Diestel haben mit der PDS Anträge eingebracht. Man*

³⁰⁴ Vgl. Lorenz, S. 189.

³⁰⁵ Vgl. Ebenda.

³⁰⁶ Vietze, Heinz: Flucht nach vorn, in: Gersdorf/Lorenz, S. 74.

könnte uns vorwerfen, dass wir keine klare Linie zur PDS gezeigt haben, aber eine Ausgrenzung der PDS-Fraktion im Landtag hätte wenig gebracht. Wir hielten uns an die demokratischen Spielregeln. Für uns galt: Wenn jemand etwas Richtiges sagt, müssen wir keinen zweiten Antrag schreiben. Die westdeutschen Spielregeln haben wir damals einfach nicht übernommen. Leider hat sich diese Offenheit dann umgekehrt. Ein ostdeutscher Politiker, der inoffizieller Mitarbeiter der Stasi oder SED-Mitglied war, muss nur zu seiner DDR-Biografie ‚stehen‘ und schon ist alles erledigt. Das lehne ich ab.“³⁰⁷

Der damalige Chef der SPD-Regierungsfraktion Wolfgang Birthler wiederum erinnert sich: *„Die CDU hat zwar am Anfang versucht, die PDS auszugrenzen. Aber wir haben sehr schnell deutlich gemacht, dass gerade die Block-CDU mit ihrer DDR-Vergangenheit still sein sollte.“³⁰⁸*

Trotzdem hält der ehemalige Vizepräsident des Landtages, der CDU Politiker Habermann, für seine Partei und die SPD fest: *„Andere Landtage haben mehrere Vizepräsidenten, aber wir wollten in Brandenburg damals verhindern, dass die PDS als drittstärkste Partei einen weiteren Vizepräsidenten stellt.“³⁰⁹*

Neben der bis hierhin beschriebenen Kooperation mit der PDS blieb das Problem der Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder in die CDU. Ute Schmidt ist der Ansicht, dass eine offene Diskussion über die Aufnahme einstiger SED-Mitglieder in die CDU diese Partei gespalten hätte. Viele sahen aber im stattdessen existierenden Tabu eine aus Bonn inszenierte „Gespensterdebatte“. Manche Ortsverbände hingegen waren bereit nach individueller Prüfung ehemalige SED-Mitglieder in die CDU aufzunehmen.³¹⁰ Peter-Michael Diestel beispielsweise meint: *„Wir hätten uns als CDU um das Potenzial der 2,4 Millionen SED-Mitglieder kümmern müssen, die ein Teil der intellektuellen Führung der DDR waren. Wir durften sie nicht auf Dauer ausgrenzen. Aber durch die dümmliche ‚Rote-Socken‘-Politik des CDU-Generalsekretärs Peter Hinze und anderer hat man diese Leute damals gegen die CDU aufgebracht und ohne Not in die Arme der PDS getrieben.“³¹¹*

Bezüglich des Parteibeitritts ehemaliger SED-Mitglieder beschloss der CDU-Landesvorstand, dass solche bis zum 31. Dezember 1991 nicht Mitglieder der CDU werden könnten.

³⁰⁷ Nooke, Günter: Ein Mann der offenen Worte, in: Gersdorf/Lorenz, S. 22.

³⁰⁸ Birthler, Wolfgang: Ein Pragmatiker als Fraktionschef, in: Gersdorf/Lorenz, S. 143.

³⁰⁹ Habermann, Martin: Vom Partei-Neuling zum Landtagsvizepräsidenten, in: Gersdorf/Lorenz, S. 96.

³¹⁰ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 135.

³¹¹ Diestel, Peter-Michael: Ein Freigeist - kein Parteisoldat, in: Gersdorf/Lorenz, S. 45.

Anschließend galt die Empfehlung des Landesvorstandes, dass die Ortsverbände über die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder entscheiden sollten.³¹²

Der erste Generalsekretär der brandenburgischen CDU Thomas Klein wollte die früheren SED-Mitglieder nicht pauschal mit dogmatischen Kommunisten und Stasispitzeln gleichsetzen. In der normalen Mitgliedschaft waren seiner Auffassung nach Unterschiede zwischen Mitgliedern der SED und der Blockparteien nicht vorhanden.³¹³ Deshalb wollte er enttäuschte Führungskräfte aus den ehemaligen Eliten der Nationalen Volksarmee und Volkspolizei, die zuvor PDS gewählt hatten, gezielt ansprechen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb darüber am 4. Oktober 1995: *„Die Instinkte dieser Leute streben zur Obrigkeit, und als Obrigkeit stellt sich ihnen die Partei dar, die der Macht am nächsten ist: die CDU. Opposition, gar Fundamentalopposition, wie die PDS sie verkündet, ist alten Kadern suspekt. Die reichhaltigsten Reserven an Charakteren dieser Art - ein CDU-Kandidat im Osten der Stadt hat sie kürzlich 'preußisch' genannt - vermuten Wahlkampfplaner im Offizierskorps der Nationalen Volksarmee (NVA). Auch in Brandenburg sollte dieser Personenkreis (und sein Umfeld) vor Wahlen, aber auch längerfristig und systematisch angesprochen und für die CDU gewonnen werden. Generalsekretär Klein baute dafür das Instrument der ‚Wohnzimmergespräche‘ noch weiter aus.“*³¹⁴

Bevor ehemalige SED-Mitglieder in die CDU aufgenommen werden durften, wurde in der Uckermark der CDU-Kandidat für den Landratsposten, ein ehemaliger DBD-Funktionär, mit Stimmen der PDS gewählt. Auch in der Prignitz konnte der CDU-Landratskandidat mehrmals nur mit Stimmen der PDS durchgesetzt werden.

Ob gemäß dem Beschluss des Parteivorstandes vor dem 31. Dezember 1991 keine ehemaligen SED-Mitglieder der CDU Brandenburgs beitreten konnten, ist aufgrund der vorliegenden Quellenlage nicht verifizierbar.

Abschließend ist festzustellen, dass es für die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder in die Reihen der CDU eine formal fixierte Regelung gab, über deren Rechtskraft aber nichts bekannt ist. Ein ähnlich formal fixiertes Kooperationsverbot mit der PDS für kommunale oder regionale Verbände der CDU war den ausgewerteten Quellen nicht zu entnehmen. Wenn es existierte, wurde es informell zumindest in den Landkreisen Uckermark und Prignitz unterlaufen.

³¹² Vgl. Linnemann, S. 158.

³¹³ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 134.

³¹⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Oktober 1995, auszugsweise abgedruckt bei Schmidt, Umbruch, S. 238, Fußnote 112.

5.5.Ehemalige Bürgerrechtler der DDR in der Union

Spätestens in den 80er Jahren waren oppositionell denkende und handelnde Mitglieder der CDU der DDR rar. Diese Personengruppe repräsentierte im brandenburgischen Landesverband der CDU nach der Friedlichen Revolution die Ärztin Else Ackermann aus der Ortsgruppe Neuenhagen. Als Nachfolgerin für Lothar de Maiziere in den Deutschen Bundestag eingezogen wurde sie jedoch von ihrer Partei für die Bundestagswahl 1994 nicht mehr als Kandidatin aufgestellt.

Mit den vor allem über den „Demokratischen Aufbruch“ in den Landesverband der CDU gelangten Oppositionellen aus der ehemaligen DDR-Bürgerrechtsbewegung wurde ebenfalls wenig schonend umgegangen. Ute Schmidt meint, dass Berührungspunkte und Meinungsverschiedenheiten zwischen ehemaligen Blockparteimitgliedern und Oppositionellen vor allem dann aufbrachen, wenn es um die innerparteiliche Machtverteilung ging. Obwohl die Vertreter des „Demokratischen Aufbruchs“ in ihrer Anzahl nur einen Bruchteil der Gesamtpartei ausmachten, sollten sie anfänglichen Absprachen gemäß in allen Leitungsgremien präsent sein, was ihnen überproportional viel Macht verliehen hätte. Viele Blockparteimitglieder empfanden dies als Realitätsverzerrung und wiesen darauf hin, dass die ehemaligen Mitglieder des „Demokratischen Aufbruchs“ in der Basisarbeit inaktiv wären und ihnen gegenüber viel zu hoch gespannte Erwartungen existieren würden.³¹⁵

Auf dem dritten Parteitag des Landesverbandes der CDU wurden mit Rainer Eppelmann, Burkhard Schöps und Kerstin Claubert drei Vertreter des „Demokratischen Aufbruchs“ in den Parteivorstand des Landesverbandes der CDU gewählt. Dieser Bonus blieb den Vertretern des „Demokratischen Aufbruchs“ nicht erhalten. Rainer Eppelmann gelang auf dem nächsten Parteitag die Wiederwahl nicht.³¹⁶

Als Eppelmann im Monat zuvor vom Vorsitzenden der brandenburgischen CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Michael Wonneberger, als Nachfolger von Lothar de Maiziere im Amt des brandenburgischen Parteivorsitzenden vorgeschlagen wurde, erntete er Proteste. Vor allem als „Rühe-Mann“ war er nicht durchsetzbar.³¹⁷ Sogar die ständig rivalisierenden Ulf Fink und Peter-Michael Diestel wollten gemeinsam den Durchmarsch

³¹⁵ Vgl. Schmidt, Transformation, S. 59 f.

³¹⁶ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 214.

³¹⁷ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 213, Fußnote 53.

Rainer Eppelmanns, „*der in Bonn zusehends an Boden gewann*“ an die Parteispitze verhindern.³¹⁸

Nach der Landtagswahl 1994 gewann Generalsekretär Thomas Klein den Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“ Ehrhart Neubert für die Aufgabe, der von Rainer Eppelmann geleiteten Programmkommission der brandenburgischen CDU ein neues Grundsatzprogramm zu entwerfen.³¹⁹

Außerdem war Generalsekretär Klein bemüht die wertkonservativen Kräfte der ehemaligen DDR-Bürgerrechtsbewegung wie Günter Nooke, der Bündnis 90 verlassen hatte und nun das Brandenburger Bürgerbündnis leitete, für die CDU zu gewinnen.³²⁰ Dies gelang im Jahr 1996. Ute Schmidt hält es aber nicht für „*Zufall, dass Günter Nooke vom brandenburgischen Bürgerbündnis sich nicht der dortigen Landes-CDU anschloss, in der die Reformkräfte äußerst schwach vertreten sind, sondern zur CDU nach Berlin-Mitte überwechselte [...]*.“³²¹

Ehemalige Bürgerrechtler der DDR konnten weder die Arbeit noch das Erscheinungsbild des Landesverbandes oder der Landtagsfraktion prägen. Gründe dafür waren ihre im Vergleich zu den ehemaligen Blockparteimitgliedern geringe Anzahl sowie andauernde Auseinandersetzungen mit diesen, in denen sie nach den demokratischen Regeln der Mehrheit regelmäßig unterlagen.

5.6. Westdeutsche Parteifreunde

Oppositionsvertreter hatten am Zentralen Runden Tisch vorgeschlagen Vertreter von West-Parteien aus dem Wahlkampf zur Volkskammerwahl herauszuhalten. Bereits am Runden Tisch hatte jedoch die CDU erklärt, sie fühle sich an das Verbot von bundesdeutschen Wahlrednern nicht gebunden.³²² Diese Wahl gewann die aus Ost-CDU, „Demokratischem Aufbruch“ und der DSU gebildete „Allianz für Deutschland“. Sie war am 5. Februar auf Druck der westdeutschen CDU gebildet worden, die Wahlkampfunterstützung nur bei einem klaren Reformkurs der Ost-CDU zugesagt hatte.

Nach dem Superwahljahr 1990 ging der nun gesamtdeutsche Vorstand der CDU daran den Apparat der ostdeutschen CDU nach bundesdeutschem Muster umzugestalten. Er war bemüht

³¹⁸ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 224.

³¹⁹ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 239.

³²⁰ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 238.

³²¹ Schmidt, Umbruch, S. 128.

³²² Stude, Sebastian: Die CDU in der späten DDR. Dargestellt am Beispiel der Bezirksverbände Magdeburg und Halle, Berlin 2009, S. 39.

gleichzeitig neue personelle Konstellationen zu schaffen. Von den ehemals 210 Kreisgeschäftsstellen blieben lediglich 87 übrig und die Zahl der Mitarbeiter schrumpfte von 1.700 auf etwa ein Zehntel der ursprünglichen Mitarbeiterzahl. Große Teile der Parteibasis sahen dadurch ihre Partei geschwächt, was zu Abwendungsreaktionen oder auch großen Erwartungshaltungen gegenüber der Bonner Parteizentrale führte. Nachdem Lothar de Maiziere beispielsweise als Landesvorsitzender der brandenburgischen CDU die Zahlungsunfähigkeit des Landesverbandes erklärt hatte, forderte er die Bundes-CDU auf, dem nach dem Verzicht auf das physische Blockpartei Vermögen zahlungsunfähigen Landesverband mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.³²³

Wiederholt fühlten sich die ostdeutschen Parteimitglieder im Umstrukturierungsprozess von der Zentrale in Bonn übergangen, was zu großem Unmut führte. Im Vorfeld des Dresdner Parteitages vom Dezember 1991 kündigte Generalsekretär Volker Rühle außerdem an, er werde die Führung der ostdeutschen Landesverbände durch aus Westdeutschland entsandte Generalsekretäre verstärken. Deshalb sollte ohne sein Votum kein neuer Landesgeschäftsführer eingestellt werden. Oftmals wurden westdeutsche Parteifreunde unter derartigen Vorzeichen gesehen und empfangen.

Trotzdem griffen früh westdeutsche Parteifreunde in die Aufbauarbeit von Parteistrukturen und Landtagsfraktion der CDU in Brandenburg ein. Bereits die Arbeit der Satzungskommission wurde vom Bonner Justitiar der CDU, Peter Scheib, fachmännisch begleitet.³²⁴ Nachdem Lothar de Maiziere seine Ämter niedergelegt hatte, wurde der Interims-Landesvorsitzende Peter Wagner von den westdeutschen Parteifreunden Thomas Klein und Herbert Nolte unterstützt.³²⁵ Der kurz darauf neugewählte westdeutsche Parteivorsitzende Ulf Fink wurde im ebenfalls neu gewählten Parteivorstand flankiert von den Westdeutschen Thomas Klein als Generalsekretär und Klaus Krone als Schatzmeister. Mit Alard von Arnim oder Etta Schiller gehörten ab dem Jahr 1991 weitere bundesdeutsche CDU-Politiker dem Brandenburger Landesvorstand an. In der Debatte um die brandenburgische Verfassung ließ sich die brandenburgische CDU außerdem von den westdeutschen Juristen Wilhelm Kewenig und Rupert Scholz beraten.³²⁶

Der Machtverlust des brandenburgischen Parteichefs Ulf Fink ist aber auch darauf zurückzuführen, dass er von vielen als arroganter „Wessi“ angesehen und bekämpft wurde.³²⁷

³²³ Schmidt, Transformation, S. 63f.

³²⁴ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 205.

³²⁵ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 210.

³²⁶ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 220.

³²⁷ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 223.

Beate Blechinger urteilt über westdeutsche Hilfe im Allgemeinen und Ulf Fink im Besonderen: *„Die Mitarbeit von Westdeutschen beim Aufbau der Brandenburger Verwaltung und bei der Erarbeitung von Gesetzen habe ich grundsätzlich positiv erlebt. Anders war es mit Ulf Fink, der 1991 Landesvorsitzender der CDU wurde. Für seinen Vorgänger Lothar de Maiziere hatte ich eine große Bewunderung, weil er unter so schwierigen Bedingungen 1990 einen friedlichen Übergang geschaffen hat. Es war schade, dass er wegen ständiger Fragen nach seiner DDR-Vergangenheit aufgehört hat. Danach habe ich an meiner Partei sehr gelitten. An Ulf Fink hat mich gestört, dass er auch stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) war. Ich finde, man kann nicht einem eher konservativen Sozialdemokraten, wie Manfred Stolpe das war, einen linken CDU-Politiker entgegensetzen. Ich habe zwar ein halbes Jahr lang versucht, einigermaßen gut mit Ulf Fink zusammenzuarbeiten. Doch dann habe ich gemerkt, er ist gekommen, um zu zeigen, wo es lang geht und nicht, um sich auf uns Brandenburger einzulassen.“*³²⁸

Karl-Heinz Kretschmer hingegen meint über die Zusammensetzung des ersten brandenburgischen Landtags, indem lediglich ein SPD-Abgeordneter westdeutsch sozialisiert war: *„Es gab zu viele Lehrer und Angestellte des Staates, und es gab auch zu wenig gebürtige Brandenburger. Das Volk hat sich in seiner Vielfalt im Landtag nicht widerspiegelt. Gleiches gilt auch für die Besetzung von Positionen in den Ministerien und Ämtern. Dort saßen einfach zu viele Westdeutsche. Es gab darunter zwar hervorragende Mitarbeiter, die sehr hilfreich waren, aber viele sind nach Brandenburg und auch generell in den Osten gekommen, weil sie für meine Begriffe in den alten Bundesländern keine Aufstiegschance hatten. Ich glaube, auch gut ausgebildete Brandenburger hätten diese Aufgaben übernehmen können.“*³²⁹

Die Hilfe westdeutscher Parteifreunde beim Aufbau von Parteistrukturen und Landtagsfraktion wurde gebraucht. Dies bestreitet kein Brandenburger Christdemokrat grundsätzlich. Der Umgang mit ihnen hing aber von der jeweiligen Disponierung ab. Tendenziell ist festzustellen, dass ehemalige Blockparteimitglieder westdeutsche Parteifreunde eher als „Fremdkörper“ empfanden, während neu hinzugekommene Parteimitglieder den bundesdeutschen Parteimitgliedern gegenüber offener waren. Unabhängig von ihrer Funktion wurde die Akzeptanz oder Ablehnung der westdeutschen Parteifreunde wesentlich durch ihr eigenes Auftreten und Verhalten bestimmt.

³²⁸ Vgl. Blechinger, S. 15.

³²⁹ Vgl. Kretschmer, S. 157.

5.7. Die Arbeit der CDU an der neuen Landesverfassung

Zu einer außerordentlichen Belebung der brandenburgischen Verfassungsdebatte führte der an der Oberfläche zwischen Ost- und Westdeutschen innerhalb der Partei geführte Streit um die neue brandenburgische Verfassung. Parteichef Fink, der als eher linksliberal galt, ließ sich in der Verfassungsfrage von den konservativen westdeutschen Juristen Wilhelm Kewenig und Rupert Scholz beraten, die ein restriktives Verfassungsverständnis vertraten und damit gegen die Aufnahme vieler plebiszitärer Elemente in die neue brandenburgische Verfassung votierten. Außerdem wandten sie sich gegen eine „Inflation“ von Staatszielen und verwiesen darauf, dass der von der Regierungskoalition eingebrachte Verfassungsentwurf beispielsweise im Ausländer- und Wirtschaftsrecht nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Die Kritik der konservativen Juristen richtete sich auch gegen Investitionshemmnisse durch Umweltschutz und die Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit. Parteichef Fink nannte diese Positionen dennoch vergleichsweise progressiv.³³⁰

Fraktionschef Diestel, der als Obmann der CDU im Verfassungsausschuss mitarbeitete und ein großer Teil der anderen CDU-Abgeordneten sicherten hingegen dem Verfassungsentwurf der Regierungskoalition während der Abstimmung im brandenburgischen Landtag am 14. April 1992 die notwendige Zwei-Drittelmehrheit. Zehn CDU Abgeordnete stimmten für den Entwurf, während elf gegen ihn votierten. Vier enthielten sich ihrer Stimme, während einer der Abstimmung fernblieb.³³¹

Der juristische Berater Rupert Scholz erklärte zur selben Zeit, der Verfassungsentwurf sei noch nicht abstimmungsreif und Parteichef Fink äußerte Verständnis für jene Bürger, die aus mangelnder Kenntnis des Verfassungsentwurfs der anstehenden Volksabstimmung über die neue Verfassung fernbleiben würden. Kurz vor der Volksabstimmung rückte die brandenburgische CDU von ihrer zuvor geäußerten Drohung einer Verfassungsklage ab und bekundete, das Ergebnis der Volksabstimmung zu akzeptieren.³³²

Anhand der Verfassungsdebatte wurde sowohl die politische Gespaltenheit der brandenburgischen CDU wie auch das durch unterschiedliche Sozialisation geprägte je eigene Verfassungsverständnis der brandenburgischen Christdemokraten offensichtlich.

³³⁰ Vgl. Schmidt, Umbruch, S. 200-221.

³³¹ Vgl. Büchner, Christiane/Franzke, Jochen: Das Land Brandenburg. Kleine politische Landeskunde, Potsdam 2002, S. 29.

³³² Vgl. Jung, Ottmar: Abschluss und Bilanz der jüngsten plebiszitären Entwicklung in Deutschland auf Landesebene, in: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart, Band 49, 2000, S. 43.

6. Die CDU Brandenburgs zwischen 2005 und 2010

6.1. Der Umgang mit der Parteigeschichte

Die Bundes-CDU wie auch ihr Landesverband Brandenburg haben sich 20 Jahre nach der Deutschen Einheit nicht vollumfänglich um die Aufarbeitung der Geschichte der DDR-CDU in den letzten Jahrzehnten der DDR bemüht. Das Desinteresse an dieser Aufgabe bei gleichzeitiger Wendung der so genannten Aufarbeitungsdebatte in historisch haltlose Parteitage demonstrierte der CDU-Parteitag vom Dezember 2008 in Stuttgart. Hier war eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der Ost-CDU notwendig geworden, weil zuvor bekannt wurde, dass der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich in öffentlichen Darstellungen seine Biografie um ihn politisch belastende Ämter während der DDR-Zeit verkürzt wiedergegeben hatte. Das außerordentlich große Medienecho, welches dem Bekanntwerden dieses Umstands folgte, zwang die CDU zum Handeln.

Einerseits schwächte die Antragskommission einen der historischen Tatsache der Mitverantwortung der CDU-Führung³³³ für das SED-Regime gerecht werdenden Antrag des Kreisverbandes Halle an der Saale „*Wir bekennen uns zur Geschichte der CDU als Blockpartei, kennen die schuldhafte Mitverantwortung der Führung der CDU in der DDR an den Verfehlungen und Verbrechen einer Diktatur unter der führenden Rolle der SED*“ (was die CDU-Basis wie bspw. Michael Wonneberger, Dieter Willholz oder Immo Lieberoth verantwortete führt dieser Antrag nicht auf) in die Formulierung „*Gleichwohl hat die CDU in der DDR im totalitären System der SED-Diktatur mitgewirkt*“ ab.³³⁴ Andererseits redete in der auf den von Dagmar Schipanski eingebrachten Antrag folgenden Debatte nur der seit 1983 der CDU angehörende Ostberliner Parteifreund Fritz Niedergesäß. Vor halbleerem Saal erklärte er, dass allein die SED in der DDR die Macht hatte. Der Begriff der Mitverantwortung fiel in seiner Rede nicht. Nachdem er Anfang der 80er Jahre allerdings zum ersten Mal im Arbeitskreis Bauwesen der Ostberliner CDU auftauchte, konnte er feststellen: „. . . da hauten die alle auf die DDR ein. Ich hab ja gedacht, dass sind ja alles Spione, als ich das erste Mal drinnen war. Ich konnte mir gar nicht vorstellen, dass die das ernst meinen,

³³³ Der neu gewählte CDU-Vorsitzende Lothar de Maiziere hatte auf dem Sonderparteitag der CDU der DDR am 15. und 16. Dezember 1989 noch für die gesamte CDU und nicht nur die CDU-Führung erklärt: „*Es ist eine unabwiesbare Notwendigkeit, dass wir uns unserer Geschichte stellen und unsere Lehren ziehen. Nur, wenn der Parteitag ein politisches Schuldbekennnis der CDU ablegt, können wir uns Glaubwürdigkeit erarbeiten und an der Gestaltung der Zukunft teilnehmen. Nur, wenn wir die Mitverantwortung der CDU für die Deformationen und die Krise unserer Gesellschaft bekennen, können die Erneuerungskräfte unserer Partei ihrer Aufgabe gerecht werden. Wegstehlen wollen und können wir uns nicht von unserer Vergangenheit. Deshalb kommt für mich auch eine Änderung des Namens unserer Partei nicht in Frage. Ich hoffe, darin mit Ihnen übereinzustimmen.*“ Utm 2/1990, S. 2.

³³⁴ Vgl. Nolle, Karl: Sonate für Blockflöten und Schalmeien – Zum Umgang mit der Kollaboration heutiger CDU-Funktionäre im SED-Regime, Broschur, S. 32.

aber von den 30 oder 40 Leuten, die wir in dem Arbeitskreis waren, da waren vielleicht zwei oder drei dabei die linientreu waren . . . “³³⁵ Das von Niedergesäß in die Nähe von Spionage gerückte „Meckern“ war lingua franca in der DDR. Dass es in der CDU der DDR besonders häufig stattfand, ist bisher weder von der CDU noch von anderen dokumentiert worden.

Dokumentiert hingegen sind einige berufliche Stationen von Fritz Niedergesäß. Das CDU-Mitarbeitermagazin „Union teilt mit“ schrieb beispielsweise im Juni 1986: *„AM AUFBAU des Ernst-Thälmann-Parks im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg mit einer Gedenkstätte für den Arbeiterführer sowie einem neuen Wohnbezirk für 4 000 Einwohner [...] war auch Unionsfreund Fritz Niedergesäß, Komplexbauleiter des VEB Autobahnkombinat, Betrieb Verkehrsbau Berlin [...] beteiligt. Der dreifache Aktivist und Mitglied des Ortsgruppenvorstandes Bohnsdorf war verantwortlich für den Abbruch alter Industriegebäude, Tiefenenttrümmerung, die stadtechnische Erschließung und die Verkehrslösung Greifswalder Straße“. Jetzt arbeitet er mit seinem Kollektiv an der U-Bahn-Trasse Tierpark-Biesdorf“*³³⁶ Über diesen Teil seiner Berufsbiografie schrieb das Mitarbeitermagazin im September 1987, begleitet von einem realsozialistisch inszenierten Foto der benannten Akteure: *„EIN EHRENBANNER des ZK der SED für hervorragende Leistungen in der ‚FDJ-Initiative Berlin‘ übergab der 1. Sekretär des FDJ-Zentralrates, Eberhard Aurich, an Unionsfreund Fritz Niedergesäß, Komplexbauleiter des Objektes "Verlängerung der U-Bahn-Linie E".“*³³⁷

Nach der Rede von Fritz Niedergesäß erhob kein, mittlerweile ehemalg zu nennender, Parteireformer Widerspruch gegen diese im Jahr 1991 noch Zerwürfnisse auslösenden Worte. Heinz Eggert, Mitautor der im Jahr 1991 gegen Lothar de Maiziere gerichteten Sätze *„Wir verwahren uns gegen die Aussagen des brandenburgischen Landesvorsitzenden, es gäbe kaum Unterschiede in den Biographien der Menschen im Osten. Dies ist eine unannehmbare Beleidigung all jener, die persönliche Vorteile nicht mittels eines Unrechtsregimes erlangen wollten, und daher für befristete Zeit Verzicht geübt haben“* äußerte hingegen Verständnis für Stanislaw Tillichs Karriere in der DDR, von der er im Gegensatz zur Öffentlichkeit schon vor dem Jahr 2008 wusste.

Die Parteireformer sehen demnach ihre Gegner nur noch in der Linkspartei und nicht mehr in den ehemaligen Systemträgern in den eigenen Reihen. Dies gilt auch für den brandenburgischen Landesverband.

³³⁵ Vgl. Rede Fritz Niedergesäß auf dem Stuttgarter Parteitag, abgedruckt in Nolle, S. 279.

³³⁶ Vgl. Utm, 6/1986, S. 33.

³³⁷ Vgl. Utm, 9/1987, S. 24.

Auffällig an der Rede von Fritz Niedergesäß wie auch der Auseinandersetzung mit der Parteigeschichte in der DDR ist die starke Personalisierung der Argumente. Es werden nicht die Strukturen der Mitverantwortung, wie die Beeinflussung der Kirchen und der christlichen Gemeinden im Zusammenhang und regional oder lokal aufgearbeitet sondern persönliche Schicksale von erlittenem Unrecht in der Diktatur erzählt. Dieses aber erlebten auch des Öfteren angepasste Mitläufer oder Mitträger der Diktatur.

Auch die spätere brandenburgische Parteichefin Johanna Wanka, die sich selbst weder zur DDR-Bürgerrechtsbewegung zählt noch eine Blockpartei Vergangenheit aufzuweisen hat, tat nichts öffentlich Nachvollziehbares für die Aufarbeitung der Geschichte der CDU in den drei benannten Bezirken während der letzten Jahrzehnte der Diktatur. Als ihre eigene Zäsur stellte sie jedoch einige Wochen vor dem Stuttgarter Parteitag der CDU ein Disziplinar-Verfahren gegen sie und ihren Mann aus dem Jahr 1986 dar. Sie hatten sich zum Semesterbeginn an der Hochschule Merseburg gegenüber Studenten gegen Wehrkundeunterricht und die Stationierung von sowjetischen SS-20-Raketen ausgesprochen.³³⁸

Auch der seit dem Jahr 2009 amtierende Generalsekretär der CDU, Dieter Dombrowski, tat, abgesehen vom Ende Mai 2011 gegen das Potsdamer CDU-Mitglied Thilo Steinbach eingeleiteten Parteiausschlussverfahren,³³⁹ nichts öffentlich Nachvollziehbares für die Aufklärung der beispielsweise von Günter Nooke benannten Kooperation von CDU-Mitgliedern mit der Staatssicherheit gegen Oppositionelle und wohnte stattdessen der Verteidigung der rot-roten Landesregierung im Jahr 2009 in seiner Häftlingsuniform bei. Er erklärte: „Über 200.000 ehemalige DDR-Bürger haben ohne jede Schuld diese Uniform über Jahre tragen müssen. Die Täter sind heute wieder obenauf und an der Brandenburger Regierung beteiligt, während viele SED-Opfer von HARTZ IV leben müssen. Bei so viel Unaufrichtigkeit und Machtgier der wiedervereinigten Linken ist es mir eine Ehre die Kleidung der DDR-Bürger zu tragen, die sich nicht gefügt haben.“³⁴⁰ Dass Mitglieder seiner Partei DDR-Bürger „die sich nicht gefügt haben“ im Auftrag von SED und Staatssicherheit bespitzelten, in ihrer vor allem pazifistisch-oppositionellen Arbeit einschränkten und nach der

³³⁸ Interview mit Johanna Wanka: „Alle wichtigen Personen sind mit im Boot“, MAZ 23. 10. 2008, S. 5.

³³⁹ Vgl. Thiessen, Ulrich: CDU will Mitglied ausschließen. Generalsekretär Dombrowski wirft Unternehmer Steinbach Stasi-Kontakte vor, MOZ 25.5.2011. Im Fall von Thilo Steinbach betont Dombrowski, dass es nicht darum ginge ob er IM des MfS war oder nicht. Vielmehr verwies er auf die oben genannte Klausel in der Parteisatzung des Landesverbandes der CDU, die unter parteischädigendem Verhaltens auch den Verrat oder die Schädigung von Gegnern totalitärer Systeme subsummiert. Da dies eine der Aufgaben der CDU der DDR war, zeigt sich an der Tatsache dass der Ausschlussversuch gegen Steinbach der erste seit 1997 ist, dass diese Klausel nur passiv und als Folge öffentlichen Drucks angewandt wird. Selbstreinigungsversuche aus eigenem Antrieb finden demnach in der CDU nicht statt.

³⁴⁰ <http://www.cdu-brandenburg.de/730.html> Datum der Kopieentnahme: 7.4.2011

friedlichen Revolution „wieder obenauf“ waren, erwähnte der Menschenrechtsbeauftragte der CDU Brandenburgs bisher nicht.

Mitglieder des Landesverbandes der CDU Brandenburgs wie Sven Petke waren im Dezember 2008, während der Parteitage von Fritz Niedergesäß im Saal geblieben und beklatschten dessen Auffassungen. CDU-Vorstandsmitglied Katharina Reiche verteilte auf dem Stuttgarter Parteitag ein Kartenspiel unter dem Titel „Der große Wissenstest: Wie war das in der DDR?“ Hinweise auf die CDU gab es nur auf zwei Karten. Eine fragte nach dem ersten Kanzler des wiedervereinigten Deutschland, die andere nach dem Ort, in dem Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgewachsen war.³⁴¹

Den 20. Jahrestag des Mauerfalls feierte Anfang November 2010 die Potsdamer CDU-Kreisvorsitzende Katherina Reiche mit Parteifreunden an der Glienicker Brücke mit den Worten, dass es Geschichtsklitterung sei, wenn Ministerpräsident Platzeck von einem Anschluss der DDR spreche und Politiker der Linken den Mauerbau als „damals notwendig“ bezeichneten. Der Hauptredner der Gedenkveranstaltung war der erste Vorsitzende der frei gewählten CDU-Stadtfraktion Potsdams, Hans-Joachim Ziebarth, der bezüglich der Friedlichen Revolution festhielt: *„Wir sind in die Politik gegangen, um etwas zu bewegen und haben von Null einen Start gewagt.“*³⁴²

Gut 30 Jahre zuvor, am 1. September 1980 redete der damalige Lehrer an der Berufsschule der Geräte- und Reglerwerke „Wilhelm Pieck“ in Teltow auf einer Tagung des Hauptvorstandes der CDU in Burgscheidungen. Unter der Überschrift *„Dem Kapitalismus Grenzen gesetzt“* führte Ziebarth aus: *„Wenn unsere Bevölkerung vor Gewaltdrohung sicheren Schutz genießt, so ist das durchaus nicht das Resultat dankbar-zufriedener Passivität. Vielmehr stehen dahinter große Anstrengungen der sozialistischen Staaten, der militärischen Aggressivität des Imperialismus, für die die Brüsseler NATO-Rats-Beschlüsse erst unlängst wieder Zeugnis ablegten, kein Einfallstor, keine Chance zu lassen, Hiroshima zu wiederholen. [...] Welche Auswirkungen die Stärke des sozialistischen Lagers auf den antiimperialistischen Weg sogenannter armer Länder hat, zeigt beispielsweise die Verhinderung einer konterrevolutionären Aggression in Afghanistan. Aber auch der gesamte Zerfall des Kolonialsystems in den letzten Jahrzehnten, der prosozialistische Weg vieler ehemaliger Kolonien, steht im engen Zusammenhang mit dem Erstarren des Sozialismus. [...] Meinen persönlichen Beitrag innerhalb meines Arbeitsgebiets als Berufsschullehrer leiste ich, indem ich als Verantwortlicher für vormilitärische bzw. Sanitätsausbildung von*

³⁴¹ Vgl. Sächsische Zeitung, 8. Dezember 2008, S. 2.

³⁴² Scholze, Sebastian: Inbrunst und Hämmerchen. Jubiläumsfeier zum Jahrestag der Deutschen Einheit an der Glienicker Brücke, Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) 4.10.2010.

*Lehrlingen den Schutz der Zivilbevölkerung verbessern helfe. Natürlich werde ich oft gefragt, ob ich als Glied meiner Kirche eine solche Aufgabe nicht doch zu problematisch finde. Meine Antwort besteht darin: Christliche Friedensliebe äußert sich heute weder darin, die eigene Sicherheit gedankenlos und passiv zu genießen, noch darin, erworbenes politisches Urteilsvermögen über die Faktoren, die den Frieden gefährden oder ihn sichern, gegen einen indifferenten und falsch verstandenen Pazifismus einzutauschen, sondern alles unterstützen, was den Frieden in unserem eigenen Land und friedliche, gerechte Entwicklung in anderen Ländern fördert.*³⁴³ Im Jahr 1981 erhielt Ziebarth die Verdienstmedaille der DDR³⁴⁴ und 1982 war er Teilnehmer eines Rund-Tischgesprächs, das Gerald Götting mit dem Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA, Generaloberst Heinz Kessler, über die *„Mitverantwortung der Christdemokraten bei der Sicherung des Friedens“* führte.³⁴⁵ Im Jahr 1986 kandidierte Ziebarth als „Mehr-Kandidat“ für die Volkskammer und im Sommer 1989, „kurz bevor Ziebarth in die Politik ging“ erhielt er aus Anlass des 44. Jahrestages der Gründung der CDU das Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Bronze.³⁴⁶

Den 60. Jahrestag der Gründung des CDU Landesverbandes wiederum feierte am 23. Juni 2005 die brandenburgische Union mit einer zum Gründungsjubiläum verfassten Broschüre über 60 Jahre CDU in Brandenburg. Die Märkische Allgemeine Zeitung beschrieb deren Inhalt mit den Worten: *„In einer Broschüre – extra zum Gründungsjubiläum vorgelegt – werden ausführlich und differenziert die ‚Aufbauleistungen der Gründungsväter und –mütter‘ nach 1945 gewürdigt und die Repressalien in der sowjetischen Besatzungszone dargestellt. Die Zeit in der DDR (zwischen Widerstand und Gleichschaltung), als Gerald Götting die Linie der Block-CDU vorgab, wird vergleichsweise kurz abgehandelt. Strittig dürfte der Satz sein: ‚Bis zur Wende 1989 hielt sich in der CDU ein verdecktes oppositionelles Potenzial.‘*³⁴⁷

Da diese Broschüre offensichtlich der einzige von der brandenburgischen CDU unternommene und schriftlich (auszugsweise auch auf der website des Landesverbandes)³⁴⁸ niedergelegte Versuch der Auseinandersetzung mit der Geschichte der CDU-Bezirksverbände

³⁴³ Ziebarth, Hans-Joachim: Dem Kapitalismus Grenzen gesetzt., in: Wehrpflicht und Christenpflicht. Solidarität - Anliegen und Aufgabe christlicher Demokraten, Berlin 1980, S. 70-72.

³⁴⁴ Vgl. Utm 11/1981, S. 22.

³⁴⁵ „Neue Zeit“ 24.4.1982.

³⁴⁶ Vgl. Utm 7/1989, S. 11.

³⁴⁷ Göldner, Igor: Eine Partei feiert sich. Wie die CDU an ihre Gründung erinnert und dabei heikle Kapitel ausblendet, MAZ 22.6.2005.

³⁴⁸ Die CDU nach 1952 in deutlich kleinerer Schriftgröße von den *„Aufbauleistungen der Gründungsväter und –mütter“* abgehoben: <http://www.cdu-brandenburg.de/865.html>. Datum der Einsichtnahme: 4.4.2011.

Potsdam, Cottbus und Frankfurt an der Oder ist, spiegelt ihr Inhalt das offizielle Selbstverständnis der CDU bezüglich ihrer Vergangenheit in den drei benannten Bezirken.

Das völlige Ausbleiben einer Auseinandersetzung mit der Rolle der CDU in der DDR in den letzten Jahrzehnten ihrer Existenz steht in einem umgekehrten Verhältnis zur Betonung individuell erlebter Benachteiligung in der Diktatur durch CDU-Spitzenpolitiker Brandenburgs. Offensichtlich wird die Strategie verfolgt, mit der wiederholten Schilderung persönlich erlebten Unrechts der CDU in der Öffentlichkeit im Nachhinein den Status eines Opfers und nicht Mitverantwortlichen an der SED-Diktatur zu verleihen. Gleichzeitig wird in Parteipublikationen im Stile der Parteitagsrede von Fritz Niedergesäß der CDU ein nirgends dokumentiertes „*verdecktes oppositionelles Potenzial*“ zugeschrieben und Mitverantwortung für die SED-Diktatur nicht oder nicht umfassend benannt. Daneben wird von Parteivorstandsmitgliedern einem mit der Verdienstmedaille der DDR ausgezeichneten ehemaligen Volkskammerkandidaten, der in der Absicht „*Dem Kapitalismus Grenzen zu setzen*“ persönliche Beiträge „*als Verantwortlicher für vormilitärische bzw. Sanitätsausbildung von Lehrlingen*“ erbrachte, anlässlich des 20. Jahrestages der deutschen Einheit ein öffentliches Podium für die Feststellung im Jahr 1990 „*in die Politik gegangen*“ zu sein, gegeben.

6.2. Der Umgang mit der Blockpartei Vergangenheit

Im Januar 2009 berichtete die „Welt am Sonntag“: „6780 Mitglieder hat die CDU im Zwei-Millionen Einwohner-Land Brandenburg. Die meisten waren schon in der Ost-CDU, die als Juniorpartner der SED die DDR mitverwaltete.“³⁴⁹ Die Aufarbeitung dieser Tatsache blieb bisher aus.

Die jüngste Auseinandersetzung innerhalb der märkischen CDU über die Blockpartei Vergangenheit eines Mitglieds ihrer Führungsriege jedoch fand ein Jahr vor dem Stuttgarter Parteitag der CDU, unmittelbar vor dem brandenburgischen Parteitag des Jahres 2007 statt. Das Politmagazin Cicero hatte einen, schon zuvor bekannten, Artikel des Parteivorsitzenden Ulrich Junghanns aus der DBD-Zeitung „Bauernecho“ vom 3. Juli 1989 abgedruckt. In seiner damaligen Funktion als Berliner Bezirkschefs der Bauernpartei hatte er

³⁴⁹ Alexander, Robin: Eine Partei in Familientherapie, Welt am Sonntag 18.1.2009.

die Berliner Mauer als Schutz „*vor all dem, was hinter der Mauer an brauner Pest wuchert*“³⁵⁰ bezeichnet. Bis dahin wurde über diese Einlassung nie öffentlich debattiert.³⁵¹

Ulrich Junghanns äußerte sich zu seinem Artikel mit dem viel zitierten Satz: „*Unregelmäßig, in welcher Mission auch immer, wird mir dieser Artikel und damit exemplarisch meine frühere Tätigkeit in der ehemaligen ostdeutschen Bauernpartei vorgehalten. Dieselbe ist hinlänglich bekannt - mit dem politischen Blick zurück vor allem für mich selbst ebenso unveränderbar wie heilsam.*“³⁵²

Junghanns hatte zuvor bis 1998 für die CDU Brandenburgs im Deutschen Bundestag gesessen, sich dann zurückgezogen um eine Firma zu führen, wurde gebeten im Jahr 2002 das wegen eines Ministerrücktritts vakante Amt des brandenburgischen Wirtschaftsministers zu übernehmen und wurde Anfang 2007 mit knapper Mehrheit, als Nachfolger Jörg Schönbohms, zum brandenburgischen Parteichef gewählt.

Bereits während dieser Wahl waren die Delegierten des Parteitages wie auch die Kreisverbände in ein Unterstützerlager um Ulrich Junghanns und eines um seinen jüngeren Herausforderer Sven Petke gespalten. Dieses benutzte den Artikel aus dem Bauernecho um Ulrich Junghanns aus dem Amt des Parteivorsitzenden zu drängen. War dies auch nicht ein klassischer Streit zwischen Blockpartiefunktionären und Reformern (beide Lager hatten sowohl ehemalige Blockpartiefunktionäre wie auch Parteineuzugänge hinter sich) kann man ihn jedoch als Streit zwischen einer aufstrebenden, historisch unbelasteten jüngeren Parteilite um Sven Petke und alteingesessenem Parteiestablishment betrachten.

Auch dieser Streit hatte nicht die Mitverantwortung von Blockparteien für die DDR-Diktatur zum Gegenstand, für welche der Artikel ein weiterer Beleg ist, sondern lediglich die persönliche schriftliche Meinungsäußerung eines ehemaligen Blockpartiefunktionärs. Ungeachtet der Tatsache, dass derartige pro-sozialistische und antiwestliche Äußerungen in unüberschaubarem Maße von nach 1990 in der brandenburgischen CDU aktiven Politikern getätigt wurden, verhielten sich die Mitglieder des „Petke-Lagers“ so, als wäre diese Aussage ihres Parteichefs ein singulärer Vorfall und seien sie selbst bisher noch nie mit einem mit ähnlichen Äußerungen behafteten Parteifreund „in einem Boot“ gewesen. Ein Parteitagsdelegierter gab unter Verweis auf den „Junghanns-Artikel“ seine Urkunde und Medaille für 25-jährige Parteimitgliedschaft zurück. Petra Dombrowski, Ehefrau von Dieter

³⁵⁰ Junghanns, Ulrich: Berlin – sozialistische Metropole in Farben der DDR, Bauernecho 3.7.1989.

³⁵¹ Vgl. Beyerlein, Andrea: Alte Zitate und neue Attacken. Vor dem Parteitag holt die Vergangenheit CDU Chef Junghanns wieder ein, Berliner Zeitung 1.11.2007, S. 26.

³⁵² Vgl. Lohre, Matthias: Junghanns steht mit dem Rücken zur Mauer. Brandenburgs Wirtschaftsminister Junghanns (CDU) gerät unter Druck. Weil er 1989 die Berliner Mauer lobte, fordert die Junge Union seinen Rücktritt, tageszeitung, 27.7.2007, S. 23.

Dombrowski, nahm gleichzeitig eine von Junghanns unterzeichnete Ehrenurkunde für ihre 30jährige CDU-Mitgliedschaft aus dessen Händen nicht an.³⁵³

Die Parteibasis war gespalten. Der ehemals der CDU der DDR angehörende havelländische Junghanns-Kritiker Holger Schiebold verstieg sich in einem Leserbrief an die Märkische Allgemeine Zeitung zu dem unzählige seiner ehemaligen und aktuellen Parteifreunde politisch ausgrenzenden Satz „*Wer in der damaligen sozialistischen DDR Karriere machen wollte und gemacht hat, der sollte im vereinigten Deutschland das Rückgrat haben politisch den Mund zu halten.*“³⁵⁴

Andere Parteimitglieder stellten hinter vorgehaltener Hand fest, dass Redeformeln, wie die von Junghanns gebrauchte, damals nicht ungewöhnlich gewesen seien und die damalige Justizministerin Blechinger bilanzierte „*Das ist doch ein alter Hut*“.³⁵⁵ Der damalige Chef der brandenburgischen Jungen Union wandte gegen Rücktrittsforderungen aus der Berliner und nordrhein-westfälischen Jungen Union ein, dass Junghanns Artikel eine „*ganz alte Kamelle*“ sei.³⁵⁶

Diese gravierenden Unterschiede in der politischen Auffassung des Artikels von Junghanns spiegeln sich nicht im zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung neu formulierten Grundsatzprogramm der brandenburgischen CDU wider. Dass sich für eine stärkere Aufarbeitung der DDR-Geschichte einsetzende Papier stellt fest: „*Wir Christdemokraten wissen, dass jeder Mensch in seinem Leben Irrtum und Schuld ausgesetzt ist. Diese vom christlichen Menschenbild herrührende Einsicht schafft Bereitschaft zur Versöhnung und ermöglicht einen gemeinsamen Neubeginn.*“³⁵⁷

Ohne besonders darauf zu verweisen stellt die CDU seit der Landtagswahl im Jahr 2009 die erste Landtagsfraktion in den neuen Bundesländern die ohne ehemalige Blockparteimitglieder auskommt.³⁵⁸ Gerade im Vergleich zu den übrigen neuen Bundesländern, wo aktive

³⁵³ Krause, Volkmar: Urkunde an Junghanns zurück. Ehefrau des havelländischen CDU Kreischefs lehnt Auszeichnung ab, MAZ 29.10.2007.

³⁵⁴ Vgl. Schauka, Frank: Hacker zerstören CDU-Internetseite. Seite enthielt Junghanns-Rede zur Mauer, MAZ 20.8.2007.

³⁵⁵ Klesmann, Martin: Junghanns und die Berliner Mauer. Zitat vom Juli 1989 gerät in parteiinternen Machtkampf, Berliner Zeitung 26.7.1989, S. 22.

³⁵⁶ Vgl. Lohre, Matthias: Junghanns steht mit dem Rücken zur Mauer. Brandenburgs Wirtschaftsminister Junghanns (CDU) gerät unter Druck. Weil er 1989 die Berliner Mauer lobte, fordert die Junge Union sein Rücktritt, tageszeitung 27.7.2007, S. 23.

³⁵⁷ Vgl. Beyerlein, Andrea: Alte Zitate und neue Attacken. Vor dem Parteitag holt die Vergangenheit CDU Chef Junghanns wieder ein, Berliner Zeitung 1.11.2007, S. 26.

³⁵⁸ Diese Feststellung setzt voraus, dass der auf der Website der Abgeordneten Monika Schulz-Höpfner zu findende Satz: „*Seit über 20 Jahren bin ich Mitglied der CDU.*“ (<http://www.monikaschulz-hoepfner.de/vita.htm>. Datum der Einsichtnahme: 23. Mai 2011.) nicht 22 Jahre und mehr meint. Falls dies doch zutrifft ist es ein weiterer Fall von versuchter Verschleierung der eigenen politischen Biografie. Trotzdem bliebe auch in diesem Fall festzustellen, dass die aktuelle Landtagsfraktion der CDU im Vergleich zu den CDU-Fraktionen in den übrigen neuen Bundesländern kein ehemaliges Blockparteimitglied aufzuweisen hat, welches seine politische Karriere bereits in der DDR begann.

Blockparteimitglieder noch heute die höchsten Partei- und Exekutivämter ausüben, erscheint dies nicht zufällig sondern signalisiert das Erreichen eines nicht ausgesprochenen Zieles einflussreicher Parteikreise.

Ehemalige Blockparteipolitiker können in der brandenburgischen CDU mit Verständnis für ihre Rolle in der DDR rechnen. Andererseits wird im Fall eines politischen Konflikts ihre Vergangenheit gegen sie instrumentalisiert. Eine Auseinandersetzung um die Rolle und Funktion von Blockparteimitgliedern und ihrer Partei in der DDR hat unabhängig von einem politischen Konflikt in der brandenburgischen Union bisher nicht stattgefunden. Offensichtlich gilt noch immer die Maßgabe des ehemaligen Fraktionschef Peter-Michael Diestel, dass die Mehrheit der Parteibasis wegen eigener ehemaliger Blockparteizugehörigkeit gegen dieses Ansinnen ist.

6.3. Die Senioren-Union in Brandenburg

Wie in anderen ostdeutschen Landesverbänden auch, weicht die Betrachtung der ostdeutschen Geschichte der CDU durch die Senioren-Union Brandenburgs häufig von der offiziellen Parteilinie ab. Viele Alt-Parteimitglieder erinnern sich in dieser Vereinigung der DDR-Geschichte anders als die Protagonisten ihrer Partei. Nicht um die Partei zu erneuern oder historisch aufzuklären. Vielmehr stehen sie zu ihrer Vergangenheit in der DDR und bekennen sich nach wie vor zu vielen heute diskreditierten Zielen und Personen mit prosozialistischer Vergangenheit.

Die beiden Ehrenvorsitzenden der brandenburgischen Senioren-Union Ulrich Braun und Ulrich Winz sind hierfür ein Beispiel. In anderen Parteigruppierungen der CDU würden sie mit ihren politischen DDR-Biografien vermutlich beargwöhnt werden. In der Senioren-Union hingegen stehen diese einer Ehrenpräsidentschaft nicht im Wege. Sie weisen deutlich auf die Mitverantwortung der CDU für die SED-Diktatur und die Erfüllung des Auftrages der CDU, christliche Bürger an die Diktatur zu binden, hin.

Auf der Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit Mitgliedern von Gemeindegemeinderäten und Pfarrgemeinderäten am 1. September 1977 in Burgscheidungen referierte der Eberswalder Laienprediger Ulrich Braun unter dem Titel „Unter der Botschaft Jesu in der gelebten Gemeinschaft“ folgende Ansichten: *„In den Arbeitsgruppen ‚Christliche Kreise‘ erwartet man von mir, Pfarrern und Gemeindegemeinderäten möglichst aus persönlichem Zeugnis und Beispiel eine Hilfe zu geben, sich der vielfältigen*

*gesellschaftlichen Verflechtungen und Verpflichtungen bewußt zu werden und von der Botschaft und der Tat Jesu her [...] aus dem kirchlichen Raum auch zum eigenen wirksamen gesellschaftlichen Engagement zu finden. Solche Hilfe habe ich ja selbst auch zuvor durch andere empfangen. [...] Wir brauchen große gesellschaftliche Kräfte zur Bewältigung der riesigen Aufgabe, die uns in der Geschichte gestellt ist. Wir gehen diese große Aufgabe in der Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems an. In jedem der Staaten und Völker brauchen wir den ganzen Einsatz, die Hingabe der Persönlichkeit in jedem Menschen an die gemeinsame Sache. Dazu wollen wir die Menschen befähigen.*³⁵⁹

Im Jahr 1982 plädierte der Träger der Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Bronze und Silber Ulrich Braun vor der Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit Angehörigen kirchlicher Räte, Synodalen und Mitarbeitern in den Kirchengemeinden unter dem Titel „Arbeit - entwickelt zum Bedürfnis des Menschen“ folgendermaßen: *„Wir haben heute gehört, daß sozialistische Lebensweise ein sehr umfassender, vielschichtiger und immer mehr bewußt zu gestaltender Prozeß ist, in den Christen, insbesondere auch wir christlichen Demokraten, verantwortlich mit einbezogen sind bei der Gestaltung unserer sozialistischen Gesellschaft unter den hohen Anforderungen der 80er Jahre. Über eins sind wir uns wohl schon klar geworden: Das sozialistische Leben beginnt nicht erst nach der Arbeit, mit der Freizeit, sondern es beginnt mit der Arbeit: denn sozialistisch zu leben heißt auch - und zuerst - sozialistisch zu arbeiten.*³⁶⁰

Ähnlich positioniert sich der zweite Ehrenvorsitzende der Senioren-Union Brandenburg, das ehemalige Mitglied des Bezirksvorstands der CDU in Cottbus, Ulrich Winz. Der Journalist und Kulturwissenschaftler schrieb bereits im Jahre 1969 in der Mitarbeiterzeitschrift „Union teilt mit“: *„In diesem Sinne gedachten auch die Teilnehmer des Oberstufenlehrgangs 1969 an der Zentralen Schulungsstätte ‚Otto Nuschke‘ während eines Besuches des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald des am 18. Juli 1939 ermordeten Geistlichen. Ich erinnerte mich dieser Stunde als ich das Offene Wort unserer Partei überdachte. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß wir es in der DDR - nicht zuletzt durch unsere Partei - längst gelernt haben, die Gefahr der neonazistischen Entwicklung in Westdeutschland ‚nicht zu bagatellisieren‘, ‚unser Wissen um gesellschaftliche Zusammenhänge‘ laufend zu prüfen und zu vervollkommen. Doch damit allein ist es nicht getan. Wir werden unserer nationalen Verantwortung erst voll gerecht - dazu möchte das an die westdeutschen Christen gerichtete*

³⁵⁹ Braun, Ulrich: Unter der Botschaft Jesu in der gelebten Gemeinschaft, in: Bürgerpflicht und Christenpflicht. Sozialismus - das ist für uns umfassender Friede. erlebte Gemeinschaft. verantwortete Gesellschaft, Berlin 1977, S. 34 f.

³⁶⁰ Braun, Ulrich: Arbeit - entwickelt zum Bedürfnis des Menschen, in: Bürgerpflicht und Christenpflicht. Sozialistische Lebensweise - von christlichen Demokraten mitgestaltet und praktiziert, Berlin 1982, S. 36.

Offene Wort wohl auch uns ermutigen -, wenn wir dieses Wissen weitergeben, wenn wir alle Möglichkeiten der politischen Überzeugung unserer Verwandten und Freunde in Westdeutschland nutzen. Das sollte uns jederzeit dringendes Bedürfnis, ja Herzensanliegen sein. Könnten wir dem Vermächtnis Pfarrer Schneiders besser gerecht werden?‘³⁶¹

Nach diesem Artikel veröffentlichte er als Redaktionsleiter der „Märkischen Union“ unzählige Artikel in ähnlichem Sinne. Ein Artikel in der Mitarbeiterzeitschrift „Union teilt mit“ porträtiert Winz im Juni 1976 unter anderem mit den Worten *„Er ist u. a. Träger des Otto-Nuschke-Ehrenzeichens und der Ehrennadel der Nationalen Front. Besonders schätzt er - so glauben wir – den Titel ‚Kollektiv der sozialistischen Arbeit‘, den er 1972 mit den Mitarbeitern der von ihm geleiteten Bezirksredaktion erkämpfte. Dies war ein Novum in unserer Parteipresse.“³⁶²* Nachdem Winz im Jahr 1973 nach Ostberlin umgezogen war, publizierte er auch als stellvertretender Abteilungsleiter für Agitation beim Sekretariat des Hauptvorstandes weiter und erhielt Auszeichnungen wie beispielsweise das „Banner der Arbeit - Stufe drei“.³⁶³

Mitglieder der Seniorenunion Brandenburgs rezensierten daneben die eine Mitverantwortung der Ost-CDU an der SED-Diktatur klar benennenden Erinnerungen des hauptamtlichen CDU-Funktionärs Hans-Joachim Winter aus Frankfurt/Oder unter anderem wie folgt: *„Der Staat der DDR – hoffnungsvoll angetreten mit seiner Nationalhymne, aus der der Titel des Buches genommen ist – fand nach 40 Jahren sein Ende in der ‚Wende‘; damit auch alle Aktivitäten, über die der Verfasser so ausführlich berichtet. Im letzten Abschnitt ‚Was bleibt?‘ schreibt Winter: ‚Festzuhalten bleibt (zudem), daß sich neben allen unschönen Zügen, die der DDR anhafteten, im zwischenmenschlichen Bereich eine Kultur des Miteinander und Füreinander entwickelt hatte, die bis heute nachwirkt...‘ Und er erwähnt manche Elemente, die nach vorn wiesen, die heute verloren zu gehen drohen.“³⁶⁴*

Paradoxerweise findet man die freimütigste Auseinandersetzung mit der Mitverantwortung der Ost-CDU an der SED-Diktatur in der Senioren-Union. Lassen viele ihrer zu großen Teilen in der DDR sozialisierten Mitglieder einerseits regelmäßig Sympathie für Träger oder Errungenschaften der untergegangenen Diktatur erkennen, verhalten sie sich andererseits nicht durchgehend politisch-taktisch zu den Verstrickungen der eigenen Partei während der SED-Herrschaft. Der bekennenderweise in den Herrschaftsapparat verstrickte Hans-Joachim Winter hat somit ganz im Sinne der oben genannten Rezension das, wenn auch persönlich

³⁶¹ Winz, Ulrich: Vermächtnis, Utm Heft 18/1969, S. 2.

³⁶² Unser Porträt: Ulrich Winz, Utm 6/1976, S. 25.

³⁶³ Vgl. Utm 6/1985, S. 29.

³⁶⁴ Rezension in: Report, Senioren-Union der CDU / Landesvorstand Brandenburg, abgedruckt unter: <http://verlagdiefurt.de/Buecher/cdu.html> Kopieentnahme 3.4.2011.

gehaltene, aufschlussreichste Buch über die Funktion der CDU in einem der brandenburgischen Bezirke während der DDR-Zeit geschrieben.

6.4. Der Umgang mit ehemaligen SED-Mitgliedern und der Partei Die Linke

Genauso zwiespältig wie der innerparteiliche Umgang mit der DDR-Vergangenheit vieler Parteifreunde ist, genauso zwiespältig werden in der brandenburgischen Union ehemalige Mitglieder der SED behandelt. Die CDU-Abgeordnete des Potsdamer Stadtparlaments Maika Dencker sprach Mitte November 2008 die Fraktion der Linken mit der Anrede „*Sie von der SED*“ an. Sie führte weiter aus: „*Ob nun SED, PDS, Linke oder wie immer sie sich noch umfirmieren: Mit ihnen ist es wie mit einer Schlange - sie kann sich noch so oft häuten, sie bleibt eine Schlange*“.³⁶⁵ Dass ihr Fraktionskollege Michael Schröder ebenfalls ehemaliges SED-Mitglied war, wusste sie entweder nicht oder war ihr egal.

Derartige Auffassungen legen nahe, dass viele Mitglieder der Union Brandenburgs klar zwischen ehemaligen SED-Mitgliedern auf der einen Seite und der SED-Nachfolgepartei auf der anderen unterscheiden. Eine ihre Auffassung unterstützende logische Trennung zwischen den Trägern der SED, nämlich ihren Mitgliedern und der ohne ihre Mitglieder wesenslosen Partei SED bleiben die Vertreter solcher Auffassung bisher schuldig.

Diese Absurdität setzt sich im Umgang der brandenburgischen Union mit der Partei Die Linke fort. Die ehemalige Parteivorsitzende Johanna Wanka antwortete dem Berliner Tagesspiegel auf die Frage nach Bündnissen mit der Linkspartei: „*Die CDU hat da eine prinzipielle wie realitätsnahe Position, nämlich: keine institutionellen Bündnisse, keine Koalition mit den Linken. Dies schließt eine pragmatische Zusammenarbeit in Kommunen nicht aus.*“³⁶⁶

Politisch bedeutet dies: Eine Zusammenarbeit ist jederzeit möglich, sie darf nur nicht schriftlich fixiert werden. Verboten ist nicht die Kooperation mit der Partei Die Linke sondern deren schriftliche Fixierung. Dieses Verbot ist keine „prinzipielle oder realitätsnahe“ Position, es ist vielmehr der Versuch in Ostdeutschland auf kommunaler und regionaler Ebene vorhandenen gemeinsamen politischen Vergangenheiten, politischen Positionen oder politischen Vorhaben zwischen CDU und der Partei Die Linke konstruktiv zu begegnen.

³⁶⁵ Hein, Carola: Die SED und die Schlange. Eklat um Jana Schulze, umstrittene Sozialpolitikerin der Linken, MAZ 14.11.2008, S. 13.

³⁶⁶ Interview mit Johanna Wanka: „Die Union ist wieder ein ernsthafter Mitbewerber“, Der Tagesspiegel 25.10.2008, S. 13.

Als im Jahr 2001 das seit 1993 in der Prignitz existierende Wahlbündnis zwischen CDU und PDS bezüglich der Landratswahl schriftlich fixiert werden sollte, erhoben umgehend Parteichef Schönbohm und sein Generalsekretär Thomas Lunacek erfolgreich Einspruch.³⁶⁷ Da es derartige Einsprüche der Parteiführung schon häufiger gab, scheint hier der brandenburgische Parteivorstand im regelmäßigen Konflikt mit Teilen der Parteibasis zu stehen.³⁶⁸ So plante der ehemalige CDU-Oberbürgermeister von Frankfurt an der Oder, Martin Patzelt, sich mit Unterstützung der PDS eine stabile Mehrheit im Rathaus zu sichern. Ein schwarz-linkes Bündnis kam durch Querelen in der PDS-Fraktion auch in der Stadt Brandenburg nicht zu Stande.³⁶⁹

Diese kreisfreie Stadt wird seit dem 17. Dezember 2003 von der CDU-Bürgermeisterin Dietlind Tiemann regiert, die zwischen 1975 und 1989 Mitglied der SED war und im Jahr 2011 Beisitzerin im Landesvorstand der CDU ist. Diese Personalie spricht dafür, dass jegliche formalen Aufnahme- und Aufstiegsbeschränkungen für ehemalige SED-Mitglieder in der brandenburgischen CDU aufgehoben sind.

Mag diese steile CDU-Karriere eines ehemaligen SED-Mitglieds und studierten Ökonomin in einem ostdeutschen CDU-Landesverband kaum verwundern, bleibt die des CDU-Bundestagskandidaten des Jahres 2005, Knut Paul, vor dem Hintergrund der bekannten Einlassungen des ehemaligen Parteichef Junghanns zur Berliner Mauer unverständlich. Als der ehemalige Parteichef und Innenminister Jörg Schönbohm im Bundestagswahlkampf 2005 die „Proletarisierung der Ostdeutschen“ für eine gesteigerte Gewaltbereitschaft und daraus resultierende Kindstötungen in Frankfurt an der Oder mitverantwortlich gemacht hatte, wies der in Frankfurt an der Oder kandidierende CDU-Kandidat Paul eine bis 1989 andauernde SED-Mitgliedschaft auf. Außerdem war er Major der DDR-Grenztruppen,³⁷⁰ was er auf seiner Wahlkampf-Website so nicht vermerkte.

Viele seiner Parteifreunde, die weniger als zwei Jahre später Junghanns wegen seines Mauerartikels anklagten, wählten ihn auf Listenplatz 9 der CDU-Landesliste, zeigten sich mit

³⁶⁷ Vgl. Beyerlein, Andrea: CDU-Führung in der Bredouille. Parteispitze geht auf Distanz zur Cottbusser Union, Berliner Zeitung 31.8. 2006, S. 26.

³⁶⁸ Eine Neuerung war der von der MAZ am 1. Dezember 2009 kolportierte, an die Parteien Die Linke und die FDP gerichtete Vorschlag des CDU-Kreischefs von Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum, gemeinsam gegen den SPD-Bewerber die Kreisvorsitzende der Linken zum Landrat zu wählen. Diese wie auch der FDP-Kreischef bestätigten gegenüber der Zeitung das Angebot Eichelbaums, er selber bestritt es.

³⁶⁹ Vgl. Metzner, Torsten: CDU und PDS bilden Allianz in Cottbus. Zur Wahl des Oberbürgermeisters wollen die Parteien gemeinsam gegen den SPD Kandidaten antreten, Der Tagesspiegel 24. 8. 2006, S. 15. Die damalige CDU Landeschefin Johanna Wanka antwortete auf die Frage der MAZ, ob sie die CDU-Oberbürgermeisterin von Brandenburg (und ehemaliges SED-Mitglied) Dietlind Tiemann „zurückpfeifen“ werde: „*Ich pfeife niemanden zurück, das ist nicht mein Stil. Aber ich werde mit Frau Tiemann reden.*“ Alle wichtigen Personen sind mit im Boot, MAZ 23.10.2008.

³⁷⁰ Vgl. Klesmann, Martin: Schönbohm am Tatort. In Frankfurt (Oder) erntet der CDU-Chef viel Unverständnis für seine Worte zu den Kindstötungen, Berliner Zeitung 9.8. 2005.

ihm auf Wahlkampfpodien oder unterstützen ihn anderweitig. Eine aufgrund seiner DDR-Biografie erfolgte Distanzierung durch Parteifreunde von seiner Person ist öffentlich nicht bekannt. In direkten Bezug gesetzt bewerteten die Gegner von Parteichef Junghanns die schriftliche Verteidigung der Mauer durch einen Blockpartei funktionär als eine stärkere Verfehlung als die persönliche Verteidigung der innerdeutschen Grenze durch ein SED-Mitglied. Die Gegner von Junghanns müssen sich fragen, ob sie mit dieser impliziten Wertung die Rolle der SED und der Grenztruppen verniedlichen und die Mitverantwortung der Blockparteien ahistorisch überzeichnen?!

Generell scheint für den Umgang mit ehemaligen SED-Mitgliedern dasselbe wie für den Umgang mit ehemaligen Mitgliedern von Blockparteien zu gelten: Nur im Konfliktfall wird ihre Vergangenheit gegen sie instrumentalisiert.³⁷¹

6.5. Der Umgang mit der Stasiproblematik

Die Geschlossenheit, welche der Mitgliedschaft der CDU Brandenburgs in Fragen Blockpartei-Vergangenheit und ehemalige SED-Mitglieder gelegentlich fehlt, zeigt sie mittlerweile beim Umgang mit hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Getreu ihrer regelmäßig geäußerten Geschichtsauffassung, dass für die Verbrechen der SED-Diktatur vor allem das Ministerium für Staatssicherheit verantwortlich sei, scheint die Partei hier von der Landesspitze bis in die Ortsgruppen weithin einig zu sein. Nach den Problemen in der ersten Landtagsfraktion und

³⁷¹ Aufgrund der oben ausgeführten Tatsachen ist es falsch anzunehmen, dass die brandenburgische CDU ausschließlich die politische Nähe der Linken sucht. Im Frühjahr des Jahres 2008 trat der Ex-Geschäftsführer des Kreisverbandes Märkisch-Oderland der CDU und Bürgermeister der Oderbruchgemeinde Bliedorf, Rene Krone, in die Linkspartei ein. (Der Tagesspiegel 15. 5. 2008) Während der DDR-Zeit war Krone Offizier der NVA wie auch SED-Mitglied und wollte sich im Jahr 2008 nicht damit abfinden, dass die CDU-Kreischefin und Justizministerin Blechinger nicht verhinderte, dass der CDU-Bürgermeister Andre Höhne im Seelower Ortsteil Werbig bereits im Jahr 2007 die „Feldstrasse“ in „Seibickeweg“ umbenannte. Der an diesem Weg aufgewachsene Günther Seibicke war hochdekoriertes U-Bootkommandant im Zweiten Weltkrieg und aktiver Unterstützer des NS-Regimes. (Klesmann, Martin: Ohne Ziel in der Provinz, Berliner Zeitung 7.6.2007) Bereits Jahre zuvor hatte sich der ehemalige Kreissekretär der DDR-CDU in Spremberg und dortiger Nachwende-Bürgermeister, Egon Wochatz, gemeinsam mit dem ehemaligen CDU-Landtagskandidaten Andreas Kottwitz um die Aufarbeitung der Geschichte und auch das Gedenken an die dort im Jahr 1945 kämpfende SS-Division Frundsberg bemüht. (Vgl. FAZ 29. 8. 2006, Lausitzer Rundschau 3.2.2005). In diesem Zusammenhang ist vermerkwürdig, dass im März 2009 bekannt wurde, dass der ehemalige Landesgeschäftsführer der CDU, Kersten Radzimanowski, auf Platz vier der Landesliste der NPD für die Landtagswahl in Brandenburg kandidieren würde. (MAZ 10.3.2009). CDU-Generalsekretär Dieter Dombrowski kommentierte diese Entwicklung eines langjährigen Spitzenfunktionärs der CDU der DDR mit den Worten: „*Herr Radzimanowski gehört zu jenen Menschen, die in den Wirren der Wendezeit in die Politik gespült wurden, aber für diesen Job nicht geeignet waren.*“ (taz 11.3.2009)

dem Ausschluss von Klaus Häbler aus der zweiten Landtagsfraktion ist die CDU Brandenburg im Vergleich zu anderen Parteien in ihren herausgehobenen Parteipositionen und Parlamentsmandaten wenig von der MFS-Verstrickung ihrer Führungskräfte betroffen. Wie mit dieser Problematik in den einzelnen Ortsverbänden umgegangen wird, ist nicht bekannt. Allgemeine Überprüfungen der Mitgliedschaft auf Stasimitarbeit gibt es nicht. Mandatsträger in vielen Kreistagen jedoch lassen sich gemeinsam mit denen anderer Parteien freiwillig von der BStU auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit überprüfen.³⁷²

6.6. Westdeutsche Parteifreunde und der Parteivorstand

Westdeutsche Parteimitglieder, auch in Führungspositionen, sind in der brandenburgischen CDU nicht in der Mehrheit aber zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit Normalität. Mit Jörg Schönbohm hatte nach Ulf Fink sogar ein zweiter, ursprünglich westdeutscher Parteifreund für lange Zeit das Amt des Parteichefs inne. In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hielt er im Sommer 2009 fest: *„In Brandenburg hat es noch keine wirklich offene und ehrliche Diskussion über die DDR gegeben. Das hängt auch etwas mit der „Rote Socken-Kampagne“ der CDU zusammen, mit der sie den Wahlkampf 1994 krachend verlor und Stolpe die absolute Mehrheit errang. [...] Wir haben, davon bin ich zutiefst überzeugt, erst dann inneren Frieden, wenn wir das Erbe der DDR aufgearbeitet haben und darüber sprechen können. Wenn gesagt wird, als Wessi könne man zu diesen Dingen nichts sagen, dann ist das falsch. Wir sind keine „Ostrepublik“. Wir sind seit fast 20 Jahren Bundesrepublik Deutschland, und da kann jeder über seine Landsleute sagen, wovon er überzeugt ist. Viele Ostdeutsche wollen aus verschiedenen Gründen die Vergangenheit nicht ansprechen. Aber warum ist es so schwer, einen anderen Blick auf diese Zeit zu ertragen? Sie sprechen ja auch wie selbstverständlich über Westdeutschland, ohne dort gelebt zu haben.“*³⁷³

Tatsächlich ist der Ost-West-Konflikt innerhalb der Partei, verglichen mit den neunziger Jahren, schwächer geworden. Nur noch selten finden sich Zeitungsartikel wie der vom 22. November 2005, in dem die ehemalige Chefin der CDU-Oberhavel, Annemarie Reichenberger, feststellte: *„Ich habe wohl zu oft Jörg Schönbohm und seine West-Importe kritisiert.“*³⁷⁴

³⁷² Vgl. CDU fordert Stasi-Check. Christdemokraten geben Ehrenerklärungen ab, MAZ 18.7.2008.

³⁷³ Interview mit Jörg Schönbohm: „Wir sind keine Ostrepublik“, Frankfurter Allgemeine Zeitung 20. 8. 2009, S. 4.

³⁷⁴ CDU schmeißt geizige Ex-Chefin aus der Partei, Bild-Zeitung 22. 11.2005, S. 8.

Viele dieser „Westimporte“ sind außerdem gebürtige Ostdeutsche (Schönbohm) oder gar ehemalige DDR-Bürger (Dieter Dombrowski, Petra Dombrowski, Erich Vad, Wieland Niekisch). Andere wie die Bundestagsabgeordnete Andrea Voßhoff, der Kurzzeit-Generalsekretär Rolf Hilke oder der Europa-Abgeordnete Christian Ehler hatten vor ihrem Engagement in Brandenburg keine Wurzeln in Ostdeutschland.

Viele dieser genannten westdeutschen Parteimitglieder haben einen Sitz im brandenburgischen Parteivorstand. Im Frühjahr 2011 besteht der geschäftsführende Parteivorstand aus acht Mitgliedern, von denen fünf ehemalige DDR-Bürger und drei ehemalige westdeutsche Parteifreunde sind. Keiner von ihnen gehörte zuvor einer Blockpartei an. Unter den Beisitzern gibt es, wie bei der FDP auch, mit Dietlind Thiemann ein ehemaliges Mitglied der SED.

Die brandenburgische CDU hat für ihren Vorstand damit die aus den Blockparteien herrührende Personalkontinuität beendet und den Elitenwechsel vollständig abgeschlossen. Für die Kreis- und Ortsverbände gilt dies nicht im selben Maße.

7. Personelle Kontinuitäten, Bündnisse und Erklärungen in Cottbus

Wie die bis hierher beschriebene systemüberdauernde personelle Kontinuität innerhalb der brandenburgischen Landes-CDU mit formaler Ablehnung der Linkspartei bei gleichzeitiger politischer Kooperation mit ihr einhergeht, wird unter anderem in der ehemaligen Bezirksstadt Cottbus greifbar. Am 13. Dezember 1989 schlug hier der NDPD-Abgeordnete in der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung Richard Kurth vor, bis zu Neuwahlen einen amtierenden Oberbürgermeister von den Ratsmitgliedern wählen zu lassen. 76 Abgeordnete befürworteten den Vorschlag, 54 waren dagegen, elf enthielten sich der Stimme. Der seit über einem Jahrzehnt amtierende Stadtrat für Finanzen, Waldemar Kleinschmidt von der CDU wurde daraufhin zum Oberbürgermeister gewählt.³⁷⁵ Kleinschmidt war in der zweiten Hälfte der 70er Jahre noch in seinem Heimatort Beyern in die CDU eingetreten.³⁷⁶ Bereits kurze Zeit

³⁷⁵ Vgl. Wappler, Rene: 20 Jahre Demokratie in Cottbus. Zeitzeugen erinnern sich an Stadtverordnetenversammlung vom 13. Dezember 1989, Lausitzer Rundschau 12. Dezember 2009, Seite 13.

³⁷⁶ Im Utm-Juliheft des Jahres 1977 wurde Waldemar Kleinschmidt auf Seite 17 mit folgenden Worten porträtiert: „Ich bin Vorsitzender des Gemeindegemeinderates in Beyern, Kreis Herzberg, und versorge als Kohlenhändler mit Kommissionsvertrag 12 Gemeinden sowie Teile der Städte Falkenberg und Herzberg. So stellte sich uns Waldemar Kleinschmidt, seit kurzem Mitglied unserer Partei, vor. Weiterhin sagte er: Der Ortsgruppenvorsitzende der CDU, Ehrenfried Buchwald, Feldbaubrigadier im Bereich Beyern der neugebildeten LPG Pflanzenproduktion, hielt zu mir, dem parteilosen Gemeindegemeinderatsvorsitzenden, ständigen Kontakt. Außerdem hatte ich des öfteren Gelegenheit, als Gast an Mitgliederversammlungen teilzunehmen. Diese Verbindungen, besonders die diesjährige Jahreshauptversammlung, sowie das aktive

später wurde er bis zur Friedlichen Revolution für seine Partei Stadtrat für Finanzen in der Bezirksstadt.³⁷⁷ Im Januar 1990 war über den langjährigen Stadtrat in Utm zu lesen: „Waldemar Kleinschmidt, Cottbus, teilte mit, daß es bereits mehrere Gespräche mit dem Neuen Forum gegeben habe, bei denen Unterstützung für unsere Partei zugesagt wurde. In Betrieben und Kaderleitungen bestünden meist noch die Verkrustungen.“³⁷⁸ Kleinschmidt hingegen ernannte den ehemaligen Cottbusser Kreisschulungsreferenten der CDU, Wolfgang Tham, zu seinem persönlichen Referenten.³⁷⁹ Vom Lehrer für Russisch und Deutsch Wolfgang Tham war in „Union teilt mit“ Anfang 1981 zu lesen: „*Politisches Studium - aktuell und praxisnah [...] Im festen Bündnis - erhöhte Anstrengungen für Frieden und*

Wirken der christlichen Demokraten in Bayern für das Wohl aller Bürger, bestärkten mich in meiner Absicht, selbst ein solches persönliches Engagement einzugehen und ebenfalls in der Christlich-Demokratischen Union mitzuarbeiten. Ich erkannte, dass Bürgerpflicht und Christenpflicht gleichermaßen eine tatkräftige gesellschaftliche Mitverantwortung bedingen. Daran hat es bei Unionsfreund Kleinschmidt auch vor dem nicht gemangelt, wie die Auszeichnungen für aktive Arbeit im DTSB und in der freiwilligen Feuerwehr belegen. Nunmehr aber, als Mitglied unserer Partei, sieht er noch bessere Möglichkeiten, als Christ dem Allgemeinwohl der Gesellschaft zu dienen. Er meint dies ganz konkret - zum Beispiel mit seinen Verpflichtungen zu Ehren des 14. Parteitages. Dazu zählen - so steht es auch im Programm der Ortsgruppe Bayern - eine schnelle und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit festen Brennstoffen, Vermeidung der Stillstandszeiten von Waggons, eine feste monatliche Solidaritätsspende sowie die ideenreiche Mitarbeit im Mach-mit-Wettbewerb zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in seinem Wohnort.“

³⁷⁷ Seine Verdienste um Partei und Bezirksstadtfinanzen sowie dadurch bedingte Auszeichnungen bis Ende 1989 sind unter anderem dokumentiert in der CDU-Regionalzeitung Märkische Union vom 28.1.1988, 3.5.1988, 18.1.1989, 5.12.1989, 16.12.1989, 19.12.1989, 29.12.1989.

³⁷⁸ Fordern? Ja! Aber mit Verantwortungsgefühl! Aus einer Beratung des SHV mit Vorsitzenden von Stadtkreisverbänden, Utm 1/1990, S. 7.

³⁷⁹ Utm porträtierte Wolfgang Tham im Augustheft 1982 folgendermaßen: „In einem Agitationsmaterial unserer Partei zum Bildungswesen heißt es: ‚Die CDU zählt in ihren Reihen mehrere tausend Mitglieder, die als Lehrer und Erzieher ihr ganzes Wissen und Können für die Bildung und Erziehung der Jugend einsetzen.‘ Zu diesen wiederum gehört Unionsfreund Wolfgang Tham, der an der Betriebsberufsschule des Tiefbaukombinates Cottbus Russisch sowie Deutsch unterrichtet, und das vornehmlich in Klassen, die neben dem Facharbeiterbrief auch das Abitur erwerben. Nicht nur als Klassenleiter bemüht er sich - und das mit gutem Erfolg - den ihm anvertrauten Jungen und Mädchen die Technik des geistigen Arbeitens zu vermitteln und sie so auf ihr Studium an einer Hochschule vorzubereiten, sondern auch im Russisch- oder Deutschunterricht geht es Wolfgang Tham darum, neben dem Fachwissen zu einem gefestigten politischen Standpunkt zu erziehen. Das erzeugt natürlich bei den Jugendlichen Vertrauen, führt zu persönlichen Gesprächen, in denen der Unionsfreund die Schüler lehrt, vom Standpunkt der Überlegenheit, Gerechtigkeit und Siegesgewissheit des Sozialismus Partei für unsere Sache zu nehmen. Die in seiner beruflichen Tätigkeit gesammelten Erfahrungen kommen Wolfgang Tham bei seiner wichtigen Parteifunktion sehr zugute - seit fast zehn Jahren ist er Kreisschulungsreferent für das Politische Studium im Kreisverband Cottbus-Stadt. Hier ist er ebenfalls gezwungen, sich ständig mit aktuellen politischen Problemen, aber auch mit solchen aus dem Territorium, auseinanderzusetzen und sie nicht nur schlechthin den Zirkelleitern des Politischen Studiums zu vermitteln. Jede monatliche Zirkelveranstaltung bereitet er mit seinen Zirkelleitern inhaltlich, methodisch und organisatorisch vor, wobei ihm sein pädagogisches Wissen von Nutzen ist. Entsprechend dem aufzuarbeitenden Thema veranlaßt er die Einbeziehung der jeweils dafür zuständigen Stadtverordneten in die Zirkelabende, und er legt auch aufgrund der territorialen Bedeutung fest, wo inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden sollten, welche Materialien des Hauptvorstandes der CDU und anderer Gremien, auch solche mit territorialem Bezug, beim Studium zu nutzen sind. Der Kreisschulungsreferent in Cottbus handelt damit entsprechend der Forderung des 14. Parteitages: ‚Auch künftig müssen wir danach streben, das Niveau der Schulungsarbeit ständig zu erhöhen; denn der Bewusstseinsstand unserer Unionsfreunde wächst, und damit steigen die Ansprüche an die politische Bildungsarbeit. Vor allem aber stellt die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft immer höhere Anforderungen an das Wissen und Handeln unserer Freunde ... Damit fordert unsere Schulungsarbeit die weitere Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten ...‘ Für Wolfgang Thams Arbeit als Lehrer und Kreisschulungsreferent gilt, was in dem eingangs zitierten Material steht: ‚Es ist für ... (ihn) selbstverständlich, aktiver Vertreter und Verfechter des Sozialismus zu sein.‘“ Um politische Standpunkte, Utm 8/1982, S. 16.

Fortschritt - so lautet das Gesamthema des Politischen Studiums 1980/81. Welche politisch-ideologischen Schlussfolgerungen konnten aus dem bisherigen Verlauf unserer Studienveranstaltungen im Kreisverband Cottbus-Stadt gezogen werden? [. . .] In der jetzigen Zeit bestimmt eindeutig die Sicherung des Friedens die Tätigkeit aller progressiven Kräfte der Welt, und dieser Schwerpunkt ist auch aus dem Gesamthema des Politischen Studiums ablesbar. Um den Teilnehmern an den Zirkelveranstaltungen noch besser als bisher zu verdeutlichen, dass die Erhaltung und Sicherung des Friedens die wichtigste politische Aufgabe für uns ist, und um zu zeigen, dass dabei auch jeder Unionsfreund mitarbeiten kann und muss, planten wir für den Monat Oktober eine gemeinsame Eröffnung des Studienjahres für alle Zirkel, auf der eine kompetente Persönlichkeit die Zusammenhänge darlegen sollte. [. . .] Wir konnten für diese Veranstaltung den Leiter des Wehrkreiskommandos gewinnen. Er behandelte im wesentlichen die Problematik des 1. Teils des Schulungsheftes 1 und stellte besonders anschaulich die Aggressivität des Imperialismus die auf die Sicherung des Weltfriedens gerichtete Militärpolitik der DDR und der anderen sozialistischen Staaten gegenüber. Die daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen zeigten jedem Teilnehmer, welchen konkreten Beitrag er für die Erhaltung des Friedens leisten kann. Zahlreiche Fragen an den Referenten bewiesen, wie sehr die Unionsfreunde an der Thematik interessiert sind und dass die Veranstaltung ‚angekommen‘ ist. Aus Fragen von Zirkelteilnehmern, vor allem aus Gesprächen mit kirchlichen Anträgen wurde deutlich, dass z. B. die Kenntnis über Abrüstungsvorschläge der sozialistischen Staaten nicht ausreichend ist. Um unsere Freunde außerdem zu befähigen, das Argument von der ‚Nachrüstung‘ der NATO noch überzeugender zu entkräften, haben wir im zweiten Zirkelabend weitere Fakten genannt und damit neue Erkenntnisse vermittelt bzw. vertieft.“³⁸⁰

Im Jahre 1985 schrieb Utm über den Gelegenheitsjournalisten Tham „Die journalistische Arbeit unseres Unionsfreundes, von Hause aus Lehrer für Russisch - und Deutsch an der Betriebsschule des Tiefbau-Kombinates - geht weit über den ‚JahresRenner‘ hinaus. So ist Wolfgang Thams Feder auch in der Betriebszeitung ‚am Start‘, schreibt er für die Regionalpresse und den Sender Cottbus.“³⁸¹ Im Jahr 1983 erhielt Wolfgang Tham das Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Bronze.³⁸² Im Jahr 2011 ist Wolfgang Tham Pressesprecher des Kreisverbandes Cottbus der CDU.

Neben Kontinuitäten in der Exekutive und der Öffentlichkeitsarbeit, blieb der Cottbuser CDU auch juristischer Sachverstand erhalten. Utm schrieb Anfang 1988: „Die

³⁸⁰ Utm, 2/1981 S. 14.

³⁸¹ Utm, 4/1987, S. 17.

³⁸² Vgl. Utm, 7/1983, S. 13.

*Parteitagsauswertung stand im Mittelpunkt eines dreitägigen Erfahrungsaustausches des Bezirkssekretariats Cottbus mit Kreissekretären. Zu den Referenten der vom Bezirksvorsitzenden Karl-Heinz Kretschmer geleiteten Zusammenkunft gehörten Gerhard Quast und Jürgen Sündorf, Abteilungsleiter bzw. stellvertretender Abteilungsleiter beim SHV, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Burckhardt Bartusch sowie Unionsfreund Oberrichter Heinz-Günter Jahnke.*³⁸³ In der Februarausgabe 1990 von „Union teilt mit“, einen Monat vor der ersten freien Volkskammerwahl, schrieb der Cottbusser Unionsfreund Heinz-Günter Jahnke in einem Leserbrief der CDU Mut zu: *„Wir haben die Christlich-Demokratische Union schlecht und recht durch die 40 Jahre bisherigen Sozialismus manövriert und sind sicher von einer Namensänderung nicht abhängig, um uns künftigen Wahlkämpfen zu stellen. [...] Im übrigen müssen Kontakte auch zu so hartgesottenen Abendlandpolitikern wie Volker Rühle nicht zur Aufgabe des politischen Selbsts führen, auch wenn die Konturen einer erstrebenswerten DDR-Gesellschaft gegenwärtig nur ungenau bestimmt sind.*³⁸⁴ Für seine fünfzigjährige Parteimitgliedschaft ehrte CDU-Stadtchef Michael Schierack Ende 2008 Heinz-Günter Jahnke.³⁸⁵

Nach Absprachen mit dem ehemaligen Fraktionschef Diestel überließ Anfang der 90er Jahre die SPD der Nicht-Regierungspartei CDU die Besetzung von wichtigen Posten im Land Brandenburg. So unter anderem den des Polizeipräsidenten von Cottbus.³⁸⁶ Die CDU besetzte ihn mit dem ehemaligen DBD-Funktionär Jürgen Lüht (vgl. Exkurs: Ehemalige DBD-Mitglieder in der CDU-Landtagsfraktion). Er war neben seinem Landtagsmandat ab 1990 stellvertretender Regionalgeschäftsstellenleiter der CDU in Cottbus. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag im Jahr 1998 (im selben Jahr verließ sein ehemaliger Bezirkschefs Karl-Heinz Kretschmer die CDU) wurde Michael Wonneberger Mitglied der CDU-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung in Cottbus. Im Jahr 2003 übernahm er ihren Vorsitz.

Nachdem sich mehrere Vorstandsmitglieder der CDU (Petke, Richstein, Köppen, Schierack) für einen veränderten Umgang mit der Linkspartei ausgesprochen hatten,³⁸⁷ die Formel *„es sei nicht alles schlecht gewesen in der DDR“* in die Brandenburger CDU, auch außerhalb der Senioren-Union, eingezogen war³⁸⁸ und im Jahr 2006 Bürgermeisterwahlen in Cottbus

³⁸³ Utm 1/1988, S. 32.

³⁸⁴ Utm 2/1990, S. 20.

³⁸⁵ Vgl. <http://cdu-cottbus.de/66/> Datum der Einsichtnahme: 20.3.2011.

³⁸⁶ Vgl. Habermann, S. 97.

³⁸⁷ Vgl. Mallwitz, Gudrun: Wahlhilfe durch Linkspartei. CDU Spitze lässt Cottbusser Union bei Oberbürgermeisterwahl gewähren, Die Welt 28.8.2006, S. 33.

³⁸⁸ Vgl. Küpper, Mechthild: Rückfall in alte Zeiten. Spitzelvorwürfe und ein Bündnis mit der PDS schaden Brandenburgs CDU, Frankfurter Allgemeine Zeitung 5.9.2006, S. 4.

anstanden, wurde in Cottbus mit dem Tabu des Verbots formal beschlossener Zusammenarbeit mit der Linkspartei gebrochen. Der SPD-Koalitionspartner in der Landesregierung hatte Frank Szymanski als Kandidaten aufgestellt. Ihn zu schlagen verständigten sich unter anderem Linke und CDU auf den CDU-Mann Holger Kelch als gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten. Kelch begründete den Tabubruch mit den Worten „*Mit 260 Millionen Euro Schulden, 18 Prozent Arbeitslosigkeit und ständig sinkender Einwohnerzahl können wir uns alberne Grabenkämpfe einfach nicht mehr leisten. [...] Die PDS ist nicht mehr die alte SED.*“³⁸⁹ Die Linkspartei machte die Unterstützung für Holger Kelch von einem förmlichen Wahlbündnis abhängig.

Das spaltete den Landesverband der CDU, der unter der Führung des ehemaligen Befürworters bald aber Gegners dieser Allianz, Jörg Schönbohm, stand. Sein Stellvertreter Ulrich Junghanns hatte eine umfassende Diskussion im Landesverband zum zukünftigen Umgang mit der PDS gefordert, wurde aber vom Unterstützer der Wahlallianz Dieter Dombrowski angegriffen, der ihm seine Blockparteivergangenheit vorhielt³⁹⁰ und für den Cottbuser Wahlkampf eine Spende von 3000 Euro zusagte.³⁹¹

Weitere Kritiker der Allianz in Cottbus waren der Fraktionschef Thomas Lunacek und Justizministerin Beate Blechinger. Der Landtagsabgeordnete Dierk Homeyer fragte: „*Sind wir denn noch eine Wertegemeinschaft?*“³⁹² und Rainer Eppelmann kommentierte das Bündnis mit den Worten: „*Schlimm, unmoralisch. Und wenn man jetzt behauptet, es gebe nur ein Wahlbündnis und keine Koalition, ist das heuchlerisch.*“³⁹³

Unterstützer der Allianz waren Barbara Richstein, Saskia Funck und Michael Stübgen. Gestützt von großen Teilen des Landesverbandes beschlossen die Mitglieder der CDU in Cottbus eine formale Allianz mit der Linkspartei. Holger Kelch verlor die Wahl.³⁹⁴

³⁸⁹ Deggerich, Markus: Koalition der Willigen. In Cottbus kämpfen CDU und PDS Seit’ an Seit’ um das Oberbürgermeisteramt – die gemeinsamen Wurzeln in der DDR sind stärker als alle politischen Gegensätze, Der Spiegel 36/2006, S. 38. Den Umgang der Cottbuser Linken mit ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit der DDR kann Kelch nicht gemeint haben. Die Bild-Zeitung beschrieb am 9. April 2008 ein Treffen des Vorstandes von ISOR (Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe der DDR), dem überwiegend ehemalige Stasimitarbeiter angehören, in der Cottbuser Geschäftsstelle der Linkspartei.

³⁹⁰ Vgl. Thiessen, Ulrich: CDU lässt sich in Cottbus von PDS unterstützen. Lausitzer Christdemokraten setzen sich in der Landespartei mit ihrer Linie für Wahl von Holger Kelch zum OB durch, MOZ 28.8.2006, S. 10.

³⁹¹ Vgl. Mara, Michael: Petke missbilligt Verhalten der Cottbuser CDU, Der Tagesspiegel 31.8.2006, S. 13.

³⁹² Blechinger sieht Cottbus als „Sündenfall“, Märkische Oderzeitung 24.8.2006.

³⁹³ Keinen Sinn für soziale Themen. Eppelmann ermahnt die märkische CDU, Interview mit Rainer Eppelmann, MAZ 31.8.2006.

³⁹⁴ In den Porträts über Kelch wurde regelmäßig berichtet, dass er während der DDR Zeit zum Abitur nicht zugelassen wurde „*Weil ich mich bei der Wehrübung in der neunten Klasse geweigert hatte zu schießen. Die Zielscheiben hießen im Jargon ‚Mutter und Kind‘, das war doch einfach pervers.*“ Kelch berichtete nicht, dass der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von Cottbus, Michael Wonneberger, im Jahr 1978 als Vorsitzender eines 46köpfigen Reservistenkollektivs ein „Kampfprogramm zur würdigen Vorbereitung des 30. Jahrestages der DDR“ ausgearbeitet hatte. „*Dabei stellten wir uns konkrete Ziele, wie zum Beispiel: im Rahmen der VIII. Betriebsfestspiele der Betriebe der Stadt Peitz aktiv an der Ausgestaltung und*

Am 7. Oktober 2007 unterschrieben ehemalige politische Gefangene der DDR und andere Bürger eine von mehreren Brandenburger CDU-Politikern angeregte „Cottbusser Erklärung“. In ihr wurden mehr Informationsangebote für jüngere Menschen bezüglich der Geschichte der DDR sowie eine Besserstellung von Opfern der SED verlangt. Unter anderem enthält sie den, beispielsweise vor dem Hintergrund der bruchlosen Karriere des bis 2002 in Cottbus amtierenden Oberbürgermeisters und vormaligen Stadtrats für Finanzen Waldemar Kleinschmidt, überraschenden Satz: *„Es drängt sich der Eindruck auf, dass Täter und Systemträger ihre Karrieren in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nach der Wende nahtlos weiterführen konnten und gegenüber ihren Opfern besser gestellt sind.“*

Unter anderem der komplette Vorstand der damaligen CDU-Bundestagsfraktion unterschrieb die Erklärung. Dieser Fraktion hatte Jahre zuvor auch der Cottbusser CDU-Funktionär Michael Wonneberger angehört. Die Bundestagsfraktion verhalf ab 1990 dem ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter des CDU-Bezirkvorstandes Cottbus, ehemaligen Leiter eines Reservistenkollektivs der Nationalen Volksarmee der DDR und Agitator der Musterungskommission des Wehrkreiskommandos Cottbus-Land, Wonneberger, zu einer Fortsetzung seiner politischen Karriere, unter anderem in der Nordatlantischen Versammlung, dem parlamentarischen Gremium der NATO.

Jörg Schönbohm unterzeichnete die (implizit gegen seinen Nachfolger als Parteichef Ulrich Junghanns gerichtete) Erklärung nicht, weil sie von Dieter Dombrowski angeregt war, der gegen Schönbohms Willen im Bürgermeisterwahlkampf 2006 das Bündnis mit der Linkspartei in Cottbus unterstützt hatte. Schönbohm sagte: *„Inhaltlich habe ich keine Einwände gegen das Papier [...] es geht mir aber um Glaubwürdigkeit.“* Diese sah er bei Dieter Dombrowski nicht gegeben.³⁹⁵

Während sich der Direktor der Zentralen Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, im daraufhin einsetzenden Streit um Schönbohms Haltung zur Cottbusser Erklärung hinter Schönbohm positionierte,³⁹⁶ stellte der Cottbusser CDU-Vorsitzende Michael Schierack fest: *„Jörg Schönbohm hat ja keine Parteiämter mehr. Aber wenn er sie noch hätte, sollte er sie ruhen lassen [...] auf jeden Fall hat er es verspielt, Ehrenvorsitzender zu werden.“*³⁹⁷

Durchführung von wehrsportlichen Maßnahmen mitzuwirken. Im Schießwettbewerb um die „Goldene Fahrkarte“ beschossen wir 250 Scheiben, wobei 15 Reservisten die Norm für das Schießabzeichen erfüllten.“
Vgl. Wonneberger, S. 36.

³⁹⁵ Mallwitz, Gudrun: CDU Mitglieder fordern Rücktritt Schönbohm, Die Welt 29.10.2007, S. 37.

³⁹⁶ Vgl. Neue Machtkämpfe in märkischer CDU. Schönbohm lehnt Cottbusser Erklärung ab, MOZ 25.10.2007, S. 11.

³⁹⁷ Thiessen, Ulrich: CDU reibt sich an Schönbohm. Ehemaliger Parteivorsitzender spaltet die Gemüter innerhalb der eigenen Reihen, MOZ 29.10.2007, S. 11.

Michael Schierack ist Unterzeichner der Cottbusser Erklärung und lässt gleichzeitig Wolfgang Tham für sich sprechen. Er verhielt sich in der Frage der Wahlallianz mit der Linkspartei in Cottbus als Stadtchef der CDU ambivalent und nicht konsequent,³⁹⁸ führte aber Jahre später in einer Debatte aus „*Er sei als Christ im SED-Regime angeeckt, als ich meinen Glauben lebte*’. *Er habe Erlebnisse, etwa im Internat, wo er das Kreuz abnehmen musste. Das Ansinnen aus der gleichen Ecke, das Kreuz zu entfernen, lasse ich mir nicht gefallen*’.“

³⁹⁹ Michael Schierack beglückwünschte im Jahr 2008 Parteifreund und Oberrichter Jahnke zur fünfzigjährigen Parteizugehörigkeit, distanziert sich aber als Vorstandsmitglied der CDU Brandenburgs nicht von dessen website, in der die Zeit des Wirkens von Oberrichter Jahnke in der DDR mit den Sätzen: „*Obwohl in den folgenden Jahrzehnten das offizielle Gesicht der DDR-CDU geprägt war von den angepassten Funktionären der Götting-Riege, ist es nie gelungen, die gesamte Mitgliedschaft auf eine SED-treue Linie einzuschwören. Bis zur Wende 1989 hielt sich in der CDU ein verdecktes oppositionelles Potenzial.*“⁴⁰⁰ beschrieben wird. Distanzierungen gelten offensichtlich nur allgemein, nie aber einzelnen Parteifreunden?

Aus der Summe dieser politischen Handlungen Schieracks lässt sich für Außenstehende keine nachvollziehbare Haltung zu Fragen des Umgangs mit dem innerparteilichen Erbe der SED-Diktatur ablesen. Schierack steht damit stellvertretend für den CDU-Vorstand Brandenburgs⁴⁰¹ nach dem Fortgang Jörg Schönbohms, der mittlerweile Ehrenvorsitzender der brandenburgischen Union ist.

8. Die LDPD bis 1990

Die LDP, später LDPD gründete sich im Jahr 1945 als bürgerliche Partei und zählte im Dezember 1946 in Brandenburg bereits 18.500 Mitglieder.⁴⁰² Die Gründergeneration der

³⁹⁸ Vgl. Preikschat, Daniel: Nur bedingt konsequent, Lausitzer Rundschau 1.9.2006.

³⁹⁹ Metzner, Thorsten: Glaubenskriege im Landtag um Christus-Kreuz, Der Tagesspiegel 22.2.2011.

⁴⁰⁰ [http://www.brandenburg-cdu.de/865.html?](http://www.brandenburg-cdu.de/865.html?searched=verdeckt&advsearch=oneword&highlight=ajaxSearch_highlight+ajaxSearch_highlight1)

searched=verdeckt&advsearch=oneword&highlight=ajaxSearch_highlight+ajaxSearch_highlight1 Datum der Kopieentnahme: 3.4.2011.

⁴⁰¹ „Die Welt“ schrieb Ende August 2006: „*Mehrere Vorstandsmitglieder der CDU haben sich in der Debatte für einen veränderten Umgang mit der Linkspartei ausgesprochen. Es gelte, die Realitäten anzuerkennen. Für den neuen Kurs stehen vor allem Generalsekretär Sven Petke, die stellvertretende Parteichef Barbara Richstein, der Bundestagsabgeordnete Jens Koeppen, der Cottbusser Kreischef Michael Schierack sowie die parlamentarische Geschäftsführerin Saskia Funck.*“ (Mallwitz, Gudrun: Wahlhilfe durch Linkspartei. CDU-Spitze lässt Cottbusser Union bei Oberbürgermeisterwahl gewähren, Die Welt 28.8.2006.) Saskia Funck/Ludwig ist im Jahr 2011 Parteichefin, drei weitere der benannten Politiker sind Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der CDU in Brandenburg, dessen übrige Mitglieder Dombrowski, Stübgen und Ehler die Cottbusser Wahlallianz unterstützten. Jens Koeppen ist Beisitzer des Landesvorstands.

⁴⁰² Vgl. Kotsch, Land, S. 182.

Partei entstammte überwiegend liberalen Strömungen der Weimarer Republik. Bereits die Entscheidung führender LDPD-Funktionäre in den antifaschistischen Blockausschüssen mitzuarbeiten beurteilten viele Parteimitglieder als ambivalent. Auch deshalb stand die LDPD bei der sowjetischen Besatzungsmacht im Verdacht antisozialistische Ziele zu verfolgen.

Wie in der CDU auch, wandelte sich im Jahr 1952 das Selbstverständnis der Liberalen radikal. Der Parteivorsitzende Hans Loch definierte die LDPD als zukünftig mit der Arbeiterklasse beim Aufbau der Sozialismus verbündete, kleinbürgerlich demokratische Partei. Nicht mehr der bürgerlichen Liberalismus sondern der „*neugewordene Liberalismus*“ wurde nun propagiert.⁴⁰³

Der Landesverband Brandenburg der LDPD hatte im Januar 1952 12.218 Mitglieder. Im Spätsommer desselben Jahres wurde er in die Bezirksverbände Potsdam (5.659 Mitglieder) Cottbus (4.081 Mitglieder) und Frankfurt/Oder (1.856 Mitglieder) aufgegliedert.⁴⁰⁴ Ähnlich der CDU wurde im Jahr 1956 in der LDPD das System der Nomenklaturkader eingeführt. Die Hauptzielgruppe der LDPD waren zukünftig die Handwerker.

Die Friedliche Revolution veränderte auch das Parteileben der LDPD. Am 20. Dezember 1989 bildeten die LDPD-Abgeordneten im Bezirkstag Frankfurt/Oder eine Fraktion und schieden damit aus der Nationalen Front aus. Anders als bei der CDU verharrte die Basis eher und schaute der neue Impulse setzenden alten Parteileitung vornehmlich abwartend zu.

Anders als bei der CDU gab es auch in den Jahren der deutschen Teilung Kontakte zur FDP in der Bundesrepublik, die nun intensiviert wurden. Der West-Berliner Landesverband der FDP bot den brandenburgischen Bezirksverbänden bereits Mitte Dezember 1989 Unterstützung an. Die drei brandenburgischen Bezirksverbände schlossen sich am 3. Februar 1990 in Caputh zum Landesverband Brandenburg der LDPD zusammen.⁴⁰⁵ Bereits am 12. Februar vereinigten sich die LDPD, die Neugründung „Forum Partei“ und die ebenfalls neu gegründete „Freie Demokratische Partei der DDR“ zum „Bund Freier Demokraten“, einem Volkskammer-Wahlbündnis ähnlich der „Allianz für Deutschland“. Parallel wurde die Vereinigung mit der FDP der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Nach dem schlechten Volkskammerwahlergebnis trat der „Bund Freier Demokraten“ am 11./12. August 1990 der FDP bei.

⁴⁰³ Vgl. Kotsch, Land, S. 185.

⁴⁰⁴ Vgl. Kotsch, Land, S. 186.

⁴⁰⁵ Vgl. Kotsch, Land, S. 193.

9. Die NDPD bis 1990

Durch die Gründung der NDPD im Jahr 1948 wurde die politische Stärke der CDU und LDPD in den Blockausschüssen geschwächt. Mit der Beendigung der Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone sollte mit dieser Parteigründung außerdem ehemaligen Mitgliedern der NSDAP eine neue politische Heimat gegeben werden.⁴⁰⁶ Als im Jahr 1952 die Blockparteien neu strukturiert wurden, sollte die Zielgruppe der NDPD zukünftig das städtische Handwerk sein. Parallel zu den anderen Blockparteien bildeten sich am 12. August 1952 Bezirksverbände der NDPD.

Die Umprofilierung der Partei ab November 1989 verlief schwierig und lag nahezu ausschließlich in der Hand der Parteiführung.⁴⁰⁷ Nachdem der Parteivorsitzende Heinrich Homann am 2. November 1989 zurückgetreten war, wurde die Partei von Günter Hartmann und den aus Frankfurt/Oder und Potsdam stammenden Uwe Lassen, Eberhard Stief und Gero Hammer geführt. Ziel der NDPD blieb es die wirtschaftlichen und politischen Grundlagen der DDR zu erhalten.⁴⁰⁸

Am 20. Januar 1990 wurde auf dem 14. Parteitag der Vorsitzende des Kreisverbandes Brandenburg, Wolfgang Glaeser zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Einen Monat später, am 11. Februar 1990 folgte ihm Wolfgang Rauls als Parteivorsitzender, der nach der für die NDPD mit 0,39 % der Wählerstimmen verlorenen Volkskammerwahl mittels der letzten Parteikonferenz den Beitritt der NDPD zum „Bund Freier Demokraten“ und damit ihr Ende besiegelte.⁴⁰⁹

10. Die FDP in Brandenburg zwischen 1990 und 1994

10.1. Die Parteistruktur

Ähnlich wie bei der CDU hatte sich auf Druck der FDP/West vor den Volkskammerwahlen durch die Zusammenfassung der liberalen Bewegungen mit den Blockparteien ein Wahlbündnis konstituiert. Im August 1990 gelang in Hannover die Vereinigung dieser

⁴⁰⁶ Vgl. Kotsch, Land, S. 194.

⁴⁰⁷ Vgl. Kotsch, Land, S. 200.

⁴⁰⁸ Vgl. Kotsch, Land, S. 201.

⁴⁰⁹ Vgl. Kotsch, Land, S. 201.

Allianz mit der FDP/West. Knapp 95% der beitretenden Mitglieder waren Angehörige der ehemaligen Blockparteien LDPD und NDPD.

Nach der Konstituierung der gesamtdeutschen Partei hatte die FDP in den neuen Bundesländern über 100.000 Mitglieder. Diese Zahl hatte sich bis Mitte 1992 halbiert. Trotzdem konnte die FDP zu diesem Zeitpunkt in Brandenburg mehr Mitglieder aufbieten als die den Ministerpräsidenten stellende SPD. Da viele der aus den Blockparteien hinzugekommenen Mitglieder die Parteivereinigung von 1990 nicht gewollt hatten und sich auch später noch nicht in die Gesamtpartei einfügten, sah die Parteiführung die Mitgliederverluste als nicht dramatisch an. Ähnlich wie bei der CDU standen den starken Mitgliederverlusten nur wenige Neueintritte gegenüber.

10.2. Die Parteivorsitzenden

Über die politische Vita des ersten FDP-Vorsitzenden Brandenburgs Knut Sandler, der auf dem ersten Parteitag der FDP in Caputh zum Vorsitzenden gewählt wurde, ist wenig bekannt. Laut Internetlexikon Wikipedia war der habilitierte Ingenieur vor der Friedlichen Revolution am Institut für Technik in Potsdam-Bornim und später als Abteilungsleiter im Zentralinstitut für Physik der Erde beschäftigt. Ab 1988 wirkte er an der Akademie der Wissenschaften der DDR bis 1990 als Abteilungsleiter in der Forschungsstelle für Hochdruckforschung in Potsdam. Im Jahr 1990 trat er, aus der LDPD kommend in die FDP ein und wurde noch im selben Jahr, nach dem erfolglosen Versuch für den Bundestag nominiert zu werden,⁴¹⁰ Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstandstechnologie des Landes Brandenburg, das von seinem Parteifreund Walter Hirche geleitet wurde. Im Jahr 1991 legte Sandler das Amt des Parteivorsitzenden nieder. Sandler selbst über die Gründe dafür: „Die

⁴¹⁰ Knut Sandler erinnert sich: „Ursprünglich kam ich aus dem Potsdamer LDPD-Bezirksverband und war dort der erste freigewählte Vorsitzende. Vor der Volkskammerwahl wurde ich dann auch zum ersten BFD-Landesvorsitzenden gewählt (...) Bei dem Vereinigungsparteitag kandidierten der ehemalige LDPD-Bezirksvorsitzende von Cottbus und Peter Thietz gegen mich (das damalige Volkskammermitglied Thietz war zu diesem Zeitpunkt stellv. Vorsitzender der Ost-FDP und Vorsitzender der brandenburgischen Ost-FDP, S. P.). Ich wurde schon im ersten Wahlgang zum neuen Landesparteivorsitzenden gewählt (...) Rosemarie Fuchs kam vom Neuen Forum und stimmte der Vereinigung nur unter der Bedingung zu, dass sie zur Landtagswahl aufgestellt wird (...) Eigentlich wollte ich in den Bundestag. Allerdings hatten sich die Delegierten aus den ehemaligen Bezirken Frankfurt/Oder und Cottbus abgesprochen, so dass sie gegen mich als ‚Potsdamer‘ Jörg Ganschow (ursprünglich Ost-FDP, S. P.) und Jürgen Türk (ursprünglich LDPD, S. P.) auf die Plätze eins und zwei wählten. Das hatte mit den alten Bezirksstrukturen zu tun, aber auch damit, dass ich zuvor vielen hauptamtlichen Funktionären kündigen musste. Für sie war ich deswegen zum ‚Entlassungsvorsitzenden‘ geworden und sie stimmten dann als Delegierte ebenfalls gegen mich.“ Interview mit Sandler, auszugsweise abgedruckt in: Putz, Sebastian: Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner. Rolle und Einfluss der FDP als kleine Regierungspartei in vier ostdeutschen Landesregierungen (1990-1994), Baden-Baden 2008, S. 392.

anderen Staatssekretäre rieten mir sehr schnell, den Parteivorsitz niederzulegen, da es nicht gut sei, Facharbeit zu leisten und gleichzeitig Parteipolitik zu betreiben.“ Aus dem Amt des Staatssekretärs schied er im Jahr 1992 freiwillig aus und wechselte in die freie Wirtschaft.

Zu seinem Nachfolger wurde Anfang 1991 auf dem Cottbusser Parteitag gegen den Mitbewerber Mathias Gay, der bis dahin stellvertretende Parteivorsitzende Manfred Fink gewählt. Dieser war wie Sandler langjähriges LDPD-Mitglied während Matthias Gay aus der Ost-FDP kam. Fink musste im September desselben Jahres sein Amt niederlegen, weil Medien seine Vergangenheit als FDJ-Sekretär und Polit-Offizier öffentlich bekannt gemacht hatten.⁴¹¹ Auf dem anschließenden Parteitag setzte sich der bisherige stellvertretende Vorsitzende der Partei, Detlev Paepke,⁴¹² im zweiten Wahlgang knapp gegen Burckhard Dörr⁴¹³ durch, der FDP-Kreisvorsitzender in Fürstenwalde war. Zum Stellvertreter Paepkes wählten die Delegierten Hinrich Enderlein, der als westdeutscher Parteifreund das

⁴¹¹ Vgl. Putz, S. 393.

⁴¹² Als Kreissekretär des Kreisverbandes Perleberg schrieb Detlev Paepke im Juni 1989, gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Wolfram Woller unter der Überschrift „Für zufriedene Kunden und Gäste“ in den „LDPD-Informationen“ unter anderem folgende, passagenweise durchaus kritisch zu nennende Zeilen: *„Unser Ratsmitglied entwickelte eine Konzeption um die Versorgungsleistungen der privaten Einzelhändler und Gastwirte im Kreis Perleberg zu erhöhen. Diese sieht u. a. die Übergabe von 19 Objekten der HO und der Konsumgenossenschaft an private Gewerbetreibende und das Schaffen von sieben neuen privaten Handelsobjekten bis 1990 in verschiedenen Gemeinden vor. Diese Konzeption wurde im Oktober durch den Rat des Kreises ohne Veränderungen beschlossen. Wir legten weiterhin fest, die Leitung der Kreisgeschäftsstelle der Handels- und Gewerbekammer im Kreis neu zu besetzen, um unsere Einflußnahme auf die Einzelhändler und Gastwirte zu verstärken. Unser Kadervorschlag dafür wurde bestätigt. Seit dem 1.9.1988 übt eine qualifizierte Parteifreundin diese Funktion aus. Die Förderungsmaßnahmen vom 24. 3. 1988 finden die Zustimmung aller Einzelhändler und Gastwirte, vielfach verbunden mit persönlichem Engagement für positive Veränderungen. Das äußert sich in anspruchsvollen Bündnisbeiträgen. Dabei hat die Arbeit mit Parteifreunden hinsichtlich der Abgabe ihrer Bündnisbeiträge zum Wirtschaftswachstum gezeigt, daß sie dann qualitativ gut sind, wenn das Aktiv Handel sich vorher mit den Parteifreunden darüber konkret verständigt hat. In den geführten Gesprächen wurden auch viele Sorgen und Probleme der Parteifreunde Einzelhändler und Gastwirte an uns herangetragen, die sich hemmend auf ihre Versorgungstätigkeit auswirken. Schwerpunktmäßig ging es u. a. um folgendes: fehlende hochwertige technische Konsumgüter, zu hohe Reklamationsraten, nicht ausreichende Warenfonds in einzelnen Branchen. Aber auch bei aller Anerkennung der Förderungsmaßnahmen weisen Parteifreunde im privaten Einzelhandel immer wieder darauf hin, daß das Einkommen des mithelfenden Ehepartners nicht befriedigt, die Differenziertheit der Vergütung der Angestellten zwischen privatem und volkseigenem Sektor nicht beseitigt ist und sich die Degression im Provisionssatz hemmend auf die Leistungsbereitschaft auswirkt. Die aufgeworfenen Fragen und Probleme vermittelten uns die Erkenntnis, daß wir unsere politische Arbeit mit den Parteifreunden aus dem Handel und Gaststättenwesen noch gezielter führen müssen. Es ergibt sich für uns aber auch das Erfordernis, nachhaltiger auf solche Veränderungen zu drängen, die vor allem im Territorium zu lösen sind. Die Vorbereitung unserer Berichterstattung war uns auch Anlaß, unsere Präsenz im sozialen Bereich der Händler und Gastwirte zielgerichtet zu erhöhen. So konnten wir im Jahre 1988 elf Mitglieder neu aufnehmen. Zu unseren Leitungserfahrungen gehören vor allem: Herstellen kontinuierlicher Arbeitskontakte zur Kreisleitung der SED für die konkrete Abstimmung und Klärung politischer und ökonomischer Aufgabenstellungen sowie ideologischer Probleme, Enge Zusammenarbeit des Kreisvorstandes mit dem Rat des Kreises und seinem Fachorgan.“* LDPD-Informationen 6/1989, S. 11-12.

⁴¹³ Wolfgang Felsch, Kreissekretär des Kreisverbandes Fürstenwalde der LDPD, schrieb in Heft 10/1988 der LDPD Informationen über Dörr: *„Darin eingeschlossen ist die kontinuierliche Arbeit mit den in der Wirtschaft in Leitungsfunktionen tätigen Mitgliedern, wie z. B. [...] Burkhardt Dörr, Direktor der VEB Wäscherei Schöneiche, deren Leistungen auch auf Delegiertenkonferenzen der SED Anerkennung fanden.“* Felsch, Wolfgang: Zusammenarbeit zahlt sich aus, LDPD Informationen 10/1988, S. 9.

Wissenschaftsministerium übernommen hatte. Auf dem Rathenower Parteitag im Mai 1993 wurde Paepke gegen drei relativ unbekannte Mitbewerber mit 129 zu 193 Stimmen in seinem Amt bestätigt. Nach den verlorenen Landtagswahlen des Jahres 1994 übernahm Hinrich Enderlein den Parteivorsitz.

Die ersten drei Vorsitzenden der brandenburgischen FDP waren zuvor Mitglieder der LDPD. Der zweite Vorsitzende hatte außerdem eine Vergangenheit als Politoffizier. Zum Stellvertreter des dritten Vorsitzenden wurde bereits der westdeutsch sozialisierte Wissenschaftsminister Hinrich Enderlein gewählt, der im Jahr 1994 den Parteivorsitz übernahm und damit den Elitenwechsel an der Parteispitze markiert.

10.3.Die Landtagsfraktion

Das Superwahljahr 1990 entwickelte sich für die Liberalen in Ostdeutschland von Wahl zu Wahl immer erfolgreicher. Lagen sie bei den Kommunalwahlen am 6. Mai über dem Volkskammerwahlergebnis vom März, zogen sie am 12. Oktober 1990 in alle fünf ostdeutschen Landtage ein. In Sachsen-Anhalt mit 13,5 Prozent am erfolgreichsten, in Sachsen mit 5,2 Prozent mit dem niedrigsten Stimmenergebnis. In Brandenburg gewannen sie 6,6 Prozent, was sechs Mandate bedeutete.⁴¹⁴

Fünf der sechs neuen Abgeordneten waren zuvor Mitglieder der LDPD beziehungsweise NDPD. Nur eine Abgeordnete, Rosemarie Fuchs, hatte in der DDR keiner Partei angehört. Putz differenziert weiter, dass die Abgeordneten Lietzmann, Neumann und Pracht ihre politischen Karrieren bereits in DDR begonnen hatten, während Schneider und Siebert zwar Parteimitglieder gewesen waren, aber bis dahin keine politische Karriere vorzuweisen hatten. Dies trifft auch auf Rosemarie Fuchs zu.

*Ursprung der Parteikarrieren der Abgeordneten der fünf neuen Landtage
(1. Wahlperiode)*

<i>Fraktion</i>	<i>Karrieretyp</i>	<i>Karrieretyp</i>	<i>Karrieretyp</i>	<i>N = 100 %</i>
	<i>Altbindung</i>	<i>Neuling</i>	<i>keine Angabe (1)</i>	
<i>PDS</i>	<i>30</i>	<i>1</i>	<i>30</i>	<i>61</i>
<i>CDU</i>	<i>153</i>	<i>23</i>	<i>55</i>	<i>231</i>

⁴¹⁴ Schulze, Andreas: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen. Wiesbaden 2004, S. 251.

<i>FDP</i>	24	5	10	39
<i>DSU</i>	2	1	1	4
<i>SPD</i>	4	107	19	130
<i>B'90 / Grüne</i>	4	13	10	27
<i>fraktionslos</i>	5	-	-	5
<i>Gesamt</i>	222 (45 %)	150 (30 %)	125 (25 %)	497

(1) = einschließlich dreier offensichtlich parteiloser MdL

Quelle: Putz, S. 80. Daten aus: Hans-Ulrich Derlien /Stefan Lock, Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen, a. a. O., S. 68.

Putz meint, dass dieses FDP-interne Mischungsverhältnis von Parlamentariern deren politische Karriere bereits in der DDR begann und solchen, die ihre politische Karriere erst nach dem Ende der DDR vorantrieben, dem Mischungsverhältnis der sachsen-anhaltinischen und mecklenburg-vorpommerischen Fraktionen entspricht.⁴¹⁵ Astrid Lorenz meint im Anschluß daran, dass die im Vergleich zur CDU-Fraktion hohe Geschlossenheit der viel kleineren FDP-Fraktion auch aus gemeinsamer Erfahrung in politischen Ämtern für die LDPD und NDPD während der DDR-Zeit herrührte.⁴¹⁶

Zu ihrem ersten Vorsitzenden wählte die Fraktion Rainer Siebert. Siebert war seit 1974 Mitglied der LDPD. Ende des Jahres 1991 wurde Siebert und dem parlamentarischen Geschäftsführer Pracht vorgeworfen für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet zu haben. Die vom Landtag eingesetzte Ehrenkommission hatte beide als „Grenzfall“ eingestuft. Die Fraktion sprach den beiden Kollegen dennoch ihr Vertrauen aus.

Nicht wegen dieser Stasivorwürfe, sondern so Siebert selbst, wegen der Karrierewünsche von Rosemarie Fuchs wurde er im September 1992 abgewählt. In der kleinen Fraktion sorgte vor allem sie dafür, dass Siegfried Lietzmann zum neuen Fraktionschef, sie zu seinem Stellvertreter und Renate Schneider zur neuen parlamentarischen Geschäftsführerin gewählt wurden.⁴¹⁷

Seit Juni 1993 war Siebert (nach der Amtsenthebung von Rosemarie Fuchs wiederum) stellvertretender Fraktionsvorsitzender und gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses.

Seinem Nachfolger Siegfried Lietzmann hatte Siebert trotz der Umstände seiner Abwahl Loyalität zugesichert. Lietzmann gehörte seit 1976 der LDPD an und war von 1976 bis 1989

⁴¹⁵ Vgl. Putz, S. 325.

⁴¹⁶ Vgl. Lorenz, S. 192.

⁴¹⁷ Vgl. Putz, S. 395.

Bürgermeister der Stadt Rhinow.⁴¹⁸ Im Jahr 1990 wurde er zum Vorsitzenden des FDP-Kreisverbandes Rathenow gewählt. Bis zum Ausscheiden der Fraktion aus dem brandenburgischen Landtag im Jahr 1994 war Lietzmann Fraktionsvorsitzender.

Der bis 1992 amtierende parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Alfred Pracht, trat 1966 in die LDPD ein. Von 1974 bis 1990 war er Mitglied des LDPD-Bezirksvorstandes Cottbus und von 1986 bis 1990 stellvertretender Bezirksvorsitzender. Laut Parlamentsdokumentation des brandenburgischen Landtags arbeitete er von 1964 bis 1968 als Lehrer am Pädagogischen Institut in Leipzig, war von 1970 bis 1976 Lehrer und Internatsleiter an einer Erweiterten Oberschule,⁴¹⁹ anschließend bis 1981 Student der Staatswissenschaften an der Akademie für Staat und Recht in Potsdam Babelsberg. Pracht erinnert sich: *„Im Sommer 1989 hat mich die Arbeit als stellvertretender Bezirksvorstand der*

⁴¹⁸ Lietzmann schrieb in den LDPD-Informationen im Oktober 1986 unter der Überschrift *„Rhinower Erfahrungen – Führungsbeispiel in der Bürgerinitiative.“* Im Referat der Konferenz des Sekretariats des Zentralvorstandes mit den Vorsitzenden und Sekretären der Kreis- und Stadtbezirksverbände vom 4. September 1986 in Berlin bekräftigte unser Parteivorsitzender, Parteifreund Prof. Dr. Manfred Gerlach, daß konstruktive Beiträge zu bürgernaher Kommunalpolitik ein wichtiges Anliegen unserer politischen Arbeit sind. Alle Erfahrungen bestätigen, daß kontinuierliche bürgernahe Arbeit der wesentlichste Faktor zur Mobilisierung der Menschen und Erschließung territorialer Reserven ist. Die Stadt Rhinow liegt als ländliche Kleinstadt im nördlichen Teil des Kreises Rathenow und ist Heimat für 2100 Bürger. Die Grundeinheit unserer Partei hat 65 Mitglieder und zählt seit vielen Jahren zu den gesellschaftlich engagierten Kräften in der Stadt. In vielfältigen gesellschaftlichen und beruflichen Funktionen wirken unsere Mitglieder an der Erfüllung und Überbietung der Pläne und an der Entwicklung unseres Territoriums zum Wohle aller Bürger mit. Immer wieder finden wir die Erkenntnis bestätigt, daß bei richtiger Verbindung mit den politischen Grundfragen unserer Zeit auch die Tagesfragen, die kommunalen Aufgaben bewußter angepackt und effektiver gelöst werden. [...] Wir schätzen ein, daß die gezielte massenpolitische Arbeit der Stadtverordneten und Mitglieder des Stadtausschusses in den 40 Wirkungsbereichen sehr geholfen hat, die Bereitschaft der Bürger zu mobilisieren. Diese Arbeitsweise eröffnet gute Möglichkeiten zur Führung der Familiengespräche, zumal eine stabile Partnerschaft vorhanden ist. Für meine Arbeit als Bürgermeister unserer Stadt mit dem Mandat der LDPD hat mir in den sieben Jahren meiner Tätigkeit unsere Partei ständig mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Wir sind stolz darauf, daß unsere Ortsgruppe in diesem Jahr zum zweiten Male in das Ehrenbuch unserer Partei eingetragen wurde. [...] Aus der Tatsache, daß der Bezirksausschuss Potsdam der Nationalen Front die Erfahrungen unserer Stadt als Führungsbeispiel des Bezirkes für die weitere Gestaltung der Bürgerinitiative nutzt, ergibt sich für uns als eine im und für den Sozialismus wirkende Partei eine neue Motivation, vor allen Dingen in der ergebnisreichen Vorbereitung unseres 14. Parteitages noch wirksamer zu werden. Wir haben deshalb gemeinsam mit dem Kreisvorstand unserer Partei und dem Vorstand der Ortsgruppe entsprechende Festlegungen getroffen, wie wir unser Arbeitsprogramm allseitig erfüllen und gezielt überbieten und dadurch den Nachweis antreten können, daß wir als Bündnispartner der Arbeiterklasse auch weiterhin alle unsere Kräfte zum Wohle des Territoriums einsetzen.“ LDPD Informationen 11/1986, S. 20-21. Im Dezember 1982 hatte Lietzmann bereits unter dem Titel *„Erfahrungen eines Gemeindeverbandes“* den Lesern der LDPD-Informationen die Erfahrungen eines Bürgermeisters mit der zehnjährigen Existenz des Gemeindeverbandes Rhinow mitgeteilt. LDPD-Informationen 12/1982, S. 26-27.

⁴¹⁹ Pracht zu dieser Phase seines Lebens: *„Als ich, schon Lehrer, ein weiteres Sprachstudium in der Sowjetunion machen wollte und eigentlich alles klar war, sagte mir der Schulrat zwei Wochen vorher, dass ich doch nicht mitreisen könne. Es gäbe neue Anordnungen von der Partei. Bis heute weiß ich nicht den wahren Grund der kurzfristigen Absage, aber sie hat mich bewogen, dem Werben der LDPD nachzugeben und hauptamtlich in der Partei mitzuarbeiten. So habe ich 1976 meinen Beruf aufgegeben, obwohl mir das sehr schwer fiel, denn ich war mit Leib und Seele Lehrer. Ich bin im Lehreralltag mit allen immer gut klargekommen, meine Arbeit wurde geschätzt und mir wurde öfter gesagt: Wenn du in der richtigen Partei wärst, dann könntest Du weiterkommen. Aber das Angebot, im Bereich Bildung, Weiterbildung und Kultur zu arbeiten, hatte durchaus interessante Seiten, auch wenn die Ausrichtung natürlich die Gleichschaltung war.“* Pracht, Alfred: Enttäuschungen mit der Partei, in: Gersdorf/Lorenz, S. 160 f.

*LDPD in Cottbus sehr in Anspruch genommen. [...] In die Wende hinein wurde ich Geschäftsführer des Bund freier Demokraten, ein Zusammenschluss dreier Parteien, der bei der Volkskammerwahl 1990 im März antrat. Ich organisierte den Wahlkampf und kümmerte mich um das Tagesgeschäft. Nach der Volkskammerwahl schloss sich dann die NDPD mit der LDPD zur Partei Bund Freier Demokraten zusammen, bis wir alle im August 1990 in der westdeutschen FDP aufgingen. Bis zum Vereinigungsparteitag war ich der Geschäftsführer der neuen Partei, aber meiner Kandidatur zum Generalsekretär der neuen FDP war leider kein Glück beschieden. Allerdings wurde ich für die Landtagswahl in Brandenburg auf Platz drei der Landesliste gestellt. Für ein ehemaliges Mitglied der LDPD war das schon eine mittlere Sensation. Ich glaube, ich hatte mir in meiner Zeit als Lehrer ein gewisses Ansehen erarbeitet, weshalb ich gewählt worden bin. Da gab es natürlich anfangs Neider, mein neues Auto wurde zerkratzt, aber die Aufregung um meine Person hat sich erfreulicherweise bald gelegt.*⁴²⁰

Der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Martin Neumann, war seit 1982 Mitglied der NDPD und von 1987 bis 1990 Stadtbaudirektor beziehungsweise Stadtdirektor in Lübbenau. Die Lehrerin Renate Schneider war seit 1962 Mitglied der LDPD.

Kurz vor dem Ausscheiden der Fraktion aus dem brandenburgischen Landtag wurde durch Übertritt die bis dahin der Bündnis-90-Fraktion angehörende Carmen Kirmes Mitglied der FDP-Fraktion. Sie war zuvor unter anderem Mitglied der Französischen Kommunistischen Partei und der SED. Im Herbst 1989 wurde sie Mitglied des Neuen Forums, in dessen Landesverband sie unter anderem als Geschäftsführerin arbeitete. Am 1. Oktober 1992 rückte sie für Matthias Platzeck in den Landtag nach.

Die einzige FDP-Abgeordnete ohne SED- oder Blockparteivergangenheit, Rosemarie Fuchs, verließ am 14. Juni 1993 die Fraktion, blieb aber bis zum Ende der Legislaturperiode fraktionslose Abgeordnete. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder, im Zusammenhang mit ihrer früheren Tätigkeit für das Frankfurter Bürgerkomitee zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit, gegen sie ein Verfahren wegen schweren Gewahrsamsbruchs eingeleitet.

Wie auch die FDP-Fraktionen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, und Thüringen schied die FDP-Fraktion im Jahr 1994 aus dem Landtag aus.⁴²¹

⁴²⁰ Pracht, S. 159.

⁴²¹ Vgl. Schulze, S. 253.

Die erste Landtagsfraktion der FDP bestand aus sechs Abgeordneten, von denen fünf zuvor einer Blockpartei angehört hatten. Neben dem Spitzenkandidaten führten die fünf Blockparteimitglieder unter den Abgeordneten auch die Landesliste für die Landtagswahl 1994 an. Da ihnen der Wiedereinzug in den Landtag nicht gelang, blieb der Elitenwechsel in der Landtagsfraktion vorerst aus. Erst im Jahr 2009 gelang der Wiedereinzug in den Landtag. Die Landesliste dieses Jahres wurde von einem ehemaligen SED Mitglied angeführt.

10.4. Der Umgang mit der Geschichte

Eine Auseinandersetzung zwischen ehemaligen Blockparteimitgliedern und neu hinzugekommenen „Reformern“ ist für die FDP nicht im selben Maße nachweisbar wie für die CDU. Zwar kandidierten regelmäßig in Fraktion und Landespartei Blockparteimitglieder gegen neu hinzugekommene Parteimitglieder um Spitzenposten. Weder in der Fraktion (wo es abgesehen von Rosemarie Fuchs neu hinzugekommene Parteimitglieder gar nicht gab) noch in der Partei konnten sich aber die Neulinge gegen die Mehrheit der Blockparteimitglieder durchsetzen.

Die Gründe, die Knut Sandler zur Niederlegung des Parteivorsitz bewogen, waren nicht etwa Einwürfe neu hinzugekommener Reformpolitiker sondern, so jedenfalls Putz, unterschwellig weiter existierende Animositäten aufgelöster Partei-Bezirksverbände.⁴²²

Aber bereits die Wahl seines Nachfolgers Paepke wie auch die Wahl Lietzmanns zum Fraktionsvorsitzenden können nicht auf vereinigungsbedingte innerparteiliche Bruchlinien zurückgeführt werden.⁴²³ Wenn sie je wirksam existierten, wurden sie durch das Desinteresse der ehemaligen Blockparteimitglieder und die Nachsichtigkeit westdeutscher Parteifreunde schnell vergessen gemacht.

Der westdeutsche liberale Wissenschaftsminister Hinrich Enderlein beispielsweise schätzt die Aufarbeitungsfrage folgendermaßen ein: *„Als Westdeutscher habe ich bei meiner Arbeit schwerpunktmäßig den Neuanfang gesehen. Zum Thema Aufarbeitung fühlte ich mich nicht berufen, das ist eine Sache der Bürger der DDR. Ich kann nicht sagen, wie ich mich in der DDR eingerichtet hätte. Allerdings wurde anfangs scheinbar von vielen Aufklärung mit Denunziation verwechselt. Aus meinem Bereich weiß ich, dass Mitarbeitern von Instituten und Universitäten einfach unterstellt wurde, sie wären entweder SED-Kader gewesen oder hätten mit der Stasi zusammengearbeitet. Natürlich gab es Parteimitglieder im*

⁴²² Vgl. Putz, S. 392 f.

⁴²³ Vgl. Putz, S. 396.

*Hochschulbereich, aber diesen Umgang mit den Leuten fand ich schändlich. Insbesondere rechte Gruppierungen haben versucht, aus solchen Anschuldigungen Kapital zu schlagen. Aber wir haben uns so gut es ging vor die Mitarbeiter und Professoren der Universitäten und Hochschulen gestellt.*⁴²⁴

Diese Ansicht eines westdeutschen Politikers der Exekutive kann auf den brandenburgischen FDP-Landesverband und die Landtagsfraktion verallgemeinert werden. Aufnahme- und Mitgliedschaftsbeschränkungen für ehemalige SED-Mitglieder sind für die brandenburgische FDP nicht dokumentiert. Der ehemalige parlamentarische Geschäftsführer Alfred Pracht hingegen erinnert sich: *„Das Mittel der Denunziation wird angewendet, um unliebsame Konkurrenz auszuschalten. Das ging vor allem am Anfang mit einer einfachen Behauptung über angebliche Stasi-Mitarbeit ganz schnell. Ich habe eine Zusammenarbeit mit jemandem nicht daran scheitern lassen, dass er SED-Mitglied war, wenn ich gesehen habe, dass er sich bemüht hat, aus seiner eigenen Geschichte zu lernen und einen verantwortungsbewussten Umgang damit anzustreben.*⁴²⁵

In Zusammenhang mit dem parteiinternen Erneuerungsprozess sieht Putz hingegen den Anfang 1994 erfolgten Parteiaustritt des ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Ost-FDP Peter Thietz.⁴²⁶ Er hatte sich bereits 1990 um das Amt des brandenburgischen Landesvorsitzenden beworben, verlor die Wahl aber gegen den ersten Parteivorsitzenden Knut Sandler. (Im Jahr darauf gewann das ehemalige LDPD-Mitglied Manfred Fink die Wahl zum Landesvorsitzenden der FDP gegen den der Ost-FDP entstammenden Matthias Gay). Thietz war daraufhin einige Jahre für den FDP-Landesverband Beobachter im Europaparlament. Im Jahr 1994 bewarb Thietz sich um einen sicheren Listenplatz für die

⁴²⁴ Vgl. Enderlein, Hinrich: Als Westler gegen Westimporte, in: Gersdorf/Lorenz, S. 89. Derartige Positionierungen trugen Enderlein den Ruf ein, bestrebt zu sein „rote Socken“ in Amt und Würde halten zu wollen. Vgl. Spitzenkandidat Hinrich Enderlein, Berliner Zeitung 9.8.1994.

⁴²⁵ Vgl. Pracht, S. 163.

⁴²⁶ Vgl. Putz, S. 399.

Europawahl, unterlag aber dem früheren LDPD-Mitglied Klaus Wettig,⁴²⁷ der seit 1990 dem Bundesausschuss der FDP für Europa- und Sicherheitspolitik angehörte.⁴²⁸

Den Abschluss der FDP-internen Entwicklung, so jedenfalls Putz, bildete die Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl 1994. Der populäre „Westimport“ Hinrich Enderlein wurde auf Listenplatz eins gewählt. Ihm folgten ohne vorhergehende Kampfkandidaturen die Mitglieder der ersten Fraktion Siebert, Neumann, Lietzmann, Schneider und Pracht.⁴²⁹

Putz fasst zusammen, dass gerade die Wahl der ersten beiden Parteivorsitzenden Sandler und Finke auch auf potentiell fortwirkende vereinigungsbedingte Bruchlinien zurückgeführt werden können. Bei der Bestimmung der Landtagsspitzenkandidaten spielten diese jedoch keine Rolle. Gegensätze zwischen Altmitgliedern und nach 1989 neu hinzugekommen stellen für die Probleme der parteiinternen Entwicklung daher nur einen Erklärungsgrund unter mehreren dar.⁴³⁰

⁴²⁷ Über den Vorsitzenden der LDPD-Ortsgruppe Neuenhagen und Aktivisten der sozialistischen Arbeit (Vgl. Protokoll 14. Parteitag der LDPD, 9. bis 11. April 1987 in Weimar, S. 263) Klaus Wettig schrieben die LDPD-Informationen im September 1985 unter der Rubrik „Parteibeauftragte und ihre Arbeit“: *„Politisches Anliegen des engagierten Liberaldemokraten Dr. Klaus Wettig ist es, mit seiner Ortsgruppe in der 12.200 Einwohner umfassenden Gemeinde Neuenhagen alle Möglichkeiten für die weitere Verbesserung der sozialen, materiellen und kulturellen Lebensbedingungen zu nutzen. Stolz bemerkt der Vorsitzende: ‚Je höher unsere Leistungen als Grundeinheit werden, desto schwerer wiegt unser Wort in der Gemeinde. Was gestern ausgezeichnet war, ist heute gut und morgen nur noch mittelmäßig! Das ist unser Leitsatz, und der hat uns vorangebracht. Bei der kontinuierlichen und dynamischen Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens im Territorium kann er auf die Hilfe und Unterstützung vieler Liberaldemokraten bauen, die durch gemeinsame Parteilarbeit in höhere Verantwortung hineingewachsen sind. Vor allem in den Mitgliederversammlungen werden Kontakte gepflegt, Fragen beantwortet, Probleme ausdiskutiert. Mit Unterstützung des Bezirks- bzw. Kreisvorstandes konnte auch hier und da schon helfend eingegriffen werden. Reserven sieht Parteifreund Dr. Wettig in der Verbesserung des Zusammenwirkens aller Parteien und Massenorganisationen in der Nationalen Front. Der Wettbewerb der Grundeinheiten vom 40. Jahrestag der Gründung der LDPD bis zum 14. Parteitag ist für die Neuenhagener Parteifreunde gegebener Anlaß, die Zielstellungen aus ihrem Arbeitsprogramm zu überarbeiten, um durch qualifizierte politisch-ideologische Arbeit, Aktivitäten im Rahmen der Nationalen Front und in den verschiedenen Formen der sozialistischen Demokratie das politische Ansehen der LDPD in ihrer Gemeinde weiter zu erhöhen.“* LDPD-Informationen, 9/1985, S. 31. In ihrer Oktober-Ausgabe des Jahres 1988 vermerkte dieselbe Zeitschrift auf Seite 30 die Ernennung Klaus Wettigs zum Honorarprofessor für Allgemeine und kommunale Hygiene an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zwei Monate später richtete Wettig einen Brief an seinen Parteivorsitzenden Gerlach, in dem er ähnlich wie seine Neuenhagener CDU-Ortsgruppenvorstandskollegin Ackermann anfragte, ob die Bündnistreue der LDPD zur SED nicht auch Grenzen haben könnte? Vgl. „Einschätzung über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien unter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungender der politisch-ideologischen Diversion“, 30.3.1989, BStU, BV Frankfurt (O), Abt. XII – Nr. 257, Bl. 8.

⁴²⁸ Vgl. Putz, S. 399, Fußnote 10.

⁴²⁹ Vgl. Putz, S. 399.

⁴³⁰ Vgl. Putz, S. 400.

10.5. Der Umgang mit Stasiverstrickungen

Die Satzung der FDP Brandenburgs besagt, dass ein Parteimitglied ausgeschlossen werden kann wenn es *„vor oder während seiner Mitgliedschaft in der Partei Mitbürger als Gegner eines totalitären Regimes denunziert oder seine gesellschaftliche Stellung dazu missbraucht hat andere zu verfolgen.“*⁴³¹ Dieser Passus findet sich auch in der Bundessatzung der FDP wieder.⁴³²

In den Medienberichten nach 1990 über Stasi-Verstrickungen bei der FDP Brandenburgs spielten vor allem die beiden „Grenzfälle“ Rainer Siebert und Alfred Pracht in der Landtagsfraktion eine Rolle. Sie erhielten Rückendeckung von der gesamten Fraktion wie auch der Landespartei und verloren wegen der Einstufung als Grenzfall keines ihrer Ämter. Über Verwicklungen von führenden Landespolitikern außerhalb des Parlaments berichtet keine ausgewertete Quelle.

Partei und Fraktion waren sich aber in ihrem Verhältnis zu den Stasi-Belastungen des Ministerpräsident Manfred Stolpe einig. Putz schätzt sogar ein, dass die anfangs von Rosemarie Fuchs und später von Siegfried Lietzmann im Stolpe-Untersuchungsausschuss getragene Linie der Verteidigung Stolpes von Partei und Fraktion nicht nur mitgetragen wurde sondern sich konfliktreduzierend auf die innerparteiliche Entwicklung auswirkte.⁴³³

Das erste Fraktionsmitglied im Stolpe-Untersuchungsausschuss war Rosemarie Fuchs, die nach eigener Aussage den Ausschuss gern verhindert hätte.⁴³⁴ Sie drängte nun darauf, dass der Landtag die zu Beginn der Legislaturperiode für die Überprüfung der Landtagsmitglieder auf Stasimitarbeit aufgestellten Kriterien einer abschwächenden Revision unterziehen sollte.⁴³⁵

⁴³¹ Vgl. Satzung der FDP Brandenburgs, § 9.2.2.1.

⁴³² Vgl. Linnemann, S. 162. Linnemann führt anschließend weiter aus: *„Es gibt mehrere Argumente, die einen Umgang mit der politischen Vergangenheit als möglichen Ausschlußgrund als besser geeignet erscheinen lassen als ein solcher Umgang als Aufnahmebeschränkung. So ist bei einem Parteiausschluss ein individuelles Verfahren mit gesetzlich vorgeschrieben Einspruchsmöglichkeiten garantiert. Ein solches Ausschlußverfahren kann einer differenzierten Beschäftigung mit der Vergangenheit eher gerecht werden als eine pauschale Aufnahmesperre. Politisch erscheint es ehrlicher, wenn eine Partei zugibt, daß es auch in den eigenen Reihen Mitglieder gibt, die durch ihr früheres Wirken zu einer Belastung geworden sind, anstatt durch eine Aufnahmesperre den Eindruck erwecken zu wollen, die Partei müsse sich lediglich vor belasteten Personen von außen schützen. Es ist allerdings anzunehmen, daß das politische Schuldigwerden zu DDR-Zeiten als Ausschlußgrund in der Wirklichkeit der neuen Bundesländer eher irrelevant ist. Schließlich wird kaum eine Partei massenweise Ausschlussverfahren durchführen. Dies könnte in der Öffentlichkeit den Eindruck einer schwer belasteten Partei entstehen lassen.“* Linnemann, S. 163. In der dazugehörigen Fußnote führt Linnemann aus: *„Die Gespräche mit Verantwortungsträgern der Parteien in den neuen Bundesländern zeigten, daß es in keiner Partei eine regelrechte ‚Parteireinigung‘ gab. Lediglich bei der PDS gab es bis ins Frühjahr 1990 zahlreiche Ausschlussverfahren gegen Mitglieder der früheren SED-Spitze. Ansonsten wurde nur über Ausschlüsse ehemaliger Stasimitarbeiter aus der SPD berichtet. Vor einer Verallgemeinerung dieser Ergebnisse ist aber zu warnen, da die Gesprächsbereitschaft zu diesem Punkt generell nicht sehr hoch war.“* Linnemann, S. 163, Fußnote 623.

⁴³³ Vgl. Putz, S. 400.

⁴³⁴ Vgl. Putz, S. 381.

⁴³⁵ Vgl. Ebenda.

Dieses Ansinnen und ihre Integrität als Mitglied des Untersuchungsausschusses standen in Frage als bekannt wurde, dass sie als ehemalige Mitauflöserin der Bezirksleitung Frankfurt/Oder des Ministeriums für Staatssicherheit in einem „Gesprächsverhältnis“ mit einem ehemaligen hochrangigen Stasioffizier stand. Parallel wurde unterstellt, sie wäre während des Auflösungsprozesses am Verschwinden von Akten beteiligt gewesen. Dies führte zu Rücktrittsforderungen aus der Partei. Diesen hielt sie stand, bis Ermittlungen wegen Fahrerflucht gegen sie aufgenommen wurden. Erst jetzt wurde sie ihrer Ämter enthoben.

Mit Rosemarie Fuchs schied eine der entschiedensten Verteidigerinnen Manfred Stolpes aus dem Untersuchungsausschuss aus. Die FDP folgte ihr in ihrer Stolpe-freundlichen Haltung, was, so Putz *„sowohl mit innerer Überzeugung als auch mit selbstaufgelegter Zurückhaltung in einer sensiblen und in Teilen von einer ‚Ost-West-Debatte‘ überlagerten Thematik erklärt werden kann“*.⁴³⁶

Im Stolpe-Untersuchungsausschuss folgte ihr für die FDP Siegfried Lietzmann. Er änderte ihre Linie nur in Nuancen⁴³⁷ und forderte: *„Die geforderten neuen Kriterien eine ‚Lex Stolpe‘ zu nennen, sei ‚zu einfach‘. Ihm gehe es darum, im Superwahljahr 1994 eine ‚realistische Beurteilung‘ eventueller Stasi-Kontakte der Kandidaten zu ermöglichen. ‚Das müsse der alte Landtag seinem Nachfolger hinterlassen.“*⁴³⁸

Putz fasst das Verhalten der FDP im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zusammen in dem er feststellt, dass die FDP sich grundsätzlich zum angegriffenen Ministerpräsidenten bekannte, weil sie den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses mittrug. Diese Unterstützung war aber nicht ohne Einschränkung, da Lietzmann zuvor eine stolpekritische Änderung des Abschlussberichts durchsetzen konnte und in der Landtagsdebatte in manchen Punkten vom Regierungschef abrückte. *„Die Position der Liberalen lief damit auf ein passives Ja zur Person, Ja auch zur Koalition hinaus.“*⁴³⁹

Hinrich Enderlein hielt später fest: *„Die Diskussion um Ministerpräsident Stolpe war leider ein Dauerthema, das uns mehr beschäftigt hat als notwendig. Meiner Ansicht nach war er derjenige, dem die Evangelische Kirche diesen Job einfach zugeschanzt hat. Einer musste sich mit dem Staat und auch mit der Stasi einlassen, wenn es darum ging, Bürgern zu helfen. Ich hatte eine unglaubliche Hochachtung vor Manfred Stolpe. Ohne ihn als Ministerpräsident hätte ich das Wissenschaftsressort nicht so einfach nach meinen Vorstellungen führen können, denn er hat uns Ministern freie Entscheidungsmöglichkeiten gelassen. Meine*

⁴³⁶ Putz, S. 382.

⁴³⁷ Vgl. dazu Putz, S. 383.

⁴³⁸ Bluhm/Schüler, S. 184.

⁴³⁹ Putz, S. 390.

*Haltung habe ich natürlich auch in den Westen transportiert, denn es wunderten sich nicht wenige, wie ich mit ‚so einem Menschen‘ zusammenarbeiten könnte.*⁴⁴⁰

Die FDP ähnelte in ihrer Behandlung von Stasi-Verstrickungen dem ersten CDU-Fraktionschef Peter Michael Distel. Sie war sowohl nachsichtig mit den Verstrickungen in den eigenen Reihen als auch mit denen des Ministerpräsidenten Stolpe. Während sich die brandenburgische CDU innerhalb der Bundespartei mit ihrer MfS-Freundlichkeit unbeliebt machte, trug der westdeutsche Hinrich Enderlein das Verständnis für die Verstrickungen Manfred Stolpes sogar in die Bundespartei hinein.

10.6.Ehemalige Bürgerrechtler in der FDP

Ehemalige Oppositionelle der DDR prägten nach 1990 weder die Bundespartei noch den Landesverband der FDP. Aus den Erinnerungen und Statements von FDP-Politikern ist hingegen regelmäßig ein distanzierendes Verhältnis zu dem gerade von Oppositionellen in der Friedlichen Revolution vorgeschlagenen und oft auch durchgesetzten Maßnahmen ablesbar.

Die „Neue Zeit“ vermerkte beispielsweise in der Phase der Vorbereitung der Ampelkoalition im Jahr 1990: *„Sandler verwies besonders auf das Bestehen seiner Partei auf strikte Rechtsstaatlichkeit. Auf das oft unorthodoxe Politikverständnis der Bürgerbewegung anspielend, unterstrich er, daß nach Ansicht der Liberalen neben dem Parlament Runde Tische in einem Rechtsstaat nicht denkbar seien. Ebenso lasse man nicht an der Marktwirtschaft rütteln und müsse jegliche Rudimente von Sozialismus zurückweisen.*“⁴⁴¹ Kurze Zeit später neigte die FDP während der Koalitionsverhandlungen mit SPD und Bündnis 90 eher zu einer Verbindung mit der CDU, weil das Programm von Bündnis 90 *„sehr, sehr sozialistisch sei.*“⁴⁴²

Ehemalige Mitglieder der DDR-Bürgerrechtsbewegung gehörten weder der Parteiführung noch der Fraktion in Brandenburg an. Somit konnten sie nicht das Bild und Wirken der FDP in Brandenburg Anfang der 90er Jahre prägen. Die FDP war damit neben der PDS die personell den ehemaligen Bürgerrechtlern fernste Partei.

⁴⁴⁰ Enderlein, S. 90.

⁴⁴¹ Artikel in der Zeitung „Neue Zeit“, 18.10.1990, auszugsweise abgedruckt in: Bluhm./Schüler, S. 28.

⁴⁴² Vgl. Bluhm/Schüler, S. 28.

10.7. Westdeutsche Parteifreunde

Stefan Lock belegt in seiner Studie „Ostdeutsche Landtagsabgeordnete 1990-1994. Vom personellen Neubeginn zur politischen Professionalisierung?“ dass „Eliteimporte“ aus der Bundesrepublik Deutschland für die FDP-Fraktionen in den neuen Bundesländern keine nennenswerte Rolle gespielt haben. In der Exekutive hingegen sah es anders aus.⁴⁴³

Herkunft der Abgeordneten der fünf neuen Landtage (1. Wahlperiode)

<i>Fraktion</i>	<i>Herkunft Ost</i>	<i>Herkunft West</i>	<i>N</i>
PDS	61	-	61
CDU	231	6	237
FDP	39	1	40
DSU	4	1	5
SPD	130	4	134
B'90 / Grüne	27	-	27
fraktionslos	5	-	5
zusammen	497 (98 %)	12 (2 %)	509

Quelle: Putz, S. 81. Daten aus: Stefan Lock, Ostdeutsche Landtagsabgeordnete 1990-1994. Vom personellen Neubeginn zur politischen Professionalisierung? Berlin 1998, S. 74

So war es auch in Brandenburg, wo kein westdeutsch sozialisierter Abgeordneter für die FDP im Landtag saß. Nachdem die gesamtdeutsche FDP-Führung die Ampelkoalition in Brandenburg „abgesegnet“ hatte, schlug aber die FDP Brandenburgs als Wirtschaftsminister Walter Hirche, der bis 1990 Wirtschaftsminister in Niedersachsen gewesen war und als Wissenschaftsminister Hinrich Enderlein, der zuvor unter anderem als FDP-Fraktionschef in Baden-Württemberg fungierte, als Minister für das erste Kabinett Stolpe vor.⁴⁴⁴ Beide erwarben sich in ihren Ämtern großen Respekt. Walter Hirche ließ sich im Frühjahr 1994 allerdings zum Landesvorsitzenden der FDP in Niedersachsen wählen, wo er auch für ein Bundestagsmandat kandidierte.

⁴⁴³ Lock, Stefan: Ostdeutsche Landtagsabgeordnete 1990 -1994. Vom personellen Neubeginn zur politischen Professionalisierung? Berlin 1998, S. 76. Vgl. auch Putz, S. 82.

⁴⁴⁴ Vgl. Putz, S. 326.

Der im Jahr 1941 in Luckenwalde geborene Hinrich Enderlein hingegen blieb der FDP Brandenburgs auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag im Jahr 1994 erhalten. Er erinnert sich: *„Mir ist damals in keiner Weise in den Sinn gekommen, dass ich politisch in Brandenburg tätig werden könnte. Selbst nach den Landtagswahlen im Oktober 1990 dachte ich nicht daran, als sich eine Ampelkoalition für Brandenburg abzeichnete. Den Ländern und Parteien waren nach der Wende Partnerländer zugeordnet worden. Für Brandenburg und die FDP war das Nordrhein-Westfalen. Der damalige FDP-Landesvorsitzende Jürgen Möllemann hat mir zunächst den Auftrag gegeben, die Brandenburger FDP zu beraten und dann nach den Landtagswahlen an den Koalitionsverhandlungen teilzunehmen. An denen wirkten jeweils der Landesvorsitzende, der Fraktionsvorsitzende und ein so genannter Westberater der Partei mit. Und der Westberater bei der FDP war ich. Als wir die Koalitionsvereinbarung geschlossen hatten, war mein Auftrag für mich erledigt. Die FDP hatte das Wirtschafts- und das Wissenschaftsministerium erhalten. Ich hatte mich für einen Wirtschaftsminister aus dem Westen stark gemacht und Walter Hirche wurde es dann auch. Für Wissenschaft, Forschung und Kultur schwebte uns ein Professor aus Brandenburg vor. Nur gab es keine Hochschulen in Brandenburg, so dass die Suche nach einem geeigneten Kandidaten schwer fiel. Dann wurde ich eines Tages gefragt, ob ich das Ministerium übernehmen wolle. Da habe ich nicht lange überlegt, meine Frau und meine drei Kinder gefragt, die sofort zustimmten, und zugesagt. So bin ich durch eine mehrfache Verkettung zu meinem Amt gekommen.“*⁴⁴⁵

Alfred Pracht hingegen beschreibt seine Erfahrung mit der westdeutschen FDP und westdeutschen Parteifreunden folgendermaßen: *„An einen Wechsel in eine andere Partei habe ich nie gedacht, obwohl es auch ein Lernprozess war, sich unter den Buchstaben der FDP wohl zu fühlen. Die westdeutsche FDP hatte einen anderen Stil, sowohl in Diskussionen - sie hatten von vielen Dingen einfach mehr Ahnung -, als auch im Umgang miteinander. Bei uns im Osten herrschte Kameradschaft, aber nun wurden wir nicht immer auf gleicher Augenhöhe behandelt. Das hat mich manchmal gestört, denn bei meiner Arbeit war ich auf Hilfe von erfahrenen Leuten aus den alten Bundesländern angewiesen. Aber insgesamt hat die Zusammenarbeit recht gut funktioniert.“*⁴⁴⁶

Die Hilfe, gerade in der Exekutive, durch westdeutsche Parteifreunde schien in der brandenburgischen FDP willkommener als in der brandenburgischen CDU. Wurden die beiden Ministerämter der Koalition zu 100 Prozent mit Westimporten besetzt, kandidierte

⁴⁴⁵ Vgl. Enderlein S. 85.

⁴⁴⁶ Vgl. Pracht, S. 161.

offensichtlich kein Westdeutscher auf einem aussichtsreichen Platz der Landesliste. Nachdem Regierungsämter und Fraktion verloren gegangen waren, übernahm mit Hinrich Enderlein ein Westdeutscher die Parteiführung im Land. Somit prägten vor allem westdeutsche und ehemalige Blockparteimitglieder die Arbeit der FDP in der ersten Hälfte der neunziger Jahre.

10.8. Die Bildungspolitik der Liberalen

Nach der Friedlichen Revolution musste das öffentliche Bildungswesen reformiert werden. Der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition hatte dabei Punkte wie die Schulstruktur und die Frage nach 12 oder 13jährigem Abitur offengelassen. Kultusministerin Marianne Birthler von Bündnis 90 forderte eine 13jährige Abiturzeit und die Gesamtschule als Regelschule. Die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Renate Schneider,⁴⁴⁷ forderte die Einführung der Realschule und ein Abitur nach 12jähriger Schulzeit.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung beinhaltete die Position Marianne Birthlers.⁴⁴⁸ Die FDP wollte diesen Gesetzentwurf nur mittragen, wenn die Realschule als gleichberechtigte Schulform anerkannt würde und das Abitur nach 12 Jahren zu erwerben sei. Hinter die letztgenannte Forderung stellten sich auch die Oppositionsfraktionen von CDU und PDS. Die Forderung nach dem gegliederten Schulsystem hingegen wurde nur von den Christdemokraten unterstützt, während die PDS die Position von SPD und Bündnis 90 einnahm.

Ein koalitionsinterner Streit brach los, in welchem die FDP durchsetzen konnte, dass die Entscheidung über die Dauer der Schulzeit nicht abschließend entschieden wurde.⁴⁴⁹ In der Beschlussempfehlung des Landtagsausschusses wurde ebenfalls eine Festlegung der zeitlichen Dauer des Abiturs vermieden und der die FDP-Politik durchkreuzende Passus einer Realschule, die das Angebot der Gesamtschulen und Gymnasien ergänze, gestrichen.⁴⁵⁰

In der abschließenden Parlamentsdebatte stritten sich die Regierungsfaktionen noch, während anschließend alle Vertreter der Regierungsmehrheit dem der FDP widersprechenden Gesetzestext zustimmten. Letztendlich konnte die FDP mit der Einführung der Realschule

⁴⁴⁷ Zu Renate Schneiders allgemeiner Sicht auf die brandenburgische Schullandschaft vgl.: Schneider, Renate: Zur Schullandschaft in Brandenburg, in: Die liberale Depesche, Das MitgliederMagazin der F.D.P., 4/1992.

⁴⁴⁸ Vgl. Putz, S. 337.

⁴⁴⁹ Vgl. Putz, S. 339.

⁴⁵⁰ Vgl. Putz, S. 340.

eine ihrer Positionen behaupten. Diese war jedoch bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben.⁴⁵¹

11. Die FDP seit 2009

11.1. Der Umgang mit der SED- und Blockpartei Vergangenheit

Die FDP Brandenburgs führt im Gegensatz zur CDU auch nicht im innerparteilichen Konfliktfall einen öffentlich nachweisbaren Diskurs über die Mitverantwortung ehemaliger LDPD- oder NDPD-Mitglieder an der SED-Diktatur. Die Mitverantwortung der Blockparteien LDPD und NDPD an der Diktatur in den drei Vorgänger-Bezirken des heutigen Landes Brandenburg hat sie wie die CDU in den Jahren nach der Friedlichen Revolution ebenfalls nicht aufgearbeitet.

Nach ihrem Wiedereinzug in den brandenburgischen Landtag im Jahr 2009 waren die brandenburgische FDP und die Fraktion zweimal mit der DDR-Vergangenheit ihres Spitzenpersonals befasst. Bereits vor der Wahl beschäftigte die Personalie ihres Spitzenkandidaten Hans-Peter Goetz Medien und Öffentlichkeit. Er war nach seinem Abitur der SED beigetreten, hatte von 1983 bis 1987 Rechtswissenschaften studiert und anschließend bis ins Jahr 1990 ein postgraduales Studium an der Akademie für Recht und Staatswissenschaften Potsdam Babelsberg abgeschlossen. Im Jahr 1997 trat er der FDP bei.

Anfang Dezember 2008 wurde er von den Delegierten eines Parteitages auf Spitzenplatz eins der Landtagswahlliste gesetzt. Vorher hatte er sich von seiner früheren SED-Mitgliedschaft distanziert: *„Ich habe tatsächlich geglaubt, der Sozialismus sei die bessere Gesellschaftsordnung. [...] ich habe lange gebraucht zur besseren Erkenntnis. [...] ich bedauere meine Trägheit von damals sehr.“*⁴⁵² Die Jungen Liberalen, die in ihrem Landtagswahlprogramm die Aufarbeitung der SED-Diktatur forderten, bezeichneten das Bekenntnis von Goetz als *„fair und mutig“*.⁴⁵³

Tatsächlich sind derartige öffentliche Einlassungen auf die eigene SED-Mitgliedschaft beim betroffenen politischen Spitzenpersonal von CDU und FDP die Ausnahme. Stattdessen verschweigen auch FDP-Politiker in Brandenburg ihre Mitgliedschaft in früheren Blockparteien. So ist auf den vom brandenburgischen FDP-Bundestagsabgeordneten Martin

⁴⁵¹ Vgl. Putz, S. 342.

⁴⁵² Kaufmann, Marion: „Wir sind die Guten“. FDP Spitzenkandidat Götz bereut SED-Vergangenheit/Lanfermann contra Steinmeier, MAZ 8.12.2008.

⁴⁵³ Vgl. Ebenda.

Neumann verantworteten Internetseiten kein Hinweis auf seine langjährige NDPD-Mitgliedschaft zu finden. Die Liste seiner „Politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten“ in seiner Selbstdarstellung als stellvertretender FDP-Landesvorsitzender beginnt bei Neumann erst mit dem Jahr 1990.⁴⁵⁴ Seine Landesvorstandskollegen Raimund Tomczak⁴⁵⁵ oder Klaus Schuster⁴⁵⁶ hingegen verschweigen ihre langjährige LDPD-Mitgliedschaft nicht.

Auf Neumanns persönlicher Website findet sich hingegen folgende Passage: *„Seit Februar 2011 bin ich Beisitzer im Vorstand der Karl-Hamann-Stiftung für liberale Politik im Land Brandenburg, der ich zuvor zwei Jahre als Vorsitzender vorstand. Die parteinahe Stiftung sieht ihre Aufgabe darin, die politische Bildung im Bundesland Brandenburg zu fördern und sich um die Aufarbeitung der Geschichte des politischen Liberalismus in Deutschland zu kümmern.“*⁴⁵⁷

Das langjährige Mitglied des LDPD-Bezirksvorstandes Cottbus, heutiger Wahlkreismitarbeiter von Martin Neumann und Ehrenvorsitzender des FDP-Stadtverbandes Cottbus, Alfred Pracht, war unter anderem als Vorsitzender des FDP-Stadtverbandes Cottbus gemeinsam mit Martin Neumann daran beteiligt, die FDP in Cottbus in die weiter oben beschriebene Bürgermeister-Wahlallianz mit der Linkspartei und der CDU zu führen. Martin Neumann sah darin eine *„riesengroße Chance und neue Qualität von Politik.“*⁴⁵⁸ Pracht, wie weiter oben bereits zitiert, meint generell: *„Ich habe eine Zusammenarbeit mit jemandem nicht daran scheitern lassen, dass er SED-Mitglied war, wenn ich gesehen habe, dass er sich bemüht hat, aus seiner eigenen Geschichte zu lernen und einen verantwortungsbewussten Umgang damit anzustreben.“*⁴⁵⁹

11.2. Der Umgang mit den alten Stasiverstrickungen

Im März 2011 wurden erneut die bereits während der ersten Legislaturperiode der Landtagsfraktion als Grenzfälle eingestuften Rainer Siebert und Alfred Pracht medial mit ihren Stasiakten konfrontiert. Rainer Siebert, der seit 1994 verschiedene Ämter im Landesvorstand der Liberalen innehatte und zuletzt Schatzmeister war, wurde vorgeworfen, sich 1970 per Handschlag zur Unterstützung des MfS bereit erklärt und eine

⁴⁵⁴ Vgl. <http://partei.fdp-brandenburg.de/Personen/260c865i60/index.html> Datum der Einsichtnahme: 3.5.2011.

⁴⁵⁵ Vgl. <http://partei.fdp-brandenburg.de/Personen/260c1939i60/index.html> Datum der Einsichtnahme: 3.5.2011.

⁴⁵⁶ Vgl. <http://partei.fdp-brandenburg.de/Personen/260c4380i60/index.html> Datum der Einsichtnahme: 3.5.2011.

⁴⁵⁷ <http://www.martin-neumann.net/Karl-Hamann-Stiftung/14256b3698/> Datum der Kopieentnahme: 3.5.2011.

⁴⁵⁸ Danckelmann, Sibylle von: FDP steht zum Bündnis und zu Kelch, Lausitzer Rundschau 25.8.2006.

⁴⁵⁹ Vgl. Pracht, S. 163.

Schweigerklärung unterzeichnet zu haben. Als Soldat hatte er anschließend im Jahr 1972, laut Medienberichten, Kameraden denunziert. Anschließend ließ seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit nach.⁴⁶⁰

Nachdem die Landesführung seiner Partei sich nicht wie Anfang der neunziger Jahre eindeutig hinter ihn gestellt hatte, erklärte Rainer Siebert seinen Rücktritt als Landesschatzmeister, wollte dies jedoch nicht als Schuldeingeständnis gewertet sehen.

Alfred Pracht räumte dienstliche Kontakte zur Stasi für den Bezirksvorstand Cottbus der LDPD ein, bestritt aber konspirative Gespräche geführt zu haben.⁴⁶¹

Ende März wurde die Parteiführung um Parteichef Heinz Lanfermann und Fraktionschef Hans-Peter Götz auf einem Parteitag von einer großen Anzahl der Delegierten dafür kritisiert, sich nach Medienberichten vorschnell von Siebert distanziert zu haben. Ein Delegierter fragte im Hinblick auf den Fraktionsvorsitzenden Götz was schlimmer sei: *„Ein unergiebiges IM oder Mitglied der SED gewesen zu sein, welche die Stasi schnüffeln ließ?“*⁴⁶²

Der Ehrenvorsitzende der brandenburgischen FDP Hinrich Enderlein hielt fest: *„Rainer Siebert ist kein Fall, der Konsequenzen erfordert hätte. Er hat 20 Jahre untadelige Arbeit geleistet. Er tut mir leid.“*⁴⁶³

Der Parteitag, der ursprünglich einen Antrag zum weiteren Umgang mit Verstrickungen in die Diktatur beschließen wollte, stellte diesen zurück und gründete eine unter dem Vorsitz von Hinrich Enderlein arbeitende Kommission, die eine abgestimmte und konsensfähige Linie der Brandenburger Liberalen in derartigen Fragen entwickeln soll.⁴⁶⁴

11.3. Westdeutsche Parteifreunde und der aktuelle Landesvorstand

Auch diese Querelen um den Umgang mit historischen Belastungen führten dazu, dass sich an Partei- und Fraktionsspitze kurz darauf eine überwiegend historisch unbelastete und junge Politikergeneration gegen „Altlasten“ wie Hans-Peter Götz durchsetzte. Der Landtagsabgeordnete Gregor Beyer wurde auf einem Parteitag zum neuen Parteichef gewählt. Die Landtagsfraktion wählte Andreas Büttner zu ihrem Vorsitzenden. Beide sind jung und westdeutsch sozialisiert. Erstmals sind damit in Brandenburg beide Spitzenämter einer im Landtag vertretenen Partei gleichzeitig in der Hand westdeutscher Politiker. Für Aufsehen hat

⁴⁶⁰ Vgl. Fröhlich, Alexander: Stasifälle belasten FDP, Der Tagesspiegel 18.3.2010.

⁴⁶¹ Vgl. Ebenda.

⁴⁶² Vgl. Metzner, Torsten: Liberale Streitkultur, Der Tagesspiegel 28. 3 2010.

⁴⁶³ Beyerlein, Andrea: Ohne Rückhalt, Berliner Zeitung 18.3.2010.

⁴⁶⁴ Vgl. Metzner, Streitkultur.

dies nicht gesorgt, was auf eine große inner- und außerparteiliche Akzeptanz dieses vollendeten Elitenwechsels hindeutet.

Mit der Wahl Gregor Beyers zum neuen Landesvorsitzenden wurde auch der Vorstand der Landes-FDP neu gewählt. Dem Präsidium, inklusive seinen Beisitzern, gehören zehn Parteimitglieder an. Drei von ihnen sind gebürtige Westdeutsche, fünf gebürtige DDR-Bürger, wovon drei ehemals Mitglieder von Blockparteien waren. Die Herkunft von zwei weiteren Vorstandsmitgliedern konnte nicht bestimmt werden. Dem erweiterten Vorstand gehört, wie bei der CDU auch, als Beisitzer ein ehemaliges SED-Mitglied an.

Generell weisen die Vorfälle um Rainer Siebert und Alfred Pracht im Jahr 2011 darauf hin, dass der Elitenwechsel an der Parteispitze der FDP noch nicht im selben Maße vollzogen wurde wie bei der CDU. In dieser prägen Politiker, die bereits Anfang der neunziger Jahre politisch in hohen Ämtern aktiv waren, nicht mehr im selben Maße wie bei der FDP die Politik der Landespartei. Das mag daran liegen, dass während der fünfzehnjährigen Abstinenz der FDP vom Landtag keine neuen, jüngeren Eliten in die Partei und ihre Führungsämter drängten. Erst nach dem Wiedereinzug in den Landtag wurden die FDP und ihre Spitzenpositionen wieder attraktiv, so dass junge Eliten, auch unter Verweis auf Vergangenheitsbelastungen der ehemaligen Parteiführung diese aus ihren Ämtern drängt.

12. Zusammenfassung der Ergebnisse

Der Elitenwandel in den brandenburgischen Parteien CDU und FDP ist im Jahr 2011 an der Parteispitze weitgehend abgeschlossen. Die Parteien werden in ihren Führungspositionen ganz überwiegend von jungen, nicht in Blockparteien der DDR politisch sozialisierten Eliten geführt. Eine jeweils geringe Anzahl von ehemaligen Blockparteimitgliedern oder Mitgliedern der SED in den Landesvorständen oder den Fraktionen ist nicht einem ausgebliebenen Elitenwandel geschuldet sondern vielmehr Zeichen für einen offen oder verdeckt entspannten Umgang mit Mitgliedern ehemals das System der DDR tragenden Parteien. An der Basis der beiden Parteien ist der Elitenwandel hingegen noch nicht abgeschlossen, wie am Beispiel von Cottbusser Personalkonstellationen gezeigt wurde.

Die Eliten der beiden Parteien sind in einem hohen Maß westdeutsch geprägt. Die Entwicklung dieser Tatsache begann in den frühen neunziger Jahren, als westdeutsche Parteifreunde den Aufbau der Landesverbände unterstützen und dabei parlamentarische sowie

exekutive Funktionen übernahmen. Ihre Kompetenz prägte das zunehmend professionellere Erscheinungsbild beider Parteien. Ihre Herkunft und dadurch auch ihre gelegentlich von dieser geprägte politische Meinung führten regelmäßig, vor allem in der CDU, zu innerparteilichen Konflikten und Ansehensverlusten in der brandenburgischen Bevölkerung. Dieses Phänomen hat jedoch in den letzten fünf Jahren nachgelassen.

Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung der DDR hingegen hatten es in beiden Landesverbänden schwer und konnten zu keiner Zeit, vor allem wegen ihres absoluten Minderheitenstatus, wesentliche Politikbereiche oder gar das Gesicht der Partei prägen.

Nach einer anfänglich hohen Toleranz im Umgang mit den Stasi-Verstrickungen in den eigenen Reihen und beim politischen Gegner praktizieren beide Parteien mittlerweile einen strikteren Kurs im Umgang mit durch Täterakte belasteten Parteifreunden. Ist es in der CDU seit langer Zeit unmöglich mit einer Täterakte in Führungsposition aufzusteigen, zeigt die Reaktion des FDP-Parteitagess auf den restriktiven Umgang der damaligen Parteispitze mit dem belasteten Schatzmeister Rainer Siebert, dass dessen seit nahezu zwei Jahrzehnten öffentlich bekannte Verstrickung für große Teile der Parteibasis kein Karrierehindernis ist.

Beide Parteien weisen enorme Defizite im Umgang mit der Geschichte ihrer ostdeutschen Vorgängerparteien in den Jahren ab 1952 auf. Wurden die Gründungsjahre der Parteien CDU und LDPD auch auf Betreiben aus Parteikreisen historisch mehrfach und eingehend bearbeitet, fehlt für die anschließenden Jahrzehnte bis zur Friedlichen Revolution, vor allem die siebziger und achtziger Jahre, jegliches Zeugnis einer kritischen Auseinandersetzung mit diesen Parteien. Die CDU Brandenburgs verweigert die Anerkennung der von Lothar de Maiziere auf dem CDU-Sonderparteitag im Dezember 1989 festgestellten „*Mitverantwortung der CDU für die Deformationen und die Krise unserer Gesellschaft*“ und scheut sich auch deshalb ihre auf die Gleichschaltung von Kirche und Christen in der DDR gerichtete Funktion im Herrschaftsapparat der SED aufzuarbeiten. Alternativ wird in Jubiläumsschroniken der CDU eine nirgends dokumentierte „verdeckte Oppositionsrolle“ zugeschrieben.

Daneben wird regelmäßig von beiden Parteien, vor allem aber der CDU behauptet, dass während der Friedlichen Revolution die unbelastete Basis die korrupte Parteiführung abgelöst hätte. Für beide Parteien ist belegbar, dass einerseits viele Spitzenpolitiker, vor allem aus dem Bezirksverband Cottbus, ihre politischen Karrieren in der Demokratie fortsetzten und andererseits die in Führungsämter nachrückende ehemalige Parteibasis sich ideologisch von ihrer Parteiführung nur wenig unterschied.

Das Miteinander zwischen Parteifreunden mit Blockparteiervergangenheit und neu hinzugekommen Parteimitgliedern ist in beiden Parteien seit Jahren entspannt. Nur im

politischen Konfliktfall wird eine Blockpartei Vergangenheit oder eine damit einhergehende politische Einlassung gegen ein ehemaliges Blockparteimitglied instrumentalisiert. Dem vorzubeugen verheimlichen auch nach dem „Fall Tillich“ einige ehemalige Blockparteimitglieder, wie der FDP-Bundestagsabgeordnete Martin Neumann, in öffentlichen Darstellungen ihrer Biografie eine Parteimitgliedschaft in der DDR. Dies weist darauf hin, dass Kontinuität und Elitenwandel von ihrer Rolle reflektierenden Subjekten getrieben oder gebremst wird. Diese Reflektion sollte öffentlich sein.

13. Empfehlungen an die Enquetekommission

1. Die Enquetekommission sollte allen brandenburgischen Parteien empfehlen, in ihren Internetauftritten die regionale Geschichte der jeweiligen Partei für die letzten 50 Jahre detailliert und faktentreu zu dokumentieren.
2. Die Enquetekommission sollte allen brandenburgischen Spitzenpolitikern empfehlen, in ihren öffentlichen Selbstdarstellungen ihre politische Biografie vollumfänglich darzustellen.
3. Die Enquetekommission und die CDU sollten gemeinsam überlegen, wie sie die Verfasser/Verfasserin des „Briefes aus Neuenhagen“, öffentlich ehren. Begründung: Dieser zweifellos mutige, singuläre und überparteilich ehrenwürdige Akt demokratischer Empörung in einer Diktatur droht in Vergessenheit zu geraten und wird vom prominenteren „Brief aus Weimar“, dessen Verfasser zur Zeit der Veröffentlichung des Briefes aus Neuenhagen noch für das MfS arbeiteten, dem Marxismus huldigten, kirchliche Basisgruppen argwöhnisch betrachteten oder die

Ökumenische Versammlung staatstreu zu beeinflussen versuchten in den Aufmerksamkeitsschatten gestellt.

4. Die Enquetekommission sollte der CDU empfehlen, die von Günter Nooke angesprochene Verstrickung der CDU der DDR in das Repressionssystem der SED für das Gebiet des heutigen Landes Brandenburg historisch aufzuarbeiten.
5. Die Enquetekommission sollte der FDP empfehlen, nur Parteifreunde mit „*der Aufarbeitung der Geschichte des politischen Liberalismus in Deutschland*“ zu betrauen, die darunter auch ihr eigenes Wirken in den Reihen der NDPD oder LDPD verstehen.
6. Die Enquetekommission sollte in Anbetracht der hohen Personalkontinuität innerhalb der vier Gewalten öffentliche Geschichtsvermittler in Brandenburg auffordern, in ihren Darstellungen der Friedlichen Revolution nicht nur das „Revolutionierte“ sondern auch das „Beharrende“ angemessen zu betrachten.

Literaturverzeichnis

Agethen, Manfred: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“. In: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich Demokratische Politik. 1. Jg. Köln/Weimar/Wien 1994.

Besier, Gerhard: Die Ost-CDU, ihre Religionspolitik und das MfS, in: HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN. Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, 3. Jahrgang 1996, Köln.

Beyerlein, Andrea: Alte Zitate und neue Attacken. Vor dem Parteitag holt die Vergangenheit CDU Chef Junghanns wieder ein, Berliner Zeitung 1.11.2007.

Beyerlein, Andrea: CDU-Führung in der Bredouille. Parteispitze geht auf Distanz zur Cottbusser Union, Berliner Zeitung 31.8.2006.

Beyerlein, Andrea: Ohne Rückhalt, Berliner Zeitung 18.3.2010.

Birthler, Wolfgang: Pragmatiker als Fraktionschef, in: Gersdorf, Andrea von/Lorenz, Astrid: Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010.

Blechinger, Beate: Werte leben und konsequent sein, in: Gersdorf/Lorenz.

Bluhm, Kathrin/ Schüler, Peter: Fraktion BÜNDNIS 90/BÜNDNIS. Ein Tagebuch aus Brandenburg, Münster 1996.

Booß, Christian: Seilschaften vor und nach der Wende – Fallstudien aus den ländlichen Regionen Brandenburgs, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages); acht Bände in 14 Teilbänden/ Bd. III,3 Baden-Baden 1999.

Braun, Ulrich: Unter der Botschaft Jesu in der gelebten Gemeinschaft, in: Bürgerpflicht und Christenpflicht. Sozialismus - das ist für uns umfassender Friede. erlebte Gemeinschaft. verantwortete Gesellschaft, Berlin 1977.

Braun, Ulrich: Arbeit - entwickelt zum Bedürfnis des Menschen, in: Bürgerpflicht und Christenpflicht. Sozialistische Lebensweise - von christlichen Demokraten mitgestaltet und praktiziert, Berlin 1982.

Buchstab, Günter: Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU), in: Eppelmann, Rainer/Möller, Horst/Nooke, Günter/Wilms, Dorothee (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus: das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1997, Bd. 1.

Büchner, Christiane/Franzke, Jochen: Das Land Brandenburg. Kleine politische Landeskunde, Potsdam 2002.

Chucholowski, Richard: Niveauvolle Kreisseminare befähigen, lebendige und interessante Zirkelabende zu gestalten, Der Pflüger. Funktionärorgan der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, 1/1985.

Deggerich, Markus: Koalition der Willigen. In Cottbus kämpfen CDU und PDS Seit' an Seit' um das Oberbürgermeisteramt – die gemeinsamen Wurzeln in der DDR sind stärker als alle politischen Gegensätze, Der Spiegel 36/2006.

de Maiziere, Lothar: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit, Freiburg 2010.

Derlien, Hans-Ulrich / Lock, Stefan: Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 25 (1994).

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages); acht Bände in 14 Teilbänden/ Bd. III,3 Baden-Baden 1999.

Diestel, Peter-Michael: Ein Freigeist - kein Parteisoldat, in: Gersdorf/Lorenz.

Ditfurth, Christian von: Blockflöten – Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991.

Dölling, Birger: Strafvollzug zwischen Wende und Wiedervereinigung. Kriminalpolitik und Gefangenenprotest im letzten Jahr der DDR, Berlin 2009.

dpa-Hintergrund: Die Situation der Parteien in Ostdeutschland. Teil I: Alte Lasten, 1992.

dpa-Hintergrund: Die Situation der Parteien in Ostdeutschland, Teil II: Nicht nur CDU-Probleme, 1992.

Enderlein, Hinrich: Als Westler gegen Westimporte, in: Gersdorf/Lorenz.

Eppelmann, Rainer/Möller, Horst/Nooke, Günter/Wilms, Dorothee (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus: das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1997.

Faulenbach, Bernd/Meckel, Markus/Weber, Hermann (Hrsg.): Die Partei hatte immer recht - Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur, Essen 1994.

Felsch, Wolfgang: Zusammenarbeit zahlt sich aus, LDPD-Informationen 10/1988.

Fröhlich, Alexander: Stasifälle belasten FDP, Der Tagesspiegel 18.3.2010.

Gersdorf, Andrea von/Lorenz, Astrid (Hrsg.): Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010.

Göldner, Igor: Eine Partei feiert sich. Wie die CDU an ihre Gründung erinnert und dabei heikle Kapitel ausblendet, MAZ 22.6.2005.

Habermann, Martin: Vom Partei-Neuling zum Landtagsvizepräsidenten, in: Gersdorf/Lorenz.

Hein, Carola: Die SED und die Schlange. Eklat um Jana Schulze, umstrittene Sozialpolitikerin der Linken, MAZ 14.11.2008.

Hilsberg, Stephan: Rolle und Funktion der Blockparteien und Massenorganisationen in der DDR, in: Faulenbach, Bernd/Meckel, Markus/Weber, Hermann (Hrsg.): Die Partei hatte immer recht - Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur, Essen 1994.

Jäger, Wolfgang/Walter, Michael: Die „Allianz für Deutschland“. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90, Köln 1998.

Jesse, Eckhard: Die Parteien in der SBZ/DDR 1945-1989-90, in: Oscar W. Gabriel/ Oskar Niedermeyer/Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn 1997.

Jung, Ottmar: Abschluss und Bilanz der jüngsten plebiszitären Entwicklung in Deutschland auf Landesebene, in: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart, Band 49, 2000.

Junghanns, Ulrich: Berlin – sozialistische Metropole in Farben der DDR, Bauernecho 3.7.1989.

Kaufmann, Marion: „Wir sind die Guten“. FDP Spitzenkandidat Götz bereut SED-Vergangenheit/Lanfermann contra Steinmeier, MAZ 8.12.2008.

Klesmann, Martin: Schönbohm am Tatort. In Frankfurt (Oder) erntet der CDU-Chef viel Unverständnis für seine Worte zu den Kindstötungen, Berliner Zeitung 9.8. 2005.

Kotsch, Detlef: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung. Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), Berlin 2001.

Kotsch, Detlef: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), in: Materna, Ingo/Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995.

Krause, Volkmar: Urkunde an Junghans zurück. Ehefrau des havelländischen CDU Kreischefs lehnt Auszeichnung ab, MAZ 29.10.2007.

Kretschmer, Karl-Heinz: Der Anfang vom Ende in der alten Partei, in: Gersdorf, Andrea von/Lorenz, Astrid: Neuanfang in Brandenburg, Potsdam 2010.

Jedes Mitglied am Programm 1988 beteiligen. Interview mit Karl-Heinz Kretschmer, Vorsitzender des Bezirksverbandes Cottbus, Utm 3/1988.

Wir bereichern den Gabentisch der Republik. Interview mit Karl-Heinz Kretschmer, Vorsitzender des Bezirksverbandes Cottbus, Utm 9/1989.

Kühne, Konrad: Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), in: Eppelmann/Möller/Nooke/Wilms.

Küpper, Mechthild: Rückfall in alte Zeiten. Spitzelvorwürfe und ein Bündnis mit der PDS schaden Brandenburgs CDU, Frankfurter Allgemeine Zeitung 5.9.2006.

Lapp, Joachim: Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, Berlin 1998.

Lieberoth, Immo: Auf der Grundlage übereinstimmender Ziele entwickelt und festigt sich die Zusammenarbeit mit der UdSSR auf dem Gebiet der Landwirtschaft, in: In bündnispolitischer Mitverantwortung zu neuen Taten in der Volksinitiative, Berlin 1976.

Linnemann, Rainer: Die Parteien in den neuen Bundesländern. Konstituierung, Mitgliederentwicklung, Organisationsstrukturen, Münster 1994.

Lorenz, Astrid: Aufstieg, Ausstieg, Umstieg. Elitenwechsel in Brandenburg, in: Gersdorf/Lorenz.

Lock, Stefan: Ostdeutsche Landtagsabgeordnete 1990 -1994. Vom personellen Neubeginn zur politischen Professionalisierung? Berlin 1998.

Lohre, Matthias: Junghans steht mit dem Rücken zur Mauer. Brandenburgs Wirtschaftsminister Junghans (CDU) gerät unter Druck. Weil er 1989 die Berliner Mauer lobte, fordert die Junge Union seinen Rücktritt, tageszeitung 27.7.2007.

Mallwitz, Gudrun: Wahlhilfe durch Linkspartei. CDU Spitze lässt Cottbuser Union bei Oberbürgermeisterwahl gewähren, Die Welt 28.8.2006.

Mallwitz, Gudrun: CDU Mitglieder fordern Rücktritt Schönbohm, Die Welt 29.10.2007.

Mara, Michael: Petke missbilligt Verhalten der Cottbuser CDU, Der Tagesspiegel 31.8.2006.

Metzner, Torsten: CDU und PDS bilden Allianz in Cottbus. Zur Wahl des Oberbürgermeisters wollen die Parteien gemeinsam gegen den SPD Kandidaten antreten, Der Tagesspiegel 24. 8. 2006.

Metzner, Torsten: Liberale Streitkultur, Der Tagesspiegel 28. 3 2010.

Mitglieder des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands gewählt durch den 14. Parteitag (12.-14. Oktober 1977 in Dresden), Berlin 1977.

Müller, Uwe: Die Familie de Maizière, eine deutsche Dynastie. Die de Maizieres dienten Hitler, der DDR und der Bundesrepublik. Sie alle prägten deutsche Politik. Ohne Makel ging dies nicht, Welt am Sonntag 6.3.2011.

Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994.

Nolle, Karl: Sonate für Blockflöten und Schalmeyen – Zum Umgang mit der Kollaboration heutiger CDU-Funktionäre im SED-Regime, Broschur.

Nooke, Günter: Ein Mann der offenen Worte, in: Gersdorf/Lorenz.

Pracht, Alfred: Enttäuschungen mit der Partei, in: Gersdorf/Lorenz.

Pries, Dorit: Stasi-Mitarbeiter in deutschen Parlamenten? Die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR, Münster 2008.

Putz, Sebastian: Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner. Rolle und Einfluss der FDP als kleine Regierungspartei in vier ostdeutschen Landesregierungen (1990-1994), Baden-Baden 2008.

Reiche, Steffen: mit Entschlossenheit am Werk, in: Gersdorf/Lorenz.

Roth, Dieter/Emmert, Thomas: Wählerentscheidungen und Wählereinstellungen in Ostdeutschland vor und nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, in: Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994.

Schmidt, Ute: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994, Opladen 1997.

Schmidt, Ute: Transformation einer Volkspartei - Die CDU im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im

Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994.

Schneider, Renate: Zur Schullandschaft in Brandenburg, in: Die liberale Depesche, Das MitgliederMagazin der F.D.P., 4/1992.

Scholze, Sebastian: Inbrunst und Hämmerchen. Jubiläum Feier zum Jahrestag der Deutschen Einheit an der Glienicker Brücke, MAZ 4.10.2010

Schulze, Andreas: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen, Wiesbaden 2004.

Schwießelmann, Christian: Die politische "Wende" 1989/90 und die Christdemokraten im Norden der DDR, in: Zeitgeschichte regional - Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern, 2/2008.

Stark, Britta (Schellin): Beseelt von der Freiheit, in: Gersdorf/Lorenz.

Stude, Sebastian: Die CDU in der späten DDR. Dargestellt am Beispiel der Bezirksverbände Magdeburg und Halle, Berlin 2009.

Thiessen, Ulrich: CDU will Mitglied ausschließen. Generalsekretär Dombrowski wirft Unternehmer Steinbach Stasi-Kontakte vor, MOZ 25.5.2011.

Thiessen, Ulrich: CDU lässt sich in Cottbus von PDS unterstützen. Lausitzer Christdemokraten setzen sich in der Landespartei mit ihrer Linie für Wahl von Holger Kelch zum OB durch, MOZ 28.8.2006.

Thiessen, Ulrich: CDU reibt sich an Schönbohm. Ehemaliger Parteivorsitzender spaltet die Gemüter innerhalb der eigenen Reihen, MOZ 29.10.2007.

Vietze, Heinz: Flucht nach vorn, in: Gersdorf/Lorenz.

Wappler, Rene: 20 Jahre Demokratie in Cottbus. Zeitzeugen erinnern sich an Stadtverordnetenversammlung vom 13. Dezember 1989, Lausitzer Rundschau 12. Dezember 2009.

Winter, Hans-Joachim: Und der Zukunft zugewandt, Jacobsdorf 2005.

Winz, Ulrich: Vermächtnis, Utm Heft 18/1969.

Wonneberger, Michael: Ich bin Leiter eines Reservistenkollektivs, in: Schutz des Friedens und des Sozialismus - Sache aller Bürger. Bericht über die Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit Führungskadern am 23. November 1978 in Burgscheidungen, Berlin 1978.

Wunnicke, Christoph: „Auf der Suche nach Leben.“ Das MfS, die Westmedien, die CDU und auch ein wenig Friedensbewegung. Der Kirchentag in Stralsund vom 16. bis 18. Juni 1978, in: Zeitgeschichte regional, Bd. 8 (2004), 1.

Ziebarth, Hans-Joachim: Dem Kapitalismus Grenzen gesetzt., in: Wehrpflicht und Christenpflicht. Solidarität - Anliegen und Aufgabe christlicher Demokraten, Berlin 1980.

Ehrhart Neubert

Personelle Kontinuität und Elitenwandel in den Parteien Brandenburgs am Beispiel der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Gliederung:

Auftrag und Fragestellungen	S. 177
1. Zur Vorgeschichte der Parteien SPD und Bündnis 90	S. 179
- Opposition in den 1980er Jahren in Brandenburg	
- Ausreisebewegung und Fluchten	
- MfS – Verfolgung	
2. Die Opposition in der Revolution 1989/90	S. 189
- Die neuen oppositionellen Bürgerbewegungen und Parteien im Herbst 1989	
- Personalbedarf	

- MfS-Strategien und Unterwanderung 1989/90

3. Konsolidierung und Machtbeteiligung der neuen Parteien 1990/1991 S. 199

- Entwicklungen in der SPD 1990

- Entwicklungen im Bündnis 90

- Anfänge der Vergangenheitsaufarbeitung.

- Zuspitzung der MfS-Problematik 1991

4. Schlüsselereignis für die Aufarbeitung: Stolpe-Untersuchungsausschuss S. 211

- Der Ausschuss und die Parteien

- Nachhaltige Folgen des Ausschusses für die Aufarbeitung und der Brandenburger Weg

5. -Personelle Unterstützung aus dem Westen S. 221

6. Konflikte und Skandale S. 226

7. Ära der vergangenheitspolitischen Friedhofsruhe bis 2009 S. 231

- Bürgerbündnis und Bündnis 90/Die Grünen

- SPD

Auftrag und Fragestellungen

Der Auftrag der Enquete-Kommission des Landtags Brandenburg „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ am Beispiel der personellen Kontinuität und des Elitenwandels in den Bürgerbewegungen und der Sozialdemokratischen Partei darzustellen und zu begutachten, verlangt deren Entstehungsprozess im Kontext der SED-Diktatur und ihrer Überwindung im Blick zu behalten. Sowohl die Bürgerbewegungen, als auch die SDP/SPD hatten keine institutionelle Kontinuität zu politischen Formationen aus der DDR-Zeit. Es handelte sich im Gegensatz zur kommunistischen SED und den so genannten Blockparteien um Neugründungen im Zuge der friedlichen Revolution. Dies war in diesem Gutachten besonders zu berücksichtigen. Der Auftraggeber hat entsprechend dieses Umstandes den Gutachter beauftragt im Rahmen der Untersuchung der brandenburger

Parteien, „die SPD/DDR-Opposition, Bürgerbewegung sowie Bündnis 90/Die Grünen zu bearbeiten.“⁴⁶⁵

Die inhaltliche Orientierung und die personelle Ausstattung dieser Neugründungen ergaben und erklären sich aus der Vorgeschichte der friedlichen Revolution, der Oppositions- und Widerstandsgeschichte gegen den Kommunismus und der seit 1990 einsetzenden gesellschaftlichen und politischen Transformation. Eine Untersuchung der Entwicklung der frühen Akteursebenen und deren politischen Strukturen soll auch Klarheit darüber bringen, ob und in welchem Maße diese spezifischen Ursprünge erhalten blieben. Das gilt im besonderen Maße für die Nachwirkungen der politischen Erfahrungen mit dem Repressionsapparat der Diktatur. Da die SED alles daran setzte, eine Opposition zu verhindern oder wenigstens zu behindern, demokratische Rechte einzuschränken und jede politische Selbstorganisation zu zersetzen, wäre zu erwarten, dass gerade in der SPD und in den Bürgerbewegungen ein geschärftes Bewusstsein und ein energischer Wille für die Prinzipien einer transparenten demokratischen Neuordnung erhalten blieb. Darum wird hier im besonderen Maße nach den vergangenheitspolitischen Konzepten und ihrer Umsetzung gefragt.

Damit ist auch die Frage nach den Rekrutierungspotentialen von SPD und Bündnis 90 in der Bevölkerung verbunden, die sich in den verschiedenen Phasen der Revolution und der Transformation für sie erschlossen. Als Institutionen verfügten sie zunächst über eine außerordentlich robuste demokratische Legitimation, die sich unmittelbar aus ihrer Genese ableitete. Inwieweit sich daraus ein spezifischer Umgang mit der Vergangenheitsaufarbeitung ergab und wie er sich beim personellen Zuwachs in den sich stabilisierenden demokratischen Verhältnissen veränderte, ist Gegenstand der Untersuchung. Dies geschieht hier im Sinne des Auftrags der Enquete-Kommission, der die personelle Kontinuität und den Elitenwandel aufzuklären beabsichtigt.

Ein Aspekt der Untersuchung ergibt sich auch im Blick auf den Handlungsraum der politischen Akteure. Die regionale Begrenzung auf das Land Brandenburg ist eine nachträgliche Konstruktion, die aus der Sicht der 1990 erfolgten Neugründung des Landes durchaus legitim ist. Die Ursprünge der Bürgerbewegungen und der SPD lassen sich hingegen kaum auf diesen Raum beschränken. Wie ausgeprägt sich in Brandenburg eine regionale kulturelle und geschichtsbewusste Identität bewahren konnte nachdem 1952 die Kommunisten das Land zerschlagen hatten und es in drei Verwaltungsbezirke mit den

⁴⁶⁵ Schreiben der Enquete-Kommission 5/1 vom 15. Oktober 2010 an den Verfasser.

Zentren Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam aufteilen, kann aber dahin gestellt sein. Sicher ist, dass die Bezirke keine Identität stiften konnten. Immerhin aber bot die evangelische Landeskirche in Berlin-Brandenburg einen Handlungs- und Aktionsrahmen für die Opposition der 1980er Jahre. Dies war im Formierungsprozess beider zu untersuchender politischer Strukturen von Bedeutung.

Für den Aufbau des Gutachtens werden drei Phasen als Kontext der Entwicklung herausgearbeitet, die Vorgeschichte und Gründung der SPD und von Bündnis 90, die Revolution 1989/1990 und die sich in ihr ergebenden Institutionalisierungsprozesse sowie die sich ab 1990 vollziehende Transformation und die bis in die Gegenwart reichende Stabilisierung. Auf diese Weise konnten alle von der Enquete-Kommission vorgegebenen Fragen abgearbeitet werden. Zudem muss darauf hingewiesen werden, dass für beide zu untersuchenden Parteien die erste Legislaturperiode des Landtags und der Kommunen nach 1990 bestimmend für mindestens ein Jahrzehnt ihrer Aufarbeitungspolitik war. Darum bildet diese Phase einen Schwerpunkt der Untersuchung.

Als empirische Grundlagen dienten Akten des BStU sowie Materialien der Parteien und des Landtags. Erst am 17.6.2011 erhielt der Verfasser eine abschließende Mitteilung des BStU über Überprüfungsvorgänge, die von den Landesvorständen von Bündnis 90 und der SPD eingeleitet wurden.

Außerdem wurde zu relevanten Fragestellungen des Gutachtens in Presseerzeugnissen und im Internet recherchiert. Zusätzlich wurden Interviews mit Zeitzeugen der Aufbauzeit und heute aktiven Politikern geführt.⁴⁶⁶ Teilweise übergaben oder vermittelten sie Materialien.

1. Zur Vorgeschichte der Parteien SPD und Bündnis 90

- Opposition in den 1980er Jahren in Brandenburg

Die Gründer von SPD und Bündnis 90 entstammten dem gleichen oppositionellen Milieu der 1980er Jahre. In dieser Zeit wurden für die Beteiligten Weichen für ihre späteren Haltungen und Handlungen gestellt, die freilich damals nicht überschaubar waren. Bei allen Gemeinsamkeiten der Motive des Handelns, war dieses Milieu auch ein heterogenes politisches Feld, in dem sich erst spät differenzierte Konturen zeigten.

⁴⁶⁶ Dazu gehörten Marianne Birthler, Martin Gutzeit, Stephan Hilsberg, Manfred Kruczek, Klaus Ness, Helmut Nicolaus, Günter Nooke, Steffen Reiche, Axel Vogel, Katja Wolle.

Gemeinsam war ihnen auch, dass sie im politischen Gegenüber zur Diktaturpartei SED in einer oft nicht bewussten Kontinuität des Widerstehens standen. Die SED-Diktatur trug die Merkmale ihrer eigenen Genese stets in sich. Als nach dem Krieg die Kommunisten mit sowjetischer Hilfe eine neue Diktatur errichteten, konnten sie nur einen Teil der Bevölkerung von ihrer Ideologie überzeugen. Nach dieser sollte eine einheitlich gefasste Welt geschaffen werden, in der die Spaltungen, Klassengegensätze sowie kulturelle und soziale Interessengegensätze der bürgerlichen Gesellschaft überwunden wären. Die für dieses Ziel eingesetzten politischen Mittel schufen nichts Neues, sondern bedeuteten lediglich schwere Eingriffe in das ökonomische, soziale, kulturelle und religiöse Erbe. Damit provozierte der Machtausbau der Kommunisten unter sowjetischem Schirm Widerstand gegen die kommunistische Transformation.⁴⁶⁷ Dieser Widerstand konzentrierte sich vorrangig auf die Wiederherstellung des tausendfach gebrochenen Rechtes. Die bald unter Druck geratenen demokratischen Parteien, SPD, CDU und LDP kämpften für ungehinderte politische Interessenwahrnehmung und rechtsstaatliche Verhältnisse. Die Bauern und Gewerbetreibenden wehrten sich gegen Enteignungen, die Arbeiter gegen die Ausschaltung ihrer autonomen Vertretungen, die gebildeten Schichten gegen die Untergrabung der Wissenschaftsfreiheit. Die Kirchen rangen um ihre Rechte. Der gescheiterte Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war eine spontane kollektive Anstrengung, die Ergebnisse des Transformationsprozesses rückgängig zu machen und eine demokratische Ordnung zu etablieren.

Vor und nach dem Volksaufstand hatten sich auch in Brandenburg zahlreiche im Untergrund arbeitende Widerstandsgruppen gebildet, die die antifaschistische und sozialistische Legitimation der SED-Herrschaft ablehnten. Der politische Gehalt des Widerstandes orientierte sich häufig an der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik. Die Totalabsage an die SED drückte sich auch in der millionenfachen Flucht der DDR-Bürger aus.

Nach dem 17. Juni 1953 und schließlich nach dem Mauerbau 1961 traten solche Widerstandsformen deutlich zurück. Wegen der harten Verfolgungsmaßnahmen erforderte der Widerstand eine strenge Konspiration, die eine Kommunikation zwischen den vereinzelt operierenden Gruppen nahezu unmöglich machte. Vor allem aber bewirkten der niedergeschlagene Aufstand und der Mauerbau eine politische Resignation. Die Bevölkerung musste sich nun mit der Herrschaft arrangieren. Die Mehrheit zog sich in die privaten und unpolitischen Nischen zurück und agierte in der Öffentlichkeit mit dem Schein der Anpassung. Ein freies gesellschaftliches Leben war im straff organisierten und kontrollierten Gemeinwesen

⁴⁶⁷ Zur Kontinuität von Widerstand und Opposition: Sigrid Grabner, Hendrik Röder, Thomas Wernicke: Widerstand in Potsdam 1945-1989. Berlin 1999

nicht mehr möglich. Die Kirchen waren als relativer Freiraum übrig geblieben und setzten auf Bestandssicherung. Angesichts des Rechtsmangels betrieben sie zunehmend eine konfliktminimierende Kirchenpolitik.

Wenn sich auch die große Mehrheit der Bevölkerung in die herrschenden Verhältnisse schickte, bedeutete dies keineswegs eine Übereinstimmung mit der Ideologie und der politischen Praxis. Der Verzicht auf öffentliche Kritik verschaffte eine relative Sicherheit, die im Alltagsverhalten auch eine gewisse Eigensinnigkeit ermöglichte, eine eigenwillige „Aneignung und Deutung von Herrschaftsstrukturen“. „’Eigen-sinnig‘ motivierte Verhaltensweisen enthielten somit ein durchaus ambivalentes Potential: Sie konnten den totalitären Geltungsanspruch der SED unterlaufen und Bereiche des Aushandelns und der relativen Eigenständigkeit sichern.“⁴⁶⁸ Freilich war dies nur auf der untersten Ebene diktatorischer Herrschaft anzutreffen und war Ausdruck von Defiziten der Gesellschaftsteuerung, also ein ungewollter Effekt von Herrschaft.

In einer Bevölkerung, die derart ruhig gestellt war, konnte sich kaum eine reflektierte und strukturierte politische Gegnerschaft ausbilden. Dennoch gab es solche Phänomene, vereinzelt schon Mitte der 1960er Jahre. Es blieben aber Minderheitsphänomene, die zudem spärliche personelle und strukturelle Kontinuität zu den frühen Widerstandsformen aufwiesen. Während der frühe Widerstand die SED-Herrschaft total ablehnte, entstand eine an Reformen orientierte systemimmanente Opposition, die sich weithin legalistisch gab.

Erste marxistische Reformutopien kamen nach der 1956 von Nikita Chruschtschow eingeleiteten Entstalinisierung auf. Einige kommunistische Intellektuelle hofften, dass nun aus einem stalinistisch verformten, nun ein wahrer Sozialismus entstehen könne. Sie wurden aber alsbald von der SED erbarmungslos als „Revisionisten“ verfolgt. Ein Jahrzehnt später traten erneut marxistische Dissidenten öffentlich in Erscheinung, etwa Stefan Heym, Robert Havemann, Wolf Biermann oder Rudolf Bahro. Sie bekamen 1968 mit dem Reformversuch in der ČSSR, dem „Prager Frühling“, auch eine größere Öffentlichkeit. Aber der Versuch scheiterte, die marxistische Partei in Bewegung zu versetzen. Der Marxismus als kritische Theorie brannte nahezu völlig aus; 1989 gab es nur noch wenige Oppositionelle, die sich ausdrücklich als Marxisten definierten.

Von diesen hatte für Brandenburg vor allem Robert Havemann eine nachhaltige Bedeutung. Er wohnte lange vor seinem Tod 1982 in Grünheide, teilweise im Hausarrest. In den letzten Jahren hatte er Verbindung zur kirchlichen Friedensbewegung, etwa Rainer Eppelmann und einigen Brandenburger Pfarrern. Das Erbe von Havemann pflegte besonders seine Frau Katja

⁴⁶⁸ Thomas Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen. In: Ders. (Hg.). Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln. Weimar. Berlin 1999. S. 25

Havemann. In ihrem Haus in Grünheide wurde im September 1989 das Neue Forum gegründet.

Während die marxistischen Komponenten im oppositionellen Legalismus und in den Reformutopien zurücktraten, entwickelte sich der legalistische Oppositionstyp weiter. Er fand in den evangelischen Kirchen eine Heimat und bestimmte die kirchliche Opposition der 1980er Jahre sowie die aus ihr hervorgegangenen Bürgerbewegungen im Herbst 1989. Die Kirchen waren bislang gezwungen, eine Verhältnisbestimmung zu einer rechtsfreien und allein politisch bestimmten Umwelt vorzunehmen. Nur eine Abmilderung des totalitären Anspruchs bzw. eine Reform des politischen Systems versprach die kirchliche Existenzsicherung. Ansätze für eine solche Reformerwartung mussten im Sozialismus gesucht werden, um eine Konfrontation zu vermeiden. Ein erstes reflektiertes Konzept, das sich von den verbreiteten verbalen Loyalitätserklärungen unterschied, legte der Erfurter Propst Heino Falcke 1972 vor, der die Formel vom „verbesserlichen Sozialismus“ prägte. Solche utopischen Vorstellungen wurden durch moralisch-sozialethische Orientierungen gestützt.

Doch bald schon fanden diese Orientierungen konkrete Handlungsfelder. Der kirchlichen Basis machte die zunehmende Militarisierung der DDR zu schaffen, die mit innenpolitischer Disziplinierung und einer ideologischen Hasskampagne gegen den angeblich imperialistischen Westen einherging. So wurde das Friedenthema als Freiheitsthema erschlossen. Es entstand die Friedensbewegung. Zu Kristallisationskernen der frühen Friedensbewegung wurden Wehrdienstverweigerer, Totalverweigerer und ehemalige Bausoldaten, die ein immer größeres Potenzial - 1977 etwa 10 000 junge Männer – darstellten. Die ehemaligen Bausoldaten bauten innerhalb der Kirchen eigene Kommunikationsstrukturen auf, die so genannten Regionalkreise. 1973 existierten solche Kreise auch in Cottbus und Potsdam. Anfang der 1980er Jahre erhielt die Friedensbewegung neuen Auftrieb. Ein durchschlagender Erfolg wurde die Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ der Jahre 1981 bis 1982, an der sich viele tausend Menschen beteiligten. Auch in den Städten Brandenburgs waren viele junge Menschen mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ zu sehen. Rasch bildeten sich auch in Brandenburg thematisch arbeitende Friedensgruppen. Eine dieser Gruppen entstand in Potsdam, die sich mit Bezug auf das Symbol „Schmiede“ nannte. Zu den zahlreichen öffentlichen Aktivitäten dieser Gruppe gehörten auch Schweigekreise in der Stadt und das Tragen von eigenen kritischen Plakaten bei den verordneten Friedensdemonstrationen der FDJ. Als die FDJ-Kreisleitung von Potsdam zum 22. Mai 1982 zu einer „Friedenskundgebung der Potsdamer Jugend“ aufrief, versuchte

sie auch die kirchliche Jugend einzubinden. Am 9. März 1982 erklärte die „Schmiede“ in einem Positionspapier, dass sie zwar das Gespräch wolle, aber wegen ihrer „humanistisch-christlichen Einstellung“ die Formel der SED und der FDJ „Der Friede muss bewaffnet sein“ ablehne.⁴⁶⁹

Die umweltethischen Debatten in den Kirchen führten seit 1980 zur Formierung der Umweltbewegung, die etwa einhundert Gruppen bildete. Davon arbeiteten einige in den brandenburgischen Bezirken, besonders in Potsdam. Um die sich auf Grund der gravierenden Natur- und Umweltschäden rasch ausbreitende unabhängige kirchliche Umweltbewegung einzudämmen, gründete schon im März 1980 der SED-Staat die „Gesellschaft für Natur und Umwelt“, die innerhalb der Massenorganisation „Kulturbund“ arbeitete. In kurzer Zeit hatte die Gesellschaft großen Zulauf. Doch diese staatliche Gesellschaft konnte fast nur naturschützerische Konzepte verfolgen und stand unter SED- und MfS-Kontrolle. Trotz der eingeschränkten Möglichkeiten der Gesellschaft für Natur und Umwelt konnten weder Thematik noch Handlungsfelder von der SED dauerhaft bestimmt werden. So wuchsen auch hier kritische Potentiale heran.

Die Menschenrechte und ihre Verletzung in der DDR waren ein Dauerthema in oppositionellen Gruppen, die solches am eigenen Leibe zu spüren bekamen. Die sich daraus entwickelnde Menschenrechtsbewegung integrierte auch Gruppen, die sich dezidiert als unabhängig von den Kirchen verstanden. Die Menschenrechtsbewegung führte inhaltliche Kontroversen, da ein Teil der Kirchenleitungen, etwa der Konsistorialpräsident Manfred Stolpe⁴⁷⁰, die Priorität der kollektiven und sozialen Menschenrechte vor den individuellen Freiheits- und Grundrechten behauptete und damit an das Menschenrechtsverständnis der SED anschloss. Die andere Strömung, die sich immer wieder auf den Synoden zu Wort meldete, beharrte auf individuellen Grundrechten und klagte die SED wegen deren Verletzungen an. Sie berief sich auf den „Korb 3“ der Helsinki-Schlussakte, die auch die DDR unterzeichnet hatte.

In den 1980er Jahren vernetzten sich die oppositionellen Gruppen, um die innere Kommunikation zu erleichtern. Das bedeutendste Netzwerk unter der Schirmherrschaft der Landeskirchen war das Seminar „Frieden konkret“. Es erfasste auf den jährlichen Hauptversammlungen bis zu 200 Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen. Es konnte trotz der Verfolgung durch das MfS und dauerndem Druck des Staates auf die Kirchen nicht aufgelöst werden. Das Seminar wurde seit 1983 in verschiedenen Städten durchgeführt, 1988

⁴⁶⁹ Sammlung Wolfgang Büscher. Dokumente zum Jugendprotest in der DDR 1980 bis 1985. Archiv des Verfassers

⁴⁷⁰ Vgl. Christa Lewek, Manfred Stolpe, Joachim Garstecki (Hg. im Auftrag des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR), Menschenrechte in christlicher Verantwortung, Berlin 1981²

in Cottbus. Außerdem spielten die Netzwerke der Wehrdienstverweigerer auch in Brandenburg eine Rolle. Seit 1986 vernetzte auch der „Arbeitskreis Solidarische Kirche (AKSK)“ mehrere Gruppen und viele einzelne vor Ort tätige Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter.

Nach einem verfolgungsbedingten Rückgang 1983 und 1984 nahm seit Mitte der 1980er Jahre die Zahl der Gruppen und deren Mitgliedschaft erheblich zu. 1988 und im ersten Halbjahr 1989 erarbeitete das MfS eine komplette Auflistung aller oppositionellen Gruppen, deren führende Vertreter und deren Aktivitäten in der DDR. Die im Sommer 1989 fertig gestellten „Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen“⁴⁷¹ erfasst die öffentlich sehr aktiven oppositionellen Gruppen. In den drei Brandenburger Bezirken werden 15 Gruppen mit 200 namtlichen Führungsleuten genannt.

Für Cottbus sind das die Kreise: „Arbeitskreis Ökologie“ in Finsterwalde, „Ökumenischer Friedenskreis“ der Region Forst, „Ökumenische Umweltgruppe“ Cottbus, Arbeitskreis „Frieden und Umwelt“ Hoyerswerda, „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ Spremberg, AKSK–Regionalgruppe Spremberg/Hoyerswerda.

Für Frankfurt/Oder wurde neben überregionalen Zusammenschlüssen nur eine Gruppe aufgeführt, die „Jugendumweltgruppe“ Frankfurt/Oder. Für Potsdam: „Friedenskreis“ des Kirchenkreises Potsdam, „Friedenskreis“ Königswusterhausen, „Hauskreis“ Kugler (Ökokreis), Gruppe „Kontakte“ Babelsberg, „Tierra Unida“ Potsdam, „Friedenskreis weiße Taube“ Brandenburg, „Kirche von unten“ mit „Café Kontakt“ Brandenburg, AKSK – Regionalgruppe Potsdam.

Mehrere über längere Zeit existierende Gruppen, die aber erst im Herbst 1989 Öffentlichkeit gewannen, wurden nicht verzeichnet. Außerdem werden viele Einzelakteure, vor allem Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter nicht aufgeführt, die in den kirchlichen Strukturen an den gleichen Themen arbeiteten und zahlreiche Menschen mobilisieren konnten. Die Gruppen in den brandenburgischen Bezirken hatten Verbindungen zu anderen Gruppen in der DDR, und waren mit diesen eng vernetzt. Seit 1988 arbeiteten ebenfalls sehr viele Gruppen im so genannten „Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ mit, der in drei großen „ökumenischen Versammlungen“ in Dresden, Magdeburg und Dresden die Kirchen und die kritischen Gruppen trotz mancher Reibereien näher zusammenbrachte. Die Kirchenleitungen, manchmal auch die Gemeinden, haben die Aktivitäten der

⁴⁷¹ BStU MfS HA XX ZA DSt 103600

oppositionellen Gruppen häufig nicht oder nur halbherzig unterstützt, da sie in ihnen einen Störfaktor für das Staat-Kirche-Verhältnis sahen.

Die Gruppen operierten vorwiegend in der evangelischen Kirche. Einige verstanden sich wegen der Beteiligung katholischer Christen als ökumenisch. In Brandenburg arbeitete ein katholischer Kreis. Die oppositionellen Gruppen rekrutierten ihre Mitglieder vor allem aus kirchlichen Arbeitsbereichen, auch aus den kirchlichen Ausbildungsstätten, wie in Potsdam das Seminar für Gemeindepädagogik, das 1979 eingerichtet wurde. Zustrom bekam die Bewegung auch aus den zahlreichen jugendlichen Subkulturen, die als solche schon ein unangepasstes Milieu darstellten. Es gab auch Verbindungen der Oppositionsgruppen zu dissidentischen Musikszenen, Malern und Aktionskünstlern aller Art.

Außerhalb des konfessionellen Feldes bekam die unter dem Dach des Kulturbundes im April 1988 gegründete Potsdamer „Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung (ARGUS)“ rasch Bedeutung. Einer der führenden Köpfe war Matthias Platzeck. Sie erlangte auch Öffentlichkeit, weil sie sich relativ erfolgreich gegen den Abriss wertvoller historischer Bausubstanz wehrte. Die ARGUS verstand sich jedoch weder als Opposition noch wollte sie grundsätzlich das politische System in Frage stellen.

Die Intensität und Wirkung der Gruppen ergab sich aus dem Grad ihrer Politisierung. Die politische Öffentlichkeitsarbeit der Gruppen bestand aus Eingaben an staatliche Stellen, Informationsveranstaltungen in Kirchen, unterschiedlichen Gestaltungen von Protesten gegen Umweltverschmutzungen, die Militarisierung der Gesellschaft oder der Beschneidung von Grundrechten. Scharfe Auseinandersetzungen gab es zwischen den Staatsorganen und dem „Forster Ökumenischer Friedenskreis“⁴⁷² wegen des Auftrittsverbots von Freya Klier und Stephan Krawczyk. Nahezu alle Gruppen solidarisierten sich in Veranstaltungen, Gottesdiensten und Protestschreiben im Januar 1988 mit den verhafteten Bürgerrechtlern, die während der Rosa-Luxemburg Demonstration in Berlin für Freiheit und Freizügigkeit aufgetreten waren.

Wie im gesamten sowjetischen Machtbereich versuchten Oppositionelle auch in den Brandenburger Bezirken die vollständige Kontrolle der Öffentlichkeit zu unterlaufen. Die Bevölkerung nutzte zwar zur eigenen Information westliche Medien. Diese waren aber für eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit der Opposition unzureichend, da sie an den internen DDR-Diskursen kaum interessiert waren. Bisweilen, etwa im Fall von Verhaftungen, gelang es aber Oppositionellen, in die westlichen Medien Nachrichten zu lancieren, um auf die DDR Druck auszuüben. Da auch die Kirchenzeitungen zensiert wurden, konnten Berichte über die

⁴⁷² Zu diesem Kreis ausführlich: Maria Nooke: Für Umweltverantwortung und Demokratisierung. Die Forster Oppositionsgruppe in der Auseinandersetzung mit Staat und Kirche. Berlin 2007

kirchlichen Oppositionsgruppen nicht oder nur in politisch abgeschwächter Form gedruckt werden. Darum war die Opposition seit Anfang der 1980er Jahre dazu übergegangen, eigene Zeitschriften im A4-Format in einfacher Vervielfältigungstechnik herauszugeben, der so genannte Samisdat.

In den Brandenburger Bezirken erreichte die Dichte dieser illegalen Druckschriften bei weitem nicht die Auflagen wie sie in Berlin, Leipzig oder anderen großen Städten der DDR möglich waren. Hier wurden in Hoyerswerda die „Grubenkante“ und in Babelsberg die „Einblicke“ produziert. Die wichtigste Zeitschrift war der „Aufbruch“ der von dem überaus agilen „Ökumenischer Friedenskreis“ der Region Forst im Wachsmatrizenverfahren seit Januar 1988 gedruckt wurde. Das MfS versuchte mit Hilfe von IM die Zeitschrift zu verhindern. Auch wurden ein Ordnungsstrafverfahren eingeleitet und hohe Geldstrafen ausgesprochen. Trotz aller Schikanen erschien das Blatt bis zum Herbst 1989.

Die politischen Themen der Gruppen erfassten nahezu alle gesellschaftlichen Probleme, das Fehlen der Grund- und Freiheitsrechte, die Verhinderung demokratischer Partizipation, die Militarisierung und Disziplinierung der Gesellschaft, die ineffektive Wirtschaftsweise mit negativen ökologischen Folgen, der Zerfall der Städte, die Ausgrenzung sozialer Gruppen, die verlogene Propaganda und anderes mehr. Eine Programmatik, die das sozialistische System grundsätzlich in Frage stellte, wurde nur ansatzweise entwickelt. Eher wurden Reformen angestrebt, die aber auch nicht ein bestimmtes Gesellschaftssystem konzipierten. Für die SED waren die Gruppen unerträglich, weil diese mit ihrer gesellschaftlichen Selbstorganisation den umfassenden Kontroll- und Gestaltungsanspruch unterliefen. Schon vor dem Herbst 1989 konnten die Gruppen sogar einige politische Erfolge verbuchen. So waren z. B. auch Brandenburger Gruppen im Mai 1989 an der Aufdeckung der Wahlfälschungen beteiligt.

Die soziale Zusammensetzung der oppositionellen Formationen ergab sich aus der politisch-ideologischen Personallenkung der DDR. Neben zahlreichen kirchlichen Mitarbeitern, fanden sich dadrin Arbeiter und Menschen mit allenfalls mittleren Karrieren.

- Ausreisebewegung und Fluchten

Eine besondere Form politischer Gegnerschaft stellten die Ausreiseantragsteller dar. In vielen Städten der DDR hatten Ausreiseantragsteller organisierte Strukturen aufbauen können, die teils auch mit Oppositionellen kooperierten. In Brandenburg ist dies nur sporadisch erkennbar. Die Ausreiseantragsteller waren für die SED ein unlösbares Problem, da sie die Legitimation ihres Staates in Abrede stellten. Trotz vieler Gegenmaßnahmen der Behörden und des MfS,

sowohl harte Repression wie auch schnelle Genehmigung, stiegen die Zahlen unaufhörlich. Die Ausreiseantragsteller hatten spezielle Protestformen entwickelt. An ihren Autos brachten sie ein großes A oder eine weiße Schleife an. Häufig trafen sie sich zum „weißen Kreis“, bei dem sie schweigend mit weißer Kleidung an öffentlichen Plätzen im Kreis standen. Sie stellten in den 1980er Jahren die größte Gruppe der vom MfS Bearbeiteten und strafrechtlich Verfolgten dar. Nur wenige Menschen kamen aus persönlichen Gründen in die DDR zurück. In den drei Brandenburger Bezirken hatten am 31.12.1988 10400 Personen einen Ausreiseantrag gestellt (Cottbus 3100, Frankfurt/Oder 2200, Potsdam 5100). In der gesamten DDR warteten zu diesem Zeitpunkt mehr als 113 500 Menschen auf ihre Ausreise. Bis 1988 waren schon viele tausend mit Genehmigung ausgereist bzw. freigekauft worden. Im ersten Halbjahr 1989 stieg die Zahl auf etwa 160000 Antragsteller⁴⁷³. Seit 1988 hatte die SED die Reisebeschränkungen gelockert. Doch dieses Ventil kompensierte nicht den Druck. Viele Menschen blieben bei ihren Besuchen im Westen und noch mehr stellten neue Anträge. Noch bevor im Herbst 1989 eine neue Welle der Massenflucht neue Rekordzahlen mit sich brachte, war die Ausreiseproblematik ein gesellschaftliches Problem geworden. Obwohl die SED-Propaganda die Ausreisefrage öffentlich nicht thematisierte, hatte fast jeder DDR-Bürger Arbeitskollegen, Bekannte und Verwandte, die ausgereist waren oder auf ihre Ausreisegenehmigung warteten. Die Sozialstruktur der Ausreiseantragsteller entsprach dem DDR-Durchschnitt. Die Ausreisewelle war ein Symptom für die wachsende Unzufriedenheit und einer zunehmenden latenten Politisierung der Bevölkerung.

- MfS – Verfolgung

Die sich seit 1980 verbreiternden oppositionellen Bewegungen wurden von der SED mit Misstrauen betrachtet, weil sich zeitgleich in Polen mit der Streikbewegung und der Gewerkschaft „Solidarnosc“ eine kräftige Opposition in einem sozialistischen Land entwickelte, deren Übergreifen auf die DDR befürchtet wurde. Die Zunahme oppositioneller Aktivitäten veranlasste den SED-Staat, seine Verfolgungsmaschinerie weiter auszubauen. Die Oppositionellen haben bis Ende der 1980er Jahre zumeist den Begriff „Opposition“ als Selbstbezeichnung vermieden, um nicht sofort kriminalisiert zu werden. Auch versuchten sie, ihre Aktionen unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz zu halten. Der Einsatz des Strafrechtes gegen die legalistisch operierende Opposition war für die Behörden schwierig, da

⁴⁷³ Vgl. Bernd Eisenfeld, Die Ausreisebewegung - eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Ulrike Poppe, Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk, Hg., Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995 S. 192 – 223

Straftatbestände konstruiert werden mussten. Daher wurde 1984 die „Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten“ erlassen, die jedes öffentliche Auftreten der Opposition mit Ordnungsstrafen belegte.

Vor allem aber verlegten sich die Sicherheitsorgane auf außerrechtliche Verfahren. Sie wollten auf die Kirchenleitungen Einfluss nehmen, um den Bewegungsraum der Opposition einzuschränken. Obwohl die Kirchen insgesamt zu ihrer wichtigsten und unersetzlichen Verbindung in die Öffentlichkeit wurden, mussten sich Oppositionelle ständig mit Teilen der Kirchenleitungen auseinandersetzen, die hier bremsen wollten, um Konflikten mit dem Staat aus dem Weg zu gehen. Der Protagonist dieser Politik war Manfred Stolpe. Er half bisweilen Oppositionellen, wenn sie in Bedrängnis kamen, schränkte sie aber insgesamt auch ein. Seine Äußerungen im Jahr 1983, dass die Kirche keine Opposition, kein „Oppositionslokal“⁴⁷⁴ sei, machte die Runde. Bis in den Herbst 1989 hinein, versuchte er oppositionelle Aktivitäten zu verhindern. Diese Erfahrungen der Oppositionellen haben noch gewirkt, als einige von ihnen 1990 mit der SPD in Brandenburg eine Koalition eingingen. Das Misstrauen ihm gegenüber blieb bestehen, obwohl in den 1980er Jahren niemand auch nur vermutet hatte, dass Stolpe mit dem MfS zusammenarbeitete.

Das Hauptmittel zur Bekämpfung der Opposition blieb die aus der Konspiration heraus organisierte Zersetzung mit Hilfe der IM des MfS. Auf diese Weise waren IM in nahezu alle Gruppen eingedrungen. In den frühen 1980er Jahren gelang dem MfS daher immer wieder oppositionelle Gruppen zu zerschlagen. Besonders tragisch war der Fall einer Friedensgruppe in Cottbus. Hier hatten 1982 mehrere Mitglieder nach vielen Schikanen Ausreiseanträge gestellt. Einige waren wegen des Tragens des Symbols „Schwerter zu Pflugscharen“ mit hohen Geldstrafen belegt worden und einige hatten Plakate mit der Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte geklebt. Im Herbst 1982 wurden neun verhaftet. Sieben von ihnen bekamen Zuchthausstrafen bis zu vier Jahren. Die Strafen fielen auch deshalb so hoch aus, weil es für sie keine Öffentlichkeit gab und seitens der Kirche eine aktive Unterstützung ausblieb, obwohl ein Teil von ihnen im kirchlichen Dienst stand. Generalsuperintendent Richter in Cottbus wollte sie wegen ihrer Ausreiseanträge nicht „als Mitbeteiligte an dem uns aufgetragenen Friedenszeugnis in unserer Gesellschaft“ sehen.⁴⁷⁵ Auch in Potsdam wurden im Dezember 1983 mehrere Mitglieder einer Umweltgruppe verhaftet. 1983 wurden Mitglieder der „Schmiede“ inhaftiert.

⁴⁷⁴ Gerhard Besier: Der SED-Staat und die Kirche 1983-1991. Höhenflug und Absturz. Frankfurt/M./Berlin 1995 S. 15

⁴⁷⁵ Reinhard Richter: Bericht betreffend inhaftierte junge Leute in Cottbus. Cottbus 25.5.1983. handschriftlich: Machinenschriftlich, Kopie, 2 Seiten, Sammlung Büscher/Neubert

Sowohl die DDR-weite Verhaftungswelle 1983 und eine groß angelegte Abschiebungsaktion in den Westen im Frühjahr 1984, die über 25 000 Ausreiseantragsteller betraf, unter ihnen viele zur Ausreise genötigte Oppositionelle, schwächte das oppositionelle Lager erheblich. 1984 werden daher vom MfS wesentlich weniger Gruppen als gefährlich eingestuft. In der gesamten DDR sind es nur noch 60 aktive Gruppen, die aber untereinander gut vernetzt sind. Diese sind nun deutlicher politisiert und fordern neben der Entmilitarisierung der Gesellschaft politische Grundrechte ein. In den Brandenburger Bezirken sind es noch Gruppen in Forst, Fürstenwalde und Potsdam-Babelsberg.⁴⁷⁶

Die vom MfS geführten Statistiken über die politischen Verfolgungsmaßnahmen ermöglichen das Ausmaß der Abweichungen oder gar Gegnerschaften einzuschätzen. In den Jahren 1980 bis 1989 wurden im Bezirk Cottbus 3799 Operative Personenkontrollen (OPK) und 872 Operative Vorgänge (OV) mit aktiven Maßnahmen gegen die Betroffenen eingeleitet und geführt. Im Bezirk Frankfurt/Oder waren dies 3351 OPK und 893 OV und in Potsdam 5560 OPK und 1485 OV.⁴⁷⁷ Aus den Statistiken geht hervor, dass der größte Anteil der aktiven Maßnahmen sich gegen Ausreiseantragsteller richtete. Etwa 10 bis 15 Prozent der OPK und gut 20 Prozent der OV zielten auf die „politische Untergrundtätigkeit (PUT)“, also auf oppositionelle Bestrebungen.⁴⁷⁸

Das MfS versuchte zwar seine Aktivitäten strengstens zu konspirieren, konnte aber nicht verhindern, dass Oppositionelle diese Machenschaften wahrnahmen. Zwar wurden nur selten Spitzel enttarnt, aber mit deren Existenz gerechnet, da die staatliche Seite oft über Interna informiert war. Kirchliche Restriktionen wurden mehr auf staatlichen Druck als auf MfS-Einflussnahme zurückgeführt. Die Erfahrungen mit dem MfS haben die Haltungen Oppositioneller nachhaltig bestimmt und wurden in der Revolution 1989 und der Vergangenheitsaufarbeitung Anfang der 1990er Jahre wirksam.

2. Die Opposition in der Revolution 1989/90

- Die neuen oppositionellen Bürgerbewegungen und Parteien im Herbst 1989

⁴⁷⁶ Vgl. BStU MfS HA XX/4 3697 Bl 1 - 71

⁴⁷⁷ Angaben nach Mitteilungen der BStU an den Verfasser. Herbert Ziem Mitteilung vom 26.1.2011. Günter Bormann Mitteilung vom 4.3.2011

⁴⁷⁸ Vgl. Eisenfeld, Bernd: Widerständiges Verhalten im Spiegel von Statistiken und Analysen des MfS. In: Aktenlage: Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung / hrsg. von Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann. – Berlin 1995. S. 157-176

Im September 1989 war die Krise des SED-Staates unübersehbar. Die Perestroika-Politik konnte den inneren Zerfall des Ostblocks nicht stoppen. Im Inneren wendeten sich immer mehr Gruppierungen von der SED ab, etwa die Kirchen oder viele Künstler. Während Honecker die Jubelfeierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober vorbereiten ließ, wurde die SED von der rapide ansteigenden Fluchtwelle überrascht. Schon im August hatten die Ungarn mehr als 1000 DDR- Bürgern die Ausreise über Österreich gestattet. Ungarn öffnete am 11. September die Grenzen zu Österreich. Etwa 20000 Menschen konnten fliehen. In der letzten Septemberwoche hielten sich auf dem Prager Botschaftsgelände etwa 5000 Menschen auf, deren Ausreise in die Bundesrepublik zu einem Desaster für die SED wurde. In dieser Situation formierte sich die Opposition neu. Es hatte seit 1988 Vorüberlegungen gegeben, die nun beschleunigt umgesetzt wurden. Nur wenige Gruppen hielten an ihrem alten Status fest. Dazu gehörte die kleine und ihre Kontinuität seit 1986 währende „Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)“, der auch Marianne Birthler angehörte.

Am 28. August 1989 stellte in der Berliner Golgatha-Kirche Markus Meckel den Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei vor, der eine Absage an die SED und ihr politisches System enthielt. Veränderung sei nur noch durch „die grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei“ möglich. Gefordert wurden „Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung“; „parlamentarische Demokratie“ und „soziale Marktwirtschaft“. Der Aufruf war von Ibrahim Böhme, Martin Gutzeit, Meckel und Arndt Noack unterschrieben. Zum fünfzehnköpfigen Vorstand wurden als erster Sprecher Stephan Hilsberg, als zweite Angelika Barbe und Meckel gewählt. Böhme wurde Geschäftsführer. In den ersten Strukturen hatten kirchliche Mitarbeiter ein deutliches Übergewicht.

Die Initiatoren konnten bei der Gründung der SDP am 7. Oktober im Brandenburgischen Schwante schon auf ein DDR-weites Verbindungsnetz zurückgreifen, das vorwiegend die kirchliche Kommunikationsmöglichkeiten nutzte. Systematisch wurden weitere Strukturen mit Hilfe eines Systems von Kontaktadressen geschaffen. Am 8. November wurde der erste Versuch unternommen, einen Bezirksverband in Potsdam zu gründen. Das gelang noch nicht. Es kam nur zur Bildung einer entsprechenden Initiativgruppe. Zentrale Figur in der Region wurde Steffen Reiche. In Potsdam beteiligt war auch Rainer Speer. Die Gründung der Potsdamer SDP wurde mit der notwendigen Überwindung der „andauernden Unterdrückung der Prinzipien sozialdemokratischer Politik“ legitimiert.⁴⁷⁹

⁴⁷⁹ Vorlage einer Presseerklärung. Sozialdemokratische Partei in der DDR. Bezirksverband Potsdam. 8.11.1989. Weiteres Material zur Gründung der SDP bei Martin Gutzeit, dem Verfasser überlassen. Vgl. auch: Martin Gutzeit; Stephan Hilsberg: Die SDP/SPD im Herbst 1989. In: Eberhard Kuhrt, in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Günther Holzweißig(Hg.) im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Am Ende des realen Sozialismus (1), Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch. Opladen 1999. S. 607 – 704. Vgl. auch Steffen Reiche: Die Gründung der SDP in der DDR und die erste Kontaktaufnahme mit der SPD. Berlin 2007. PC-

Zum großen oppositionellen Ereignis wurde das am 9. September in der Wohnung von Katja Havemann in Grünheide gegründete „Neue Forum (NF)". Erstunterzeichner waren Michael Arnold, Martin Böttger, Erika Drees, Katrin und Frank Eigenfeld, Rolf Henrich, Jens Reich, Reinhard Schult, Jutta und Eberhard Seidel, Hans Jochen Tschiche u.a. Der Gründungsaufwurf erklärte: „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört." Jetzt sei die Beteiligung vieler Menschen am „gesellschaftlichen Reformprozess" nötig. Dazu sollte das NF als eine gemeinsame „politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen", gebildet werden. Am 19. September wurde vergeblich versucht, das NF beim Ministerium des Inneren offiziell anzumelden.

Im Unterschied zur SDP lag bei diesem basisdemokratischen Projekt kein politisches Programm vor. Auch ein am 1. Oktober erarbeiteter „Problemkatalog" schaffte keine Abhilfe. Es wurde lediglich vorgeschlagen, Gruppen in Wohngebieten und regionalen Zentren zu bilden und einen Sprecherrat aus den Regionen zu wählen. Überregionale Themengruppen sollten über wirtschaftspolitische und kulturpolitische Fragen diskutieren. Es wurden „uneingeschränkte Grundrechte" verlangt. Dieses politisch niederschwellige Angebot wurde bald von mehreren tausend Menschen unterzeichnet und verbreitete sich rasch in Brandenburg.

Eine weitere Bürgerbewegung wurde am 12. September gegründet. Mit dem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache" und „Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR" meldete sich die „Bürgerbewegung Demokratie jetzt (Dj)". Die Beteiligung blieb zwar weit hinter den Zahlen des NF zurück, die Gruppen waren aber wesentlich konsistenter, da sie eine konkrete inhaltliche Vorgabe als Arbeitsgrundlage hatten. Zu den Initiatoren gehörten unter anderem Konrad Weiß und Ulrike Poppe. Die Umgestaltung wurde mit der „staatlichen Verfügung der Produktionsmittel", der „Uniformierung der Gesellschaft" und der „Entmündigung" der Bürger begründet. In einer reformierten sozialistischen Gesellschaft, sollten „soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde" gewahrt sowie ein „lebendiger Pluralismus" und „Rechtsstaatlichkeit" ermöglicht sowie eine marktorientierte „Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht" werden.

Die Gründung der Bewegung „Demokratischer Aufbruch (DA)" war im August bei einem Treffen in Dresden verabredet worden. Beteiligt waren Rainer Eppelmann, Ehrhart Neubert,

Ausdruck dem Verfasser überlassen.

Rudi Pahnke, Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Schnur und andere. Seit September arbeiteten einzelne Gruppen. Am 1. Oktober gaben die Initiatoren trotz eines Versuches des MfS, das Treffen zu verhindern, eine Programmatische Erklärung heraus. An dieser war auch Günter Nooke aus Forst beteiligt. Die Erklärung enthielt Forderungen nach einer konsequenten Liberalisierung, der Gewaltenteilung, der Entideologisierung des Staates sowie der Pluralisierung der Eigentumsformen und beharrte auf einem sozialistischen Charakter der anzustrebenden Gesellschaftsverfassung. Der DA sollte eine politische Mitgliedervereinigung werden, die im Gegensatz zu NF und Dj eine höhere Verbindlichkeit anstreben und sich programmatisch festlegen wollte. Im Dezember 1989 gründete er sich als Partei.

Als weitere neue Gruppierung bildete sich im September die „Vereinte Linke (VL)“, die in Brandenburg aber kaum Bedeutung erlangte. Obwohl die formalen Bedingungen für die Gründung einer grünen Partei im September günstig waren, weil die Umweltbewegung über einen hohen Organisationsgrad verfügte, kam es nicht zu einem derartigen Zusammenschluss. Erst im November verständigten sich Mitglieder der Umweltbewegung über eine Parteiengründung. Am 7. Oktober 1989 gründete sich in Potsdam die „Grüne Liga“.

Die Differenzen zwischen den neuen Organisationen lagen zwischen solchen Projekten, die einen öffentlichen politischen Dialog als Voraussetzung der Demokratisierung ermöglichen wollten, und denen, die eine programmatisch definierte Interessenvertretung anstrebten. Die ersteren wurden durch das NF, Dj und die VL repräsentiert. Ihnen stand zunächst die SDP gegenüber, die konsequent auf eine repräsentative Demokratie hinarbeitete. Der „Demokratische Aufbruch“ nahm eine Zwischenposition ein und strebte wenig später den Status einer Partei an.

Zwischen den einzelnen neuen Organisationen kam es alsbald zu einer starken Fluktuation der Mitglieder. Das Neue Forum verlor die meisten seiner Mitglieder, da das basisdemokratische Prinzip ungeeignet erschien, funktionierende demokratische Strukturen aufzubauen. Zweifellos haben die Sozialdemokraten von solchen Entwicklungen profitiert. Der Brandenburger Theologe Matthias Schubert gehörte zu den DA-Gründern, schloss sich aber dann Dj an und wurde für diese auch zum Landrat gewählt. Bald trat er aber zur SPD über und errang auch ein Mandat im Bundestag. Günter Nooke, ebenfalls ein DA-Gründer schloss sich Bündnis 90 an, später der CDU.

Ungeachtet der strategischen und inhaltlichen Differenzen entstand schnell zwischen den Oppositionellen eine enge Zusammenarbeit. Anfang Oktober gab es nahezu keine Stadt, in

der nicht eine oder mehrere Oppositionsgruppen unter hohem Risiko aktiv wurden. Diese Opposition war zunächst die einzige politische Stimme, die der Bevölkerung eine Alternative zum SED-Regime bot. Die Opposition erfuhr schon im September Unterstützung aus vielen gesellschaftlichen Bereichen. Vereinzelte Gewerkschaftsgruppen und Künstlerverbände nahmen die Forderungen der Opposition auf.

Die sofortige politische Wirkung der Neugründungen zeigte sich auch an den ersten Protestveranstaltungen, Friedensgebeten und Demonstrationen im Oktober 1989, die häufig in Verbindung mit christlichen Gemeinden und Kirchen stattfanden. Einige dieser Ereignisse wurden auch durch künstlerische Aktivitäten ausgelöst. Das MfS hielt akribisch solche „Vorkommnisse“ fest. Zu den ersten Städten mit größeren Protesten gehörten Cottbus, Finsterwalde, Forst, Guben, Potsdam, Senftenberg. Fast überall verhaftete das MfS zahlreiche Beteiligte. In diesen Orten gab es seit den 1980er Jahren aktive Oppositionsgruppen. Im November wurden dann nahezu alle Städte Brandenburgs von der Welle der großen Demonstrationen erfasst.⁴⁸⁰

- Personalbedarf

Das Personal der Initiatorengruppen und der ersten Strukturen stammte fast durchweg aus den Oppositionsgruppen der 1980er Jahre mit einem deutlichen Übergewicht kirchlich Engagierter. Auch wichtige Intellektuelle, wie Jens Reich im NF hatten vorher Verbindung zu der kirchlichen Opposition gehabt. Ein Quereinsteiger in der Opposition war der Brandenburger Rolf Henrich. Im April 1989 erschien sein Buch „Der vormundschaftliche Staat“⁴⁸¹ in der Bundesrepublik, von dem rasch zahlreiche Exemplare in die DDR kamen. Textteile waren unter Oppositionellen schon bekannt, denn er hatte von sich aus diese Kontakte aufgenommen. Henrich hatte selbst als Rechtsanwalt eine dekorierte SED-Karriere hinter sich. Um so überraschender war die scharfe Kritik am SED-Sozialismus, die Anklänge an Rudolf Bahros Kritik am Politbürokratismus hatte. Zudem schien der Autor in das religiöse Lager konvertiert zu sein. Henrich wurde zu einem der Konstrukteure des NF. Nach späteren Zerwürfnissen mit Bärbel Bohley trat er den Sozialdemokraten bei, die ihm politikfähiger erschienen.

⁴⁸⁰ Vgl. BStU MfS HA XX/4 133 Operativer Anhang zu festgestellten Aktivitäten sowie Plänen und Absichten feindlicher oppositioneller Kräfte. Berlin 30. Oktober 1989; später bis Anfang November ergänzt. Weiterhin: BStU MfS ZAIG 3756, 14326, 17085, 17088, 17091, 17093

⁴⁸¹ Rolf Henrich, Der vormundschaftliche Staat - Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Reinbeck bei Hamburg 1989

Insgesamt konnten die neuen Gruppierungen nur auf höchstens 2000 Menschen zurückgreifen, die sich seit längerem in und für die oppositionellen Gruppen engagiert hatten. Zunächst vollzog sich die Rekrutierung neuer Mitglieder, abgesehen vom Neuen Forum, auch sehr schleppend. Das lag auch an dem enormen Druck, der von der SED, dem MfS und den Staatsorganen ausgeübt wurde. Die SED reagierte zum einen mit offenen Drohungen, Verhaftungen und verdeckten Repressionen, zum anderen mit dem Versuch, die Kirchen gegen die Opposition zu instrumentalisieren. Die Polizei sprach Ordnungsstrafen aus und intern wurde die strafrechtliche Verfolgung vorbereitet. In der Öffentlichkeit zirkulierten verschiedene Papiere, die die Bevölkerung einschüchtern oder abschrecken sollten. Schon die „Sammlung von kritischen Bürgern, Andersdenkenden, Enttäuschten und – eine andere Sicht wäre Blauäugigkeit – offene und verdeckte Gegner“⁴⁸² würden eine Gefahr für die sozialistische Ordnung darstellen. Angriffe auf die führende Rolle der SED dürften nicht zugelassen werden.

Doch solche Einschüchterungsversuche verfehlten bald ihr Ziel. Die im Oktober einsetzende breite Demonstrationsbewegung und die immer deutlicher zu Tage tretende Schwäche des Herrschaftssystems ermutigten immer mehr Menschen. So wuchsen auch die neuen Bewegungen rasch an. Überall im Lande fanden große Veranstaltungen zumeist in den Kirchen statt, auf denen sich die Opposition vorstellen konnte.

Obwohl die Oppositionellen kaum über materielle Ressourcen verfügten, konnten sie im Oktober einen Machtzuwachs verbuchen. In nahezu allen Städten waren ihre Vertreter die Wortführer der Auseinandersetzungen mit der SED. Auch wurde der Ausbau der Strukturen der Opposition fortgesetzt. Obwohl sich in den Betrieben neue Gewerkschaften nur ansatzweise bildeten, organisierten die Belegschaften zahlreiche Unterstützergruppen für das Neue Forum. Am 17. Oktober riefen Mitarbeiter des VEB Geräte- und Reglerwerkes in Teltow zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften auf. Die Teltower traten aus dem FDGB aus und gründeten die Betriebsgewerkschaft „Reform“. In ihrem Aufruf übernahm sie die Zielvorstellungen der Bürgerbewegungen. Zudem forderte sie die Eigenständigkeit wirtschaftlichen Handelns der Betriebe, das Streikrecht, die Mitbestimmung der Gewerkschaften und die Beendigung der Tätigkeit „nichtgewerkschaftlicher Organisationen

⁴⁸² Internes Papier der SED: Einige Argumente zum Konzept eines illegalen so genannten ‚Neuen Forums‘. September 1989 maschinenschriftlich. Kopie Sammlung Neubert

und Parteien“ sowie der „Kampfgruppen der SED“ in den Betrieben.⁴⁸³ Eine Massenbewegung wurde daraus nicht.

Oppositionelle erzwangen Untersuchungskommissionen, die die Gewaltakte aufklären sollten. Und sie zwangen immer mehr regionale SED-Funktionäre, sie an der kommunalen Verwaltung zu beteiligen.

Die Bürgerbewegungen erreichten ihren machtpolitischen Zenit durch ihre unmittelbare Beteiligung an der Besetzung der Stasizentralen seit dem 4. Dezember. Bei diesen Vorgängen wurden zahlreiche Bürgerkomitees gegründet, in denen neben einzelnen sich spontan engagierenden Bürgern auch Vertreter anderer Organisationen arbeiteten. Außerdem hatte die Kontaktgruppe der Opposition seit Ende Oktober Vorbereitungen für einen Runden Tisch getroffen. Schließlich musste auch die SED zustimmen. Die erste Sitzung fand am 7. Dezember im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin statt. Führende Mitglieder der oppositionellen Bürgerbewegungen und die fünf in der Volkskammer vertretenen Parteien saßen sich paritätisch gegenüber. Kirchliche Persönlichkeiten moderierten. Der Runde Tisch verstand sich als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle der Regierung. Als Vorbedingung von Verhandlungen hatte die Opposition die Durchführung von freien Wahlen und die Auflösung der MfS-Nachfolgeeinrichtung AfNS verlangt.

Zahllose Runde Tische bildeten sich auch in den Kommunen, in Klein- und Großstädten sowie in den Landkreisen der DDR. Ein intensives Bürgerengagement machte es möglich, dass die Runden Tische neben der Kontrolle der staatlichen Organe die normalen kommunalen Aufgaben der Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und der notdürftigen Erhaltung der oft maroden Infrastruktur bearbeiten. Sie kümmerten sich um soziale und medizinische Notstände, behandelten Beschwerden der Bevölkerung, besonders, wenn es sich um Folgen von Benachteiligungen und Verfolgung durch die SED handelte. Zu bestimmen war die Nutzung von SED- oder MfS-Immobilien. Zunehmend wurden die Runden Tische mit wirtschaftlichen Themen befasst, der Regulierung der spontanen gewerblichen Neugründungen und der Aktivitäten westlicher Investoren. Streitpunkt an den Runden Tischen war die Personalpolitik der Kommunen, Kreise und Bezirke. Die Runden Tischen untersuchten häufig Amtsmissbrauch und Korruption des alten Regimes.

⁴⁸³ Vgl. Martin Jander unter Mitarbeit von Thomas Voß: Die besondere Rolle des politischen Selbstverständnisses bei der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, 1995, Band VII/1, S. 896ff.; Martin Jander: Formierung und Krise politischer Opposition in der DDR. Die „Initiative für unabhängige Gewerkschaften“. In: Ulrike Poppe; Rainer Eckert; Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995

Der Personalbedarf der Opposition war durch diese vielen Aufgaben enorm und konnte nur dadurch gedeckt werden, dass viele Menschen integriert wurden, die bislang keine Erfahrungen in der Politik, geschweige denn in der Opposition gemacht hatten. Jetzt mussten sich die Akteure darauf verlassen, dass die Neulinge allein vom Elan getragen waren, an der Demokratisierung mitzuwirken.

Aber schon während des Aufstiegs der Bürgerbewegungen setzte auch eine gegenläufige Bewegung ein, die sich nach dem Fall der Mauer am 9. November in einem schmerzvollen Differenzierungsprozess niederschlug. Viele Oppositionelle waren davon ausgegangen, dass die Grenzen noch länger Bestand haben würden. Während Teile der Bürgerbewegung für die völlige Beseitigung des DDR-Sozialismus waren, hielten andere an reformerischen Konzepten fest und lehnten eine schnelle Wiedervereinigung ab. Diese Haltung vermittelte den Eindruck einer zerfahrenen und unsicheren Opposition, die sich vor allem Sorgen um den Erhalt der DDR machte. Andere Stimmen aus der Opposition wurden kaum noch gehört obwohl etwa der Demokratische Aufbruch und die Sozialdemokraten positive Erklärungen zur Einheitsfrage herausgaben. So blieb es nicht aus, dass im November das Vertrauen der Bevölkerung in die Opposition schwand. Die ehemaligen Blockparteien gewannen neue Bedeutung. Das wiederum führte zum Verlust von Mitgliedern in den Bürgerbewegungen.

- MfS-Strategien und Unterwanderung 1989/90

Bis in den Dezember 1989 verfügte die SED über gewaltige militärische Potenziale sowie innere Sicherheitsapparate. Laufend wurden neue Befehle zur Bekämpfung innerer Feinde ausgegeben und der so genannte „Vorbeugekomplex“ ausgebaut, nach dem im Fall einer inneren Krise Lager für Regimegegner einzurichten waren. 86000 Bürger waren im November 1988 dafür erfasst worden. Bis in den November 1989 wurden diese Listen aktualisiert. Hinzu kam, dass das MfS sich ab September nun auch der neuen Bewegungen annahm.

Die urwüchsige Selbstorganisation der neuen Bewegungen und Parteien verlieh ihnen zwar eine politische Dynamik, schützte sie aber nicht vor fremden Eingriffen und vor allem nicht vor Versuchen der SED ihre Politik zu steuern. Von Anfang an hat die SED bzw. das MfS versucht die neuen Bewegungen zu unterwandern, zu stören, zu verunsichern und wenn möglich auch zu beeinflussen. Dies ist in einem größeren Ausmaß auch geschehen.

So hat Siegfried Lorenz, der am 29. Oktober 1989 vom Politbüro der krisengeschüttelten SED als Leiter der Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes für ein Aktionsprogramm berufen worden war, dem ZK einen Vorschlag unterbreitet, der den Forderungen nach Zulassung oppositioneller Gruppen gerecht werden sollte. Danach sollten die Anmeldungen des Neuen Forums entgegengenommen und genehmigt werden, wenn das Neue Forum die Führungsrolle der SED anerkannte. Und typisch für kommunistische Unterwanderungstaktiken hieß es: „Die leitenden Parteiorgane und die Grundorganisationen unserer Partei nehmen auf die zu erwartenden Gründungsprozesse in ihrem Verantwortungsbereich Einfluss, um vor allem Verfassungstreue zu sichern und antisozialistischen Tendenzen entgegen zu wirken. Das schließt auch die gezielte Mitwirkung von Genossen in den entstehenden Vereinigungen ein“⁴⁸⁴

Wenig später hat Hans Modrow als neuer Vorsitzender des Ministerrates der DDR mit der Führung des zum AfNS umbenannten MfS über die Opposition verhandelt. Man „solle nicht davon ausgehen, „das alles ist der Feind auf der Straße und dagegen haben wir zu kämpfen... Aber umgekehrt, auf der Straße ist nun nicht nur der Freund, und wie fassen wir das nun künftig an, wie werden wir damit fertig?“ Die Opposition würde immer neue Forderungen erheben, immer „aufsatteln“, aber keine Verantwortung übernehmen. Deswegen sollten sie jetzt einbezogen werden, wenn sie konstruktiv mitarbeiteten. Das wäre beim Neuen Forum möglich. Als besonderes Problem bezeichnete er die SDP, die die „Spaltung der Arbeiterklasse“ bedeutete. Da solle sich das AfNS einen „Kopf machen“. Der Geheimdienst war also nach wie vor gefragt, konspirativ in die politischen Auseinandersetzungen einzugreifen. Das Herstellen eines neuen Vertrauens der Bevölkerung sowie die doppelte Strategie von Integration und Bekämpfung anderer Parteien und der Opposition betrachtete er als eine „wichtige Seite auch der Wahlarbeit, die mal im nächsten Jahr auf uns zukommt.“⁴⁸⁵

In seiner Erwiderung kündigte der MfS-Chef Schwanitz zwar die Einschränkung der Maßnahmen gegen Andersdenkende an. Aber faktisch änderte sich nichts, da er bekräftigte „die Regierung und die Parteiführung“ zu unterstützen, „alle möglichen Vereinigungen, insbesondere die SDP“ zu observieren, „verfassungsfeindliche Pläne und Aktivitäten“

⁴⁸⁴ Hans-Herrmann Hertle; Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. Berlin 1997. S. 198

⁴⁸⁵ BStU MfS ZAIG 4886 Dienstbesprechung anlässlich der Einführung des Genossen Generalleutnant Schwanitz als Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit durch den Vorsitzenden des Ministerates der DDR, Genossen Hans Modrow. 21.11.1989. Abgedruckt in: Detlef Nakath; Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Berlin 1994 S. 253 - 267

aufzudecken, die „IM-Arbeit wieder zu aktivieren“ und gegen die Politik Modrows gerichtete „Losungen, Demonstrationen und andere Aktivitäten“ aufzuklären.⁴⁸⁶

Kurz darauf erarbeitete das AfNS eine Richtlinie zur Bekämpfung und Unterwanderung der Bürgerbewegungen und der SDP.⁴⁸⁷ Das Hauptziel war die Bekämpfung der „verfassungsfeindlichen“ Bestrebungen. Noch war in der DDR-Verfassung die Führungsrolle der SED verankert. Das politische und ideologische System des Sozialismus sollte geschützt werden. Die IM hatten dabei eine Schlüsselrolle. Sie sollten zur Schwächung der Opposition durch Informationsbeschaffung und Zersetzung beitragen. Unter anderen sollten sie Material sammeln, das zur öffentlichen Diskreditierung bzw. zur „Entlarvung“ der neuen Bewegungen geeignet war. IM in führenden Positionen der Opposition sollten zentral eingesetzt und gesteuert werden. Auch wollte das AfNS neben den schon vorhandenen neue IM anwerben. Ein ungewollter Nebeneffekt der Arbeit der verdeckt arbeitenden IM war, dass diese die Opposition personell verstärkten. Der Einsatz von IM sollte darum nicht dazu beitragen, dass „eine wesentliche Erweiterung des Handlungsspielraumes, der personellen Basis, der materiell-technischen und finanziellen Grundlage“ eintreten konnte.

Größten Wert legte die neue Richtlinie darauf, dass die Konspiration eingehalten werde. Die Stimmung im Lande war Mitte November schon derart gegen das MfS/AfNS gerichtet, dass sich dieses SED-Organ eine auch nur teilweise Aufdeckung der Unterwanderungsstrategie nicht mehr leisten konnte. Darum sollten die befassten Führungsoffiziere nur „mündlich“ informiert und angewiesen werden.

Nachträglich ist es nahezu unmöglich exakt nachzuweisen, ob und inwieweit solche Strategien mit eingeschleusten IM erfolgreich waren. Die Akten wurden in den meisten Bezirksämtern wenig später nicht mehr weitergeführt. In der Berliner Zentrale wurde Mitte Januar 1990 die operative Arbeit eingestellt. Bis dahin aber wusste das MfS und entsprechend die IM sehr genau, wer in der Opposition für die Gegenseite arbeitete. Ein Generalverdacht gegenüber früheren Systemträgern in den Neugründungen ist dennoch nicht angebracht. Tatsächlich kann es sich auch um Personen handeln, die von der SED derart enttäuscht waren, dass sie in den Bürgerbewegungen oder der SPD einen Neuanfang suchten. Allerdings ist die Anzahl der IM in den Bürgerbewegungen und der SDP beträchtlich. Aufsehen erregte schon 1990, dass Spitzenleute in den Bürgerbewegungen und der SDP/SPD wie Wolfgang Schnur und Ibrahim Böhme IM des MfS waren. Wenig später wurde in Halle auch der führende Grüne Henry Schramm enttarnt. Nicht nur die IM in der Opposition, sondern auch die IM in

⁴⁸⁶ Antwort von Wolfgang Schwanitz auf die Ausführungen von Modrow. 21.11.1989 in: BStU MfS ZAIG 4886 Bl.39

⁴⁸⁷ BStU ZA MfS ZAIG 13957

deren Arbeits- und Sympathieumfeld, etwa in den Kirchen, gehören zu den Einfluss- und Störfaktoren.

Erst mit der systematischen Erschließung und Verwaltung der Akten durch das Amt des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen seit 1991 konnten viele der früheren IM erkannt werden. In den 1990er Jahren wurde das Ausmaß der Unterwanderung allmählich erkannt. Das gilt auch für die hohe Durchsetzung mit IM der Bürgerkomitees, die sich bei der Besetzung der MfS-Zentralen bildeten. Es gibt inzwischen Belege, dass in vielen Städten diese IM das Geschehen auch beeinflussten.

Das MfS war über Jahrzehnte in der DDR das Organ der SED, um die Bürger durch Angst in die Knechtschaft zu zwingen. Die Menschen auf den Straßen und Plätzen im Herbst 1989 hatten sich von diesen Ängsten befreit. Zu denen die seit Jahrzehnten unfreiwillig direkte Tuchfühlung mit dem MfS gemacht hatten, gehörten die Oppositionellen und Bürgerrechtler, eben jene die in Brandenburg die SDP und das Bündnis 90 gründeten. In der Revolution haben sie auf vielen Schauplätzen gegen das MfS und für die Aktenöffnung gestritten. Sie wollten Aufklärung und sie wollten einen nachhaltigen Schutz der Menschen.⁴⁸⁸

Auch am zentralen Runden Tisch wurde für die Aufklärung gestritten. Am 18. Dezember 1989 verlangte der SDP-Gründer Martin Gutzeit am zentralen Runden Tisch in Berlin die sofortige „Offenlegung der gegen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen angewandten Vorgehensweisen sowie die Benennung der in diese Gruppen eingeschleusten Personen.“ Der SED-PDS-Politiker Lothar Bisky fragte unter Gelächter des Runden Tisches nach, ob denn „tatsächlich jemand eingeschleust“ worden wäre, dann „müssten Sie die doch kennen.“⁴⁸⁹ Bärbel Bohley fragte später „Naivität oder Zynismus?“⁴⁹⁰ Die Mehrheit des Runden Tisches lehnte damals den Antrag Gutzeits ab.

Bürgerrechtler haben noch im September 1990 erneut die MfS-Zentrale in der Berliner Normannenstraße besetzt und sie haben schließlich in der Volkskammer erreicht, dass in den Einigungsvertrag die Verpflichtung übernommen wurde, ein Aktenöffnungsgesetz nach erfolgter Wiedervereinigung durch den Bundestag zu verabschieden. Die drei Brandenburger Bürgerrechtler, Marianne Birthler, Günter Nooke und Matthias Platzeck haben in der Volkskammer dafür gestritten. Das StUG trat im Januar 1992 in Kraft.

⁴⁸⁸ Gisela Rüdiger: Herrn Schickarts gerettetes Erbe. Der Umgang mit den Stasi-Akten im Bezirk Potsdam. In: Horch und Guck Heft 32/2000 S. 35 - 38

⁴⁸⁹ Abgedruckt bei Uwe Thaysen (Hg.): Der Zentrale Runde Tisch. Wortprotokoll und Dokumente. Band I Wiesbaden 2000, S. 145

⁴⁹⁰ Bärbel Bohley: Persönliche Erklärung 2. März 1993. (Zur Verweigerung der Zeugenaussage vor dem Stolpe-Untersuchungsausschuss) Beim Verfasser

3. Konsolidierung und Machtbeteiligung der neuen Parteien 1990/1991

Entwicklungen in der SPD 1990

Das Personalhabeau der Opposition veränderte sich im Laufe des Jahres 1990 grundlegend. Nachdem der unaufhaltsame Machtverfall der SED/PDS offensichtlich wurde und sich auch Perspektiven für eine mögliche deutsche Einheit abzeichneten, engagierten sich auf allen Ebenen des politischen Handelns immer mehr Menschen. Die SDP/SPD konnte nicht oder nur peripher an alte sozialdemokratische Milieus anknüpfen. Zu lange war die Partei aufgelöst und ihre Traditionen zerstört. Jetzt war eine Parteimitgliedschaft eine persönliche Entscheidung.

Allen neuen Bewegungen und Parteien eigen war, dass in ihrem Personal zahlreiche Menschen auftauchten, die Biographien zwischen Anpassung und Verweigerung gelebt hatten. Sie hatten keine glatten Karrieren im SED-Staat durchlaufen können, wenngleich sie nicht immer die Verlierer waren. Bei einigen wurde das Engagement zum Blitzstart in höhere Ämter und Funktionen. In dieser Aufbauzeit ergaben sich solche Gelegenheiten, die oft durch Bekanntschaften induziert waren.

Die Politisierung der Bevölkerung war zu dieser Zeit sehr stark entwickelt und mündete am 18. März 1990 in eine Wahlbeteiligung von fast 94 Prozent. Der Wille, einen Beitrag zum demokratischen Neuanfang zu leisten, hatte viele Menschen beflügelt. Die SDP/SPD verbuchte Anfang des Jahres einen kräftigen Zulauf, der wohl auch durch die überaus günstigen Wahlprognosen für die Partei befördert wurde.

Die SDP-Gründer suchten mit großer Energie nach qualifiziertem Personal. Steffen Reiche und Markus Meckel fischten immer wieder Anhänger aus den Kirchen. So überredeten sie Richard Schröder, Regine Hildebrandt und deren ganze Familie zum Parteieintritt. In der Regel erhielten diese auch gute Kandidaturen. Es sollte sich bald zeigen, dass es dennoch auch in Brandenburg im kommunalpolitischen Bereich an Parteimitgliedern fehlte, um die vielen Kandidaturen zu besetzen. So kandidierten auch Parteilose, die später im Falle des Wahlerfolges bisweilen der SPD beitraten.

Einige Zuwanderer kamen aus dem Personal sozialistischer Organisationen und aus den Blockparteien. Auch versuchten nicht wenige ehemalige SED-Mitglieder der SPD beizutreten. Unter ihnen waren sehr prominente SED-Leute. In der SDP wurde außerdem

befürchtet, dass aus der SED heraus eine „Sozialistische Partei Deutschlands“ gegründet werden könne, die damit den traditionsreichen Kurznamen SPD besetzt halten würde. So beschlossen schon im November eine Rostocker SDP-Regionalkonferenz und am 3. Dezember 1989 eine Cottbuser Konferenz die Umbenennung in SPD. Für die gesamte DDR wurde die Umbenennung im Januar 1990 beschlossen. Im Januar 1990 hatte die Partei auch den Beschluss gefasst, dass die Ortsgruppen entscheiden sollten, ob und wie viele Mitglieder aus der SED übernommen werden könnten. Die Initiatoren des Beschlusses befürchteten, dass die SPD gezielt unterwandert werden könne. Eine flächendeckende Aufklärung von MfS-Verstrickungen war damals noch nicht möglich. Der bekannteste Fall blieb der Vorsitzende der Ost-SPD, Ibrahim Böhme, der im März 1990 enttarnt wurde und zurücktreten musste.

Der Mitgliederzuwachs ebte erst nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 etwas ab. Allerdings kam in die Partei im Vorfeld der Kommunalwahlen am 6. Mai Bewegung. Vielerorts bildeten sich erst mit den Wahlen stabile Parteistrukturen aus. Eine Dokumentation von Erfahrungsberichten kommunaler Mandatsträger der ersten Wahlperiode 1990 – 1993 ⁴⁹¹ spiegelt die euphorische Aufbruchstimmung in der Kommunalpolitik. Die Akteure berichten auch über Erfolge und Schwierigkeiten beim Parteaufbau.

Die 28 Autoren und einige Koautoren waren überwiegend im Januar der SPD beigetreten. Einige wenige hatten sich schon seit Oktober 1989 und in den folgenden Wochen für die SDP entschieden. Nur zwei von diesen hatten engere Kontakte zur DDR-Opposition und wenige waren in den Kirchen engagiert. Sie hatten daher auch im Herbst 1989 Verbindungen zu den kirchlichen SDP-Gründern.

Der ursprüngliche Anteil von Kirchenleuten und ehemaligen DDR-Oppositionellen in Parteiämtern und Positionen der Kommunen verringerte sich ständig, wenn diese teilweise auch noch hervorgehobene Positionen in der Partei einnehmen konnten. Unter den Neumitgliedern gab es einen großen Anteil technischer Intelligenz, die sich in der Regel in der DDR nicht politisch engagiert hatte. Deren Karrieren hatten Grenzen, da sie sich nicht in das Kadersystem der SED eingefügt hatten. Keiner der 28 Autoren in der genannten Dokumentation gibt eine SED Mitgliedschaft an. Unter ihnen befinden sich zehn Ingenieure, fünf Pädagogen, vier Ärzte sowie einige Handwerker und Menschen in mittleren Berufen. Der rasche Verfall der SED-Macht im Januar 1990 eröffnete für diese Gruppe neue Möglichkeiten des politischen Engagements. Viele erzählen, dass sie in der DDR ein distanziertes Verhältnis zum politischen System hatten, aber öffentlich geschwiegen hätten. In fast allen Berichten

⁴⁹¹ Bernd Feldhaus (Hg.): und auf einmal im Rathaus. Erfahrungsberichte kommunaler Mandatsträger der ersten Wahlperiode 1990 - 1993 in Brandenburg. Münster 1995

wird auch über die kommunalpolitischen Probleme mit den Hinterlassenschaften des maroden DDR-Systems berichtet.

Dezierte vergangenheitspolitische Aussagen werden kaum getroffen. Aber unverkennbar ist bei nahezu allen Sozialdemokraten der motivierende Impuls der friedlichen Revolution spürbar, auch der Triumph über die Diktaturpartei. So wird erzählt: „Diese Zeit war so erfüllt von Zuversicht, Selbstbewusstsein, Freiheitsgefühl – auch ein Gefühl von Macht, als wir sahen, wie sich die Funktionäre versteckten, wie sie zitternd in den Ecken standen. Zum Beispiel Herr Vietze (ehemals SED-Sekretär des Bezirkes Potsdam) bei der Veranstaltung am 4.11.1989 in Potsdam. Und heute? Diese Altkommunisten heben wieder ihr Haupt, und die Bürger haben wieder alles vergessen. Seit dieser Zeit bin ich politisch aktiv und kann mich der Sucht ‚Politik‘ nicht mehr entziehen.“⁴⁹²

In Brandenburg konnte die SPD bei den ersten freien Wahlen für den Landtag einen außerordentlichen Erfolg erzielen. Gegen den damals in Ostdeutschland herrschenden Trend wurde sie am 14. Oktober 1990 stärkste Partei. Unter dem ehemaligen Konsistorialpräsidenten der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Manfred Stolpe, konnte sie eine Koalition mit der FDP und dem Bündnis 90 bilden, die Ampelkoalition.

Entwicklungen im Bündnis 90

Das Bündnis 90 war eine späte Gründung, die erst Anfang 1990 aus verschiedenen und teilweise konkurrierenden Bürgerbewegungen hervorgegangen war.⁴⁹³ Erwähnenswert ist der Demokratische Aufbruch, der allerdings in Brandenburg relativ schwach vertreten war. Er blieb eine eigenständige Gruppierung und trat nicht dem Bündnis 90 bei. Herausragend war die DA-Gruppe in Forst mit dem Mitbegründer des DA, Günter Nooke. Er selbst trat im Februar 1990 Demokratie jetzt bei. Die Forster DA-Gruppe blieb aber bestehen. Zu dem ursprünglich von kirchlichem Personal dominierten DA stießen nun auch zahlreiche Personen, die solche Erfahrungen nicht gemacht hatten. Außerdem bildeten sich rasch neue Parteien, die allesamt auf eine schnelle Wiedervereinigung hinarbeiten wollten. Aus heftigen Flügelkämpfen im Neuen Forum gingen neue Parteien hervor. Die größte Neugründung war die „Deutsche Soziale Union (DSU)“, die nur kurzfristig von Bedeutung war.

⁴⁹² Elke und Rudolf Seidel: Auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt. In: Bernd Feldhaus (Hg.): und auf einmal im Rathaus. Erfahrungsberichte kommunaler Mandatsträger der ersten Wahlperiode 1990 - 1993 in Brandenburg. Münster 1995. S. 126.

⁴⁹³ Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Hg., Was will die Bürgerbewegung? Augsburg 1992, Helmut Müller-Enbergs, Marianne Schulz, Jan Wielgohs, Hg., Von der Illegalität ins Parlament, Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1992

Der Begriff „Bündnis 90“ ging 1990 aus der wechselvollen Geschichte der Bürgerbewegung hervor. Am 3. Januar 1990 hatten zunächst Demokratie jetzt, NF, IFM, Vereinte Linke (VL), DA und SDP bekannt gegeben, mit einem „Wahlbündnis ‚90“ zur Volkskammerwahl anzutreten. Doch wenige Tage später zogen sich die Sozialdemokraten und der Demokratische Aufbruch zurück. Am 6. Februar kam es zu einer Listenverbindung von Dj, IFM und NF unter der Bezeichnung „Bündnis 90“. Auch die VL hatte sich zurückgezogen, da sie konsequent für die Zweistaatlichkeit eintrat. Konkurrierend zum Bündnis 90 bildete sich im Februar 1990 aus wahltaktischen Gründen der „Wahlzusammenschluss Grüne Partei – Unabhängiger Frauenverband“. Neben der Grünen Partei der DDR (GP) blieb das Aktionsbündnis „Grüne Liga“ mit einem relativ stabilen Mitgliederbestand bestehen.

So blieben für das Bündnis 90 Demokratie jetzt, die Initiative Frieden und Menschenrechte und das Neue Form übrig. Es errang bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 2,9 Prozent und die Verbindung GP – UFV 2 Prozent der Stimmen. Dieses für die Herbstrevolutionäre von 1989 enttäuschende Ergebnis resultierte zweifelsfrei aus ihrer Programmatik. Allein das bekannteste Plakat von Bündnis 90 mit der Aufschrift „§ 23 – Kein Anschluss unter dieser Nummer“ wirkte für die Masse der Wähler, die sich auf eine schnelle Wiedervereinigung festgelegt hatte, abschreckend. Die Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 waren allerdings besser. Bei diesen Wahlen ging das Bündnis 90 im übrigen verschiedene lokal begrenzte Wahlbündnisse ein, auch mit der Grünen Partei.

Für die Brandenburger Bürgerbewegungen standen 1990 neben den Vorbereitungen auf die Bundestagswahlen vor allem die ersten Landtagswahlen im Focus, die am 14. Oktober 1990 stattfinden sollten. Verhandlungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen für eine gemeinsame Wahlliste scheiterten. Die DDR-Grünen hatten sich auf Anraten westdeutscher Grüner diesen Bemühungen entzogen. Im September fusionierten die Grünen aus dem Osten mit den Westdeutschen.

Für die Oktoberwahlen fanden sich unter der Bezeichnung „Bündnis 90 Brandenburg“ nur Demokratie jetzt, und Teile des Neuen Forums zusammen. Ein Zusammengehen mit den Grünen wurde ausgeschlossen, da diese dezidiert linke Positionen vertraten. Die Initiative Frieden Menschenrechte war bislang in Brandenburg nicht vertreten. Das Neue Forum war inzwischen auf etwa zehn Prozent seiner ursprünglichen Mitgliedschaft geschrumpft. Viele waren in andere Parteien gewechselt. Nach wie vor aber hatte seine Mitgliedschaft die wohl farbigste Palette aufzuweisen. Hier sammelten sich alle möglichen biographischen Typen. Das reichte vom Opfer der SED-Diktatur bis zu ehemaligen SED-Mitgliedern, von

ausgegrenzten, enteigneten und geschundenen Menschen bis zu im SED-System erfolgreichen Karrieristen.

Notdürftig wurde das NF durch eine Programmklärung vom 28. Januar 1990 zusammengehalten, die bezüglich vieler Bereiche unklar blieb. Eine reglementierte soziale und ökologische Marktwirtschaft sollte helfen, eine eigene Identität der DDR, auch auf sozialistischer Grundlage, zu erhalten. Ein vereintes Deutschland sollte neutralisiert werden. Demokratie jetzt konnte in Brandenburg ein relativ breites Netz von Gruppen aufspannen. Auch sie hatte anfangs ein kirchliches Gerüst. Sie bekam besonders Zustrom von Intellektuellen. Im Zuge ihres Organisationsaufbaus kamen auch Mitglieder aus den Blockparteien und selbst aus der SED. Im Februar 1990 hatte eine Vertreterkonferenz „Programmaussagen“ formuliert, nach denen eine „solidarische Gesellschaft“ angestrebt werde, die auch eine Alternative zur Bundesrepublik darstellen sollte. Die Wirtschaft sollte ökologisiert und statt einer Währungsunion mit der Bundesrepublik sollte ein europäischer Währungsverbund geschaffen werden. In einer rechtsstaatlich und parlamentarisch verfassten Gesellschaft sollte eine direkte Mitwirkungsdemokratie zum Zuge kommen.

Manche dieser Vorstellungen des Neuen Forums gingen auch in das gemeinsam mit Demokratie jetzt erarbeitete Wahlprogramm⁴⁹⁴ zur Landtagswahl im Oktober ein. Es verband starke basis- und direktdemokratische Elemente mit einer parlamentarischen Struktur. Bestimmte Politikbereiche, etwa soziale und ökologische, wurden mit maximalistischen Forderungen unterlegt. Dieses Programm atmete noch den Geist der Opposition der 1980er Jahre und blieb hinter dem Pragmatismus der SPD weit zurück.

Für die Landtagswahl wurden drei prominente Bürgerrechtler nominiert, Günter Nooke, Matthias Platzeck und Marianne Birthler, die damals noch Abgeordnete der Volkskammer waren. Bündnis 90 Brandenburg erreichte bei den Wahlen 6,42 Prozent und bekam 6 Mandate. Die Grünen scheiterten mit knapp 3 Prozent. Bündnis 90 trat der Ampelkoalition unter Führung von Manfred Stolpe bei.

Im September 1991 bildeten die Bewegungen im Wahlbündnis Demokratie jetzt, die Initiative für Frieden und Menschenrechte und Teile des Neuen Forums die Partei Bündnis 90. Nun begann aber auch die intensive Debatte um die Vereinigung von Bündnis 90 mit den westdeutschen Grünen. Diese mündet 1992 in einen Assoziationsvertrag, den die Vorstände verabschiedeten. Nur in Brandenburg lehnte die Landesversammlung am 12. Dezember 1992 diesen Vertrag ab. Im April 1993 wurde der Assoziationsvertrag in Ost und West in einer Urabstimmung angenommen und wenig später auch von der Bundesversammlung. Die

⁴⁹⁴ Abgedruckt in: Katrin Bluhm, Peter Schüler: Fraktion Bündnis 90/Bündnis. Ein Tagebuch aus Brandenburg. Münster 1996 S. 13 - 22

Landtagsfraktion von Bündnis 90 in Brandenburg entschied sich im gleichen Monat gegen den Vertrag. Sie hieß nun schlicht „Bündnis“ und die neu gegründete Partei der Fusionsverweiger „Bürgerbündnis“. Die Auseinandersetzungen um die Vereinigung sind zugleich überlagert von Spannungen, die es um die Rolle der Bündnis 90/Bündnis-Fraktion im Stolpe-Untersuchungsausschuss gab.

-Anfänge der Vergangenheitsaufarbeitung.

Seit 1990 war es immer wieder zu spektakulären Enthüllungen gekommen. Es war absehbar, dass die IM-Problematik nicht zur Ruhe kommen würde. Zwar war deutlich, dass die Tätigkeit der IM in der unmittelbaren Zusammenarbeit mit dem MfS/AfNS zunächst nach den Ansprüchen und Aufträgen des MfS bis zu dessen Ende verlief. Auch wenn dies nun beendet war, hatte das noch 1990 und auch nach 1990 mentale Auswirkungen für die betreffenden Personen. Die Erfahrungen einer Niederlage und auch der Selbsttäuschung mögen durch alte ideelle bzw. ideologische Raster für manche noch kompensierbar gewesen sein. Der Sozialismus wäre ja gut gemeint gewesen. Ansonsten waren viele von der Angst einer Enttarnung durch die anstehende Öffnung von Akten und der Aufklärung ihrer früheren Tätigkeit bestimmt. Mancher mag mehr oder weniger diese Umstände seines Lebens verdrängt haben. Schon 1990 setzte sich bei den ehemaligen und nun enttarnten IM eine stereotype Apologetik durch. Man hätte niemandem geschadet und alles nur zum Besten wenden wollen. Sicher waren sie keine Verfechter oder gar Eiferer als sich die Möglichkeiten von Überprüfungen abzeichneten. Hier haben sie gebremst und traten als Bedenkenträger auf. Dieser Personenkreis hat unter dem Motto der Versöhnung gegen eine strittige Aufarbeitung polemisiert. Bisweilen wurde auch behauptet, die IM hätten nicht gewusst, dass sie als Spitzel beim MfS aktenmäßig erfasst worden wären.

Die Apologeten konnten sich dabei auch auf prominente Stimmen aus dem Westen stützen. So hat sich Wolfgang Schäuble schon seit Frühjahr 1990 für den Verschluss von MfS-Akten eingesetzt. Schäuble schrieb noch 1991: „Und niemand wird die Gefahr übersehen dürfen, dass eben im Zweifel dem Akteninhalt doch eher geglaubt wird als dem Dementi eines durch Akten Belasteten. So kann am Ende die Krake Staatssicherheit mit der Hinterlassenschaft dieser Akten ihre verwerfliche Tätigkeit weiter ausüben.“⁴⁹⁵ Allerdings konnte sich mit solchen Einlassungen prominenter westlicher Politiker die Bundesregierung nicht

⁴⁹⁵ Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Stuttgart 1991. S. 273

durchsetzen. Die gesellschaftliche Debatte beruhigte sich nicht und wurde durch immer neue Enthüllungen in der Presse noch angeheizt.

Nach den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 musste in den ostdeutschen Ländern ein rechtsförmiger Weg beschritten werden, um die gesellschaftlich strittige Frage der MfS-Mitarbeit zu klären. So reagierte auch der Brandenburger Landtag rasch. Nach einem Beschluss aller Fraktionen gemäß einem Antrag der Regierungsparteien SPD, FDP und Bündnis 90 vom 13. Dezember 1990 sollte nun die MfS-Zusammenarbeit der Landtagsabgeordneten überprüft werden. Zwei Vertrauenspersonen sollten über eine mögliche Niederlegung von Mandaten Empfehlungen geben. So hieß es: „Bei erwiesener Tätigkeit eines Abgeordneten bzw. Mitgliedes der Landesregierung im Sinne des Antragstitels sprechen die Vertrauenspersonen bzw. der Ministerpräsident die dringliche Empfehlung zur sofortigen Niederlegung des Mandats bzw. des Regierungsamtes gegenüber dem betroffenen Abgeordneten bzw. Mitglied der Landesregierung aus.“⁴⁹⁶

In dieser noch offenen Situation meldete die Presse kurz vor Weihnachten 1990, dass der Ministerpräsident Manfred Stolpe MfS-Mitarbeiter gewesen wäre. Stolpe, der das zurückwies, erklärte, dass er sich einer Überprüfung stellen würde. Diese Nachricht wurde weithin als unbewiesenes Gerücht aufgefasst, zumal in dieser frühen Zeit solche unbewiesenen Gerüchte häufig im Umlauf waren. Umgehend sprangen Stolpe zahlreiche Kirchenleute und auch Bürgerrechtler zur Seite. Die Koalition wurde noch nicht belastet.

Aber weder der Landtag noch die Landesregierung verfügten zu diesem frühen Zeitpunkt über ein Konzept für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Die gerade neu eingerichtete Landesregierung, die mit dem Aufbau neuer Verwaltungs- und Regierungsstrukturen vollauf beschäftigt war, musste sich in vielen Bereichen mit dem Personal der Diktatur beschäftigen. Die Minister der Koalition von SPD, Bündnis 90 und FDP gingen jeweils verschiedene Wege. Die Überprüfungen der Richter, die noch auf Beschlüsse der Volkskammer zurückgingen, stießen auf das Problem des Richtermangels und fanden zunächst nicht statt. Die Vergangenheit der Polizisten wurde mit einem Fragebogen ermittelt. Ungeprüft wurde ein Großteil der Volkspolizeiangehörigen übernommen.

⁴⁹⁶ Zitiert nach: Redebeitrag Helmut Müller-Enbergs: Landtag Brandenburg P-HA 5/2-1. 5. Wahlperiode. Hauptausschuss. Protokoll - Teil 1. 2. öffentliche Sitzung am 13. Januar 2010; Potsdam - Haus des Landtages S. 18

Der Landwirtschaftsminister Edwin Zimmermann (SPD) versetzte im Dezember 1990 über 8000 Mitarbeiter der Forstwirtschaft in den Wartestand, um mögliche Seilschaften zu zerreißen. Diese Maßnahme ließ sich nicht durchhalten. Es zeigte sich dass der Ministerpräsident Stolpe eher integralistisch dachte. Er machte die Entscheidung Zimmermanns rückgängig. Zwischen Bündnis 90 und Teilen der SPD, vor allem mit dem Minister Jochen Wolf, gab es ein Tauziehen um den Erhalt der ehemaligen Apparate der Bezirksverwaltungen in Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam, die überwiegend aus SED-treuem Personal bestanden. Auch hier stellte sich Stolpe hinter Wolf, traf aber auf den Widerstand von Bündnis 90. Ebenso gab es Streitigkeiten um das Personal in den Rundfunkanstalten.

Die Bildungsministerin Marianne Birthler (Bündnis 90) kündigte noch im Dezember 1990 Stasiüberprüfung für Lehrer an. In ihrem Ministerium wurde auch ein schlüssiges Konzept für die Aufarbeitung entwickelt und umgesetzt. Für die Überprüfung der Lehrer wurden in jedem Landkreis Personalkommissionen eingesetzt, die nach Aktenlage und Anhörungen entschieden. Mehr als die Hälfte aller belasteten Lehrer wurde entlassen, bei geringerer Belastung wurden mildere Maßnahmen ergriffen. Birthler installierte in ihrem Ministerium außerdem ein Referat für die „Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und zur Förderung der politischen Kultur“. Hier entstanden auch mehrere kritische Veröffentlichungen über die sozialistische Schule. Sie berichtete, dass sie im Kabinett Stolpe keine Unterstützung bekommen hätte.⁴⁹⁷

Im Juni 1991 wurden schließlich die Vertrauenspersonen für eine MfS-Überprüfung des Landtages durch die Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagen, die Generalsuperintendenten Reinhardt Richter und Günter Bransch. Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90, Günter Nooke lehnte den Cottbusser Richter entschieden ab, da er wie andere Oppositionelle mit ihm in seiner Oppositionszeit schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Richter wurde schließlich durch den ehemaligen Moderator des zentralen Runden Tisches in Berlin, den katholischen Theologen Karl-Heinz Ducke, ersetzt. Seit dem 3. September wertete die Kommission die ersten Bescheide der Stasiunterlagenbehörde in Gesprächen mit den Landtagsabgeordneten aus. Im November hatten die Fraktionsvorsitzenden die Kriterien für eine mögliche MfS-Belastung festgelegt. Aus den Akten sollte nachweisbar sein: „Verpflichtungserklärung;

⁴⁹⁷ Angaben nach Marianne Birthler in einem Gespräch am 27. Mai 2011

Angaben über Decknamen, Führungsoffizier, Auftrag, erhaltene Geldleistungen oder Auszeichnungen, Berichte und weitergegebene Informationen.“⁴⁹⁸

Die kirchlichen Vertrauensmänner erklärten Ende November, dass es 10 Grenzfälle von Belastungen gegeben hätte. Diese Abgeordneten könnten im Parlament weiterarbeiten. Zwei gehörten zur SPD, zwei zur FDP, drei zur CDU und drei zur PDS. Nur in zwei Fällen empfahlen sie einen Rücktritt. Es handelte sich um Abgeordnete von Bündnis 90, die inzwischen schon zurückgetreten waren. Bündnis 90 verlangte die Veröffentlichung der Bescheide aus der Aktenbehörde. Doch selbst in dieser Fraktion veröffentlichte einer der Betroffenen seinen Bescheid nicht.

- Zuspitzung der MfS-Problematik 1991

Der Umgang mit der Stasiproblematik in der SPD unterschied sich kaum von anderen Parteien und Fraktionen. Zunächst bestand aber eine Sensibilität und auch eine Empfindlichkeit in der MfS-Frage. Dies galt zumal nach dem Bekanntwerden der so genannten „Grenzfälle“. Zu ihnen gehörte auch der Abgeordnete Siegfried Jausch. Die Debatte hatte zunächst noch keine klaren Regeln im Umgang mit MfS-belasteten Politikern. Jausch, der 1989 zum Landrat gewählt wurde und dann SPD Abgeordneter im ersten Landtag war, hatte sich 1960 in der Zwangslage eines Gefängnisses als IM verpflichtet. Die Akten gaben allerdings auch darüber Auskunft, dass er sich nicht gegen Personen hat einsetzen lassen und deswegen 1974 vom MfS abgeschaltet wurde. Über seine Kontakte hatte Jausch geschwiegen. In seiner Fraktion fand sich allerdings keine Mehrheit, die sich für ein Verbleiben von Jausch im Landtag aussprach. Erst als einige Parteifreunde sowie Vertreter andere Parteien Jausch stützten und auch die Presse die mildernden Umstände würdigte, änderte die SPD ihre Haltung.⁴⁹⁹

Noch aber schwelten die Gerüchte über Stolpes MfS-Kontakte. Zudem setzte 1991 eine heftige Debatte zum Stasiproblem der evangelischen Kirche ein, zu der Veröffentlichungen von Gerhard Besier⁵⁰⁰ und zahlreiche Presseveröffentlichungen beitrugen. Innerhalb der Kirchen wurde heftig gestritten, da DDR-kritische Theologen und Oppositionelle sich für eine rückhaltlose Aufklärung einsetzten und die Synoden sich des Themas annehmen mussten.

⁴⁹⁸ Redebeitrag Helmut Müller-Enbergs: Landtag Brandenburg P-HA 5/2-1. 5. Wahlperiode. Hauptausschuss. Protokoll - Teil 1. 2. öffentliche Sitzung am 13. Januar 2010; Potsdam - Haus des Landtages. S. 18

⁴⁹⁹ Vgl. Christian Wernike. Im Landtag zu Potsdam Stasi essen Seele auf. In: DIE ZEIT 29.11.1991 Nr. 49 (Quelle ZeitOnline)

⁵⁰⁰ Gerhard Besier, Stephan Wolf (Hg.): „Pfarrer, Christen und Katholiken“, Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991

Stolpe wollte wahrscheinlich auf diesen öffentlichen Druck mit einer eigenen Interpretation reagieren. Deswegen veröffentlichte er im Frühjahr ein Buch ⁵⁰¹, in dem er auch seine MfS-Kontakte schilderte. Ein Vorabdruck erschien im Januar 1992 im *Spiegel*. Er räumte etwa 100 Treffen mit MfS-Mitarbeitern ein, die unter konspirativen Bedingungen stattgefunden hätten. Diese Gespräche hätten dazu gedient, die Spielräume der Kirchen zu erweitern. Stolpe erfuhr trotz immer lauter werdender kritischer Stimmen aus den Kirchen überwiegend Rückendeckung. Auch hielt die Partei rückhaltlos zu ihm.

Noch verhielt sich das politische Umfeld zurückhaltend. CDU-Politiker wie Jürgen Rüttgers, Rita Süßmüt und Heiner Geißler polemisieren gegen die Öffnung der Akten oder fordern die Schließung der gerade auf gesetzlicher Basis arbeitenden „Gauckbehörde“. Ähnliche Stimmen waren aus der SPD-Führung zu hören. In diesem harmonischen Konzert gab es einige schrille Töne. Den Rücktritt Stolpes forderten der CSU-Politiker Erwin Huber und der renommierte Münchner Journalist Heinz Klaus Mertes.

Nach der Spiegelveröffentlichung über Stolpes MfS-Kontakte machte sich auch im Bündnis 90 Unbehagen bemerkbar. Vor allem störte die Bürgerbewegten, dass Stolpe in der bisherigen Debatte geschwiegen hatte. Am 28. Januar 1992 besuchte deswegen der Ministerpräsident die Fraktion. Er trug wieder seine Version vor, die auf die Rechtfertigung dieser Kontaktgespräche zum Zweck einer beabsichtigten Konfliktminimierung im Staat-Kirche-Verhältnis hinauslief. Er konnte die Fraktion aber nicht wirklich überzeugen. Zwar glaubten ihm einige, andere aber blieben kritisch. Vor allem Nooke und Birthler hielten ihm vor, zu DDR-Zeiten die Opposition nicht unterstützt zu haben und mehrfach die Interessen des Staates gegenüber der Opposition vertreten zu haben. Andere missbilligten Stolpes langes Schweigen und blieben misstrauisch, weil er substantiell nichts Konkretes zu seiner Konspiration sagen konnte. Dieses Gespräch wurde zum Auftakt der äußerst strittigen Vergangenheitspolitik von Bündnis 90, die bald zu einer schweren inneren Belastung führen sollte.⁵⁰² Am 30. Januar trug die Fraktion noch eine Vertrauenserklärung für Stolpe im Landtag mit. Das brachte aber der Fraktion und der Partei keine Ruhe.

Keine der Landtagsfraktionen war durch die MfS-Problematik so tangiert, wie die von Bündnis 90. Eigentlich brachte die Partei ein Erbe der frühen Bürgerbewegung mit ein, das aus den langjährigen Erfahrungen mit den repressiven Strukturen des SED-Staates herrührte

⁵⁰¹ Manfred Stolpe: *Schwieriger Aufbruch*. Berlin, 1992

⁵⁰² Dazu ausführlich: Helmut Müller-Enbergs: *Die Vergangenheit holt die Zukunft ein. Die Brandenburger Bürgerbewegung und ihre Auseinandersetzung mit dem Erbe der Staatssicherheit*. In: Ulrike Poppe, Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk, Hg., *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR*. Berlin 1995

und sich im entschlossenen Kampf gegen das MfS in der friedlichen Revolution manifestiert hatte. Die drei prominenten Bürgerrechtler Birthler, Nooke und Platzek hatten als Abgeordnete in der Volkskammer intensiv am Ringen um das Aktenöffnungsgesetz teilgenommen. Insofern war die Partei geradezu prädestiniert für eine strikte Aufarbeitung der MfS-Tätigkeit. Im Wahlprogramm von Bündnis 90 Brandenburg hatte sie gefordert „die Sicherung der Stasiakten im Zugriff des Landes sowie unter Kontrolle und Verwaltung eines parlamentarischen Ausschusses, in dem alle Fraktionen des Landtages vertreten sind...“⁵⁰³ Allerdings enthielt der Passus den merkwürdigen Zusatz, dass die in „den Akten enthaltenen Informationen“ nicht „für neue Gesinnungsschnüffelei“ missbraucht werden dürfen. Da die Akten schließlich nur Informationen aus der vergangenen DDR-Zeit enthielten, sprach aus diesem Zusatz auch die Sorge vor der Offenlegung politischer Gesinnungen und war damit schon eine Bremse für eine konsequente Aufarbeitung des MfS-Problems, die ja auf die Verstrickung von Personen in das Repressionssystem angelegt war.

Tatsächlich bestand die Mitgliedschaft von Bündnis 90, von der Landespartei selbst bis hin zur Fraktion, eben keineswegs nur aus früheren Oppositionellen, sondern eben auch aus Mitläufern und Systemträgern. Das war der Partei auch bewusst und wurde im Wahlkampf öffentlich thematisiert. Anstoß erregte etwa Peter Schüler, der Mitglied der Potsdamer SED-Kreisleitung gewesen war. Zwar errangen die Bürgerrechtler Birthler, Nooke und Platzek bei den internen Nominierungen Spitzenpositionen und sicherten damit eine hohe Legitimität, die aus der oppositionellen und revolutionären Rolle des Bündnisses 90 rührte. Sie und einige andere DDR-Oppositionelle waren aber eine Minderheit in der Fraktion und im Sprecherrat der Partei. In Fraktion und Partei waren wichtige Positionen durch Mitglieder der Blockparteien und der SED besetzt, die in der ersten Mobilisierungsphase den Bürgerbewegungen beigetreten waren.

Diese konnten ihre Stellung sogar noch ausbauen. Als die beiden Minister Birthler und Platzek ihr Landtagsmandat zurückgaben, um durch Nachrücker die Arbeitssituation der Fraktion zu verbessern, gelangten Rolf Wettstädt, ehemals NDPD mit dem Versuch zur SED überzutreten, und Carmen Kirmes, ehemals SED-Mitglied und ADN-Auslandskorrespondentin, in den Landtag. Von diesen gingen kaum Anregungen für eine konsequente Aufarbeitung aus. Vielmehr blieb selbst die Fraktion im Landtag mehr als zurückhaltend. Das zeigte sich auch in der Nominierung von Bernd Aischmann als stellvertretender Regierungssprecher im Mai 1991. Aischmann war politischer Redakteur im

⁵⁰³ Abgedruckt in: Katrin Bluhm, Peter Schüler: Fraktion Bündnis 90/Bündnis. Ein Tagebuch aus Brandenburg. Münster 1996 S. 14

Sender „Radio DDR“ gewesen und hatte dort bis in den Herbst 1989 hinein die SED-Propaganda mit gestaltet. Als dies bekannt wurde, stellte sich die Fraktion hinter Aischmann. Ein schwerer Schlag für Bündnis 90 und zugleich auch nicht untypisch für die personelle Lage traf die Fraktion 1991. Bei der Überprüfung der Bransch-Ducke-Kommission wurden zwei ihrer Abgeordneten als schwer belastete IM des MfS eingestuft. Im September betraf dies den Abgeordneten Bernd Reuther, der anfänglich eine aktive Zusammenarbeit zwar ableugnete, aber dennoch zurücktat. Er setzte sich zudem erfolgreich gegen eine Veröffentlichung seiner Akten zur Wehr. Reuther, der früher außerdem SED-Mitglied war, wurde trotz dieser Belastungen von der Landesmitgliederversammlung noch in den Landesvorstand gewählt. Das Wissenschaftsministerium sorgte für seine soziale Absicherung und stellte ihn ein.

Anfang November wurde bekannt, dass auch der Abgeordnete Henrik Poller IM war. Poller war früher LDPD-Mitglied und hatte bis zum Herbst 1989 dem MfS berichtet. Auch er trat zurück und er ließ seine Akte veröffentlichen. Bündnis 90 musste eingestehen, dass es sein Personal kaum unter vergangenheitspolitischen Aspekten betrachtet hatte. Eine geschlossene in sich stimmige Aufarbeitungspolitik von Bündnis 90, die womöglich auch noch in der Tradition der DDR-Opposition gestanden hätte, gab es nicht. Trotz der Fälle Reuther und Poller fanden auf Landesebene keine Überprüfungen auf MfS-Kontakte statt. Es sollte sich seit 1992 herausstellen, dass nicht einmal die drei bekannten Bürgerrechtler, Birthler, Nooke und Platzek gemeinsame Positionen vertraten.

4. Schlüsselereignis für die Aufarbeitung: Stolpe-Untersuchungsausschuss

Der Ausschuss und die Parteien

Zur entscheidenden Weichenstellung und mit keinem anderen Bundesland vergleichbar für die zukünftige Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde der vom Landtag einberufene Untersuchungsausschuss „Aufklärung der früheren Kontakte des Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe zu den Organen des Staatsapparates der DDR, der SED sowie zum Staatssicherheitsdienst und der in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe“, der am 12. Februar 1992 eingesetzt wurde.⁵⁰⁴ Am 30. Mai 1994 legte er seinen Abschlußbericht vor.

⁵⁰⁴ Literatur in Auswahl: Landtag Brandenburg (Hg.): Bericht des Untersuchungsausschusses 1/3 des Landtags Brandenburg zur „Aufklärung der früheren Kontakte des Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe zu den

Lothar Bisky (PDS-LL) fungierte als Ausschussvorsitzender. Der Ausschuss hatte Folgen für die Geschichts- und Aufarbeitungspolitik von Bündnis 90 und SPD. Für Bündnis 90 in Brandenburg und die Bündnis 90-Fraktion hatte diese Debatte katastrophale Folgen. Und wie noch auszuführen ist, hatte der Ausschuss und sein Ergebnis für die Aufarbeitungspolitik der SPD lange nachwirkende Konsequenzen.

Während der zweieinhalb Jahre dauernden Arbeit des Ausschusses wurde in Brandenburg und in der deutschen Öffentlichkeit emotional aufgeladen erbittert über die Bewertung der MfS-Kontakte Stolpes gestritten. Neben den Medien beteiligten sich in hunderten Zuschriften ost- und westdeutsche Bürger an den Debatten, die die Verwerfungen des Transformationsprozesses ebenso zeigen, wie die damals noch kaum verkräftete Wiedervereinigung.⁵⁰⁵ Dabei wurde neben der Frage, wie die Kontakte von Stolpe, der vom MfS als IMB „Sekretär“ geführt wurde, zu bewerten seien, der Rahmen der Debatten grundsätzlich ausgeweitet. Nicht nur vergangenheitspolitische sondern auch vereinigungspolitische Themen überlagerten den ursprünglichen Auftrag des Ausschusses.

Der Ausschuss wurde auf Antrag der CDU beschlossen, weil immer wieder neue Verdächtigungen und Vermutungen über die Zusammenarbeit von Stolpe mit dem MfS auftauchten. Für den Verlauf der Untersuchung des Ausschusses waren mehrere Recherchen des BStU entscheidend. In der ersten Recherche vom 31. März 1992 hieß es: „Die aufgefundenen Unterlagen zum Einsatz des IMB ‚Sekretär‘ lassen den Schluss zu, dass er nach den Maßstäben des MfS über einen Zeitraum von ca. 20 Jahren ein wichtiger IM im Bereich der Evangelischen Kirchen der DDR war.“⁵⁰⁶ Damit war die Frage nach der Bewertung dieser Kontakte gestellt, die vom MfS eindeutig als IM-Tätigkeit klassifiziert worden waren. Hier soll nicht die Frage diskutiert oder gar geklärt werden, ob die Registrierung Stolpes als IM ihn als Zulieferer bzw. politischen Mitarbeiter dieses Geheimdienstes ausweist. Oder ob er gemäß seines Selbstverständnisses als von der Kirche beauftragter Verhandlungsführer zu betrachten ist. Die Mehrheit des Ausschusses aus SPD, PDS und FDP folgte Stolpes Erklärungen, während die Minderheitenvoten der CDU und der Fraktion Bündnis eine Belastung feststellen.

Organen des Staatsapparates der DDR, der SED sowie zum Staatssicherheitsdienst und der in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe“. Drucksache I/3009. Band I, Band II A und B. Potsdam 1994; Ehrhart Neubert: Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Dr. Manfred Stolpe, Fraktion Bündnis im Landtag Brandenburg(Hg.), Potsdam 1993; Heinrich-Böllstiftung (Hg.): Abschlussbericht des Stolpe-Untersuchungsausschusses des Landtages Brandenburg. Lesbar gemacht von Ehrhart Neubert mit einem Vorwort von Victor Böll. Köln 1994; Reuth, Ralf Georg: IM „Sekretär“. Die Gauck-Recherche und die Dokumente zum Fall Stolpe. Frankfurt/M. 1992

⁵⁰⁵ Vgl. Akte Zuschriften. Materialien des UA 5/1, beim Verfasser.

⁵⁰⁶ Rechercheergebnisse zum IM „Sekretär“ Reg.-Nr.: IV/1192/64. Stand: 31. 3. 1992. S. 61

Hier sollen nur die Eskalation im Prozess der Untersuchung erwähnt, die Positionen der Parteien geschildert und die politischen Folgen analysiert werden. Eines der bestimmenden Merkmale der Untersuchung war die Verteidigungsstrategie Stolpes. Er hatte zu seinen MfS-Kontakten zunächst nur unkonkrete und allgemeine Äußerungen gemacht. Die Untersuchung brachte dann schließlich Sachverhalte zum Vorschein, die nach den Kriterien des Landtags von 1991 für Stolpe äußerst belastend waren. Dazu gehörten etwa die nach Aktenlage von Mielke 1978 angeordnete Ordensverleihung, die Verdienstmedaille der DDR, verbunden mit einer Prämie von 1000 Mark oder die Geschenke, teils kostbare antike Folianten. Entsprechend wurden die Auseinandersetzungen im Ausschuss erbittert geführt. Sie waren begleitet von Prozessen, von Protesten von Bürgerrechtlern, von inneren Auseinandersetzungen in den Parteien, von Rücktrittsforderungen und Solidaritätserklärungen für Stolpe. Der Abschlussbericht der Mehrheit des Ausschusses entlastete Stolpe vollständig. Die Positionen der Parteien ergaben sich weithin aus der politischen Konstellation. Die Regierungspartei SPD folgte den Erklärungen und Deutungen ihres Spitzenmannes. Diese liefen darauf hinaus, dass die außergewöhnlichen politischen Verhaltensweisen auf die außergewöhnlichen Umstände des Staat-Kirche-Verhältnisses in der DDR zurückzuführen seien, denen kirchliche Verhandlungspartner gerecht werden mussten. Der Koalitionspartner FDP verfolgte ebenfalls diese Linie. SPD und FDP konnten sich auch auf zahlreiche als Zeugen geladene Kirchenleute stützen, die zwar die Konspiration Stolpes einräumten, aber diese Gespräche durch dessen generellen Verhandlungsauftrag gedeckt sahen. Auch die westdeutschen Politiker, etwa Hans Dietrich Gentscher oder Helmut Schmidt, ordneten entlastend die Weitergabe von Gesprächsinhalten mit bundesdeutschen Politikern durch Stolpe der verschlungenen Ost-West-Diplomatie zu.

Die PDS, die schließlich zum Mehrheitsbeschaffer der Koalition nach Vorlage des Abschlussberichtes wurde, wich nur in wenigen Fragen von dieser defensiven Haltung ab. Vor allem rückte sie die Kirche insgesamt näher an das DDR-System. Die CDU als Oppositionspartei nahm zwar im Untersuchungsausschuss eine moderate Stellung ein, wengleich ihr Minderheitenvotum mit äußerster Schärfe die IM-Tätigkeit Stolpes herausarbeitete.

Zum eigentlichen Gegenspieler im Untersuchungsausschuss wurde der Vertreter von Bündnis 90 bzw. BürgerBündnis, deren Fraktionschef Günter Nooke. Ursprünglich war Nooke keinesfalls an einer Destabilisierung der Regierung Stolpe interessiert. Er versuchte deswegen lange Zeit, zwischen dem Wunsch nach Aufklärung der MfS-Kontakte Stolpes und der ihm gebotenen Koalitionstreuen zu trennen. Doch lange ließ sich diese Strategie nicht durchhalten.

Im Zuge der Ausschussarbeit wurde die Auseinandersetzung zum Kampf um die Ampelkoalition, die schließlich zerbrach. Nooke hatte die öffentliche Auseinandersetzung eröffnet, als er nach Übergabe der ersten Recherche der Gauckbehörde zum IM „Sekretär“ am 10. April 1992 erklärte, dass das Material „belastend, teilweise schwer belastend“ sei. Das führte nicht nur zu Auseinandersetzungen in der Koalition, sondern auch in der Fraktion und in der Partei Bündnis 90. Jetzt wurde spürbar, dass Bündnis 90 sich weit von den Traditionen der oppositionellen Bürgerbewegung entfernt hatte. Hinzu kam, dass sich auch einige kirchlich orientierte Personen in der Partei Stolpe als Kirchenmann verpflichtet fühlten. Diese Mehrheit versuchte immer wieder, teils erfolgreich, Nooke an eigenen Urteilen und öffentlichen Erklärungen zu hindern.

Der innere Konflikt wurde noch durch machtpolitische Optionen verstärkt. Günter Nooke und Marianne Birthler waren in der Frage der möglichen Vereinigung mit den Grünen entzweit. Obwohl sie beide in der Stolpe-Frage weithin übereinstimmten, konnten sie keine gemeinsame politische Strategie entwickeln. Birthler trat wegen der MfS-Belastung Stolpes von ihrem Ministeramt zurück und arbeitete bald für den Parteienzusammenschluss Bündnis 90/Die Grünen in Berlin. Nooke gründete das unabhängige Bürger-Bündnis.

Als im April 1994 Nooke auch noch wegen der Umstände der Verleihung der Verdienstmedaille Stolpe der Lüge bezichtigte, trat auch der machtbewusste Platzek aus der Fraktion aus. Zwar hatte auch er vorher verhaltene Kritik an Stolpe geäußert, doch wollte er nicht das Ministeramt aufs Spiel setzen. So blieb er im Kabinett, als die SPD ultimativ Nooke zur Zurücknahme des Lügenvorwurfs aufforderte. Weil dieser ablehnte, kündigte die SPD die Koalition auf. In der Bündnis-Fraktion kam es zu weiteren Austritten und zu einem Übertritt zur FDP. Beinahe hätte die Bündnis-Fraktion dadurch ihren Fraktionsstatus verloren, als Rolf Wettstädt⁵⁰⁷ die Fraktion verlies, um Nooke zu schwächen. Damit hätte Nooke auch nicht mehr im Untersuchungsausschuss verbleiben können. Zu Hilfe kam ihm der antikommunistisch gesinnte Detlef Grabert, der als unabhängiger Kandidat in den Landtag nachgerückt war. Er hatte sich zunächst nicht der Bündnis-Fraktion angeschlossen, weil er mit den dort arbeitenden ehemaligen SED-Leuten nicht zusammen arbeiten wollte.

Als unmittelbare Folge dieser Auseinandersetzungen kann festgestellt werden, dass mit den vergangenheitspolitischen Auseinandersetzungen „das Ende der Bürgerbewegung im Land Brandenburg besiegelt“⁵⁰⁸ war. Bei den Landtagswahlen 1994 scheiterte Nookes Bürger-

⁵⁰⁷ Wettstädt trat 1999 in die PDS ein.

⁵⁰⁸ Helmut Müller-Enbergs: Die Vergangenheit holt die Zukunft ein. Die Brandenburger Bürgerbewegung und ihre Auseinandersetzung mit dem Erbe der Staatssicherheit. In: Ulrike Poppe, Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk, Hg., Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Formen des Widerstandes und der Opposition in

Bündnis. Der andere Teil des ehemaligen Bündnis 90, Bündnis 90/Die Grünen, verfehlte ebenfalls den Einzug ins Landesparlament und wurde vorübergehend bedeutungslos.

Stolpe erzielte 1994 mit der SPD eine absolute Mehrheit. Beides, dieser Sieg, wie auch die Niederlage der Aufklärer, hängt zweifelsfrei mit der Ermüdung und dem „kollektiven Überdruß“⁵⁰⁹ der Brandenburger an der Stasifrage zusammen. Hinzu kamen auch die widersprüchlichen und verwirrenden Nachrichten in den Medien zum Thema. Zwar spitzte die Boulevardpresse manches zu und das Nachrichtenmagazin Der Spiegel profilierte sich als kämpferisches Aufklärungsorgan. Aber insgesamt hatte Stolpe eine wohlmeinende Presse. Nicht zuletzt verfielen die Argumente, die Stolpe selbst eingebracht hatte.

Die SPD trat in der Auseinandersetzung um Stolpe weithin geschlossen auf. Es fanden sich nur wenige Kritiker. Dazu gehörten die SDP-Gründer Martin Gutzeit, Angelika Barbe oder teilweise auch Markus Meckel. Vor allem aber war es Stephan Hilsberg, der immer wieder den Finger in diese Wunde legte. Als leidenschaftlicher Sozialdemokrat hatte Hilsberg trotz seiner kritischen Haltung immer wieder gute Positionen in der SPD erringen können. Im Jahr 2000 wurde er unter Bundeskanzler Schröder Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen. Als Schröder 2002 Stolpe zum Minister für den Aufbau-Ost berief, setzte Hilsberg seine Karriere aufs Spiel. Mit Stolpe säße nun die „Firma“, das MfS, am Kabinetttisch. Hilsberg musste zurücktreten. Hilsberg, der auch gegen die Bildung einer rot-roten Regierung in Brandenburg polemisierte⁵¹⁰, wurde 2009 von seiner Partei nicht mehr als Kandidat für den Bundestag aufgestellt.

Nachträglich konnte der Generalsekretär Ness erklären, der SDP-Gründer Hilsberg hätte wohl nie richtig dazugehört.⁵¹¹ Jedenfalls wurde der SDP-Gründer Hilsberg seit 1994 nicht mehr in den Landesvorstand gewählt. Ness nannte auch als Stolpe Kritikerin Katja Wolle, die ebenfalls einen bürgerrechtlichen Hintergrund hatte. Wolle konnte sich aber im Landesvorstand über Jahre behaupten, wenngleich sie auch in der Aufarbeitungsfrage Konflikte durchzustehen hatte. Sie erklärte im Gespräch mit dem Verfasser, dass es eine Aufarbeitung in der SPD nicht gegeben hätte. Wenn sie solches angemahnt hätte, wäre sie von der Parteiführung belächelt worden. Sie war über viele Jahre SPD-Bürgermeisterin in Pertershagen und Kulturbürgermeisterin in Frankfurt/Oder. Hier hat sie als Kulturbürgermeisterin in der ehemaligen MfS-Haftanstalt eine Begegnungsstätte eingerichtet.

der DDR. Berlin 1995 S. 401

⁵⁰⁹ Klaus Ness im Gespräch mit dem Verfasser.

⁵¹⁰ Vgl. Stephan Hilsberg (Interview): „SPD-Chef gibt ein Stück seiner Identität auf“, In: Berliner Morgenpost 14.10.2009

⁵¹¹ Klaus Ness im Gespräch mit dem Verfasser

Sie kandidierte 2010 als SPD Frau gegen den von der SPD aufgestellten parteilosen Kandidaten für das Amt des OB in Frankfurt.

- Nachhaltige Folgen des Ausschusses für die Aufarbeitung und der Brandenburger Weg

Die Verteidigungsstrategie von Stolpe zielte formal auf die Differenz zwischen der Aktenlage in den MfS-Dokumenten und der von ihm gewählten Mittel im Verhandlungspoker zwischen SED-Staat und Kirche. Als Ministerpräsident hat er damals stabsmäßig alle erdenklichen Facetten möglicher Entlastungsmomente erarbeiten lassen. Dem diente etwa auch eine Arbeitsgruppe in der Staatskanzlei, die als „AG Heiligenschein“ bekannt wurde. Stolpe hat sich auch mit rechtlichen Mitteln, etwa gegen die „Gauckbehörde“ und deren vermeintlichen Interpretation der Akten gewehrt. Auch später führte er Prozesse gegen Kritiker, die ihn als Spitzel oder IM bezeichneten. Aufsehen erregten die Prozesse gegen den Berliner CDU-Politiker Uwe Lehmann-Brauns, der die Formulierung wählte, Stolpe sei „über 20 Jahre im Dienste der Staatssicherheit tätig“ gewesen. In einem ersten Prozess urteilte der BGH 1998, dass diese Äußerung im Rahmen der freien Meinungsäußerung rechtens sei.⁵¹² 2005 hob das Bundesverfassungsgericht dieses Urteil auf⁵¹³ und gab Stolpe recht.

In der SPD hat der Streit um Stolpes Vergangenheit tiefe Spuren hinterlassen. Bis heute erklären führende SPD-Politiker in Brandenburg, dass es sich um eine „Kampagne“⁵¹⁴ gegen Stolpe gehandelt hätte. Sie sehen Stolpe und die SPD als Opfer einer instrumentalisierten Aufarbeitungsdebatte, in der es eigentlich um eine machtpolitische Auseinandersetzung gegangen wäre.

Die vergangenheitspolitischen Auswirkungen beschränkten sich aber nicht allein auf die partei- und machtpolitischen Aspekte. Sie hatten auch Auswirkungen auf die Vergangenheitspolitik der Brandenburger Regierung, die seit 1990 von der SPD geführt wurde. Zunächst war auch der Umgang mit dem MfS und den überlieferten Dokumenten betroffen. In der Debatte wurde die Glaubwürdigkeit und Aussagekraft der Akten in Frage gestellt. Es wurden Zweifel an der seriösen Arbeit der Gauckbehörde verbreitet.

Es kam zur Verunklarung und zur Uneinheitlichkeit der Kriterien zur Bewertung von IM-Tätigkeit.

⁵¹² Az.: VI ZR 205/97

⁵¹³ Az: 1 BvR 169/98 25.10. 2005

⁵¹⁴ So Klaus Ness im Gespräch mit dem Verfasser. Vgl auch Matthias Platzeck: Zwei Jahrzehnte „Ja, das geht!“ Rede auf dem Landesparteitag in Velten, 12. Juni 2010. SPD-Landesverband Brandenburg (Hg.) Potsdam 2010. S. 35

MfS-Kontakte konnten als Normalität dargestellt werden. So stellte etwa Stolpe am 3. Mai 1992 bei einer Pressekonferenz acht kirchliche Personen als seine Mitstreiter vor, die ebenfalls mit dem MfS zu Gunsten der Kirche verhandelt hätten. Dies stellte sich später als höchst peinlich heraus, da einige von ihnen wegen IM-Tätigkeit in kirchlichen Verfahren diszipliniert werden mussten. Und es kam zur Umlenkung von IM-Vorwürfen auf andere Belastungen politischer Gegner, etwa der CDU als Blockpartei.

Politisch wirksam wurde aber vor allem ein Argumentationsmuster, das zur Konstruktion einer Kollektivbiographie der Ostdeutschen führte, die gleichsam als Opfer westdeutscher Aufarbeitungsinteressen hingestellt wurden. Diese Vergesellschaftung der Verantwortung für die Diktatur nivellierte die sehr unterschiedlichen Verhaltensweisen der Ostdeutschen. Die Belasteten, die Täter, wurden nun zu Opfern der Aufarbeitung. Ganz im Gegensatz zu dem Umstand, dass die bundesdeutsche Politik der Aktenöffnung vor der Wiedervereinigung höchst kritisch gegenüber stand und ungeachtet, dass westliche Publizisten und Politiker zumeist Stolpe ausdrücklich stützten, wurde immer wieder erklärt, dass die Stasifrage vom Westen gegen den Willen der Ostdeutschen hochgespielt würde. Das würde die innere Vereinigung und den inneren Frieden Deutschlands gefährden. Damit einherging der Appell an ein ostdeutsches Wir-Gefühl, das zur Abwehr westlicher Angriffe gestärkt werden müsse. Am deutlichsten zeigte sich dieses Argumentationsmuster in der Schlussdebatte des Landtages zum Ergebnis des Stolpe-Untersuchungsausschusses am 16. Juni 1994⁵¹⁵. Viele Redner steuerten in ihren Beiträgen ebenfalls Ansichten zu den durch die MfS-Debatte angeblich gekränkten Ostdeutschen bei, auch Politiker aus dem Westen. Die Abgeordnete Rosemarie Fuchs, in der FDP bis zu ihrem Ausschluss 1994, befürchtete sogar die „innere Spaltung Brandenburgs“⁵¹⁶ im Falle der Kritik an Stolpe. Auch Stolpe bediente dieses Argumentationsmuster: „Die öffentlichen Pächter der politischen Moral von heute aber lassen den Maßstab heutiger Erkenntnis zu und legen ihn von Hamburg oder Bonn aus allein den Ostdeutschen als lastendes Kreuz auf den Nacken. Aber die DDR-Existenz war ein Ergebnis deutscher Geschichte, für die alle Deutschen verantwortlich sind. Haften sollen nur die Menschen in den östlichen Bundesländern.“⁵¹⁷

In dem mehrheitlich angenommenen Entschließungsantrag „Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten“ wurde erklärt, dass es um die „Biographie des Ministerpräsidenten,

⁵¹⁵ Landtag Brandenburg. Debatte zum Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses 1/3 des Landtages. Wortprotokoll der Plenarsitzung vom 16. Juni 1994. Schriften des Landtages Brandenburg Heft 2 (1994)

⁵¹⁶ Ebenda S. 91

⁵¹⁷ ebenda S. 10

aber auch der vieler Bürgerinnen und Bürger unseres Landes“ ginge. Die Aufarbeitung der Geschichte verlange „das wechselseitige Bemühen um Verständnis für die in Ost und West sehr unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, in denen die Menschen jeweils lebten. Nur so wird die innere Einigung Deutschlands gelingen.“

518

Der Abgeordnete der Bündnis-Fraktion Nooke wollte dagegen weder alle Ostdeutschen als gleich belastet einstufen, noch jetzt in ihnen eine „Schicksalsgemeinschaft“ sehen. Er erklärte, Stolpes „schärfste Kritiker“ kämen aus der ehemaligen DDR, seine „mächtigsten Verteidiger sitzen [dagegen] im Westen“.⁵¹⁹ Nicht untypisch für den Verlauf der Debatte im Landtag war, dass Nooke einen Konsens gestört hatte und dementsprechend war seine Rede von Turbulenzen und verbalen Entgleisungen im Landtag begleitet. Der offene Konflikt über die MfS-Verstrickungen war nicht die Sache dieses Parlamentes.

Spötter nannten Brandenburg unter Stolpe alsbald die „kleine DDR“. Das wurde von Stolpe positiv aufgegriffen. Und diese kleine DDR fand auch schnell zu ihrer Ideologie, die unter dem Slogan „Brandenburger Weg“ alle Parteien mehr oder weniger für ein konsensdemokratisches Handeln beanspruchte. Aufgeladen war der Begriff zudem durch den als preußisch geltenden Toleranzbegriff, wie auch durch die Erinnerung an die Konsensdemokratie der Runden Tische in der friedlichen Revolution. Der Brandenburger Weg ging nicht zuletzt auf den Politikstil von Stolpe zurück, dem wohl mit Recht nachgesagt wurde, dass er als Moderator schlechthin begnadet sei. Dies galt schon für seine Moderation in der DDR, die ebenso der Konfliktminimierung zwischen Kirche und Staat wie zwischen der Opposition und dem Staat galt.

Nach 1990 konnte Stolpe seine lange trainierten Talente innerhalb der Regierung, wie dies viele Beteiligte bestätigt haben, in der Koalition und auch in der Kommunikation der Parteien zum Zuge kommen lassen. Der langjährige Minister Alwin Ziel erinnerte sich später: „Es war die richtige Überlegung, die Menschen mitzunehmen und sie spüren zu lassen, dass sie beteiligt sind.“⁵²⁰ Vorteilhaft war dieser Politikstil aber im Grunde besonders für die eigentlichen Machträger, eben die SPD, die diesen Kurs gerne mitging. Konsensdemokratische Verfahren können Machtasymmetrien aber nicht wirklich aufheben. Die politisch Schwächeren konnten zwar das Gefühl haben mit eingebunden zu sein und dadurch auch ernst genommen zu werden. Letztlich aber sind die konsensdemokratischen Verfahren zugleich Entpolitisierungsstrategien. Die produktive Kraft des öffentlichen

⁵¹⁸ Ebenda S. 5f.

⁵¹⁹ Ebenda S. 56

⁵²⁰ Andrea von Gersdorf; Astrid Lorenz: Neuanfang in Brandenburg. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.) Potsdam 2010 S. 37

Austragens von Konflikten geht unter dem Druck zur Gemeinsamkeit verloren. Stolpe, der der Wortführer dieser Politik war, erklärte noch 2010, dass ihm die „Konsensdemokratie“ wichtiger war, als „eine ‚Konfrontationsdemokratie‘ mit parteipolitischer Rechthaberei unter Vernachlässigung der Landesinteressen.“⁵²¹

Der Brandenburger Weg war eine Formel, die in vielen Politikbereichen eine Rolle spielen konnte. Als Musterbeispiel galt vor allem die mit allen Parteien vorbereitete, schließlich im Landtag verabschiedete und durch Volksentscheid am 14. Juni 1992 angenommene Brandenburger Verfassung. Auf der Linie des Brandenburger Weges lag eben auch die Entschließung des Landtags 1994 „Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten“. Seine Ideologie war fast zwei Jahrzehnte wirksam. Stolpe konnte noch 2010 schreiben: „Die Fokussierung auf den Staatssicherheitsdienst halte ich für historisch falsch. Die Totaldominanz der Stasidebatte hat eine umfassende Darstellung der DDR-Geschichte erschwert, das offene Gespräch behindert, eine geteilte Erinnerungskultur der ehemaligen DDR-Bürger produziert und West-Vorurteile gegenüber den ‚Ossis‘ bestärkt.“⁵²²

Der Preis dieser Harmonie waren der Totalausfall der Überprüfungen im Landtag und die spärlichen Ausnahmen der Überprüfungen in den Parteistrukturen der SPD. Der BStU teilte entsprechend mit: „Bis zum 28. 12. 2006 waren gem. §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 7 a StUG a. F. die Vorstände von Parteien bis hinunter zur Kreisebene überprüfbar. Zu jenem Verwendungszweck wurden vom (jeweiligen) Landesvorstand Brandenburg der Partei Bündnis 90/Die Grünen seit 1991 keine Ersuchen zur Überprüfung von Vorstandsmitgliedern auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst eingereicht. Der (jeweilige) Landesvorstand Brandenburg der Partei SPD hat in den Jahren 1993, 1994 und 1995 jeweils zu einer Person um Überprüfung ersucht. Im letzteren Fall ist dazu durch den BStU eine Ablehnung erfolgt.“⁵²³

Zwar, so Klaus Ness, mussten die SPD-Abgeordneten seit 1994 durch Unterschrift erklären, keine MfS-Kontakte gehabt zu haben, aber eine Überprüfung, die ohnehin freiwillig sei, hätte nie stattgefunden. Einmal hätte er bei einem MfS-belasteten SPD-Funktionär auf einem Aufhebungsvertrag bestanden. In diesem Fall wäre der Mann als IM in der Akte eines Opfers aufgetaucht.⁵²⁴ Die fehlende Konsequenz in der MfS-Frage hat daher immer einmal in der Kommunalpolitik Aufsehen erregt. Jüngst berichtete die Presse, dass der als IM

⁵²¹ Manfred Stolpe: 20 Jahre Brandenburg – Heimat, Halt, Hoffnung. Rede auf dem Landesparteitag in Velten, 12. Juni 2010. SPD-Landesverband Brandenburg (Hg.) Potsdam 2010 S. 10

⁵²² Manfred Stolpe: Brandenburgs Wiedergeburt. In: Märkische Hefte 19. Oktober 2010 S. 6

⁵²³ Mitteilung des BStU vom 17.6.2011 (AU 2 - 1369/11 Z) an den Verfasser. Die Namen der Überprüften konnte der BStU aus rechtlichen Gründen und wegen der inzwischen erfolgten Vernichtung der Vorgänge nicht mitteilen.

⁵²⁴ Klaus Ness im Gespräch mit dem Verfasser

angeschuldigte Dirk Stieger in Brandenburg zunächst auf die Kandidatur zum Oberbürgermeister verzichten musste und kurz darauf in ein SPD-Amt gewählt wurde.⁵²⁵

Schwerwiegend war der Verzicht auf die Einrichtung des Amtes eines Landesbeauftragten nach § 38 StUG. Opfer der SED-Diktatur hatten somit keine landeseigene Anlaufstelle für ihre Beratung und Begleitung. Zwar hatte es 1993 politische Gespräche über die Einrichtung eines solchen Amtes gegeben. Die SPD hatte jedoch kein Interesse gezeigt. Die FDP hatte verlangt, ihre Abgeordnete Rosemarie Fuchs zur Beauftragten zu ernennen, da Bündnis 90 schon den Landesbeauftragten für Datenschutz gestellt hatte. Für Nooke, der die Gespräche führte, war der Vorschlag völlig inakzeptabel, da Fuchs in Verdacht stand, bei der Auflösung der MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder zur Aktenvernichtung⁵²⁶ beigetragen und auch andere unklare Geschäfte mit Immobilien getätigt zu haben. Die Gespräche verliefen im Sande. Frau Fuchs wurde ein Jahr später wegen ihrer Machenschaften von der eigenen Partei aus der Fraktion ausgeschlossen.

Der Entschließungsantrag „Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten“⁵²⁷ erschwerte in Brandenburg die Regelüberprüfung insgesamt. Am Ende des Textes stand neben dem ohnehin selbstverständlichen Hinweis auf notwendige Einzelfallprüfungen und weitere Hinderungsgründe: „Niemand darf die persönliche Weiterentwicklung und der Wille zur Neuorientierung abgesprochen werden. Der Landtag erwartet, dass diese Grundsätze durch die Landesverwaltung, Kommunen und alle sonstigen öffentlichen Stellen beachtet werden.“

Allerdings musste der Brandenburger Weg scheitern.⁵²⁸ Viele tatsächliche politische Konflikte konnten auf die Dauer nicht unter der Decke gehalten werden, auch nicht in vergangenheitspolitischer Hinsicht. So kam es 1998 zu einem Eklat als der PDS-Fraktionsvorsitzende Lothar Bisky den Brandenburger Weg wegen des Verhaltens der SPD als beendet erklärte. Die PDS hatte die Schriftstellerin Daniela Dahn als Kandidatin für das Amt einer Verfassungsrichterin aufgestellt. Dahn hatte in ihren Schriften nicht nur die SPD angegriffen, sondern auch die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit scharf kritisiert. Obwohl Stolpe und die Ministerin Regine Hildebrandt die Kandidatur Dahns unterstützten, regte sich in der SPD-Basis Protest. Da viele SPD-Abgeordnete trotz eines

⁵²⁵ www.Morgenpost.de: Empörung: Ex-Stasi-Spitzel zum Vizechef im SPD-Unterbezirk gewählt. Berliner Morgenpost 23.3.2011

⁵²⁶ Justus Werdin (Hg.): Unter uns die Stasi. Berichte der Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Frankfurt/Oder. Berlin 1990 S. 23 - 25

⁵²⁷ Ebenda: Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten. Entschließungsantrag von 5 Abgeordneten zum Bericht des Untersuchungsausschusses 1/3 (Drucksache 1/3009) S. 5f.

⁵²⁸ Vgl. Brigitte Fehrle: Brandenburger Weg. In: Der Tagesspiegel 5. Dezember 2009; Alexander Fröhlich: Rückblick auf den Brandenburger Weg. In Der Tagesspiegel 27.10.2010; Lothar Bisky: Rückblick auf den Brandenburger Weg. PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg 1999 www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

Vermittlungsversuches Stolpes die Wahl Dahns ablehnten, zog diese ihre Kandidatur zurück. Diese Episode zeigt, dass Interessengegensätze nicht durch eine Formel aufgelöst werden können, die den demokratischen Konflikt überdeckt.

Die bewusste Unterlassung einer Aufarbeitung des MfS-Komplexes musste ein Klima schaffen, in dem ehemalige Parteikader der SED und IM des MfS sicher agieren konnten. Hier konnten sich „Seilschaften“ Ehemaliger bilden. Seilschaften sind unkontrollierte Machtbeziehungen, die einer transparenten demokratischen Ordnung abträglich sind. Mindestens aber geben sie Anlass zu Verschwörungstheorien, die ihrerseits das Vertrauen in politische Institutionen untergraben.

Ein Teil dieser Probleme ging auf die letzte undemokratische SED/PDS-Regierung unter Modrow zurück. Angesichts der zu erwartenden neuen Verhältnisse, in denen die alten SED-, bzw. PDS-Kader nicht mehr über ihre Parteifunktionen automatisch begünstigt werden würden, ergriff die Modrow-Administration zahlreiche Vorbeugemaßnahmen, um diesen Personenkreis abzusichern. Modrow erwies sich darin als geschickter „Meister des Rückzuges“, seine geschlagene Truppe requirierte noch einmal. Die abgewählten oder von Betriebsbelegschaften entfernten Altkader aus Wirtschaft und Verwaltung wurden in der Regel mit Positionen versorgt, die ihnen günstige Startbedingungen boten. MfS-Mitarbeiter, hauptamtliche SED-Parteiarbeiter ebenso wie ideologisches Schulungs- und Kontrollpersonal wurden in zivilen Bereichen untergebracht. Auch die materielle Absicherung dieser Personen wurde geschickt betrieben. Neben Abfindungen und anderen finanziellen Ausschüttungen wurden Grundstücke und Wohnungen aus Staatsbesitz im großen Umfang billig weitergegeben. Angesichts des Machtverlustes sollten solche Wohltaten den SED-Kadern wenigstens materiell die Zukunft sichern.⁵²⁹ Am Runden Tisch brachten Oppositionelle ihre Beschwerden über diese Politik vor. Aus der Bevölkerung waren viele Hinweise und Klagen eingegangen.⁵³⁰ Die fehlende oder mangelhafte Aufklärung dieser Seilschaften sollte sich später zeigen, als in einer Reihe von Skandalen, etwa im Immobiliensektor immer wieder MfS-Mitarbeiter involviert waren.

Außerdem hatte Modrow eine groß angelegte „Bereinigungsaktion“ der Kaderakten gestartet. Jeden erwachsenen Bürger begleitete nämlich eine Kaderakte, die für ihn nicht zugänglich war, aber seine ständige Kontrolle, Förderung und Disziplinierung aus politischen Gründen ermöglichte. Die Kaderakte war für die Menschen, die nicht außerdem vom MfS bearbeitet

⁵²⁹ Walter Heering: Die Wirtschaftspolitik der Regierung Modrow und ihre Nachwirkungen. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) Band III,3 Baden-Baden 1999. S. 2291ff

⁵³⁰ Vgl. Uwe Thaysen (Hg.): Der Zentrale Runde Tisch. Wortprotokoll und Dokumente. Band IV: Identitätsfindung? Wiesbaden 2000. S. 1063 - 1078

worden waren, das berufliche Schicksal schlechthin. In einem Erlass⁵³¹ vom 22. Februar 1990 ordnete Modrow die Aushändigung dieser Akten an. Allerdings hatte die Akten führende Stelle die Möglichkeit, diese Personalakten zu säubern und Verantwortlichkeiten zu vertuschen. Das ist geschehen. Unzählige Betroffene haben dadurch auch in Brandenburg die ihnen widerfahrenen biographischen Manipulationen nicht bearbeiten können.

5. Personelle Unterstützung aus dem Westen

Schon zeitig haben sich im Verlauf der Revolution die bundesdeutschen Parteien um Partner in der vergehenden DDR bemüht. Die westdeutsche CDU konnte mit der Ost-CDU, der DSU und dem DA die Allianz für Deutschland schmieden. Die FDP brachte ebenfalls ein Bündnis liberaler Parteien zustande. Bei den Sozialdemokraten hatten manche führende Vertreter, etwa Egon Bahr, noch lange auf eine reformierte SED gesetzt. Zu den Förderern der jungen Partei zählte aber der Parteivorsitzende Jochen Vogel, der die Anerkennung nach einem medienwirksamen Auftritt mit Steffen Reiche auch durchsetzte.

Mit der SDP hatte die SPD einen geradezu idealen und auch bereitwilligen Partner gefunden.⁵³² Nachdem es seit Oktober 1989 zu mehreren Treffen zwischen SPD und SDP-Politikern gekommen war, an denen auch Willy Brandt beteiligt war, nahm der nordrheinwestfälische Ministerpräsident Johannes Rau am 12. November 1989 an einer Vorstandssitzung der SDP teil. Seitdem leistete die NRW-SPD umfangreiche Hilfen für die Ost-SPD, besonders für den Parteaufbau in Brandenburg. Rau hatte in Ostberlin eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Hier wurden auch Personalangelegenheiten bearbeitet. Zusammen mit Steffen Reiche wurde auch Manfred Stolpe für die Kandidatur als SPD-Spitzenkandidat gewonnen.

Zu den Westdeutschen, die in der SPD seit 1990 bzw. 1991 arbeiten gehört Martin Gorholt, der zunächst seit 1990 als Landesgeschäftsführer der SPD, ab 1994 als Büroleiter und Pressesprecher für Steffen Reiche und von 2003 bis 2005 als Staatssekretär arbeitete. Der derzeitige Generalsekretär Klaus Ness arbeitete seit 1991 für die SPD. Er wurde 1995 Landesgeschäftsführer und ist seit 2006 Generalsekretär.

Die Hilfen von NRW für die SPD setzten sich schließlich auch auf der Ebene des Landes fort. Neben den finanziellen Hilfen gelangten so zahlreiche Verwaltungsfachleute nach

⁵³¹ Verordnung zur Arbeit mit Personalunterlagen vom 22.2.1990 Gesetzblatt der DDR I S. 84

⁵³² Ausführlich zur Gründung und zu den Westkontakten der SDP bei: Martin Gutzeit; Stephan Hilsberg: Die SDP/SPD im Herbst 1989. In: Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck. und Gunter Holzweißig (Hg.): Am Ende des realen Sozialismus (3), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999 S. 607 – 704

Brandenburg. Beamtenabordnungen gab es auch aus dem Saarland und West-Berlin. Davon profitierten zunächst die Kommunen und Landkreise. Nach der für die SPD erfolgreichen Landtagswahl am 14. Oktober 1990 folgten viele Fachleute aus NRW in die Landesverwaltungen und die Ministerien. Aber auch eine Anzahl Westberliner wurde in den neuen Verwaltungen angestellt. Etwa jeder vierte und im höheren Dienst die Hälfte der Mitarbeiter kamen aus dem Westen.⁵³³

Im ersten Kabinett Stolpe waren sechs ostdeutsche und vier westdeutsche Politiker vertreten. Zu den letzteren gehörten die Minister Hinrich Enderlein für Wissenschaft und Walter Hirche für Wirtschaft, beide FDP, sowie Dieter Kühbacher für Finanzen von der SPD und als Parteiloser Otto Bräutigam als Justizminister. Sie alle hatten längere Erfahrung in der bundesdeutschen Politik. Die Besetzung dieser Fachressorts mit Westdeutschen war auch typisch für die Ebene der mit westdeutschen besetzten Staatssekretäre und leitenden Beamten. Hier hatten die Ostdeutschen, die alle seit 1990 nur sehr kurze politische Karrieren durchlaufen hatten, die größten fachlichen Defizite. Die Berufung von Otto Bräutigam, dem ehemaligen ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der DDR und danach deutscher Botschafter in den USA durch Stolpe lag zweifellos an deren frühen Bekanntschaft in Ost-Berlin.

Auch bei der Besetzung des Verfassungsgerichtes, in dem von neun Mitgliedern nur drei aus Ostdeutschland stammten, war die fachliche Kompetenz bundesdeutscher Juristen gefragt. Stolpe stellte im Rückblick fest, dass die westdeutschen Helfer verhinderten, „dass wir wie Blinde im neuen Rechtssystem herumirrten.“⁵³⁴

Manche Minister bemühten sich darum, auch Ostdeutsche in leitende Funktionen zu bringen, etwa Matthias Platzeck, der sich später erinnerte: In der „Landesverwaltung hatten wir viele Berater aus unserem Partnerland Nordrhein-Westfalen. Die einen kamen aus Überzeugung, aus alter Bindung oder aus neuer Lust hierher und arbeiteten intensiv mit. Andere kamen aus Karrieregründen.... Nur die juristische und die Zentrale Abteilung wurden von Westdeutschen geführt, da wir im Osten auf diesen Gebieten zu wenig Sach- und Fachverstand hatten.“⁵³⁵

Einer der Beteiligten berichtete: „Die Mitarbeiter im MASGF [Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen] waren insbesondere in den Leitungspositionen

⁵³³ Informationen zur personellen Situation in der Aufbauphase: Andrea von Gersdorf; Astrid Lorenz: Neuanfang in Brandenburg. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.) Potsdam 2010 S. 173 - 195

⁵³⁴ Manfred Stolpe: 20 Jahre Brandenburg – Heimat, Halt, Hoffnung. Rede auf dem Landesparteitag in Velten, 12. Juni 2010. SPD-Landesverband Brandenburg (Hg.) Potsdam 2010 S. 16

⁵³⁵ Matthias Platzeck in: Andrea von Gersdorf; Astrid Lorenz: Neuanfang in Brandenburg. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.) Potsdam 2010 S. 30

„Aufbauhelfer“, meist aus Nordrhein-Westfalen. Auch mein eigenes Gehalt wurde zu etwa einem Drittel aus dem Nordrhein-Westfälischen Landeshaushalt bezahlt. Im Ministerium gab es den Grundsatz des ‚doppelten Schreibtisches‘, wonach Sachbearbeitung je von einem Aufbauhelfer aus dem Westen und einem brandenburger Mitarbeiter gemeinsam übernommen wurde. Ob sich dieser Grundsatz bewährt hat, vermag ich nicht zu beurteilen. Patentrezepte für den Aufbau einer rechtsstaatlichen Verwaltung gab es ohnehin nicht, alle Mitarbeiter mussten sich auf ständig neue Herausforderungen und zugleich auf Kollegen mit einem gänzlich anderen Erfahrungs- und Prägungshintergrund im Westen bzw. im Osten einstellen.“

536

Der damalige Innenminister Alwin Ziel schrieb: „Unser Partnerland Nordrhein-Westfalen war für uns ein wichtiger uneigennütziger Helfer... . Ich habe sehr viel von diesen Kollegen gelernt. ... Die Menschen in der DDR waren genauso intelligent wie die im Westen, aber sie hatten einfach nicht die Erfahrung und den Mut, ein Risiko einzugehen.“⁵³⁷

Damit hatte Ziel ein wichtiges Thema angeschnitten, die mentalen Differenzen zwischen den Ostdeutschen und den westdeutschen Aufbauhelfern. Sicher haben die westdeutschen Routiniers ihren Politikstil, ihre Verfahrensweisen und ihre geprägte Demokratieerfahrung nach bestem Wissen eingebracht und damit auch bisweilen Verhaltensmuster Ostdeutscher konterkariert. Die Ostdeutschen, die mit westlichen Fachleuten in nahezu allen Lebensbereichen und auf allen Ebenen zu tun hatten, haben auch Abwehrmechanismen entwickelt, die sich vielfach sprachlich niederschlugen. Es war die Zeit, in der „Besserwessis“ und „Jammerrossis“ aufeinander stießen.

Im politischen Bereich ist aber über die Fachfragen hinaus kaum ein besonderer inhaltlicher Einfluss durch die Westdeutschen zu erkennen. Keiner der befragten ostdeutschen SPD-Politiker hat sich über solche Einflüsse beklagt. Differenzen konnte es freilich geben, wenn Ostdeutsche meinten, dass allein schon die Formulierung von Zielen deren Durchsetzung garantierte. Aus dem Sozialministerium berichtete ein westdeutscher Mitarbeiter: „In jener Zeit wurde die Brandenburgische Landesverfassung verabschiedet. Sie enthielt viele soziale Grundrechte, doch stets ‚im Kleingedruckten‘ auch den Vorbehalt, dass hinreichende Haushaltsmittel für ihre Verwirklichung zur Verfügung stehen müssten. Ich war überzeugt, dass entsprechende Programmsätze in der Landesverfassung zu Frustrationen in der Bevölkerung führen müssten, wenn die Versprechen aus Geldmangel nicht eingelöst würden. Mit dieser Auffassung ertete ich damals harsche Kritik der Ministerin (Regine Hildebrandt),

⁵³⁶ Helmut Nicolaus, Büroleiter von Regine Hildebrandt: Bericht an den Verfasser vom 29.5.2011

⁵³⁷ Alwin Ziel in: Andrea von Gersdorf; Astrid Lorenz: Neuanfang in Brandenburg. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.) Potsdam 2010 Ebenda S. 36

ebenso wie mit Vermerken, wonach ich rechtliche Einschätzungen anderer Ministerien teilte.“

538

Im Bündnis 90 gab es einerseits, wie auch in anderen Politikbereichen, bisweilen Proteste und Unmut wegen der großen Zahl an NRW-Mitarbeitern im Regierungsapparat. Andererseits gab es stabile Verbindungen von Bündnis 90 zu den bundesdeutschen Grünen. So griffen auch sie auf westdeutsche Politiker zurück. Antje Vollmer und Friedrich-Wilhelm Gräfe zu Baringsdorf von den Grünen berieten Bündnis 90 bei den Koalitionsverhandlungen und wurden auch als mögliche Anwärter für ein Ministeramt gesehen. Das wurde allerdings nicht realisiert.

In einem Fall gab die Bündnis 90 Fraktion gar einem Westdeutschen den Vorrang vor einer ostdeutschen Bürgerrechtlerin. Die Fraktion schlug für den Posten eines Polizeipräsidenten in Eberswalde den westdeutschen Grünen Manfred Such vor. Doch der Innenminister Alwin Ziel ernannte gegen den Widerstand von Bündnis 90 Uta Leichsenring, die zu den mit der MfS-Auflösung befassten Bürgerkomitees gehörte.⁵³⁹

Auch Marianne Birthler holte in ihr Ministerium eine Reihe von Westdeutschen und Westberlinern. Letztere hatten dort nach dem Bruch der Momper-Regierung ihre Stellungen verloren. Dazu gehörte auch ihr Staatssekretär Gerd Harms. Marianne Birthler sagte im Rückblick, dass mit den von den Westdeutschen eingebrachten politischen Vorstellungen aber keinesfalls „der Westen einfach übergestülpt“ worden sei. Vielmehr hätten diese gewarnt, die bildungspolitischen Fehler im Westen beim Neuaufbau im Osten zu wiederholen. Das Nebeneinander von Gesamtschulen, Gymnasien und unter Einfluss der FDP auch der Realschulen, sei durch den gesellschaftlichen Druck von Ostdeutschen, etwa von Lehrern, zu Stande gekommen. Diese hätten sich am Westen orientiert und wollten den Anschluss an das westliche Schulsystem nicht verpassen. Birthler schätzte den parteipolitischen Einfluss der Westdeutschen gering ein. Wohl aber waren die geprägten Diskursraster der Westdeutschen spürbar. So hätte sie sich unversehens „mit dem Stichwort Gesamtschule einen ideologiebelasteten Streit ins Haus geholt“⁵⁴⁰.

Die Ost-West-Differenzen haben im Laufe der Jahre auch in Brandenburg ihre Zuspitzung verloren. Die enormen Wanderungsbewegungen haben zu einem Bevölkerungsaustausch geführt, bei dem sich Abwanderung und Zuwanderung fast ausgeglichen haben.⁵⁴¹ Der Zuzug

⁵³⁸ Helmut Nicolaus, Büroleiter von Regine Hildebrandt: Bericht an den Verfasser vom 29.5.2011

⁵³⁹ Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Die Vergangenheit holt die Zukunft ein. Die Brandenburger Bürgerbewegung und ihre Auseinandersetzung mit dem Erbe der Staatssicherheit. In: Ulrike Poppe, Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk, Hg., Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995

⁵⁴⁰ Marianne Birthler im Gespräch mit dem Autor am 27. Mai 2011

⁵⁴¹ Material zu den Wanderbewegungen bei: www.statistik-berlin-brandenburg.de

vieler westdeutscher Bundesbürger hat sich auch auf die Parteien ausgewirkt. Axel Vogel, der gegenwärtige Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, schätzt, dass es wegen dieser Migration zu 80 Prozent eine personelle Erneuerung in seiner Partei gegeben habe. Seine Partei ist deswegen im Berliner Umland besonders stark.

Insgesamt haben die westdeutschen Politiker, die für die erste Koalition arbeiteten absolut loyal zur Regierung Stolpe gestanden. Sie haben keine eigenen selbständigen geschichtspolitischen Ideen eingebracht, sondern kolportierten die Sichtweise Stolpes und der SPD. Typisch war etwa der Redebeitrag des Justizministers Bräutigam bei der Abschlussdebatte zum Stolpe-Untersuchungsausschuss. Auch er ordnete den Streit in der MfS-Frage der inneren Einigung Deutschlands unter. Er äußerte Verständnis und Zustimmung zu Stolpes Zusammenarbeit mit dem MfS, da dies zum Schutz der Kirche nötig gewesen wäre. Nooke rief er zu: „Haß macht blind!“⁵⁴² Dass ehemalige Oppositionelle andere Erfahrungen mit dem MfS gemacht hatten, dass sie Verfolgungen und schweren Behinderungen ausgesetzt waren, dass sie auf Aufklärung drängten, war ihm kein Wort wert. Aber darin unterschied er sich nicht von der ignoranten Haltung der bundesdeutschen Politik vor 1989 gegenüber der Opposition in der DDR und in Ostmitteleuropa.

6. Konflikte und Skandale

Sowohl die SPD, als auch das Bündnis 90 waren als Unschuldige in der Revolution geboren. Ihre Vorgeschichte war das politische Handeln von lauterer freiheitsliebenden Menschen. Doch diese Legitimation, die sie zweifellos den anderen Parteien mit DDR-Vergangenheit voraus hatten, schützte sie nach 1990 nicht mehr. Möglicherweise hat das moralische Erbe ihrer Vergangenheit die Erwartungen noch erhöht. So waren auch sie von politischen Skandalen betroffen.

Da öffentliche politische Skandale immer auch mediale Inszenierungen sind, deren innere Dramatisierung auf die Wiederherstellung und Heilung einer durch ein Ärgernis verursachte moralische Verwerfung zielt, müssen auch die Bedingungen des Handelns der skandalisierten Person oder Gruppe in Rechnung gestellt werden. Zu diesen Bedingungen gehörten auch die jeweils dominierenden Normen. Politisches Handeln nach der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung in der Aufbauphase der jungen Demokratie Ostdeutschlands bzw.

⁵⁴² Landtag Brandenburg. Debatte zum Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses 1/3 des Landtages. Wortprotokoll der Plenarsitzung vom 16. Juni 1994. Schriften des Landtages Brandenburg Heft 2 (1994) S. 108

Brandenburgs fand im Widerstreit zwischen dem alten und dem neuen Wertesystem statt. Über der politischen und ökonomischen Transformation wölbte sich ein Himmel an dem alte und neue Werte flackerten.

Der durch IM-Vorwürfe skandalisierte Ministerpräsident Stolpe hat in seiner Selbstverteidigung meisterlich mit und zwischen diesen Wertesystemen jongliert. Aus seiner Sicht verletzte er die Normen, um die Normen zu retten. In der Diktatur nahm er die Rolle des Schuftes, des Scheinschuftes an, und konnte darin nachträglich als Held, als beinahe verkannter Held, gesehen werden. Er hatte als Held in außergewöhnlichen Zeiten, außergewöhnliche Mittel gewählt. Der Skandal, der verschiedene Dramatisierungsphasen hatte, etwa durch Aktenfunde, die die Mitwirkung des MfS bei der Verleihung der Verdienstmedaille an Stolpe belegten, brach in sich zusammen. Er schaukelte sich auf, aber es gab keine Konsequenzen, keinen Rücktritt. Eine gesellschaftliche Mehrheit und die Mehrheit im Landtag sahen nichts Verwerfliches, nichts Verstörendes und nichts Schändliches, was wieder in Ordnung hätte gebracht werden müssen. Die öffentliche Erregung deeskalierte und bescherte Stolpe als Trotzreaktion 1995 eine absolute Mehrheit im Landtag.

Der Typ des Skandals, bei dem jemand das Falsche um des Richtigen willen tat, war in der Übergangszeit möglich. Das war der Fall bei der so überaus beliebten Sozialministerin Regine Hildebrandt. Sie war von der Aura eines außergewöhnlichen sozialen Engagements für die geplagten Ostdeutschen umgeben. „Sie war gleichsam in Personalunion eine Art ‚Ombudsfrau für Jedermann‘ und setzte sich bis an ihre physischen Leistungsgrenzen mit äußerstem Nachdruck für die Belange des Landes Brandenburg und seiner Bewohner ein, ohne jemals ein Blatt vor den Mund zu nehmen oder sich nach außen als Leiterin eines großen bürokratischen Apparates zu gerieren (was sie tatsächlich war).“⁵⁴³ Ihre Durchsetzungskraft machte sich an ihrer originellen Berliner Schnoddrigkeit bemerkbar. 1996 bahnte sich ein Skandal an, der durch die Presse ging. Haushaltsmittel in Millionenhöhe ihres Ministeriums waren nicht ordnungsgemäß sondern sogar rechtswidrig verwendet worden. Es gab Begünstigte im Umfeld ihres Ministeriums. Seilschaften hatten profitiert. Die Staatsanwaltschaft ermittelte.⁵⁴⁴ Die Ministerin stand im Kreuzfeuer, auch im Parlament. Sie gestand haushaltsrechtliche Unkenntnis und sie stand das Ärgernis durch. Denn ihre guten Absichten dominierten schließlich auch in der Öffentlichkeit das Ungereimte.

Ganz anders waren vorher zwei Skandale ausgegangen. Sie betrafen Gustav Just und Jochen Wolf. Bei sehr unterschiedlichen Ausgangslagen wurde beiden Politikern weniger eine Diktaturbeteiligung in der DDR, sondern vielmehr der Umgang mit der politischen

⁵⁴³ Helmut Nicolaus, Büroleiter von Regine Hildebrandt: Bericht an den Verfasser vom 29.5.2011

⁵⁴⁴ Vgl. „Hamster im Laufrad“. In: Der Spiegel 11/1996 11.3. 1996

Vergangenheit nach 1990 zum Verhängnis und führte zu ihrem politischen Absturzes, der gesellschaftliche Befriedigung bewirkte.

Gustav Just (1921 bis 2011) ursprünglich ein begeisterter Jungnazi hatte sich nach 1945 im SED-Kulturbetrieb engagiert und stieg bis zum Generalsekretär des Schriftstellerverbandes und zum stellvertretenden Chefredakteur des „Sonntag“ auf. 1957 wurde er zusammen mit der von der SED-Justiz konstruierten Gruppe um Wolfgang Harich und Walter Janka als so genannter Revisionist verhaftet und zu vier Jahren Haft verurteilt. Damals hatte das MfS schon ermittelt, dass Just 1941 in Russland als Wehrmichtsangehöriger an der Erschießung von sechs jüdischen Geißeln beteiligt war. Eine Verurteilung hatte es deswegen nicht gegeben. Die SED blieb in vielen ähnlichen Fällen äußerst zurückhaltend. Nach seiner Entlassung 1961 führte Just ein unauffälliges Leben als Übersetzer. 1990 engagierte sich das alsbald rehabilitierte SED-Opfer Just in der SPD, wurde Kreisvorsitzender in Bernau und wurde in den Landtag gewählt. Er war der Alterspräsident des brandenburgischen Landtags und avancierte zum Vorsitzenden der Verfassungskommission.

1992 machte Janka die in der Öffentlichkeit nicht präsente Erschießung bekannt. In einem ersten Reflex wurde von SPD-Politikern die Sache heruntergespielt und die Vorwürfe als parteipolitische Kampagne dargestellt. Just selbst wollte die Tat als längst bekannt und schon erledigt verstanden wissen und warf Janka unlautere Motive vor. Im Parlament forderte die CDU den Rücktritt Justs. Bündnis 90 forderte dies auch, schloss sich aber dem Antrag der CDU nicht an. Just trat schließlich zurück. Seine Unterstützer und er selbst hatten die Eskalation des Skandals nicht aufhalten können. Der politische und moralische Konsens über die Bewertung von NS-Verbrechen wurde so weitgehend geteilt, dass jeder Erklärungsversuch von politischem Fehlverhalten an diesen Urteilen scheitern musste.⁵⁴⁵

Auf einem moralischen Konsens basierte auch der Ausgang des Skandals, der den SPD-Politiker Jochen Wolf betraf. Wolf, geboren 1941, ein Diplomingenieur, der 1990 in die SPD eintrat und bald darauf ihr Vorsitzender im Bezirk Potsdam wurde, war von Lothar de Maiziere zum Regierungsbeauftragten für den Bezirk Potsdam ernannt worden. Im Herbst 1990 wurde er Regierungsbeauftragter für alle brandenburgischen Bezirke und hatte damit für kurze Zeit eine starke Hausmacht. Er verwaltete damit die ehemaligen Bezirksbehörden und suchte deren Personal in die Landesverwaltung einzuschleusen. Dieser Machtzuwachs ließ ihn nach Höherem greifen. Er strebte das Amt des Ministerpräsidenten für Brandenburg an. Steffen Reiche und mit ihm Johannes Rau arbeiteten aber an der Kandidatur von Manfred

⁵⁴⁵ Dazu: Gustav Just: Deutsch. Jahrgang 21. Ein Lebensbericht. Potsdam 2001; Vgl. Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression. Berlin 1997 S. 219

Stolpe und erteilten Wolf eine Abfuhr. Nach der Wahl von Stolpe nahm Jochen Wolf als Bauminister in sein Kabinett, allerdings gegen den Einspruch von Bündnis 90 und der FDP. Der ehrgeizige Wolf war aber nicht zufrieden gestellt und ließ es an Loyalität gegenüber dem Ministerpräsidenten fehlen.

Zum Skandal kam es, als 1993 in der Presse berichtet wurde, dass Wolf in einen fragwürdigen Grundstückshandel zu seinen Gunsten verwickelt war. Die Tatsache als solche war schon skandalträchtig. Sie wurde auch noch dadurch aufgeladen, dass Wolf als Bauminister seine Geschäfte mit dem Immobilienhändler Axel Hilpert gemacht hatte, der die Firma „Kontor für Brandenburgische Liegenschaften“ unterhielt. Hilpert aber war ein hoher MfS-Offizier, der im „Bereich für Kommerzielle Kordinierung (Koko)“ gearbeitet hatte. Koko war an der zumeist unsauberen Beschaffung von Antiquitäten für den Westhandel zur Devisenbeschaffung beteiligt. Damit verlor Wolf nicht nur seine Reputation, sondern hatte durch sein Verhalten die Spitze der Skandalkurve erklommen. Die Vorteilsnahme im Amt des politisch ohnehin zweifelhaften Mannes war ein Ärgernis. Aber das Zusammenspiel mit einer Figur des MfS zog alle moralischen Urteile über die Stasi auf Wolf. Das Ende für den anfänglich noch von Stolpe gehaltenen Wolf kam, als dieser den Parteivorsitzenden Steffen Reiche beschuldigte, Urheber einer Kampagne gegen ihn zu sein. Im August 1993 musste er zurücktreten. Bald trat er auch aus der SPD aus. Jochen Wolf erholte sich nicht wieder von diesem Skandal. Er landete später wegen versuchten Mordes an seiner Ehefrau im Gefängnis.

⁵⁴⁶ Heute herrscht unter den brandenburgischen SPD-Politikern Konsens darüber, dass Jochen Wolf von Anfang an ein charakterlich schwacher Mensch gewesen sei. Dieses Urteil erscheint als Nachtrag zum Verlauf des Skandals, denn schließlich war der Mann von der Partei ursprünglich in hohe Ämter gewählt und berufen worden.

In den medialen Inszenierungen der Skandale konnte es aber auch vorkommen, dass das Ärgernis uneindeutig war. Normverletzungen wurden erfunden und noch aufgestockt, indem auf wirtschaftliches oder eigennütziges, tatsächliches oder vermeintliches Fehlverhalten noch politische Düsternis aus der DDR aufgesattelt wurde. Dies hatte etwa Alwin Ziel zu ertragen, der von 1990 bis 1999 Innenminister und danach bis 2002 Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen war. Der Lehrer und Jurist Ziel war im November 1989 der SDP beigetreten und erlangte bald hohe Ämter. Er war Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer. Im November 1990 berief ihn Stolpe in sein Kabinett. Ziel hatte sich mehrfach heftiger politischer Vorwürfe wegen seines Verhaltens in der DDR zu erwehren. Er war im April 1988 bei einem privaten Besuch in der Bundesrepublik nicht zurückgekehrt. Ein damals

⁵⁴⁶ Dazu: Andrea Beyerlein, Jens Blankennagel: Aufstieg und Fall des Jochen Wolf. In: Berliner Zeitung 9.1.2002

häufiger Fall. Die zurückgebliebene Ehefrau wurde von den DDR-Behörden schikaniert und erkrankte schwer. So entschloss sich Ziel im August 1988 zurückzukehren. Er musste vorübergehend in ein Aufnahmelager.

Dieser Umstand wurde gegen ihn verwendet. Zwei an der Auflösung des MfS beteiligte Männer, einer von ihnen ein ehemaliger IM des MfS, behaupteten, dass Ziel angesichts fehlender MfS-Akten gar beim KGB angebunden war und er überdies durch die vorzeitige Entlassung aus dem Aufnahmelager begünstigt worden sei. Die Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage.⁵⁴⁷ Ziels Rücktritt im Jahr 2002 hatte andere Gründe.

Ohne vergangenheitspolitische Aspekte verlief ein Skandal um den robusten Landwirtschaftsminister Edwin Zimmermann. Der Landwirtschaftsingenieur war noch 1989 der SDP beigetreten und wurde 1990 stellvertretender Vorsitzender der Landes-SPD. 1997 musste er wegen der so genannten „Backofen-Affäre“ zurücktreten. Er hatte, wie letztlich die Gerichte urteilten, einen familiären Landwirtschaftsbetrieb mit einer Schaubäckerei durch Vergabe von Fördermitteln begünstigt.⁵⁴⁸ Auch andere Vorgänge, die in der Presse skandalisiert wurden, waren nicht mit vergangenheitspolitischen Hintergründen ausgestattet.

⁵⁴⁹

Dagegen hat die jüngste Affäre um den ehemaligen SPD-Politiker und Innenminister Rainer Speer Bezüge zur DDR-Vergangenheit. Hier können und sollen nicht alle Facetten dieses Skandals ausgeleuchtet werden, zumal manche Aspekte noch untersucht werden.⁵⁵⁰ Vielmehr soll auf die Bausteine des dramatischen Skandalisierungsprozesses aufmerksam gemacht werden.

Speer machte in der DDR eine FDJ-Karriere bis zum Leiter des Jugendclubs „Aurora“ in Potsdam, ohne sonderlich mit dem Regimes verbunden zu sein. Im Herbst 1989 trat er in die SPD ein. 1990 hatte er verschiedene Funktionen in der SPD und in der Staatskanzlei unter Stolpe. 1994 wurde er im Umweltministerium Staatssekretär und 1999 Chef der Staatskanzlei. 2004 bis 2009 führte er das Finanzministerium. Damals erwies er sich nicht als ein Förderer der Aufarbeitung der SED-Diktatur.⁵⁵¹ Ministerpräsident Platzeck berief ihn 2009 zum Minister des Inneren.

⁵⁴⁷ Vgl. Veiko Kunkis: Alte, neue Vorwürfe gegen Alwin Ziel. In: Berliner Zeitung. 15.12.1998

⁵⁴⁸ Redaktionsartikel; Welt-online: Backofenaffäre: Staatsanwalt fordert Bewährungsstrafen, 12.2.2004

⁵⁴⁹ Dazu gehört die Debatte um den frühen Brandenburger Staatssekretär Gerd Harms, der vorübergehend Kultusminister in Sachsen-Anhalt war. Ihm war ein Rückkehrrecht von Stolpe eingeräumt worden, was auch die Zahlung eines Vorruhestandsgehaltes einschloss. Vgl. Andrea Beyerlein: Regierung – Kleine Parteitage von SPD und CDU bestätigen Koalitionsvereinbarung. Acht Staatssekretäre müssen gehen. In: Berliner Zeitung 12.10.2004

⁵⁵⁰ Am 7. Oktober 2010 setzte der Landtag auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP (Drucksache 5/2100, Neudruck) den Untersuchungsausschuss zur BBG- und Immobilienaffäre ein.

⁵⁵¹ Vgl. Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Presseinformation 2000/104 „Streichung von Passagen in Leitlinien zum Umgang mit der SED-Diktatur wirft Fragen auf“

Diese mustergültige Karriere kam ins Stocken als Journalisten über verschiedene private Affären und über den vermeintlichen Missbrauch seiner politischen Ämter zum eigenen Vorteil berichteten. Dazu gehörten die Vorwürfe, eine frühere Geliebte verbeamtet und sie angestiftet zu haben, die Herkunft des gemeinsamen Kindes zu verleugnen um dadurch staatlichen Unterhalt zu erlangen. Außerdem war der irreguläre Verkauf eines landeseigenen Grundstücks im Gerede.

In der Öffentlichkeit erschien nun Speer als ein Politikertyp, der im Schatten seiner Förderer zum dreisten Emporkömmling geworden war und sich schamlos selbst bediente. Das war Grund genug für seinen Rücktritt und schließlich auch für die Aufgabe seines Landtagsmandates. Der Skandal steigerte sich zudem, weil in der in die Geschäfte Speers einbezogenen „Brandenburgischen Bodengesellschaft (BBG)“ mehrere MfS-Mitarbeiter tätig waren. Damit hatte der Skandal seine Höhe erklommen, die durch den Absturz von Speer eine logische Konsequenz bekam.⁵⁵²

7. Ära der vergangenheitspolitischen Friedhofsruhe bis 2009

Bürgerbündnis und Bündnis 90/Die Grünen – späte Einsichten

Während in Brandenburg die staatliche Aufarbeitung der DDR-Diktatur nach 1994 nahezu zum Erliegen kam, machte sie in den anderen ostdeutschen Ländern Fortschritte. Eine beteiligte Gruppe muss besonders genannt werden, die ehemaligen Oppositionellen, die Bürgerrechtler. Sie hatten schon während des laufenden Untersuchungsausschusses gegen Stolpe die Vorgänge kommentiert. Ursprünglich waren nach Bekanntwerden der Vorwürfe noch manche für Stolpe eingetreten. Das änderte sich bald. Zum einen wurde das Ausmaß der MfS-Kontakte Stolpes bekannt, zum anderen lasen inzwischen viele ihre eigenen Akten.

Zum 2. März 1993 sind acht Bürgerrechtler vom Stolpe-Untersuchungsausschuss vorgeladen: Regina und Wolfgang Templin, Bärbel Bohley, Eckhart Hübner, Ev und Frank Rub, Ralf Hirsch, Freya Klier, Lutz Rathenow. Sie alle waren vom MfS verfolgt, manche ausgebürgert, größtenteils auch in Haft gewesen. Sie verweigerten die Aussage vor dem Ausschuss und übergaben dem Ausschussvorsitzenden Lothar Bisky eine Erklärung samt einer vernichtenden Kritik an der Ausschussarbeit. da hieß es unter anderem: „Der Untersuchungsausschuss

⁵⁵² Vgl. Gudrum Mallwitz: Stasi-Seilschaften bei früherem Landesunternehmen. Morgenpost Online. 24.11.2010; Alexander Fröhlich: Erneut werden Ex-Spitzel zum Problem der Landesregierung. www.tagesspiegel.de. 25.11.2010

nimmt Fakten nicht zur Kenntnis, er nimmt Akten nicht ernst und versucht, ihre Inhalte umzudeuten. Die Frage der Zusammenarbeit mit dem MfS wird auf die unüberprüfbare Fragestellung einer ‚inneren Bereitschaft‘ zur Zusammenarbeit reduziert.⁵⁵³ Die Bürgerrechtler zogen den Zorn aller Apologeten Stolpes auf sich. Ralf Hirsch hatte sich außerdem wegen Aussageverweigerung mit der Verhängung eines Ordnungsgeldes auseinanderzusetzen. Es war wie in den Jahren vor 1989, sie waren Störenfriede. Geglaubt wurde den MfS-Offizieren, nicht aber ihnen.

Der Vorfall war eine Episode. Aber er war typisch für die Menschen in der Brandenburger Bürgerbewegung, die sich in der MfS-Frage nicht beirren ließen, wenngleich sie auch sehr verschiedene Wege gegangen sind. Für sie standen eben vor allem Marianne Birthler, Günter Nooke und etwas im Kontrast zu den beiden Matthias Platzeck. Ihr politisches Verhalten in der ersten Legislaturperiode und in den Jahren danach spiegelt die Konsequenzen, die sich aus dem vergangenheitspolitischen Engagement ergaben.

Marianne Birthler war nach ihrem Rücktritt beim Bündnis 90/Die Grünen geblieben. Sie blieb eine konsequente Aufarbeiterin und leitete schließlich das Amt der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen. Sie hat in ihrer Partei das Aufarbeitungsthema nicht zur Ruhe kommen lassen, wenn es dort auch andere Stimmen gab.

Günter Nooke führte bis zu seiner Abwahl das von Bündnis 90 abgespaltete Bürgerbündnis. Unter seiner Führung betrieb diese Formation weiter eine konsequente Aufklärungsarbeit. In Potsdam stand dafür auf Kommunalpolitischer Ebene Manfred Kruczek. Das Bürgerbündnis fiel allmählich der Bedeutungslosigkeit anheim. Viele seiner Vertreter gingen in andere Parteien. Nooke wurde 1996 Mitglied der CDU. Er blieb ein gradliniger Kritiker jedes Versuches, in und an der DDR etwas Positives sehen zu wollen.⁵⁵⁴

Matthias Platzeck, wurde noch einmal nach der Wahl Minister im zweiten Kabinett Stolpe und trat 1995 zur SPD über. Platzeck war kein Mann des Konfliktes, auch nicht bei zu DDR-Zeiten kritischen, wenn auch staatlich genehmigten Umweltverein ARGUS, auch nicht in seiner Zeit beim Bündnis 90 und im Bürgerbündnis. Er hielt sich aus dem Streit heraus und schlug sich auf Stolpes Seite. Gegen die dramatische Zuspitzung der Vergangenheitsaufarbeitung setzt er seinen Charme, der Menschen gewinnen sollte. Es handelt sich um eine Art Symbolpolitik, die aber gerade bei der Diktaturbewältigung an ihre Grenzen stößt.

⁵⁵³ Erklärung von acht Bürgerrechtlern am 2.3.1993. Beim Verfasser

⁵⁵⁴ Vgl. Günter Nooke: Aufklärung und Verklärung. In: Christian Striefelder/Wolfgang Templin (Hrsg.): Die Wiederkehr des Sozialismus. Die andere Seite der Wiedervereinigung. Berlin, 1996, S. 67–93

Die Bürgerbewegung in Brandenburg, soweit es sie überhaupt noch gab, brauchte Zeit, um zu dem Thema zurückzukommen, dem sie einst ihre Entstehung verdankte. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen war zunächst äußerst geschwächt. Die Vereinigung mit den Ost-Grünen, die teilweise auf Stolpes Seite gestanden hatten, förderte den Willen zur Aufarbeitung nicht. Nach Mitteilung des BStU hatte der Landesvorstand von Bündnis 90 nie einen Antrag auf Überprüfung seiner Mitglieder gestellt.⁵⁵⁵ Erst 2009 kam Bündnis 90/Die Grünen wieder in den Landtag. Auf kommunaler Ebene hatte sich die Partei besser behaupten können. In ihr gab es eine Reihe von Stolpe-Kritikern, wenngleich die Mehrheit sich hinter Stolpe stellte. So auch die Theologin und Ausländerbeauftragte Almut Berger, die auf Grund ihres kirchlichen Hintergrundes zu Stolpe hielt. Marianne Birthler erinnerte sich, dass die Partei zu keiner einheitlichen Linie fand. Entsprechend gingen vom Brandenburger Bündnis 90/Die Grünen in den Jahren bis kurz vor dem Wiedereinzug in den Landtag kaum vergangenheitspolitische Impulse aus.

Unter dem Vorsitz von Roland Vogt gab es aber einige Presseerklärungen, die etwa Verbesserungen für die Opfer des DDR-Systems⁵⁵⁶ einforderten oder im Bildungswesen eine Aufklärung der Diktaturverhältnisse verlangten. Im Vorfeld der Landtagswahlen 2009 häuften sich vergangenheitspolitische Erklärungen, die sich teilweise kritisch mit der Landesregierung und deren Umgang mit ehemaligen Mitarbeitern des MfS auseinandersetzten. Inzwischen war auch die Übernahme von ehemaligen MfS-Mitarbeitern in die Verwaltungen in der öffentlichen Debatte.

Der Anstoß zur Bildung einer Enquete-Kommission zu vergangenheitspolitischen Themen, wie sie schließlich eingerichtet wurde, kam vom derzeitigen Fraktionschef der Partei, Axel Vogel, der die CDU und die FDP für das Projekt gewinnen konnte. Ein wichtiger Meilenstein für diese Entwicklung war der Beschluss des Landesparteirats von Bündnis 90/Die Grünen am 21. Juni 2009 in Beeskow. In dieser „Resolution zum Umgang mit ehemaligen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern des MfS im öffentlichen Dienst in Brandenburg nach 1990“ wurde die überfällige historische Aufarbeitung eingefordert. Eine „gründliche Aufklärung für den gesamten öffentlichen Dienst“ wurde gefordert und angekündigt, dass Bündnis 90/Die Grünen „nach ihrem Einzug in den nächsten Landtag die Einberufung einer parlamentarische Enquete-Kommission zum Umgang mit ehemaligen Stasi-Funktionären und IMs beantragen“ werde. Die dazu einberufene „Enquete-Kommission soll das gesamte

⁵⁵⁵ Mitteilung des BStU vom 17.6.2011 (AU 2 - 1369/11 Z) an den Verfasser.

⁵⁵⁶ Bündnis 90/Die Grünen; Presseerklärung 28 vom 18. Mai 2001: „verbesserte Entschädigung der Opfer des DDR-Systems muss praktikabel sein.“ Insgesamt stellte Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg dem Verfasser für die Jahre 2001 bis 2011 18 Presseerklärungen und andere Texte zur Vergangenheitspolitik der Partei zur Verfügung.

damalige Überprüfungs- und Übernahmeverfahren für die im öffentlichen Dienst des Landes und der Kommunen Beschäftigten sowie die Verknüpfung der damaligen politischen Parteien mit der Staatssicherheit wissenschaftlich untersuchen und einer politischen Bewertung durch den neuen Landtag zugänglich machen.“ Auch sollte eine „Überprüfung der Landtagsabgeordneten“ in die Wege geleitet werden.

SPD - Fehlereingeständnis

Die Brandenburger SPD hielt sich mit der praktischen Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur nach 1995 sehr zurück. Der Brandenburger Weg lieferte die Gründe. Allerdings haben auch SPD-Politiker in manchen Kommunen, etwa in Potsdam, Überprüfungen vorgenommen. Aber der Druck der Landespartei, die sich immer wieder auf die Entschließung des Landtags von 1994 „Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten“ berief, war enorm. So verzichteten viele Kommunen auf Überprüfungen. In Brandenburg und besonders in der SPD war durch die letztlich von Stolpe angeregte Vergangenheitspolitik ein Kartell der Verdrängung und der Sprachlosigkeit in Fragen der Diktaturbewältigung entstanden. Manche der Gesprächspartner des Verfassers meinten, dass der Mitgliederschwund im letzten Jahrzehnt und die Bildung von undurchsichtigen Seilschaften auch mit dem Ausbleiben der Aufarbeitung zusammenhängen würden.

Aber auch die Landes-SPD war sich zu jeder Zeit bewusst, dass geistige und politische Hinterlassenschaften von Diktaturen bearbeitet werden müssen. Dies schlug sich vor allem im Kampf gegen rechtsextremistische Phänomene in Brandenburg nieder. Das war in Brandenburg bitter nötig. Der Ungeist der Vergangenheit war durch die dicken Hüllen des Verschweigens ins Freie gelangt. Als Beispiel der Aufarbeitung sei hier auf den SPD-nahen Verein „Brandenburg gegen Rechts“⁵⁵⁷ verwiesen. Unabhängig davon, dass es auch hier Pannen, Ungereimtheiten und peinlichen Übereifer⁵⁵⁸ gab, zeigt dieses Engagement Einsicht in Notwendiges. Probleme und Konflikte, die ihre Wurzeln in der politischen Vergangenheit haben, lassen sich nicht durch Verdrängen lösen.

Eine solche, allerdings späte Einsicht hatte auch der SPD Vorsitzende und Ministerpräsident Platzeck. Diesmal hatte der öffentliche und immer dringlicher werdende Ruf nach der DDR- und MfS-Aufklärung den Anlass gegeben zu erklären, dass es Versäumnisse in der SPD gegeben hätte. So sagte er auf einem Parteitag im Jahr 2010: „Es war ein Fehler, dass wir den

⁵⁵⁷ Siehe: www.aktiv-gegen-rechts.de

⁵⁵⁸ Vgl. Tomas Morgenstern. Weil Ermyas M. trotz Spendeneinnahmen auch Prozesskostenhilfe will, wird gegen ihn ermittelt. www.berlinonline.de/berliner_zeitung/archiv_15_10. 2007

Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung nach der Auseinandersetzung um Manfred Stolpes Stasi-Kontakte nicht mehr energisch fortgesetzt haben. Es war ein erklärbarer und nachvollziehbarer Fehler – aber eben doch ein Fehler.⁵⁵⁹

Gesamtzusammenfassung

Einleitung

Die Funktion der SED in der DDR ist in ihren wesentlichen Zügen bekannt und gut erforscht. Weniger durchschaubar ist die Rolle der Blockparteien. Eine Mehrheit der Bürger der ehemaligen DDR kennt bis heute die Arbeit der kleinen Zahl von Oppositionellen kaum.

Während CDU und LDPD in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg für die SED noch eine Bedrohung darstellten, wurden NDPD und DBD von der SED gegründet, um den Einfluss der bürgerlichen Parteien einzuschränken. Spätestens ab dem Jahr 1953 jedoch lagen alle vier Blockparteien auf der politischen Linie der SED und unterstützten deren Politik im Rahmen der Nationalen Front bis zum Ende der DDR, vor allem. Mitglieder dieser Parteien waren sich ihrer Funktion bewusst und verhielten sich zu ihr affirmativ oder passiv, äußerst selten aber oppositionell.

Bedingt durch die Friedliche Revolution änderte sich ihre Haltung, vor allem wegen den in Aussicht gestellten Fusionen mit den westdeutschen Parteien CDU und FDP. Oberflächlich wurden nun auch in Brandenburg die bundesdeutschen ideologischen Grabenkämpfe zwischen links und rechts ausgetragen. Im politischen Alltag aber, vor allem in den Landtagsfraktionen und an der Basis, wurde der so genannte „Brandenburger Weg“ auch von CDU und FDP mindestens bis zum Ende der ersten Legislaturperiode des Landtags mitgegangen. Während die FDP in den folgenden drei Legislaturperioden nicht dem Landtag angehörte, verließ die CDU nach und nach den „Brandenburger Weg“ und war bemüht, sich, wenn auch nie explizit, von ihrem personellen DDR-Erbe zu verabschieden. Mit der

⁵⁵⁹ Matthias Platzeck: Zwei Jahrzehnte „Ja, das geht!“ Rede auf dem Landesparteitag in Velten, 12. Juni 2010. SPD-Landesverband Brandenburg (Hg.) Potsdam 2010. S.

Landtagswahl im Jahr 2009 gelang es ihr als erster CDU-Fraktion in den neuen Bundesländern, eine Landtagsfraktion ohne Mitglieder mit Blockpartei-Vergangenheit zu bilden.

Die drei DDR-Vorgänger-Bezirke des Landes Brandenburg waren zwar keine Zentren der DDR-Opposition, in ihnen wurden aber mit den Bürgerbewegungen, vor allem dem Neuen Forum und der SDP wesentliche politische Organisationen gegründet, die die Friedliche Revolution anregten und prägten. Vor allem SDP-Gründer wie Steffen Reiche, Markus Meckel oder Stephan Hilsberg konnten später in je unterschiedlichen Positionen die Politik der SPD in Brandenburg und darüber hinaus mitbestimmen. Der Mitbegründer des Demokratischen Aufbruch Rainer Eppelmann wurde Mitglied der brandenburgischen CDU und war Abgeordneter des Deutschen Bundestages für einen brandenburgischen Wahlkreis.

MfS

Gerade in der Neugründung der SDP/SPD sah das Ministerium für Staatssicherheit der DDR die Gefahr einer Spaltung der Arbeiterklasse und blieb auch deshalb im Auftrag von SED-PDS bis Anfang 1990 aktiv im Kampf gegen die Opposition der DDR. Dies war ein weiterer Umstand, der den Umgang mit dem Erbe des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in den darauf folgenden Jahrzehnten in allen Parteien auf unterschiedliche Weise schwierig gestaltete.

Mit einem Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS vom 23. Juni 1991 sollte vor dem Hintergrund von immer mehr aufgedeckten Verwicklungen des politischen Spitzenpersonals in die Machenschaften des MfS *„endlich die kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte in Angriff“* genommen werden. In ihm waren Offenlegung und Einzelfallprüfung für das politische Personal vorgesehen. Zwei Jahre später wurde dieser Beschluss abgemildert, weil er geeignet schien, die *„Reduktion der DDR-Geschichte auf Repressionsgeschichte zu bestätigen“*. Die PDS sei vielmehr *„offen auch für ehemalige Angehörige des MfS, es sei denn, sie haben schwerwiegende Straftaten begangen“*. Ihre Gewinnung *„für das Engagement in einer demokratischen sozialistischen Partei“* liege *„im Interesse der Stärkung der demokratischen Substanz einer Gesellschaft.“*

Der Beschluss vom Juni 1991, nach dem Kandidaten *„für Parteiämter von Kreis- bis Bundesebene oder für Wahlmandate der gleichen Ebenen“* ihre politische Biografie generell offenzulegen haben, blieb erhalten. Die ausschließliche Beschränkung *„auf eine ehemalige MfS-Tätigkeit“* hingegen wurde aufgehoben. Automatische Ausschlüsse wegen Belastungen

lehnte die Partei ab. Am 12. Juni 2006 bestätigte der Parteivorstand der Linkspartei/PDS im Zuge des Parteibildungsprozesses von Linkspartei und WASG diesen Beschluss von 1993.

Auf diese Beschlüsse beruft sich die PDS/Linke in Brandenburg, auch wenn sich nicht alle Spitzenvertreter der Partei daran halten. So saßen in allen Legislaturperioden Abgeordnete von PDS/Linke im Brandenburger Landtag, die Kontakte unterschiedlicher Qualität zum Ministerium für Staatssicherheit unterhalten hatten. Von den 57 Landtagsabgeordneten, die seit 1990 die PDS/Linkspartei vertraten, hatten mindestens 11 Personen Verstrickungen mit dem MfS aufzuweisen.

Nach einer Reihe von Enthüllungen stimmten im Oktober 2009 erstmals auch die brandenburgischen Linken für eine Überprüfung der Landtagsabgeordneten auf eine Tätigkeit für das MfS. Dies und die Zustimmung zur Einrichtung des Amtes einer Diktaturbeauftragten für das Land Brandenburg kennzeichnen einen Paradigmenwechsel innerhalb der Partei.

Während die CDU in den Jahren unmittelbar nach 1990 vor allem wegen der Diskrepanzen zwischen Landesparteiführung und Landtagsfraktion keine einheitliche Haltung zur Stasi-Problematik, vor allem nicht zur causa Manfred Stolpe, fand, änderte sich dies Mitte der neunziger Jahre.

Die erste CDU-Landtagsfraktion, angeführt von dem an der Stasiproblematik nur peripher interessierten Peter Michael Distel, ging mit den von der Ehrenkommission als Grenzfälle eingestuften Fraktionskollegen Johannes Winter, Marga Beck und Klaus Häbeler anfangs sehr rücksichtsvoll um. Beck wurde aber 1994 nicht mehr nominiert, Winter legte sein Mandat nach einer Klage nieder und wurde aus der Fraktion ausgeschlossen, während das Parteiausschlussverfahren gegen den stellvertretenden Fraktions- und Landesvorsitzenden Klaus Häbeler im Jahr 1997 als Ausdruck des einsetzenden Paradigmenwechsels bezüglich der Stasi-Problematik in der brandenburgischen CDU angesehen werden muss. Seitdem wird kaum noch Nachsicht mit Stasi-belasteten Funktionsträgern geübt. In der Satzung des CDU-Landesverbandes Brandenburg heißt es explizit: *„Als parteischädigendes Verhalten ist anzusehen, wenn ein Mitglied vor oder während seiner Mitgliedschaft in der Partei Mitbürger als Gegner eines totalitären Systems denunziert oder seine politische oder gesellschaftliche Stellung dazu mißbraucht hat, andere zu verfolgen.“* Dieser Paragraph wird gegenwärtig auf Thilo Steinbach angewandt. Sollte er aufgrund dessen aus der Partei ausgeschlossen werden, wäre es der zweite Parteiausschluss nach dem Fall Häbeler.

Dieselbe Konsequenz gilt nicht für die Verstrickungen des ehemaligen brandenburgischen CDU-Parteichefs Lothar de Maiziere. Eine ähnliche Aktenlage wie im Fall Stolpe führt die brandenburgische CDU zu einer anderen Bewertung seiner Verstrickungen.

Die FDP geht ähnlich wie die CDU mit der Stasi-Problematik um. Der Fraktion Bündnis 90 zwischen 1990 und 1994 gehörten zwei Stasi-belastete Abgeordnete an, die nach Aufdeckung ihrer Verstrickungen ihre Mandate niederlegten. Die SPD-Abgeordneten müssen seit 1994 durch Unterschrift erklären, keine MfS-Kontakte gehabt zu haben. Überprüft wurden deren Angaben aber nie.

Die unterschiedlichen Parteien angehörenden Minister der im Jahr 1990 gebildeten ersten Landesregierung Brandenburgs gingen verschiedene Wege im Umgang mit Stasi-Belastungen in ihren Ressorts. Überprüfungen von Richtern durch das SPD-geführte Justizressort waren noch auf die Beschlüsse der Volkskammer zurückzuführen, wurden durch den Richtermangel aber nur bedingt durchgeführt und später ganz eingestellt. Polizisten mussten Fragebögen zu ihrer Vergangenheit ausfüllen oder wurden großenteils gänzlich ungeprüft in die Dienste der Bundesrepublik übernommen.

Bildungsministerin Marianne Birthler (Bündnis 90) begann bereits im Dezember 1990 mit der Überprüfung der Lehrerschaft auf Verwicklungen mit dem Staatssicherheitsdienst. Sie entwickelte ein Konzept für diese Überprüfung, wonach in jedem Landkreis Personalkommissionen eingesetzt wurden, die nach Aktenlage und Anhörungen entschieden. Mehr als die Hälfte aller belasteten Lehrer wurde entlassen.

Alle im Landtag Brandenburgs vertretenen Parteien hatten somit in den Jahren nach der Friedlichen Revolution Probleme mit Stasibelastungen ihrer Spitzenfunktionäre. Erst nach und nach bildeten sich in manchen Parteien oft uneindeutige Regeln zum Umgang mit ihnen aus. Inwieweit diese eingehalten werden, ist nicht immer ermittelbar.

Anklagen oder Prozesse wegen Vergehen während der DDR-Zeit

Auch in Brandenburg gab es mehrere Anklagen, Prozesse und Verurteilungen gegen ehemalige Funktionäre wegen ihrer politischen Tätigkeit in der DDR. Dies betraf aber nie Politiker, die auf der politischen Bühne Brandenburgs nach 1990 eine Rolle gespielt haben.

Der Umgang mit der eigenen Geschichte

Die PDS/Linke geht offen mit ihrer DDR-Vergangenheit um. Der brandenburgische Landesverband gründete eine Arbeitsgemeinschaft Geschichte, die sich unter anderem mit der Rolle der SED in der DDR auseinandersetzt. Der von der Partei im Jahr 2009 unterzeichnete Koalitionsvertrag mit der SPD hebt hervor, dass eine unkritische Verklärung der DDR nicht zugelassen wird.

Eine Arbeitsgemeinschaft Geschichte haben weder CDU noch FDP. Historische Aufarbeitung wird überwiegend in den parteinahen Stiftungen betrieben. Bezüglich der DDR geschieht dies nahezu ausschließlich zur Geschichte ihrer Vorgängerparteien in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg bis zur endgültigen Gleichschaltung Anfang der fünfziger Jahre. Über die folgenden Jahrzehnte bis zur Friedlichen Revolution wird so gut wie gar nicht geforscht und publiziert. Den wenigen Ausnahmefällen liegt oft eine Verklärungsabsicht zu Grunde.

Viele politische Funktionäre aller Parteien eint, dass sie auf ihren persönlichen Websites ausführlich Auskunft über ihre politische Biografie in der DDR geben. Mindestens genauso viele Funktionäre nahezu aller Parteien jedoch unterlassen dies, mutmaßlich um öffentlich nicht als in das SED-System verstrickt zu gelten.

Einfluss und Präsenz ehemaliger Mitglieder von SED und Blockparteien nach 1989

Für die Linke gilt, dass 27 von 57 Landtagsabgeordneten (47 Prozent) durch ihren Lebenslauf eine besondere Nähe zur Politik der SED zu bescheinigen ist. Sie waren Nomenklaturkader, Partei- und Staatsfunktionäre oder „systemtreue Intellektuelle“. Außerdem waren 43 der 57 Abgeordneten (75 Prozent) zuvor in der SED organisiert.

Unter den auf dem 1. Landesparteitag der PDS am 17. Juni 1990 in Potsdam gewählten 53 Mitgliedern des Landesvorstandes waren fünf frühere Nomenklaturkader der SED-Bezirksebene. Im aktuellen 18köpfigen Landesvorstand fehlen solche Biografien. Sieben Mitglieder sind erst nach 1989 volljährig geworden und weitere fünf hatten keine hauptamtliche Funktion in der SED. Dies trifft allein auf den Landesvorsitzenden Thomas Nord zu. Zwei weitere aktuelle Vorstandsmitglieder waren außerdem an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR beschäftigt.

Ähnliches gilt für die CDU und die FDP, die sukzessiv die Anzahl von ehemaligen Mitgliedern der Blockparteien in ihren Landesvorständen reduzierten. Beide Parteien verringerten deren Anzahl auch in ihren Landtagsfraktionen. Die CDU entsandte nach der Wahl im Jahr 2009 kein Mitglied einer früheren Blockpartei in den Landtag.

Auch Bündnis 90, später Bündnis 90/Die Grünen, wies unmittelbar nach der Friedlichen Revolution eine hohe Anzahl ehemaliger Systemträger in ihren Reihen auf. Nach ihrem Wiedereinzug in den Landtag im Jahr 2009 finden sich sowohl im Landesvorstand als auch in der Fraktion keine ehemaligen Systemträger der DDR.

Der Einfluss von Angehörigen der DDR-Opposition

Der PDS/Linken ist es bis heute nicht gelungen, frühere DDR-Oppositionelle und Bürgerrechtler für eine Mitarbeit in der oder für die Partei zu gewinnen. Dies gilt auch für die FDP. Die CDU Brandenburgs konnte mit Rainer Eppelmann und Else Ackermann ab 1990 zwei Oppositionelle der DDR in den Bundestag delegieren. Weitere ehemalige Mitglieder des Demokratischen Aufbruch waren außerdem auf lokaler oder regionaler Ebene aktiv.

Für die Landtagswahl im Jahr 1990 wurden von Bündnis 90 drei prominente Bürgerrechtler nominiert, die anschließend Fraktionschef oder Minister wurden. Einer von ihnen, Matthias Platzeck, wurde später für die SPD Ministerpräsident Brandenburgs.

Die Rolle von Westdeutschen in den Parteien

Während die PDS/Linke bis auf zwei Landtagsabgeordnete keinen Funktionsträger westdeutscher Sozialisation aufweisen kann, wurden alle anderen Parteien von Anfang an von westdeutschen Parteifreunden in beratenden, legislativen oder exekutiven Funktionen unterstützt. Ihre Präsenz breitete sich sukzessiv aus (Landtagsfraktion und Landesverband der FDP werden heute von Westdeutschen geleitet) und ist 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution kaum noch Grund für Unmut.